

Dokumente

1780

Gesandter Franckenstein an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt

Bericht Nr. 337/Pol. (vertraulich)

Hochverratsprozess, 524-525

London, 29. September 1937

Herr Staatssekretär!

Ich hatte mit *Vansittart* und mit dem Referenten für Österreich im Foreign Office am 28. September, also noch vor der Rückkehr des Duces nach Italien, Unterredungen, die ich im Nachstehenden zusammenfasse:

Vansittart sagte mir, er habe seinerzeit die Message, die ich ihm in Ihrem Auftrage, Herr Staatssekretär, von meinem Urlaub aus sandte, mit *Mr. Eden* besprochen und sie schriftlich zur Kenntnis des Premierministers gebracht. Er könne mir die Versicherung geben, daß bei den bevorstehenden Unterredungen in Rom bei sich bietender Gelegenheit britischerseits unserem Wunsche Rechnung getragen werden würde.

Beide Herren hätten, wie sie sagten, keine Nachrichten über den Inhalt der Aussprachen zwischen dem Duce und seiner Begleitung und den deutschen Staatsmännern, die über die Meldungen in den Zeitungen hinausgingen. Ob Österreich in den Rahmen der Erörterungen einbezogen sei, wußten sie nicht. Im allgemeinen wurde hier angenommen, daß alle Fragen, in denen widersprechende Interessen mitspielen entweder schon vor dem Besuche behandelt oder für spätere Besprechungen vorbehalten wurden. *Daß der Duce Österreich in weitgehendem Maße preisgeben könnte, um deutscherseits Unterstützung für italienische Pläne zu erlangen, hält Vansittart für höchst unwahrscheinlich.* Es wäre dies ein Zeichen einer so großen Schwäche Italiens, wie sie nicht angenommen werden könne.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

G. Franckenstein

1781**Gesandter Marek an Staatssekretär für die Auswärtigen
Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 340/Pol.

AdR, NPA

Tschechoslowakei 7/1

Z. 44068/13

Prag, 30. September 1937

Herr Staatssekretär,

Ich möchte eingangs feststellen, dass die Unterredung zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Dr. Hodža am 27. September¹ von Wien aus und zwar von Auslandskorrespondenten der Weltpresse mitgeteilt wurde. Die Prager Redaktionen erfuhren von der Unterredung erst in den Nachtstunden und zwar nur jene Blätter, welche in Wien ständige Korrespondenten unterhalten. Bezeichnenderweise hatten die Abend- und Nachtausgaben noch keine Mitteilung enthalten, dafür aber deren Morgenausgaben. Die Prager Oeffentlichkeit wurde durch diese Mitteilungen vollkommen überrascht.

Aufgabe der Gesandtschaft war es nun, mit allen Mitteln dafür Sorge zu tragen, dass die tschechoslowakische Presse, bedingt durch ihre merkwürdige Struktur, Hemmungslosigkeit und Parteienzerklüftung, nicht durch Sensationsmeldungen, Kombinationen und sinnlose Kommentierungen reiches Material für Aufregungen jenseits der Grenze bietet. Die Gesandtschaft hat für diese pressepolitische Tätigkeit einerseits das Pressedepartement im Aussenministerium und das des Ministerratspräsidiums herangezogen, andererseits insbesondere mit den deutschsprachigen Redaktionen selbst verhandelt und entsprechend eingewirkt. Ueberdies wurde mit dem tschechoslowakischen Pressbüro vereinbart, keine amtliche Aussendung analog Wien über die Aussprache auszugeben, sondern lediglich die Mitteilungen der Wiener Abendblätter vom 28. September zu zitieren. Als aber dann die reichsdeutsche Presse die Aussprache in einer bestimmten Form behandelte und auch der Rundfunk diese Pressestimmen zitierte, hatte das tschechoslowakische Pressbüro im Einvernehmen mit der Gesandtschaft diese Auslandsmeldungen kurz erwähnt und dazu folgendes bemerkt.

„Wir verzeichnen diese Meldungen mit sämtlichen Vorbehalten, die umso mehr begründet sind, als weder Wien noch Prag amtliche Nachrichten über diese Zusammenkunft ausgegeben haben, zu der es während einer kurzen Erholung des Vorsitzenden der Regierung gekommen sein soll. Es kann jedoch heute gesagt werden, dass jede sensationelle Färbung unbegründet und auf blosse Kombinationen begründet ist.“

Die hiesige Presse hat sich am 29. September tatsächlich sehr reserviert verhalten und im grossen und ganzen nur die Wiener Abendblätter vom Vortage zitiert. Einzig

¹ Vgl. ADÖ 11/1779.

und allein die „Lidové Noviny“ und zwar wieder der sattsam bekannte Herr Edely, haben es für notwendig befunden, die Angelegenheit breitzutreten und mit dummen Kritiken zu versehen.

Ich möchte bei der Gelegenheit nochmals darauf hinweisen, dass einzig und allein die Eliminierung dieses Mannes aus den Reihen der Auslandskorrespondenten in Wien und seine Ausweisung endlich die ersehnte Ruhe bringen kann. Ich möchte auch nochmals die von gewisser Seite lancierte Vorstellung zerstreuen, als ob massgebende Prager Kreise an diesem Mann mit seiner kommunistischen Vergangenheit besonderes Interesse haben. Erst dieser Tage hat Minister Zajiček streng vertraulich die Gesandtschaft wissen lassen, dass die Burg keineswegs diesen Mann besonders schützt. Die hiesigen Rechtskreise würden eine derartige Massnahme mit stiller Freude hinnehmen und auf gewisse Linkskreise Rücksicht zu nehmen, scheint in diesem Fall keineswegs geboten.

Ich beehre mich, in der Beilage eine Uebersetzung der wesentlichsten Berichte in der deutschsprachigen Presse in Vorlage zu bringen.²

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Dr. Marek

1782

Gesandter Tauschitz an Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 21 (Chiffre, statissime)

AdR, NPA
Italien 2/1
Z. 44046/13

Berlin, 30. September 1937
(→ 18.25)

[...]

Ueber Aussprache gelegentlich Besuches Herrn Mussolinis ist sehr schwer etwas zu erfahren, da bei wichtigen politischen Gesprächen niemand anwesend war und beide Staatsmänner Umgebung gegenüber wenig geäußert haben. Meine bisherigen Versuche, im Auswärtigen Amte etwas zu erfahren, waren erfolglos. Man ist daher nur auf Mitteilungen aus zweiter und dritter Hand und auf Kombinationen angewiesen. Als feststehend kann angenommen werden, dass es zu einem Vertragsabschluss oder einem Protokoll nicht gekommen ist, dass aber Freundschaft als besser fundiert und die Achse als gestählt bezeichnet werden muss und Eindruck, den Mussolini hier gewonnen hat, ein nachhaltiger und durchaus günstiger war. Herr von Papen äusserte sich zu Glaise (Bericht Nr. 235/pol.¹), dass Besuch Ueberraschungen nicht gebracht

² Liegt dem OD bei.

¹ AdR, GA Berlin.

habe. Italienischer Botschafter erklärte mir, dass man über Oesterreich nur allgemein gesprochen habe und die Meldungen der ausländischen Zeitungen, die von einer Zustimmung Italiens zu Zollunion mit Deutschland wissen wollen, rein erfunden sind. Erstens käme solche Zustimmung gar nie in Frage und zweitens wurde davon deutscherseits nichts erwähnt. Die Unterhaltungen Oesterreich betreffend waren allgemeiner Natur und entsprachen Grundlinie des Julieabkommens [sic!]. Gesandter Rocco äusserte sich einem ihm befreundeten Journalisten gegenüber auf dessen besorgte Frage, dass eine nationalsozialistische Machtergreifung in Oesterreich für Italien überhaupt nicht in Frage käme. Eine in Journalistenkreisen kursierende nicht uninteressante Bemerkung geht dahin, dass der Eindruck Herrn Mussolinis, den er von der Kraft des Dritten Reiches empfangen, ein so gewaltiger sei, dass er jetzt einen solchen Nachbarn erst recht nicht am Brenner werde haben wollen. Ich habe Anhaltspunkte, dass man deutscherseits innerpolitische Lage Oesterreichs als recht ungünstig hinstellt, die gegenseitige Beziehungen immer wieder belaste. Weiterer Bericht folgt.

1783

Gesandter Tauschitz an Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 22 (Chiffre, geheim)

AdR, NPA
Italien 2/1
Z. 44046/13

Berlin, 30. September 1937
(20.10)

Im Verfolge ha. Telegrammes Nr. 21.¹

Baron Weizsäcker, den ich soeben sprach, „schwört“, dass keinerlei Verträge oder sonstige schriftliche Abmachungen getroffen wurden, ferner, dass bezüglich Oesterreichs weder etwas beschlossen, verabredet oder nur diskutiert wurde, was unsere Selbstständigkeit und Unabhängigkeit berühren oder uns beunruhigen könnte. Meine Frage, ob deutscherseits innerpolitische Lage Oesterreichs ungünstig dargestellt wurde, beantwortete Weizsäcker dahin, dass man zwar das Julieabkommen [sic!] in seinen Auswirkungen hinsichtlich der inneren Befriedung als nicht zufriedenstellend bezeichne, jedoch, was er ausdrücklich hervorhob, nicht in einem Sinne, dass unsere Beziehungen zu Deutschland die italienisch-deutsche Freundschaft berühren oder gar stören könnten.

Konkretes über künftige Gestaltung österreichisch-deutscher Beziehungen sei überhaupt nicht besprochen worden, womit sich auch Gerüchte über italienische Zustimmung zu Zollunion erledigen.

¹ ADÖ 12/1782.

1784**Amtserinnerung Gesandter Hornbostel**

AdR, NPA

Tschechoslowakei I/III

Z. 44062/13

Wien, 1. Oktober 1937

Die zuliegenden, vom BPD übermittelten Pressestimmen des „Völk. Beobachters“, der „Essener Nationalzeitung“ und der „Frankfurter Zeitung“ zur Zusammenkunft Bundeskanzler – Dr. Hodža¹ sind nicht charakteristisch für die in letzter Zeit eingetretene Aenderung in der Haltung der deutschen Presse uns gegenüber. Auf diese Anpöbelungen von deutscher Seite hat die gestrige „Reichspost“ sowie die „Wiener Zeitung“ in sehr richtiger Weise massvoll reagiert.

1785**Bundeskommisär für Heimatdienst Adam an
Bundeskanzler Schuschnigg**

Meldung

AdR, NPA

Tschechoslowakei I/III

Z. 44450/13

Wien, 1. Oktober 1937

Die Bemühungen, die Quelle der Indiskretion über die Begegnung in Baden zu ermitteln, scheinen zu einem abschliessenden Ergebnis geführt zu haben. Wie ich von einem sehr seriösen ausländischen Journalisten erfahre, war es Bürgermeister Kollmann selbst, der einer Frauensperson Mitteilungen über den bevorstehenden Besuch gemacht hat, u. zw. zu dem Zwecke, dass die Nachricht an die Zeitungen gelange und Baden bei Wien auf diese Weise in der internationalen Presse genannt werde.

Genehmigen Herr Bundeskanzler den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit.

Der Bundeskommisär:

Adam

¹ Liegen dem Bericht bei.

1786**Gesandter Berger-Waldenegg an Bundeskanzleramt/
Auswärtige Angelegenheiten¹**Telegramm Nr. 68 (noch unchiffriert, geheim)²AdR,
GA Rom

Rom, 2. Oktober 1937

Ergebnis meiner heutigen Aussprache mit Graf Ciano: Die Achse ist in Berlin zu Stahl geschmiedet worden. Aufrechterhaltung des status quo hinsichtlich Oesterreichs ist selbstverstaendlich. Oesterreichische Frage wurde von Fuehrer und Neurath ueberhaupt nicht angeschnitten nur von Goering der pessimistische Aeusserungen ueber unsere Lage machte. Italienischer Aussenminister sagte mir klipp und klar, dass im Verhaeltnis Italiens zu Oesterreich durch Berliner Besuch keine Aenderung eingetreten ist.

Berger

1787**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an
alle Gesandten und Geschäftsträger**

Zirkularerlass

AdR, NPA
Italien 2/1
Z. 44136/13

Wien, 4. Oktober 1937

Herr Gesandter

Zu Ihrer Information und Regelung Ihrer Sprache beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß – im Gegensatz zu den sensationellen und nervösen Gerüchten, die in der Auslandspresse in letzter Zeit immer wieder aufgetaucht sind – unseren Informationen aus Berlin wie Rom zufolge, der Besuch der italienischen Staatsmänner in Deutschland in keiner Weise zu einer Aenderung des bisheri-

¹ Auch Abteilung 13/Pol. genannt.

² Diese Informationen gingen per Kurier an Tauschitz bzw. als Zirkularerlass per Luftpost an alle anderen Gesandten und Geschäftsträger (AdR, NPA, Italien 2/1, Z. 44136/13). Siehe außerdem dazu das geheime Telegramm Tauschitzs Nr. 19 vom 22. 9. 1937, Z. 44046/13, das Berger als Telefondepesche aus Wien am 1. 10. zugeschickt wurde.

gen italienisch-österreichischen Verhältnisses geführt hat. Nach Mitteilungen der maßgebenden, an den Konversationen in Deutschland beteiligten Personen haben weder Reichskanzler Hitler noch Aussenminister Baron Neurath den italienischen Staatsmännern gegenüber von Oesterreich gesprochen. Damit erledigen sich selbstverständlich auch alle Gerüchte, die u. a. von der Errichtung einer österr.-deutschen Zollunion im Einvernehmen mit Italien und dgl. wissen wollen. Empfangen Sie, Herr Gesandter, den Ausdruck meiner vollkommensten Hochachtung.

Für den Staatssekretär:

1788

Gesandter Wildner an Gesandtschaft Berlin

Erlass Z. 203215/14a

AdR,
GA Berlin

Wien, 5. Oktober 1937

Die Spitze im deutsch-österreichischen Clearing hat in den letzten Monaten fortgesetzt und gesteigert zugenommen und nähert sich dem Betrage von 50 Millionen Schilling. Die Zunahme erklärt sich aus Mehraufwendungen für den Reiseverkehr (10 Millionen), für Frachten (12 Millionen), Film (1 ½ Millionen); ferner hat der Warenverkehr aus Oesterreich nach Deutschland etwas stärker zugenommen, als der ursprünglichen Annahme entsprach. Dagegen hat der Verkehr aus Deutschland nach Oesterreich die Erwartungen lange nicht erfüllt, und es sind vor allem die Deutschland zugestandenen Kontingente weitaus nicht ausgenützt worden. Nach den Jänner-Abmachungen könnten wir eigentlich zum Ausweg der sofortigen Drosselung der österreichischen Ausfuhr greifen. In einer am 29. v. M. abgehaltenen Beratung des Wirtschaftlichen Ministerkomitees ist beschlossen worden, dass wir möglichst bald eine Besprechung mit der deutschen Regierung anberaumen sollen. Als Zeitpunkt wird von uns der Anfang November in Aussicht genommen. Hiebei soll als wichtigstes Thema die Frage der Clearingspitze erörtert werden, wobei im allgemeinen die Tendenz nicht dahingehen soll, die Ausfuhr zu kürzen, sondern die Einfuhr zu erhöhen. In der Zwischenzeit wollen wir vorher untersuchen und feststellen, in welchen Artikeln die deutsche Einfuhr gesteigert werden könnte. Nach wie vor denken wir daran, dass dies vor allem durch eine deutscherseits erfolgende Prämiierung geschehen sollte. Es wäre auch darauf hinzuwirken, dass die allzu langen Lieferfristen für nach Oesterreich bestimmte deutsche Waren gekürzt werden. Für die weitere Gestaltung wird man auf einer wirklichen Equilibrierung der Ein- und Ausfuhr bedacht sein müssen.

Dem hiesigen deutschen Geschäftsträger wurde vom Herrn Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten bereits mitgeteilt, dass wir zum Abbau der Clearingspitze eine neue Verhandlung, und zwar im Anfang November [sic!], anregen möchten und hiebei zunächst an eine wirksamere Förderung der deutschen Ausfuhr nach Oesterreich denken. Die Gesandtschaft wird ersucht, sich in diesem Sinne an zuständiger Stelle vernehmen zu lassen.

Zur d. a. Information sei auch bei diesem Anlasse bemerkt, dass Herr von Stein als eine Aeusserung des Herrn Staatssekretärs gemeldet hat, dass er bei dieser Gelegenheit bereit wäre, die Möglichkeit von Präferenzen zur Erörterung zu stellen. Soweit solche Präferenzen für die Einfuhr aus Oesterreich nach Deutschland in Betracht kommen, hat man uns deutscherseits bei den bisherigen Verhandlungen immer wieder erklärt, dass solche gegenwärtig nicht praktisch seien, weil Präferenzen zur Steigerung der österreichischen Ausfuhr nach Deutschland nach gegenwärtigen Sachlage nicht notwendig seien. Umgekehrt kommen für die Einfuhr aus Deutschland österreichischerseits zu gewährende Vorzugszölle nicht in Betracht; dagegen würde aber in der gewollten und deutscherseits gewährten Prämierung deutscher Ausfuhrartikel bei der Ausfuhr von Deutschland nach Oesterreich eine faktische Präferenz gelegen sein.

Für den Staatssekretär:
Wildner

1789

**Gesandter Marek an Staatssekretär für die Auswärtigen
Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 352/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA

Tschechoslowakei I/III

Z. 44278/13

Prag, 7. Oktober 1937

Herr Staatssekretär,

Ich bin nunmehr in der Lage, auf Grund einer Information von authentischer Seite streng vertraulich zu berichten, auf welche Weise unter den ausländischen Korrespondenten in Wien die Mitteilung über die Unterredung des Herrn Bundeskanzlers mit Dr. Hodža nach Oesterreich anstand.

Der Wiener Vertreter der Agenzia Stefani wurde, allerdings von Pressburg, über die Reise des Dr. Hodža nach Oesterreich verständigt, doch wusste man in Wien mit dieser Meldung nicht viel anzufangen, dies umso mehr, als die öfteren Inko-

gnitoreisen des Premier nach Oesterreich auch unter den Journalisten nicht unbekannt sind.

Der Bürgermeister von Baden hat jedoch in den späten Nachmittagsstunden des 27. September, also am Tage der Unterredung, den Wiener Vertreter der amerikanischen Agentur „United Press“ telephonisch interurban angerufen und ihm mitgeteilt, dass der tschechoslowakische Ministerpräsident Dr. Hodža in Baden eingetroffen und abgestiegen sei, kurz nachher der Herr Bundeskanzler gekommen wäre und die beiden Herren zusammen konferieren. Auf die Weise erfuhren die Auslandskorrespondenten diese Tatsache, auf diese Weise hatten die Amerikaner und Engländer den Vorsprung mit ihrer Meldung zu verzeichnen.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Dr. Marek

1790

**Bundespolizeidirektion Wien an Bundeskanzleramt/
Auswärtige Angelegenheiten**

Schreiben Pr. Z. IV-716/24/37 (streng vertraulich)

AdR, NPA

Tschechoslowakei 7/1

Z. 44380/13

Wien, 11. Oktober 1937

Die Bundespolizeidirektion beehrt sich eine ihr aus verlässlich erscheinender Quelle zugewommene vertrauliche Information betreffend die Aussenpolitik der C.S.R. in Vorlage zu bringen.

Ergeht gleichlautend an den Herrn Staatssekretär für Sicherheitswesen, an das Bundeskanzleramt, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Staatspolizeiliches Büro und an das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten.

Abschrift.

Information

Ergebnisse der Paris-Reise Dr. Kroftas

Nach Mitteilungen aus Prag vom 4. Oktober d.J. hat die Abteilung III – b des tschechoslowakischen *Aussenministeriums* den *diplomatischen Vertretungen der C.S.R.* im Auslande ein *Schreiben* d.d. 4. Oktober 1937 sub Nr. 6928/277 zugehen lassen, das folgende *Thesen* enthält, die – wie es im Schreiben heißt – „von jetzt ab die Grundlage der tschechoslowakisch-französischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet internationaler Politik in der nächsten Zeit sein werden.“

1. Der Herr Minister Dr. K.¹ *Krofta* erhielt von der französischen Regierung die förmliche und unzweideutige Versicherung, dass Frankreich seinem Bündnis mit der Tschechoslovakischen Republik unter allen denkbaren Umständen treu bleibt. Sogar im Falle einer indirekten Bedrohung der politischen Unabhängigkeit und territorialen Integrität der C.S.R. kann letztere auf eine automatische unverzüglich einsetzende und wirksame Hilfe von seiten Frankreichs rechnen.
2. Der Herr Minister Dr. K. *Krofta* stellte eine vollkommene Kongruenz des Standpunktes von Paris und Prag fest hinsichtlich dessen, dass Frankreich und die Tschechoslovakei eine unbeirrbar und konsequente Politik der Treue gegenüber dem Völkerbunde führen werden, hierbei gestützt auf die Sympathie und aktive Förderung Großbritanniens. Die Regierung der Französischen und der Tschechoslovakischen Republik sehen im Hinblick auf das Darlegte keinerlei Anlaß für eine Revision ihrer Politik hinsichtlich Sowjet-Rußlands, die diese Politik bestimmt und begrenzt wird durch die Prinzipien und den Rahmen des Völkerbundpaktes.
3. Der Herr Minister Dr. K. *Krofta* überzeugte sich bei seinen Unterredungen mit den verantwortlichen Leitern der französischen Außenpolitik davon, dass Frankreich ebenso wie die Tschechoslovakei als eine der wichtigsten Aufgaben ihrer Diplomatie die Herbeiführung einer Verständigung zwischen den westeuropäischen Großmächten – Frankreich und England – und den drei Staaten der Kleinen Entente einerseits und Italien andererseits betrachten. Paris und Prag anerkennen die politische Realität der „Achse“ Rom–Berlin, sind aber wie bisher davon überzeugt, dass die deutsch-italienische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Politik vor allem taktische Bedeutung für beide Diktaturen hat, insbesondere für Italien. Dieser Umstand rechtfertigt die Annahme, dass eine Verständigung zwischen Paris, London und Rom durchaus erreichbar ist auf der Plattform gewisser, für die französisch-britische Entente annehmbarer Konzessionen Italien gegenüber. Die Regierungen halten es indessen für inopportun den *sichtbaren* Effekt eines Zerfalles der „Achse“ Rom–Berlin anzustreben. Beide Regierungen erkennen des weiteren, dass unter den gegebenen Umständen eine Verständigung mit Italien sich am ehesten außerhalb des Rahmens des Völkerbundes herbeiführen lassen wird.
4. Der Herr Minister Dr. K. *Krofta* hat die Möglichkeit sich von der vollen Übereinstimmung des Standpunktes Frankreichs und der Tschechoslovakei hinsichtlich des Probleme einer Beseitigung der Gegensätze zwischen allen drei Staaten der Kleinen Entente und Ungarn zu überzeugen. Die Regierung der Französischen Republik wird *aktiv* die Realisierung des Planes einer wirtschaftlichen Donaukonstruktion fördern (Anleihen, Investitionen, Schutzzölle und Präferenzen etc.), gestützt auf tätige Mithilfe Großbritanniens. Die französische Regierung wird einen energischen diplomatischen Druck auf Bukarest ausüben,

¹ Kamil.

um die Verständigung zwischen Ungarn und der Kleinen Entente in der Frage der nationalen Minderheiten zu beschleunigen.

5. Der Herr Minister Dr. K. Krofta gewann die volle Überzeugung, dass die französische Regierung ebenso wie die tschechoslovakische ganz auf dem Standpunkt steht, eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Donaustaaten und Polen erwünscht sei, und auch eine politische Annäherung zwischen Prag und Warschau vorausgesetzt, Frankreich wird allen seinen Einfluß in Warschau geltend machen, um den natürlichen Prozess einer tschechoslovakisch-polnischen Verständigung zu beschleunigen.

6. Der Herr Minister Dr. K. Krofta erlangt die Zusage der französischen Regierung, die These der tschechoslovakischen Außenpolitik in der Frage der „deutschen“ und „russischen Gefahr“ für den europäischen Frieden verteidigen zu wollen. Frankreich und die C.S.R. werden auf die allerentschiedenste Anwendung des Prinzips der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder dringen und sind der Meinung, dass auf diesem Wege eine wirkliche Befriedung Europas möglich ist.“ ...

1791

Gesandter Marek an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt

Bericht Nr. 363/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA

Tschechoslowakei/Geheim I/III

Z. 44534/13

Prag, 15. Oktober 1937

Herr Staatssekretär,

Mein Bericht Zl. 357/Pol. vom 13.10. 1. Js.¹ hat durch eine Unterredung, die ich heute mit Herrn Ministerpräsidenten Dr. Hodža hatte, seine Bestätigung bezw. Ergänzung gefunden.

Herr Dr. Hodža bestätigte mir heute, dass er mit Herrn Blum in Prag über die Möglichkeiten gesprochen habe, die sich aus dem Vorgehen Deutschlands gegenüber der Tschechoslowakei ergeben könnten. Die Tschechoslowakei müsse auf die aktive Hilfe Frankreichs auch dann rechnen können, wenn hiefür nicht nur der formale Anlass des Locarno Vertrages gegeben wäre. Nach der Abreise

¹ AdR, NPA, Tschechoslowakei/Geheim I/III, Z. 44505/13.

Herrn Blums hat Herr Dr. Beneš² über sein Gespräch Herrn Dr. Krofta in Genf telefonisch informiert, der die tschechoslovakischen Wünsche formulierte und dann, anlässlich seines Besuches in Paris auch bei Herrn Delbos vertrat.

Auf meine Frage, ob es zu einer Ergänzung oder Umgestaltung des Bündnisvertrages mit Frankreich gekommen sei, antwortete Herr Dr. Hodža, es sei eine Art convention amical geschlossen worden, nach der Frankreich auch bei einem nichtoffiziellen Angriff Deutschlands der Tschechoslovakei zu Hilfe kommen wird. Ich fragte Herrn Dr. Hodža, was er unter einem nichtoffiziellen Angriff versteht. Er erwiderte, dass dies z. B. ein absichtliches Hervorrufen von Zwischenfällen sein könne, das nicht gerade von der Reichsregierung seinen Ausgang nehmen müsse; „die S.S.-Lausbuben“, wie sich Herr Dr. Hodža ausdrückte, seien im Stande, etwas anzuzetteln, – nicht nur in der Tschechoslovakei – sondern auch in Oesterreich – besonders dann, wenn die Geschichte im Mittelmeer brenzlich werden sollte, was unter Umständen schon in wenigen Tagen der Fall sein kann. In Paris mehren sich die Stimmen, die endlich Herrn Mussolini Halt gebieten wollen, in der Meinung, dass von Italien aus nur so lange aufgetrumpft werde, solange es sich die Anderen gefallen lassen. Wir können also nach Ansicht des Herrn Ministerpräsidenten leicht böse Tage erleben. Dr. Hodža glaubt zwar nicht, dass Deutschland Krieg führen will und bei einem bewaffneten Konflikt mit Italien mithalten würde, er fürchtet aber, wie schon gesagt, dass gewisse Parteikreise die Gelegenheit allgemeiner Aufregung ausnützen könnten.

Besonders gefährlich scheint Herrn Dr. Hodža der Reichsführer der S.S. und Chef der deutschen Polizei Himmler zu sein, der um seine Position kämpfe. Auch Hess und Göring und die Gruppe um sie herum seien radikal und würden sich gegebenenfalls nicht um Hitler und die Reichswehr kümmern, die bestimmt Ruhe haben wollen.

Es mag sein, dass die durch diese Kreise verbreitete Unruhe zu 90 % eine „erstunkene Panik“ (sic!) sei, darauf berechnet, in London und Paris Verwirrung zu stiften. Aber 10 % davon seien bestimmt wahr und diese Tatsache müsse uns dazu verhalten aufzupassen.

Herr Dr. Hodža möchte in dieser Richtung einen „*Informationsaustausch*“ zwischen Wien und Prag anregen und er bat mich, darüber nach Wien zu berichten. Er wäre sehr dankbar, wenn ich zweckdienliche Beobachtungen ihm oder Herrn Dr. Krofta mitteilen würde, die tschechoslovakische Regierung werde nicht ermangeln, auch uns zu verständigen, wenn sie irgendwelche einschlägige Wahrnehmungen machen sollte.

Zum Schluss erzählte mir noch Herr Dr. Hodža, dass Dr. Otto Bauer, dessen man sich hier entledigt habe, nunmehr in Paris lebe und dort innigen Kontakt mit Herrn Leon Blum aufrecht erhalte. Durch ihn werde die französische Regierung sehr einseitig und unrichtig über die österr. Verhältnisse informiert. Herr Dr.

² Recte: Hodža.

Hodža habe, speziell nach seiner Unterredung mit dem Herrn Bundeskanzler in Baden, Gelegenheit genommen, die Irrtümer, in denen die französische Regierung durch diese Informationstätigkeit Otto Bauers befangen war, aufzuklären. Eines sei gewiss, dass die in Aussicht genommenen Wahlen in Oesterreich in Paris und London einen sehr guten Eindruck machen werden.

Zu Beginn unseres Gespräches sprach Dr. Hodža sein Bedauern aus, wenn der Herr Bundeskanzler durch seinen Besuch in Baden und die daran geknüpften öffentlichen Diskussionen Unannehmlichkeiten oder Aerger gehabt hätte. Allerdings wolle es ihm scheinen, dass auch diese Diskussion für irgend etwas gut war.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Dr. Marek

1792

**Generalkonsul Jordan an Staatssekretär für die
Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 22/Pol.

Hochverratsprozess, 498

München, 16. Oktober 1937

Herr Staatssekretär!

In den Kreisen der hiesigen Oberschicht, die mit der Partei in Fühlung steht, kursiert seit einigen Tagen das Gerücht, daß in Österreich eine bewaffnete Aktion der NSDAP für die nächste Zeit bevorsteht.

Die Emigration trägt Zuversicht zur Schau.

Ich werde versuchen, den Gerüchten auf den Grund zu gehen (vgl. meinen Bericht vom 2. August l. J.; Z. 17/Pol.).

Genehmigen, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit.

Jordan

1793**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten
an Gesandten Marek (Prag)**

Erlass (streng vertraulich)

AdR, NPA

Tschechoslowakei 7/1

Z. 44643/13

Wien, 18. Oktober 1937

Herr Gesandter

Eine dem BKA. A. A. aus vertraulicher Quelle zugekommene Information behauptet, dass den tschechoslowakischen Vertretungsbehörden ein Rundschreiben der Abteilung III-b des Ministeriums des Aeussern unter dem Datum v. 4. Okt. l. J. Z. 6928/277 zugekommen sei, das die in der Beilage enthaltenen Feststellungen über die Ergebnisse der – vermutlich in Genf geführten – Besprechungen Dr. Kroftas enthält.

Obwohl die Information stellenweise unklar und einigermaßen simplistisch klingt, ist doch der Gedanke nicht von der Hand zu weisen, dass dem Informanten ein auf Grund einer Aufzeichnung Dr. Kroftas verfasstes Zirkular vorgelegen ist, das er vielleicht nicht durchwegs richtig aufgefasst oder widergegeben [sic!] hat. Wollen Sie daher die Belange mit Ihren Informationen und Eindrücken vergleichen und berichten, ob Ihnen die innere Wahrscheinlichkeit für eine authentische Grundlage der Information zu sprechen scheint.

Ausserdem wollen Sie berichten, ob die oben angegebene Aktenbezeichnung richtig scheint und Schlüsse auf die Herkunft der Information gestattet. Hinzugefügt wird, dass bereits von der selben Quelle auf Akten des tschechoslow. Ausenamts Bezug genommen wurde, die stets eine mit „III-b“ beginnende Nummer trugen. (Legsekr. Peter-Pirkham glaubt sich zwar zu erinnern, dass dies die Aktenbezeichnung des Pressedepartements sei, konnte es jedoch nicht mit Sicherheit behaupten.)

Empf.

1794

**Gesandter Tauschitz an Staatssekretär für die
Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 252/Pol. (streng vertraulich)

Hochverratsprozess, 498-499

Berlin, 20. Oktober 1937

Herr Staatssekretär!

Ich hatte heute Gelegenheit mit dem französischen Botschafter, der soeben aus Paris zurückgekommen ist, mich längere Zeit zu unterhalten und glaube ich, darüber berichten zu sollen. *François-Poncet* sagte mir, daß er nach Paris gegangen sei, um sich zu informieren, wie die Leute dort denken und er könne sagen, daß er gewisse Veränderungen vorgefunden habe. Bisher gab es in Paris noch sehr viele einflußreiche Persönlichkeiten, die gewisse Sympathien für *Mussolini* bewahrt haben. Die seien aber mittlerweile vollkommen verschwunden und man könne ohne Übertreibung sagen, daß dieser Mann in Paris eine absolute Ablehnung findet und daß man seine Methoden des ewigen Bluffs auf das schärfste verurteilt. Man wisse genau, daß Italien größte finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten habe und daß von *Mussolini* alles nur gemacht werde, um über diese inneren Schwierigkeiten hinwegzutäuschen.

Auch mit seinem Besuche in Berlin habe er wieder nur bluffen und der Welt zeigen wollen, daß die beiden faschistischen Staaten ein Herz und eine Seele seien. Seine Absicht, sich für den Ernstfall den Rücken zu decken, hätte er auch vollauf erreicht. Bezüglich Spanien wurde nichts Neues beschlossen, man blieb beim alten Rezept, Italien schickt Freiwillige und Deutschland sekundiert fleißig. Frankreich interessiert nicht so sehr der Ausgang des Konflikts in Spanien, denn das Eine ist sicher, falls *Franco* obsiegt, daß es in zwei Jahren wieder eine Revolution in Spanien gibt, sondern am meistens interessiert Paris die Frage, was mit den Balearen geschehen wird und da scheint es so zu sein, daß sich dort *Mussolini* festsetzt und diese zu befestigen beginnt.

Was die deutsch-italienischen Beziehungen anlangt, so wurde das vor einem Jahr anlässlich des *Ciano*-Besuches unterfertigte deutsch-italienische Abkommen neu besiegelt, was für den jungen Außenminister zweifellos einen großen Triumph bedeutet.

François-Poncet glaubt nun ferner, daß bei dieser Entrevue auch über Österreich gesprochen wurde und daß *Mussolini* sich hierbei auf den Standpunkt gestellt habe, mit Gewalt dürfe in Österreich von seiten Deutschlands nichts unternommen werden, Italien würde aber nichts dagegen tun, falls sich die Mehrheit der Bevölkerung Österreichs für ein engeres Zusammengehen mit Deutschland aussprechen würde. Ich hielt dem gegenüber, daß dies nicht zutrifft und daß

Österreich überhaupt nicht Gegenstand der Unterhaltung der beiden Staatsmänner war. Ich gab ihm im Anschluß daran außerdem eine Darstellung der innerpolitischen Verhältnisse Österreichs, die *François-Poncet* diesmal erstaunlicherweise nicht richtig beurteilte. So glaubte er vor allem, daß der Nationalsozialismus in Österreich noch immer im Zunehmen begriffen sei und stellte an mich die Frage, ob nicht der innere Druck der Nationalsozialisten auf die Regierung ein sehr großer sei, so daß man Nazi in die Regierung werde aufnehmen müssen. Ich trat dieser Meinung auf das Entschiedenste entgegen und glaube, dem Botschafter in einem längeren Vortrag, in dem ich ihm die politischen Verhältnisse in Österreich und die Konstruktion der Vaterländischen Front auseinandergesetzt habe, bewiesen zu haben, daß seine Annahme, beziehungsweise seine Befürchtung eine vollkommen unbegründete sei. Er war mir hiefür dankbar.

1795

Amtserinnerung Gesandter Hornbostel¹

AdR, NPA

Ungarn/Geheim I/III

Z. 44788/13

Wien, 25. Oktober 1937

Laut Mitteilung des H. BK. an H. St.S. Dr. Schmidt wäre von den am 21. und 22. d. M. gepflogenen Unterhaltungen mit H. v. Darányi und H. v. Kánya Folgendes festzuhalten:

1) Der H. Bundeskanzler sprach den ungarischen Herren gegenüber den Wunsch nach einer engeren militärischen Kooperation auf dem Gebiete des Nachrichtenwesens, der Bewaffnung und taktischen Möglichkeiten etc. aus. Die Ungarn seien darüber sehr erfreut gewesen und die beiderseitigen militärischen Stellen werden diesbezügliche Weisungen der Regierungschefs erhalten.

2) Bezüglich der Verhandlungen zwischen Ungarn und der Kl. Entente erklärten die ungarischen Herren, dass die Aussichten für ein positives Ergebnis nicht sehr günstig stünden (Hinweis auf Rumänien, Wahlen dortselbst und ungeklärte innerpolitische Lage). Der H. Bundeskanzler benützte diesen Anlass, für MinPräs. Hodža eine Lanze zu brechen, wobei er darauf hinwies, dass Herr Hodža rechts orientiert sei und wirkliches Interesse an der Schaffung eines auskömmlichen Verhältnisses mit Ungarn wie mit den übrigen Staaten des Donaubeckens habe. Die ungar. Herren hätten diese Fürsprache mit „zustimmendem Schweigen“ entgegengenommen.

¹ Amtlicher Vermerk: „Sekretieren!“

- 3) Der H. BK. konnte eine merkliche Abkühlung in den Sympathien der ungar. Herren für Italien und Deutschland wahrnehmen. Die ungar. Herren bestätigten die Nachricht von ihrem im November zu absolvierenden Besuch in Berlin.
- 4) Aufgefallen ist dem H. BK. schliesslich, dass die Ungarn besonders darauf Wert legten, dass kein politisches Communiqué über die Zusammenkunft des H. BK. mit ihnen herauskomme. Die Ungarn scheinen einigermaßen Angst vor einer Misstimmung [sic!] Berlins zu haben.

1796

**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Ge-
sandtschaft Belgrad**

Telegramm Nr. 10 (in Ziffern, streng vertraulich)¹

AdR, NPA
Südslawien I/III
Z. 44992/13

Wien, 2. November 1937
(14.45)

Mitteilungen hiesigen italienischen Gesandten zufolge hätte vor einiger Zeit jugoslawischer Ministerpräsident dortigen italienischen Gesandten sondiert, ob in Rom Einladung Staatssekretärs Dr. Schmidt durch Herrn Stojadinovic – allenfalls zu einer Jagd – erwünscht wäre. Hierauf hätte Graf Ciano geantwortet, dass italienische Regierung dies lebhaft begrüßen würde.

Wollen Sie, unter Hinweis auf obige Information, durch ein entsprechendes Gespräch mit Ihrem italienischen Kollegen festzustellen trachten, wie diese Konversation tatsächlich verlaufen ist, insbesondere ob Initiative von Herrn Stojadinovic oder etwa von Ihrem italienischen Kollegen ausgegangen ist und wie sich jugoslawischer Ministerpräsident zur italienischen Antwort verhält.

Drahtbericht
Aussenamt

¹ Weiterer amtlicher Vermerk: „nicht zirkulieren, zurück zu Gesandten Hornbostel“.

1797

**Gesandter Vollgruber an Staatssekretär für die
Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 134/Pol. (streng vertraulich)

Hochverratsprozess, 534-535

Paris, 9. November 1937

Herr Staatssekretär!

Herr *Pouritch*, mit dem ich gestern ein längeres Gespräch führte, berührte zuerst den bevorstehenden Besuch Herrn *Delbos* in Belgrad, der im Prinzip schon längere Zeit in Aussicht genommen gewesen sei. Dazu, daß die Reisetournee jetzt plötzlich verwirklicht werde, möge neben außenpolitischen Gründen auch der Umstand beigetragen haben, daß seinen Informationen zufolge die Regierung nach den letzten Erfahrungen mit dem Eintritt größerer, ihrem Bestand allenfalls gefährdenden Schwierigkeiten erst für den Jänner nächsten Jahres rechne.

Mein Mitredner äußerte sich dann recht pessimistisch über die Aussichten der weiteren Entwicklung der allgemeinen Lage. In diesem Zusammenhange sagte er, Herr *Léger* versuche immer noch, den gegenseitigen Beistandspakt der Kleinen-Entente-Staaten zustande zu bringen. Erst unlängst hätte ihm Herr *Léger* wieder davon gesprochen. Er erwidere ihm immer, der Abschluß eines solchen Paktes für Jugoslawien wäre eine Wahnsinnstat. Er müßte im gegenwärtigen Zeitpunkt einer Provokation Deutschlands *und* Italiens gleichkommen. Und Jugoslawien müsse sich doch ebenso wie zum Beispiel wir hüten, einen dieser beiden Staaten zu provozieren.

Herr *Pouritch* meinte dann weiter, Herr *Léger* verwende in diesen Gesprächen immer auch das Argument, daß „Herr *Mussolini* Österreich ja doch schon aufgegeben habe“ und das daher ein engerer Zusammenschluß der Staaten der Kleinen Entente umso notwendiger sei. Er (*Pouritch*) wisse allerdings nicht, ob Herr *Léger* auch wirklich glaube, was er sage, oder ob er wissentlich ein falsches Argument gebrauche.

Ich erwiderte, daß wir die von Herrn *Léger* geäußerte Auffassung keineswegs teilten. Der Herr jugoslawische Gesandte meinte, dies sei auch seine Ansicht, nur spiele Herr *Mussolini* allerdings ein sehr gefährliches Spiel mit uns.

Er fuhr dann fort, König *Georg* von Griechenland, bei dem er wie seine Kollegen vom Balkanbund gelegentlich des jüngsten Aufenthaltes in Paris in Audienz erschienen sei, habe sich übrigens bei ihm erkundigt wie er die Folgen einer allfälligen Restauration in Österreich beurteilen würde. Seine Majestät hätte die Ansicht geäußert, daß es der Bundesregierung wohl doch nicht möglich sein dürfte, dem Naziansturm auf die Dauer standzuhalten und daß die Monarchie größere Chancen hätte, in dieser Hinsicht zu reussieren. Herr *Pouritch* meinte, er wisse

nicht, ob König *Georg* wirklich beunruhigt sei oder sich nur bemüßigt fühle, nach dem die Restauration in Griechenland gelungen sei, andere Throne aufrichten zu helfen. Er hätte dem König geantwortet, daß er die Frage einer Restauration in Österreich derzeit nicht für aktuell hielte. Diese würde eine Provokation Deutschlands bedeuten, die wir nicht riskieren könnten. Er hätte hinzugefügt, daß ihm persönlich die Einführung der Monarchie in Österreich, wenn sie sich vom deutschen Einflusse fernhalten könnte, gar nicht als gegen die Interessen Jugoslawiens gerichtet erschiene; wenn sich aber Herr *Hitler* entschlösse, „gute Miene zum bösen Spiele zu machen“ und statt der Monarchie in Österreich nach dem Leben zu trachten, sie dann als Sturmbock im Donaauraum zu verwenden versuchen würde und sich die Monarchie dazu hergäbe, dann allerdings wäre diese Lösung noch schlechter für Jugoslawien als der Anschluß. Aber derzeit sei sie ja weit entfernt davon, aktuell zu sein.

Genehmigen Herr Staatssekretär den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit.

Vollgruber

1798

Gesandter Berger-Waldenegg an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt

Bericht Nr. 202/Pol.

Hochverratsprozess, 518

Rom, 10. November 1937

Herr Staatssekretär!

Der französische Geschäftsträger, Gesandter *Blondel*, sagte mir heute gelegentlich eines politischen Tour d'horizon, den wir gemeinsam machten, der einzige Lichtblick in der für Frankreich sonst schier unerträglichen Politik *Mussolinis* sei der, daß man in Paris überzeugt ist, *Mussolini* werde die *Unabhängigkeit* und *Selbständigkeit Österreichs trotz aller Achsenpolitik solange als nur irgend möglich verteidigen*.

Kopie dieses Berichtes übermittle ich unter einem dem Herrn österreichischen Gesandten beim Heiligen Stuhle.

Genehmigen, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Berger

1799**Gesandter Berger-Waldenegg an Bundeskanzleramt/
Auswärtige Angelegenheiten**

Telegramm Nr. 77 (Chiffre)

AdR, NPA
Italien I/III
Z. 45334/13Rom, 11. November 1937
(13.45 → 16.45)

Zusammenkunft Minister des Aeussern der drei Römischen Protokoll-Staaten soll für Monat Jänner in Budapest anberaumt werden. Ungarischer Gesandte sagte, Herr von Kania sei darüber nicht sehr erfreut, wäre lieber jetzt nach Italien gekommen.

1800**Gesandter Berger-Waldenegg an Bundeskanzleramt/
Auswärtige Angelegenheiten**

Telegramm Nr. 79 (Chiffre)

AdR, NPA
Italien I/III
Z. 45426/13Rom, 13. November 1937
(12.55 → 16.00)

Im Verfolge h. a. Telegrammes Nr. 77.¹

Italienische Regierung hat durch hiesigen ungarischen Gesandten der ungarischen Regierung eine Zusammenkunft der Minister des Aeußeren der drei Staaten der römischen Protokolle für die erste Hälfte Januar 1938 in Budapest vorgeschlagen.

¹ ADÖ 12/1799.

1801**Gesandter Berger-Waldenegg an Bundeskanzleramt/
Auswärtige Angelegenheiten**

Telegramm Nr. 80 (Chiffre)

AdR, NPA
Italien I/III
Z. 45474/13Rom, 15. November 1937
(13.40 → 16. XI. - 8.00)

Italienischer Minister des Aeußern rief mich soeben zu sich und sagte mir, italienischer Gesandter in Wien habe berichtet, daß Herr Bundeskanzler und Herr Staatssekretär vorläufiges Nicht-Zustandekommen Zusammenkunft in Venedig „mißfällig“ aufgenommen haben. Minister des Aeußern ersuchte mich dringend mitzuteilen, daß den Duce und speziell auch ihn weder persönliche noch politische Gründe zur Absage veranlaßten, lediglich die rein sachliche Erwägung, daß derzeit konkretes Gesprächsthema für Aussprache eigentlich fehle, und ausserdem derartige Entrevue knapp vor Zusammenkunft in Budapest nicht gut zu motivieren ist. Minister des Aeußern meint, daß Tage in Budapest auch ihm so sympathische Gelegenheit für Aussprache geben werden und Kommen Staatssekretärs nach Italien dann zwei oder drei Monate später erfolgen sollte.

1802**Amtsvortrag Bundesministerium für
Landesverteidigung/Operationsabteilung¹**AdR,
BMfL
Z. 354-Op/37

[Wien, November 1937]

Dem antikommunistischen Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Japan vom 25. November 1936 hat sich am 6. November 1937 auch Italien durch Unterzeichnung eines Ergänzungsabkommens angeschlossen. Die Unterfertigung nahmen in Rom Außenminister Graf Ciano, der deutsche Sonderbeauftragte v. Ribbentrop, der japanische Botschafter Hotta und die Militärattachés vor.

¹ Amtsvermerk: „Gesperrt!“ Außerdem handschriftliche Notiz Jansas am Mantelbogen vom 27. 11. 1937: „Auf Grund der vorliegenden wohl erst skizzenhaften Überlegungen lassen sich folgende konkrete Arbeiten die sogleich in Angriff zu nehmen sind, herauschälen:

Am 10. November 1937 richtete der französische Militärattaché Obstl. Salland an den Chef des Generalstabes die Frage, was Österreich zu tun gedenke, wenn Deutschland und Italien freien Durchmarsch durch Österreich fordern würden. Damit ist Anlaß geboten, diese Frage näher zu untersuchen.

Österreichs Stellung zu einer allfälligen Forderung des Deutschen Reiches und Italiens nach freiem Durchmarsch durch Nordtirol.

Durch den Beitritt Italiens zum Abkommen der beiden Großmächte Deutschland und Japan gegen den Bolschewismus wird die Frage des freien Durchmarsches durch Nordtirol der Erwägungen wert.

Bei Unterzeichnung des Antikominternpaktes wurde zwar betont, daß dieser sich gegen keine fremde Macht oder Mächtegruppe wende, sondern nur gegen die Umtriebe der kommunistischen Internationale, deren Ziel die Zersetzung in den bestehenden Staaten bilde.

Es ist aber ohne weiteres denkbar, daß dieser Kampfansage gegen die kommunistische Internationale der Kampf gegen das kommunistische Rußland im fernen Osten und auch in Europa folgt.

Das durch die Verbindung Japans mit der Achse Berlin – Rom geschaffene „weltpolitische Dreieck“ zeigt eine außerordentlich günstige geographische Gruppierung, die eventuelle Kriegsgegner dieses Dreieckes wesentlich an der Konzentrierung ihrer Kräfte zu hindern vermag.

So hat Rußland im fernen Osten dem Angriff Japans entgegenzutreten und in Europa mit Deutschland und Italien zu rechnen.² Es wird gegen Japan erhebliche Kräfte bereitstellen müssen, da dieses nennenswerte Kräfte kaum nach Europa abgeben dürfte, den Angriff daher mit ganzer Kraft führen kann.³ Seinen starken europäischen Gegnern kann Rußland sonach nur einen Teil seiner gewaltigen Kriegsmacht entgegenwerfen.

Frankreich, das mit Rußland durch den Vertrag zur gegenseitigen Hilfeleistung im Falle eines Angriffes von dritter Seite verbunden ist, hat unter Umständen sogar mit einem Dreifrontenkrieg zu rechnen, wenn nämlich ein bis dahin siegreiches Franco-Spanien an die Seite Deutschlands und Italiens

1.) genaue Untersuchung, was durch Zerstörungen in Tirol-Salzburg-Kärnten technisch-theoretisch erreicht werden könnte. Wenn dies ein positives Resultat ergibt 2.) Was muß hiezu personell u. materiell über das bereits vorgesehene vorbereitet werden usw in allen Einzelheiten genau. 3.) Genaues Studium der Angriffsmöglichkeiten auf die Tsch. und daß personellen und materiellen Erfordernisses hiezu um ein solches Unternehmen erfolgreich zu gestalten.

Alle vorgenannten Arbeiten dürfen die Fertigstellung der laufenden Arbeiten DR u T + Ju nicht verzögern.“

² Randnotiz Jansas: „Dafür fehlt mir der Glaube“.

³ Randnotiz Jansas: „Und Amerika?“

tritt.⁴ Aber selbst wenn diese Rückenbedrohung durch Spanien entfallen sollte, muß Frankreichs milit. Lage als ungünstig angesehen werden. Frankreich hat zu Lande mit starken, hochgerüsteten Gegnern zu rechnen und in der Luft gegen die führenden Luftmächte Europas anzutreten.⁵ Noch schärfer ist das Mißverhältnis der Kräfte zur See. Die französische Flotte wird die Mannschaftstransporte aus den afrikanischen Kolonien nach dem Mutterland gegen die Angriffe der doppelt überlegenen Flotte der beiden europäischen Staaten des Dreieckes wohl kaum wirksam schützen können. Diese Ungunst der seestrategischen Lage Frankreichs würde ohne Zweifel eine Verschlimmerung erfahren, sobald sich Spanien der Achse Rom – Berlin anschließt; sie kann nur durch das Eingreifen der Flotte Englands ausgeglichen werden. Aber gerade die englische Flotte wird durch das japanische Bündnis mit Rom und Berlin am schwersten getroffen.⁶

Großbritannien, immer bedacht auf der Erhaltung des Gleichgewichtes in Europa, hat zwar bisher seine gesamten Machtmittel stets gegen den europäischen Staat aufgewendet, der jeweils aussichtsreichster Anwärter auf die Hegemonie in Europa war. Heute, da England seinen Besitz im fernen Osten – und damit zugleich Empireinteressen – durch Japan gefährdet sieht, könnte ihm der Schutz seiner ostasiatischen Position wichtiger erscheinen, als die Frage, wem in Europa die kontinentale Hegemonie zufällt. Der wirksame Schutz dieser Position erfordert das Auftreten starker britischer Kräfte im fernen Osten, die naturgemäß im Mittelmeer und in der Nordsee fehlen werden.

Die *Tschechoslowakei* ist ohne russische Unterstützung für das Dreieck kein absolutes Hindernis.⁷ Es liegt in der Hand *Polens* und *Rumäniens*, zu bestimmen, ob russische Kräfte den Weg in die Tschechoslowakei finden oder nicht. Die Begehrlichkeit Rumäniens auf Beßarabien und Polens Aspiration auf die Ukraine könnten beide Staaten veranlassen, die Sache Roms und Berlins zu ihrer zu machen. Von den Staaten der kleinen Entente würde unter Umständen daher nur *Jugoslawien* als Helfer der Tschechoslowakei bleiben, das zwar Kräfte Italiens binden könnte, aber voraussichtlich gezwungen sein wird, sich auch gegen *Ungarn* zu wenden.⁸ Bei einem Kampfe gegen Rußland müßten Deutschland und Italien daher wahrscheinlich auch mit der Gegnerschaft Frankreichs, Englands, der Tschechoslo-

⁴ Randnotiz Jansas: „Das könnte allerdings von schwerwiegendem Einflusse sein. Es sieht aber vorläufig wenigstens nicht so aus als dass Franco sich England und Frkr. entgegenstellen wollte.“

⁵ Randnotiz Jansas: „Das ist zu optimistisch! In der Luft führend sind Engl. und Frankr.“

⁶ Randnotiz Jansas: „Das Gros der engl. Flotte wird immer im Mittelmeer gemeinsam mit der französ. zu finden sein; das Mittelmeer ist Engl. Schlagader! Die Flotte ist stark genug um die deutsche in der Nordsee einzuschließen und gegen Japan mit Holland nur Amerika gemeinsam zu halten bis Ital. niedergerungen ist.“

⁷ Randnotiz Jansas: „Absolut nicht, aber immerhin ein sehr unbequemes Hindernis.“

⁸ Randnotiz Jansas: „Eine anfängliche Neutralität Polens, Ru. u. Jugosl. gegenüber den europäischen Ereignissen ist durchaus denkbar.

Ungarns Haltung müßte klargelegt werden. Tut es von Anfang an gegen die Tschechosl. mit?“

wakei und Jugoslawiens rechnen; sie könnten vielleicht Unterstützung bei Polen, Rumänien und Ungarn finden.

Die Verteidigung der Grenzen Italiens gegen Frankreich und Jugoslawien und der deutschen Westgrenze – zumindest der Rheinlinie – erscheint mit untergeordneten Kräften möglich. Daher ist eine Operation der Hauptkräfte beider Staaten gegen Rußland nun nicht mehr vollkommen utopisch.⁹ Für solch eine Operation ist aber die Landverbindung zwischen Italien und Deutschland nötig. Diese ist am einfachsten über Nordtirol herzustellen.

Eine von Deutschland und Italien gestellte Forderung nach freiem Durchmarsch durch Nordtirol liegt sonach im Bereich der Möglichkeit. Es ist zu erwarten, daß diese Forderung noch durch das Verlangen nach freier Benützung der österreichischen Bahnen bis einschließlich zur Linie Tarvis, Villach, Tauernbahn, Salzburg erweitert wird, da in Nordtirol nur eine leistungsfähige Bahnlinie (Brennerbahn) zur Verfügung steht. Falls Ungarn und Rumänien sich Rom und Berlin angeschlossen hätten und eine Verschiebung italienischer Kräfte in diese Staaten beabsichtigt wäre, könnte eine Forderung nach freiem Durchmarsch vielleicht auf das gesamte österreichische Staatsgebiet ausgedehnt werden.¹⁰

Den beiden Großmächten Deutschland und Italien gegenüber kann Österreich die Verhinderung des freien Durchmarsches wohl kaum mit Gewalt erzwingen;¹¹ ob dies auf diplomatischen Wege gelingt, ist fraglich. Für Österreich tritt daher ein Zwang zur Duldung ein. Es wird sich nun aber zu entscheiden haben, ob es a) (unter Duldung des freien Durchmarsches) weiterhin neutral bleibt, oder ob es b) sich Deutschland und Italien anschließt.

In beiden Fällen wäre eine Forderung nach Gegenleistungen angezeigt.

Im Fall a) könnte diese umfassen:

1. Garantie der *Unabhängigkeit*¹²
2. Österreich kann *nicht verpflichtet* werden, Jugoslawien oder die Tschechoslowakei *anzugreifen*, um nicht die Gegnerschaft auf sich zu ziehen.¹³
3. Der Betrieb der Bahnen auf österreichischem Gebiete bleibt ausschließlich in österreichischen Händen; Italien und Deutschland wird lediglich das Recht eingeräumt, Bahnbeamte als Beobachter für die Abwicklung der Transportbewegung auf österreichischem Boden zu entsenden.¹⁴

⁹ Randnotiz Jansas: „Da müßte vorher eben die Tschechosl. durch D. liquidiert werden“.

¹⁰ Randnotiz Jansas: „Und noch mehr! Es kann die Forderung nach österr[.] militärischer Aktivität an der Achsenseite gestellt werden“.

¹¹ Randnotiz Jansas: „Wenn diese Studie einen positiven Zweck haben soll, so muß dies eben sachlich genau geprüft werden!“

¹² Randnotiz Jansas: „Wodurch?“

¹³ Randnotiz Jansas: „Werden diese Staaten im Gewähren eines Durchmarsches gegen sie nicht eine Gegnerschaft sehen?“

¹⁴ Randnotiz Jansas: „Wie ist gedacht dieses schöne Forderungs[Rest des Wortes unleserlich] zu erreichen? Da muß man doch irgend ein Druckmittel in der Hand haben. Hier ist dazu nichts gesagt.“

4. *Kein Belag durch fremde Truppen* in Österreich.

5. *Wirtschaftliche Aushilfen*. (Lieferung jener lebens- u. kriegswichtigen Rohstoffe, die Österr. bisher von Gegnern Italiens und Deutschlands einführen mußte und deren Bezug nun verweigert werden könnte.)

Der Anschluß Österr. an Deutschland und Italien könnte von der Erfüllung folgender Forderungen abhängig gemacht werden:

1. Garantie der *Unabhängigkeit*.

2. *Südtirol*.

3. *Deutsche Gebiete der Tschechoslowakei*, die an die Nordgrenze Österreichs anschließen.

4. *Freies Verfügungsrecht über die eigene Wehrmacht*.

5. *Unterstützung mit Streitkräften* gegen Jugoslawien.

6. *Unterstützung mit Kriegsgesät* (Artillerie, Flieger, Kampfwagen, Flieger- und Panzerabwehrwaffen) und *kriegswichtigen Rohstoffen*.

7. *Beiträge* zur Sicherstellung der eigenen *Ernährung*.

8. Der Betrieb der österreichischen Bahnen bleibt ausschließlich in österreichischen Händen. Deutschland und Italien wird das Recht eingeräumt, Bahnbeamte zur Beobachtung für den Ablauf eigener Truppentransporte auf österreichischem Boden zu entsenden.

Würde Österreich im Rahmen der gemeinsamen Kriegsführung die Führung einer Offensive in die Tschechoslowakei zufallen – sei es als selbständige Operation, sei es im Anschluß an andere Kräfte – ist außer der Unterstützung mit Kriegsgesät auch einer *Zuweisung von Nachschubverbänden* (*vornehmlich LKWgKol*) erforderlich, da ansonsten Österreich die Führung einer weitreichenden Operation nicht möglich wäre.¹⁵

Im westlichen Teile des Bundesgebietes bis einschließlich zur Linie Tarvis, Villach, Tauernbahn, Salzburg wäre die *nachdrücklichste Zerstörung aller nennenswerten durchlaufenden Kommunikationen vorzubereiten*, sodaß für Deutschland und Italien der Zwang besteht, Gegenleistungen zu geben, oder die sonst unvermeidliche, monatelange Verzögerung einer gemeinsamen Landoperation in Kauf zu nehmen.¹⁶

Schließlich wäre noch zu untersuchen,

a) welche Gruppierung die bewaffnete Macht Österreichs einzunehmen hätte, wenn dieses im Falle weiterhin beabsichtigten neutralen Haltung durch die Ts und Ju bedroht würde, oder wenn es, mit Italien und Deutschland verbündet, an deren

¹⁵ Randnotiz Jansas: „Das alles bedürfte wohl einer Vorbereitung von langer Hand“.

¹⁶ Randnotiz Jansas: „Das ist der springende Punkt. Es muß aber genau untersucht werden was in dieser Hinsicht geschehen könnte u[nd] ob eine ‚monatelange‘ Verzögerung theoretisch technisch überhaupt erreichbar ist“.

gemeinsamen Operation gegen Rußland teilnimmt. Welche Aufmarschfälle wären daher vorzubereiten?

b) Welche Mittel fehlen der bewaffneten Macht Österreichs, um diese zur Führung einer Offensive in die Tschechoslowakei zu befähigen?

c) Welche Maßnahmen wären schon jetzt in dem westlichen Teile des Bundesgebietes bis einschließlich zur Linie Tarvis, Villach, Tauernbahn, Salzburg (kurz westl. der Tauernbahn) zu treffen?

Zu a). Die für den Kriegsfall Ts + Ju beabsichtigte Gruppe der bewaffneten Macht entspricht für den Fall einer Bedrohung durch die Tschechoslowakei und Jugoslawien wie auch für den Fall, daß Österreich sich der gemeinsamen Operation Deutschlands und Italiens gegen Rußland anschließt; es ist daher kein neuer Aufmarschfall vorzubereiten.

Zu b) Mittl. und schwere Art., Flieger, PzVerb, LKWgKol.¹⁷

Zu c) *Sehr dringend erscheinen:*

die Aufstellung des PiB 6 in Schwaz;

der Ausbau der Sperrmaßnahmen westl. der Tauernbahn;

die intensive Ausbildung der InfPioniere, der Frontmiliz und der Gendarmerie im Sperrdienst in diesem Gebiete;

die Errichtung hinreichender Munitionslager in diesem Raume;

die Sicherstellung des personellen Bedarfes für die Sperrmaßnahmen. Hiezu wäre auch die Verlegung des PiB 3 nach Tirol vorzubereiten, um gegebenenfalls im Sperrdienst geschulte Kräfte rasch verfügbar zu haben, solange das PiB 6 noch nicht aufgestellt ist.¹⁸

[Anhang]

Süd-Nordverbindungen in Tirol-Salzburg-Kärnten.

A. *Vorhandene* Zerstörungsvorsorgen in den Strecken:

I. Reschenscheideck–Landeck–Imst–Lermoos–Griesen oder Lermoos–Reutte–Füssen.

II. Brenner–Innsbruck–Seefeld–Scharnitz

Innsbruck–Kufstein oder

Jenbach–Achenpass.

III. Sillian–Lienz–Großglockner–Bruck–Saalfelden–Lofer–Unken–Steinpass.

IV. Tarvis–Villach–Gastein–Lend–Bischofshofen–Salzburg.

Die Wiederherstellung der vorgesehenen und durchgeführten Zerstörungen dürfte, ausreichende Arbeitskräfte und eine leistungsfähige Eisenindustrie (Brückenbauunternehmen) vorausgesetzt, mindest 5 Wochen benötigen.

¹⁷ Randnotiz Jansas: „zu b) muß im Detail durchdacht u. erarbeitet werden!“

¹⁸ Randnotiz Jansas: „Aber auch ausreichende Bewilligung von Sprengmunition!“

B. Ergänzung der vorgesehenen Zerstörungen siehe Beilage.

Die Wiederherstellung erfordert bedeutend mehr Arbeitskräfte. Bei Vorhandensein derselben dürfte Wiederherstellung nicht mehr Zeit beanspruchen als unter A angegeben. Diese Zeiten fußen auf rein theoretischen Erwägungen; sie können gegebenenfalls stark überschritten werden.

Süd-Nordverbindungen in Tirol–Salzburg–Kärnten.

Ergebnis des Kartenstudiums zwecks Feststellung etwa nötiger Maßnahmen zur *Ergänzung der vorgesehenen Zerstörungsvorbereitungen* zur nachhaltigeren Unbenützbarmachung der Verkehrswege.

(Verfaßt im Auftrage des Chef des Generalstabes)

Die an Hand der Karten durchgeführten technisch-theoretischen Erwägungen haben folgendes Ergebnis gezeitigt:

A) Allgemeines.

Straßen: Alle im Zuge einer Straße befindlichen hölzernen Brücken sind durch die Landesbewohner unter Leitung von schon im Frieden mit dieser Aufgabe vertraut zu machenden Milizleuten (Ortskundige) unbrauchbar zu machen. (Abtragen mit Bergung des Gerätes, Abbrennen, Absägen oder Ansägen der Joche und des Tragwerkes u. dgl.). Dort, wo Umfahrungen möglich sind, wird das Gelände durch seine Unhaltbarkeit bei starker Benützung zu langsamer Fahrt zwingen.

Steinerne oder eiserne Brücken wären gründlich zu verrammeln. Straßen wären an Steigungen möglichst lang aufzureißen.

Eisenbahnen: Bewohner, wie unter vorerwähnten Gesichtspunkten, hätten die Schienen zu entfernen und zu vergraben. Laschenverbindungen wären zu lösen und die Nägel zu entfernen. Besonders in Biegungen wären die Schienen zu entfernen. In allen Stationen wären mindest die Weichen oder deren Herzstücke zu entfernen.

B) Einzelheiten. (im Frieden vorzubereiten).

I. Strecke: Reschenscheideck–Landeck–Imst–Lermoos–Staatsgrenze.

1) Im Pass Finstermünz durch Sprengung: Straßenverschüttung. (Fels oder Futter- und Stützmauersprengung). Für je 20 m Länge etwa 300 Kg. Sprengstoff, 1 Offz., 4 Pion., 4 Hilfsmänner

2) Stützmauer nördl. Entbruck. Munition und Arbeitskraft wie vor.

3) Brücke über den Inn bei Kote 860 (Pontlazerbrücke). 150 Kg. Sprengstoff, 1 Offz., 4 Pion., 4 Hilfsmänner.

4) Straßenbr. (Durchl.) nordw. Urgen. Munition und Partie wie vor.

5) Felssturz (Verschüttung) südw. Starckenbach. Munit. und Partie wie 1.

Zusammen: 1.200 Kg. Sprengstoff, 5 Offz. oder U.Offz., 20 Pion., 24 Hilfsmänner.

II. Stecke: Brenner–Innsbruck–Seefeld–Scharnitz.

Innsbruck–Kufstein.

Jenbach–Achenpass.

Die größeren grenznahen Bahnhöfe wären techn. zu zerstören. Hiezu etwa 150 kg Sprengstoff, 1 Offz., 1 U.Offz., 20 Pion., 25 Hilfsmänner mit Krampen, Schaukeln, Hacken, Sägen, Brechstangen und Geisfüßen ausgerüstet.

In den Tunnels wäre die Zugentgleisung durch besondere Apparate M. 14 vorzusehen. Dies gilt für alle Eisenbahnstrecken dieser Studie.

1) Straßenstützmauer an beiden Straßen nördl. Schnöfens. 600 Kg. Sprengmunition, 2 Offz., 2 U.Offz., 8. Pion. 8 Hilfsmänner.

2) Straßenbrücke über den Inn südl. Hall. 100 Kg., 1 Offz., 1 U.Offz., 4 Pion., 6 Hilfsmänner.

3) Straßen- und Eisenbahnübersetzung südl. Mils. Bedarf wie 2.

5) Felssturz (Verschüttung) südw. Pill bei Gangler. 300 Kg. Sprengstoff, 1 Off., 4 Pion., 6 Hilfsmänner.

6) Straßenbrücke über den Inn in Schwaz. Bedarf wie 2.

7) Straßenbrücke über den Inn nördl. Rattenberg. Bedarf wie 2.

Summe: 1.400 Kg., 8 Offz., 7. U.Offz., 32 Pion., 44 Hilfsmänner ohne Bahnhöfe.

III. Strecke: Sillian-Lienz-Großglockner-Bruck-Saalfelden-Lofer-Unken-Steinpass. Plöckenpass-Lienz.

1) Straßenbrücke über den Iselfluß in Lienz. 100 Kg., 1 Offz., 1 U.Offz., 4 Pion., 4 Hilfsmänner.

2) Straßenbrücke über die Gail westl. Mauthen bei Wetzmann. 90 Kg., 1 Offz., 4 Pion., 4 Hilfsmänner.

3) Stützmauer an der Serpentinstraße südl. Oberdrauburg. 300 Kg., 1 Offz., 4 Pion., 6 Hilfsmänner.

4) Stützmauer an der Großglocknerstraße. 300 Kg., 1 Offz., 1 U.Offz., 4 Pion., 6 Hilfsmänner.

5) Eisenbahnbrücke über die Salach nördl. Maishofen 150 Kg., 1 Offz., 1 U.Offz., 4 Pion., 4 Hilfsmänner.

Summe: 940 Kg., 5 Offz., 3 U.Offz., 20 Pion., 24 Hilfsmänner.

IV. Strecke: Tarvis-Villach-Gastein-Lend-Bischofshofen-Salzburg.

1) Straßen- und Eisenbahnstützmauer östl. K.O. Gummern oder Verschüttung durch Felssprengung. 300 Kg., 1 Offz., 4 Pion., 6 Hilfsmänner.

2) Straßenbrücke über die Möll westl. Penk. 80 Kg., 1 Offz., 4 Pion., 4 Hilfsmänner.

3) Straßenverschüttung im Klampass. 300 Kg., 1 Offz., 1 U.Offz., 4 Pion., 6 Hilfsmänner.

4) Straßenbrücke in St. Johann i. Pongau. 350 Kg., 1 Offz., 1 U.Offz., 4 Pion., 4 Hilfsmänner.

5) Straßenverschüttung südl. Sulzau. 300 Kg., 2 Offz., 1 U.Offz., 4 Pion., 6 Hilfsmänner.

6) Straßenverschüttung im Pass Lueg. 300 Kg., 1 Offz., 1 U.Offz., 4 Pion., 6 Hilfsmänner.

Summe: 1630 Kg., 6 Offz., 4 U.Offz., 24 Pion., 32 Hilfsmänner.

Der Gesamtbedarf ist annähernd: 4000 Kg., 16 Offz., 8 U.Offz., 64 Pion., 80 Hilfsmänner.

Hiebei ist der Bedarf für Bahnhofzerstörungen, Anbringung besonderer Apparate M. 14 in den Tunnels nicht inbegriffen.

Die Zerstörungen können vom Nord- und Südende der Strecken gleichzeitig begonnen werden. Es könnten immer je 2 Partien, sich in der Arbeit übergreifend, angesetzt werden, wodurch an Arbeitskräften erspart werden könnte. Voraussetzung hiebei ist, daß die Zerstörungen ohne Rücksicht auf feindliche Aktionen durchzuführen sind.

Diese rein theoretisch-techn. Erwägungen wären durch Detailerkundungen *im Gelände zu überprüfen* und zu ergänzen bzw. zu berichtigen.

Alle Zerstörungsvorbereitungen müßten schon *im Frieden* getroffen werden.

Voraussetzung ist, daß das 6. Divkdo über ein Pion.Baon verfügt, die mit den Zerstörungsarbeiten betrauten Offize im Frieden fürgewählt und diese Mobbestimmung erhalten, so daß im Bedarfsfalle die systematische Zerstörung automatisch und ohne Zeitverlust beginnen kann.¹⁹

1803

Gesandter Marek an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt

Bericht Nr. 405/Pol.

AdR, NPA

Tschechoslowakei 7/1

Z. 96103/13

Prag, 17. November 1937

Herr Staatssekretär,

In meinem Bericht Zl. 399/Pol. gleichen Datums¹ habe ich mir erlaubt jenen Teil meiner am Montag den 15 d. M. stattgefundenen Unterredung mit dem Herrn Staatspräsidenten wiederzugeben, der sich auf die Behandlung der österreichischen Staatsangehörigen in der Tschechoslovakei bezog.

Mit Folgendem möchte ich mir erlauben zu berichten, was Herr Dr. Beneš besonders über das Thema Mitteleuropa und über einige anders aktuelle Fragen mir während unserer langen Unterhaltung zu sagen wusste.

¹⁹ Es folgen noch Detailaufstellungen zu den Strecken I-IV.

¹ AdR, GA Prag.

In Bezug auf die sudetendeutsche Frage habe ich schon in meinem eingangs zitierten Bericht geschrieben, dass der Herr Präsident einem auswärtigen Druck nicht nachgeben wird. Andererseits ist ihm sehr daran gelegen, die in dieser Richtung bestehenden Probleme sobald als möglich zu bereinigen und jeden Konfliktstoff aus der Welt zu schaffen. Er habe, so erzählte mir Herr Beneš, gerade vor einigen Tagen einen Brief Herrn Henleins bekommen, in dem dieser den Präsidenten auffordert, die Theorie vom *Nationalstaat* zu widerrufen und zuzustimmen, dass die Tschechoslovakei ein Nationalitätenstaat sei. Diesen Brief werde der Präsident nicht beantworten. Herr Henlein vergesse oder wisse es wie viele Andere nicht, dass Dr. Beneš *niemals*, weder öffentlich noch privat, von der Tschechoslovakei als einem *Nationalstaat* gesprochen habe und dass man *ihm* in dieser Hinsicht keine Vorwürfe machen dürfe. Die ganze Kontroverse wegen Nationalstaat oder Nationalitätenstaat habe der erste Ministerpräsident und jüngst verstorbene Führer der Nationaldemokraten, Dr. Kramář, heraufbeschworen, der den Begriff „Nationalstaat“ und „Staatsprache“ in der Verfassung verankert wissen wollte. Man scheine es schon vergessen zu haben, dass Dr. Beneš aus Paris herbeigeeilt sei, um dies zu verhindern und er sei deswegen scharf gegen Kramář aufgetreten. Schliesslich habe er es im Plenum der konstituierenden Nationalversammlung kategorisch durchgesetzt, dass die Verfassung nicht von einer Staatsprache, sondern von der offiziellen Sprache spricht, und dass das Wort „Nationalstaat“ in der Verfassung überhaupt nicht vorkommt. Die Sudetendeutschen verlangen Autonomie und die Slovaken ebenfalls. Das eine könne Dr. Beneš von sich behaupten, dass er auf dem Gebiete der Staatswissenschaften Fachmann sei, dass er sich seit jeher mit dieser Materie gründlichst befasst und hierüber schon seine Doktordissertation gemacht habe und dass ihm Niemand auf diesem Gebiete etwas Neues sagen könne. Den Begriff „Autonomie“ kenne er aber nicht und er glaube kaum, dass irgendwer diesen Begriff definieren könnte. Jeder stelle sich darunter etwas anderes vor und deshalb diskutiere der Präsident mit Niemandem über diesen Begriff der Autonomie. Vor seiner Wahl zum Präsidenten der Republik, sei Monsignore Hlinka zu ihm gekommen und habe ihn gefragt, ob er bereit sei, den Slovaken die Autonomie zu gewähren. Hlinka konnte aber diese Autonomie nicht präzisieren, sondern nur umschreiben. Das Gleiche gilt von den Begriffen Nationalstaat und Nationalitätenstaat. Der Begriff „Nationalstaat“ sei während der Friedensverhandlungen entstanden, als die ehemaligen grossen Staaten, Oesterreich-Ungarn, Türkei und Russland zerfallen waren und die auf ihrem Gebiete wohnenden Nationen sich selbständig machten. Damals wusste man in Paris nicht, wie man diese neuen Staaten und ihre Bestrebungen nennen sollte und fand das Wort „Nationalstaaten“ für das Staatsgebiet der neuerstandenen Nationen. Dies sei eigentlich eine Bequemlichkeits- oder Verlegenheitslösung gewesen und habe nichts zu bedeuten gehabt. Jeder Streit über Terminologie sei müssig. Wenn die Deutschen sagen, sie machen 21 % der Bevölkerung in der Tschechoslovakei aus, so verstehe

es Dr. Beneš, wenn sie in Allem einen 21 %igen Anteil verlangen. Wenn sie sagen, dass in dem oder jenem Bezirk eine Minoritätenschule sein müsse oder keine sein dürfe, so verstehe das der Präsident auch. Kurz und gut, die Politik müsse sich um Konkretes drehen und nicht um abstrakte Begriffe.

Nicht uninteressant war eine Bemerkung, die der Herr Präsident, als er von den Slovaken sprach, über den bekannten *Pittsburger Vertrag* machte. „Ich habe keinen Pittsburger Vertrag unterschrieben, erklärte mir Herr Dr. Beneš, „und man kann daher mit dem Pittsburger Vertrag nicht gegen mich operieren“. Dass es Präsident Masaryk getan, sei bestimmt ein Fehler gewesen, aber er, Dr. Beneš habe sich zu Lebzeiten Masaryks auch darin hinter diesen gestellt, mit seiner Anschauung Masaryk gegenüber habe er aber nicht zurückgehalten.

Auf die allgemeine Politik übergehend, versicherte Herr Dr. Beneš immer wieder, dass weder er, noch irgend jemand in der Tschechoslovakei einen Krieg wolle. Vor Kurzem sei die polnische Uebersetzung seines Buches über den Weltkrieg und die tschechische Revolution erschienen und die Polen wundern sich sehr über einen Passus dieses Werkes, der vielfach der Aufmerksamkeit der Leser entgangen sei. Er sage hierin, dass er, wenn er gewusst hätte, die tschechoslovakische Selbständigkeit sei nur über einen Weltkrieg zu erreichen, auf diese verzichtet und es vorgezogen hätte, die politischen Freiheiten für sein Volk im Rahmen der Monarchie zu erkämpfen. Diese Abneigung vor einem Krieg habe er behalten.

Dr. Beneš will übrigens auch nicht glauben, dass irgend ein verantwortungsbewusster Mensch in Europa einen Krieg heraufbeschwören wolle, der das Schrecklichste wäre, was die Welt jemals erlebt hat. So sei er denn auch überzeugt, dass die Reise des *Lord Halifax* nach Berlin nur dem Frieden diene, denn insbesondere Engländer könnten es nicht brauchen, dass sich das Jahr 1914 wiederhole. Lord Halifax könne nur auf der Basis des Friedens und der Ruhe in Mitteleuropa in Berlin verhandeln, weil sich England davor hüten müsse, sich für irgendeinen der mitteleuropäischen Staaten zur verpflichten.

Was nun die Tschechoslovakei selbst und ihre auswärtige Politik anlange, so möchte der Präsident diese Frage wie folgt präzisieren.

I. Die Tschechoslovakei ist zu jeder *Kollaboration* bereit, heute und morgen, dagegen gebe es keine Hindernisse mehr und die öffentliche Meinung sei hierin einen Sinnes.

II. Oesterreich und Ungarn müssten genügend Willen, Entschiedenheit und Ziel-sicherheit zeigen, um zu sagen, das und das wollen wir, das und das können und werden wir machen und sie müssten auch im gegebenen Momente bereit sein, gegen einen eventuellen Druck von auswärts Widerstand zu leisten.

III. Der Präsident möchte nie etwas machen, was von Seiten des grössten Nachbarn der Tschechoslovakei, dem deutschen Reich, berechtigter Weise als gegen Deutschland gerichtet aufgefasst werden könnte. Er wolle, was immer auch geschehe, gegen Deutschland loyal und ehrlich vorgehen.

Der Präsident habe deshalb auch immer ehrlich und loyal von der tschechoslovakischen Einstellung zur österreichischen Frage gesprochen. Erst unlängst wieder, habe er dem Herrn deutschen Gesandten wiederholt, dass die Tschechoslovakei gegen einen Anschluss Oesterreichs an das Reich aus staatlichen und wirtschaftlichen Gründen sein müsse. Für die Tschechoslovakei sei es besser, an seinen südlichen Grenzen einen selbständigen freien Staat zu wissen. Gewiss sei dies eine egoistische Einstellung, aber schliesslich wolle Oesterreich derzeit das Gleiche und Europa ebenfalls. Für Deutschland könne die Erklärung Oesterreichs genügen, dass es ein deutscher Staat sein wolle und sich in keine Kombination gegen Deutschland hineinziehen lassen werde. Er, Dr. Beneš, habe immer und seit jeher behauptet, dass Oesterreich lebensfähig sei und die Ereignisse hätten ihm in sehr erfreulicher Weise Recht gegeben. Und deshalb habe auch die Welt ein Recht, auf der Selbständigkeit Oesterreichs zu beharren. Gegen eine Konzeption à la 1866, Wien gegen Berlin auszuspielen, sei der Präsident immer gewesen.

Der Präsident ist der festen Ueberzeugung, dass sich in Mitteleuropa eine Kombination finden liesse, wie sie z. B. unter den Skandinavischen Staaten herrsche, die bei einem guten Verhältnis zu Deutschland doch nur eine gewisse Einheit bilden könnten.

Mit dem ewigen Gerede, Beneš wolle Russland nach Mitteleuropa bringen, sollte man endlich einmal Ruhe geben. Er sei gegen den Zarismus gewesen und genau so sei er gegen andere „ismen“ in Russland. Aber Russland sei nun einmal da, es sei eine Realität, die man im friedlichen Sinne nutzen sollte. Und gerade die Tschechoslovakei könnte den anderen Staaten die Garantie sein, dass Russland Ruhe geben wird. Für Rumänien z. B. leiste die Tschechoslovakei ungeheure Dienste dadurch, dass sie mit Russland befreundet sei und Russland dem Freunde des Freundes Ruhe gibt. Viel ärger wäre es, wenn sich einmal Deutschland mit Russland einigen und Europa in gegenseitige Einflussphären aufteilen würden. *Italien* sei heute einer entsprechenden Organisierung des mitteleuropäischen Raumes keineswegs abgeneigt, da es trotz der Achse Rom–Berlin vor Deutschland Angst habe.

Bezeichnungen, wie Donauföderation, Hodžaplan, Schuschniggplan, Daranyplan etz. verwirft der Präsident aus innerster Ueberzeugung, weil solche Bezeichnungen seiner Ansicht nach in Berlin nur reizen und Berlin ja nichts anderes als einen Berliner Plan annehmen könnte, ebenso wie Mussolini nur einen Mussoliniplan. Nach Anschauung Herrn Dr. Beneš könnte eine mitteleuropäische Lösung sich nur so entwickeln, dass sich zuerst Oesterreich und die Tschechoslovakei gegenseitig erklären, es werde nie mehr Feindschaft zwischen ihnen geben. Auch Ungarn müsste dann, sobald es geht beitreten. Auf diese Weise könnte sich eine immer inniger werdende Zusammenarbeit auf allen Gebieten ergeben, die sich, ausgehend vom kulturellen Gebiet auf das politische Gebiet erstrecken würde und bis zu einer parallelen oder gemeinsamen Vertretung der

gemeinsamen Interessen auf dem internationalen Forum reichen könnte. Niemand, weder Deutschland noch Italien, könnte etwas dagegen haben, wenn man sich die drei mitteleuropäischen Staaten zu einer *ewigen Freundschaft* untereinander verpflichten.

Ein solches Vorgehen zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich müsste sich naturgemäss besonders stark und günstig auf die sudetendeutsche Frage auswirken, da sie den Sudetendeutschen die Zusammenarbeit mit Prag erleichtern würde und auch die Tschechen andererseits den Sudetendeutschen noch ganz anders entgegenkommen müssten. Selbstverständlich würde Herr Dr. Beneš von uns nie etwas verlangen, was unser Verhältnis zu Deutschland belasten oder erschweren würde.

So eine Annäherung kann nach Ansicht des Herrn Präsidenten nur auf der Basis starker gemeinsamer Interessen geschehen. Wenn man keine Gemeinsamkeit der Interessen spürt, so liesse sich eben nichts machen. Als Beispiel möchte der Präsident die Kleine Entente anführen, die durch gemeinsame Interessen geschaffen wurde und zusammengehalten wird und die so lange dauern werde, als die Gemeinsamkeit der Interessen bestehen bleibt.

Was das Formale anlangt, so erklärte Herr Dr. Beneš ein Feind von Papierverträgen zu sein. Es sei weder zweckmässig noch erfolgversprechend, irgendeinen Wunsch oder irgendein Verhältnis, ehe es Tatsache wird, im voraus auf dem Papier festzulegen. Erst, wenn gewisse Beziehungen und Verhältnisse sich als dauernd erweisen, zur Realität werden, so dürfe man sie mit Erfolg kodifizieren. So habe er es bei der Kleinen Entente gemacht und so sollten wir es untereinander machen, praktisch unser gegenseitiges Verhältnis ausbauen und die Praxis werde zeigen, wie weit man dann gehen kann und soll.

Zum Schluss, gewissermassen zwischen Tür und Angel, sagte mir Herr Präsident Beneš, dass zu seiner grössten Befriedigung sich zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland automatisch eine gewisse *Détente* vorzubereiten scheinne, die möglicher Weise von Dauer sein dürfte. Man habe scheinbar in Berlin eingesehen, dass das bisherige Vorgehen und Verhalten zu nichts führe, wobei aber der Präsident gelegentliche Rückschläge und das Wiederaufflammen einer antitschechischen Kampagne in Deutschland nicht ausschliessen wolle. Im Endeffekt sei er aber zuversichtlich. Diese Annahme deckt sich mit der Ansicht meines deutschen Kollegen (siehe meinen eingangs zitierten Bericht), es frägt sich nur, ob sie auf dem Optimismus Herrn Eisenlohers beruht, oder aber ob reale Tatsachen zugrunde liegen.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Dr. Marek

1804**Gesandter Berger-Waldenegg an Staatssekretär für die
Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 208/Pol. (streng vertraulich)

Hochverratsprozess, 518-519

Rom, 18. November 1937

Herr Staatssekretär!

Ein freundschaftlicher Besuch, den ich heute Lord *Perth* machte, gab Gelegenheit, unser Gespräch verschiedenen politischen Tagesfragen zuzuwenden, von denen mir die Frage der wechselseitigen Sondierungsversuche London–Berlin–Rom die interessanteste erscheint.

Wenn ich nun die Äußerungen des englischen Botschafters mit dem im Palazzo Chigi Gehörten zu reimen versuche, ergeben sich beiläufig folgende Zusammenhänge.

Es war ursprünglich der Wunsch Italiens gewesen, das Gespräch mit England noch vor der Reise *Mussolinis* nach Berlin in Fluß zu bringen. London wollte aber vor Eintritt in eine Konversation mit Rom das Resultat der Berliner Entrevue abwarten.

Private Verhältnisse in der Familie des jetzigen Lord *Perth* (damals Sir Eric *Drummond*), wie der Tod seines Bruders usw., mußten daher herhalten, um ihn über die kritische Zeit hinüber auf Urlaub fern von Rom zu belassen.

In der allerletzten Zeit hat sich das Bild geändert. Jetzt wäre England bereit gewesen, mit Italien, wenn auch nur im allgemeiner Weise, zu konversieren. Nun ist aber die italienische Regierung zurückhaltend geworden, wie sie erst die Resultate der Entrevue *Halifax–Hitler* abwarten will. Daher die Ausflucht (mein gegenständlicher Drahtbericht), vor einer Zusammenkunft *Cianos* mit *Eden* müsse das Terrain erst diplomatisch vorbereitet werden.

Aus dem Gespräch mit Lord *Perth* habe ich ferner den Eindruck gewonnen, daß die englische Regierung vorläufig hier nicht weiter drängen will, weil für sie die Herstellung eines möglichst guten *modus vivendi* mit Deutschland das primäre und wichtigere ist. Ohne Deutschland gibt es für England keine Konsolidierung Europas auf längere Sicht. Der englische Botschafter sprach mit größter Offenheit von der Bedeutung für England eines Akkords mit Deutschland und meinte, Lord *Halifax* sei der richtige Mann, um das Vertrauen *Hitlers* zu gewinnen.

Ich konnte mir nicht versagen, in diesem Zusammenhang auf den schlechten Eindruck hinzuweisen, den mir Äußerungen eines Teiles der englischen Presse über einen möglichen Kuhhandel zwischen London und Berlin auf Kosten Dritter gemacht hätten. Mein Mitredner versicherte mir, daß solche phantastische Projekte in keiner Weise mit der Auffassung der englischen Regierungskreise übereinstimmen.

Immerhin kam in dem ganzen Verlaufe des Gespräches wiederholt der besondere Wert zum Ausdruck, den man in London auf ein gutes Verhältnis zu Deutschland legt und der Wunsch, auf diese hergestellte Verbindung dann die nächste Friedensperiode in Europa aufzubauen.

Hinsichtlich Italiens scheint in London die Auffassung zu herrschen, daß, wenn Deutschland in die Laube geht, Italien folgen muß. Und folgt es nicht, so ist es England entweder gelungen, die Gegnerschaft Italiens zu neutralisieren, oder die Achse zu schwächen.

Jedenfalls geht die Politik des Foreign Office derzeit mit einer Offensive vor, woraus sich wieder schließen lassen kann, daß die englischen Rüstungen entweder nicht so rasch fortschreiten, wie es erwünscht wäre, oder daß man in London vorziehen würde, das Rüstungsprogramm nicht bis zum Ende durchzuführen.

Eine Unterredung mit dem deutschen Botschaftsrat Baron *Plessen* bestätigt mir, daß auch Berlin nichts sehnlicher wünscht als ein Einvernehmen mit London. Man ist in Berlin über die starken gegen London gerichteten Angriffe der italienischen Presse der letzten Tage geradezu nervös geworden, weil man befürchtete, daß dadurch Keimendes erstickt werden könnte.

Kopie dieses Berichtes übermittle ich unter einem dem Herrn österreichischen Gesandten beim Heiligen Stuhle.

Genehmigen, Herr Staatssekretär den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Berger

1805

Gesandter Franckenstein an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt

Bericht Nr. 415/Pol.

Hochverratsprozess, 525

London, 22. November 1937

Herr Staatssekretär!

Mr. *Garvin* hat im „*Observer*“ eine Artikelserie veröffentlicht, in der er für die volle Verständigung zwischen Großbritannien und Deutschland eintritt, weil sie der Schlüssel zum Weltfrieden sei. Er weist darauf hin, in welcher gefährlicher Weise sich die Situation Großbritanniens verschlechtert habe! Die Haltung der englischen Regierung habe den Zusammenschluß Italiens und Deutschlands zur Folge gehabt; der Verbündete Englands, Portugal, sei durch die hiesige Spanienpolitik verstimmt; Japans Erbitterung richtet sich hauptsächlich gegen das britische Reich, das durch die Unsicherheit der Lage im Mittelmeer und angesichts der

Bewegung unter den Mohammedanern, die von Italien geschürt werde, im Fernen Osten noch weniger aktionsfähig sei als bisher; Rußland sei innerlich geschwächt. [...]

Sein Leitartikel vom letzten Sonntag ist vornehmlich dem Nachweise gewidmet, daß der Prozeß deutscher Einigung noch nicht zu Ende geführt sei und das unverrückbare Ziel *Hitlers*, des Propheten des größeren Deutschlands, bilde. Die Eingliederung Österreichs in irgendein System engerer Einheit mit den anderen Deutschen sei nicht weniger natürlich und unvermeidlich als der Zusammenschluß der deutschen Staaten unter *Bismarcks* Führung. Ohne eine Wiedervereinigung mit der Masse ihres Volkes hätten die Österreicher keine große und sichere Zukunft. Diese bedeutungsvolle Frage müsse zwischen den Deutschen selbst entschieden werden. Großbritannien habe damit nichts zu tun. Es wäre ein Wahnsinn, sich da einzumischen und unter keinen Umständen würde die britische Regierung wegen Österreich in den Krieg ziehen, schon deshalb nicht, weil ein solches Vorgehen von den Dominions nicht gebilligt werden würde und daher die Grundlagen des britischen Reiches erschüttern könnte. Die Tschechoslowakei bezeichnet er als einen unnatürlichen und unhistorischen Staat, für dessen Erhaltung Großbritannien auf gar keinen Fall zu den Waffen greifen würde.

Der „*Manchester Guardian*“ veröffentlicht heute einen Bericht seines diplomatischen Korrespondenten in Berlin, in dem dieser erklärt, die deutschen maßgebenden Kreise seien zur Überzeugung gekommen, daß der *Anschluß* nur eine Frage der Zeit sei, wobei die schrittweise *Aufsaugung* Österreichs den sichersten und besten Weg bilde. Die allgemeine europäische Lage werde für diesen Plan als sehr günstig angesehen. Das österreichische Problem sei in das erste Feld gerückt, weil das deutsche Ziel erreicht werden könnte, ohne einen allgemeinen Konflikt zu riskieren, während ein Vorgehen gegen die Tschechoslowakei nach Berliner Auffassung eine europäische Krise hervorrufen müßte. Frankreich könne und wolle gegen eine friedliche *Aufsaugung* Österreichs durch Deutschland nicht intervenieren. Großbritannien sei an der österreichischen Frage nicht vital interessiert. Überdies sei man im Berlin der Anschauung, daß Großbritannien schwach sei und daß diese Schwäche seine Politik beeinflusse.

Ich habe den Pressechef des Foreign Office, Mr. *Leeper*, um eine Unterredung gebeten, um mit ihm diese Artikel zu besprechen, seine Anschauungen kennen zu lernen und seinen Rat einzuholen. Er ist so beschäftigt, daß er mich erst am Mittwoch sehen kann.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

G. Franckenstein

1806**Gesandter Franckenstein an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 416/Pol. (streng vertraulich)

Hochverratsprozess, 526-527

London, 22. November 1937

Bezug auf h.a. Bericht

vom 22. d. M. /415/Pol.¹

Herr Staatssekretär!

In meinem obzitierten Berichte habe ich auf die im sonntägigen Leitartikel des „*Observer*“ zum Ausdruck gebrachte Auffassung hingewiesen, dass Großbritannien unter keinen Umständen zugunsten der Erhaltung der österreichischen Unabhängigkeit zu den Waffen greifen würde. Im Nachstehenden möchte ich die Eindrücke wiedergeben, die ich aus zahlreichen Gesprächen über dieses Thema gewonnen habe.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß *Garvins* These derzeit seitens der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung – wenn diese befragt würde – Billigung fände. Wie mir hochstehende Generale sagten, die mit früheren Kriegsteilnehmerverbänden in engem Kontakt sind, herrscht unter diesen eine fanatische Abneigung gegen jeden Krieg, ein Gefühl, das auch von weiten Kreisen der Bevölkerung geteilt wird. Der Völkerbund hat hier noch eine große Anhängerschaft, doch ist es ja offenkundig geworden, daß dieser bei einer politischen Krise, die nur durch Machtentfaltung überwunden werden könnte, versagt. Die tiefe Mißbilligung, die das Vorgehen der Deutschen auf religiösem Gebiete und gegen die Juden hier findet, hat ihr Gegengewicht in dem weitverbreiteten Wunsche, mit dem deutschen Reiche zu einer friedlichen Verständigung zu gelangen. Die hohen Generäle, mit denen ich längere Gespräche führen konnte, weil wir auf einem Weekend zusammen waren, beurteilen allerdings die Lage Großbritanniens nicht so geschwächt, wie sie *Garvin* in seinen Artikeln darstellt. Sie verweisen auf das gewaltige Übergewicht der britisch-französischen Flotten gegenüber der italienisch-deutschen und auf die schwere Gefährdung der italienischen Besatzung in Abessinien und Libyen; sie vertrauen auf die immer enger werdende Interessengemeinschaft der beiden angelsächsischen Reiche und sind einer Ansicht mit unserem langjährigen Gesandten in Washington, der in einem seiner jüngsten Berichte darlegte, daß das amerikanische Volk niemals eine ernstliche Erschütterung des britischen Reiches zulassen würde. Freilich dürfte gegebenenfalls die Hilfe der Vereinigten Staaten auch wieder später kommen. Welche der beiden erwähnten europäischen Mächtegruppen derzeit eine Überlegenheit in der Luft-

¹ ADÖ12/1805

waffe habe, lasse sich nicht sagen. Die Produktion der Kampfflugzeuge erfolge in viel rascherem Tempo als die Schulung ihrer Besatzung, die umso schwieriger sei, je höher die technische Vervollkommenheit und die Geschwindigkeit der Apparate werde. Bei seinem Gespräch mit dem hiesigen Luftminister habe General *Milch* sich nach den Unfallziffern erkundigt. Die hiesige Antwort 160 erschien ihm unglaublich, da die Ziffer im Reich 600 gewesen sei. Der frühere Generalstabschef der britischen Armee und der ehemalige Höchstkommmandierende von Indien meinten, daß bei allem Unheil, das durch einen Luftangriff verursacht werden könnte, die Briten mit ihrem Bulldog-Charakter hiedurch niemals zum Nachgeben gezwungen werden könnten. Sie teilen die Ansicht *Churchills*, daß in einigen Jahren die Abwehrgeschütze den Luftangriffswaffen überlegen sein würden, wie jetzt schon die U-Boote und Tanks auf das wirksamste bekämpft werden könnten. Diese Herren sagten auch, daß die Schlagworte des Jahres 1914 auf die hiesige Bevölkerung nicht mehr eine überzeugende und zündende Wirkung haben würden; ein neuer „slogan“ müßte gefunden werden, nämlich „die Freiheit sei bedroht“.

Im Foreign Office hingegen wurde mir gesagt, daß Großbritannien sich als Großmacht auf dem Kontinent nicht desinteressieren könnte. Was angestrebt werde, sei eine Verständigung mit Deutschland, die die Gewähr einer längeren Dauer in sich trüge. Nur im Interesse einer solchen Verständigung wäre Großbritannien zu Opfern in der Kolonialfrage bereit. Ich habe keinen Grund zu zweifeln, daß die Zusage, die Mr. *Eden* Ihnen, Herr Staatssekretär, bei unserem Frühstück bei *Vansittart* machte, eingehalten werden wird. Hiesige Politiker sagten mir, wenn auch die britische Regierung auf die öffentliche Meinung weitgehend Rücksicht nehmen muß, so sei es andererseits aus Erfahrung bekannt, daß es ihr auch gelingen könne, die Bevölkerung umzustimmen und zum Mitgehen zu bewegen. Wenige Beobachter hätten noch ganz kurz vor Ausbruch des Weltkrieges der Prophezeiung zugestimmt, daß Großbritannien in diesen mit allen seinen Machtmitteln eintreten werde.

Für uns ist es natürlich von größter Wichtigkeit, daß das britische Kabinett in seinen Gesprächen und Verhandlungen mit dem deutschen Reich den Eindruck hervorruft, daß es die Wahrung der Unabhängigkeit Österreichs auch weiterhin als ein *Axiom* der europäischen Politik betrachte. Darauf werde ich meine Bemühungen konzentrieren und vor allem auch der speziell vom „*Evening Standard*“ verbreiteten Irrlehre entgegentreten, daß ein auf Verlangen Deutschlands durchgeführtes Plebiszit in Österreich Klarheit schaffen und ein den Tatsachen entsprechendes Bild der wahren Lage und der Volksmeinung geben könnte. Auch werde ich *Vansittart* auf den in meinem eingangs zitierten Bericht wiedergegebenen Artikel des „*Manchester Guardian*“ aufmerksam machen, der über die deutsche Zuversicht berichtete, Österreich ohne britischen und französischen Widerstand „friedlich aufsaugen“ zu können.

Mitteilungen zufolge, die verlässliche Journalisten der Gesandtschaft machten, hat *Hitler* direkt an Lord *Halifax* die Frage gerichtet, ob Großbritannien sich

nicht an dem Ausgleich zwischen Deutschland und Österreich desinteressieren könnte, worauf der britische Staatsmann ausweichend geantwortet habe. Den gleichen Quellen zufolge sollen Sir John *Simon* und Sir Samuel *Hoare* für ein Entgegenkommen an Deutschland in diesem Sinne eintreten, während *Eden*, dessen Stellung nicht mehr so stark sei wie früher, und die meisten anderen Regierungsmitglieder eine solche Nachgiebigkeit ablehnen. Diese Nachrichten bedürfen natürlich der Überprüfung.

Die jüngsten Reden im House of Lords haben gezeigt, daß in weiteren Kreisen die Notwendigkeit erkannt wird, Deutschland in der Kolonialfrage eine Rehabilitierung und gewisse Konzessionen zu gewähren. Verschiedene Persönlichkeiten, mit denen ich sprach, äußerten jedoch die Überzeugung, daß noch immer die große Majorität der Mitglieder beider Häuser des Parlaments in ihrer unachgiebigen Stellung verharren, wobei die Annahme mitbestimmend ist, daß Deutschland nicht befriedigt wäre und immer weitere Forderungen stellen würde. Auf alle Fälle wäre ein britisches Entgegenkommen nur möglich, wenn auch die anderen Kolonialmächte ihren Beitrag leisten würden.

Daß Herr *Hitler* sofort nach dem Gespräch mit Lord *Halifax* in seiner Rede in Augsburg die deutschen Kolonialen Forderungen unterstrich, hat hier einen schlechten Eindruck gemacht. Sollte sich dieser einmal dahin verstärken, daß Deutschland, auf die angebliche Schwäche Großbritanniens rechnend, zu einem friedlichen Ausgleich nicht bereit sei, sondern eine allgemeine Gefahr bilde, so könnte die hiesige versöhnliche Stimmung wieder umschlagen.

Zum Schlusse möchte ich noch erwähnen, daß Gesandter *Masaryk* mit mir bezüglich des Observer-Artikels Fühlung nahm, aber auch der Ansicht war, daß eine Entgegnung von hier aus nicht ratsam wäre. Auf eine Frage von mir erwiderte er, daß *Frankreich gegebenenfalls Waffenhilfe leisten würde* und daß hinter den tschechoslowakischen Befestigungen, die noch besser seien als die Maginot-Linie, wahrscheinlich zwei Monate lang einem deutschen Angriff Widerstand geleistet werden könnte.

Eine Ergänzung beziehungsweise Modifizierung der Ausführungen dieses Berichtes behalte ich mir auf Grund meiner weiteren beabsichtigten Gespräche im Foreign Office vor.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

G. Franckenstein

1807**Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten
Schmidt an preußischen Ministerpräsidenten Göring**

Privatschreiben

AdR, NPA

Deutschland/Geheim I/III

(ohne Zahl)¹

Wien, 23. November 1937

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!

Lassen Sie mich zunächst für Ihr freimütiges Schreiben vom 11. November², das in gleicher Weise einen Beweis des Vertrauens wie Ihrer besonderen Aufmerksamkeit für die Beziehungen des Deutschen Reichs zu Oesterreich darstellt, aufrichtig danken. Gerne antworte ich mit jener Offenheit, die einzig unserem persönlichen Verhältnis entspricht und von Anfang an unsere Aussprachen fruchtbar gemacht hat. Ich freue mich, Ihre klare Frage, ob in Ihrer Aussprache mit dem Herrn Bundeskanzler Dr. von Schuschnigg ein positives Ergebnis im Sinne eines weiteren Schrittes in der Ausgestaltung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu erwarten sei, bejahen zu können. Allerdings muss ich auch hier vorwegnehmen, dass es sich nicht um die Festlegung von Zukunftsentwicklungen, sondern einzig und allein um einen Schritt nach vorwärts in der Realität der Gegenwart handeln kann.

Schon der Tatsache Ihres Besuches in Oesterreich, namentlich der Begegnung zwischen Ihnen, Herr Ministerpräsident, und dem Herrn Bundeskanzler, kommt

¹ Auch in Hochverratsprozess, 315-317.

² In seinem Privatschreiben (AdR, NPA, Deutschland/Geheim I/III bzw. Hochverratsprozess, 311-314, hier 314) äußerte der preußische Ministerpräsident seine Bedenken; zusammenfassend stellte er fest:

„Es gibt m. E. drei Möglichkeiten –

1. Der Besuch unterbleibt, und ich sehe in Ihrer Einladung ein freundschaftliches Zeichen der Verbundenheit, sowie auch ein Zeichen des Vertrauens des Bundeskanzlers zu meiner Person.
2. Der Besuch erfolgt in den stillen Tälern des Karwendels abseits von Städten und Dörfern und hat ein oben skizziertes Ergebnis zur Folge, das sich aus den angeführten Gründen als absolute Voraussetzung ergeben müßte.

3. Der Herr Bundeskanzler wünscht eine Aussprache, ohne sich vorher in irgendeiner Richtung festlegen zu wollen. Dann würde diese Aussprache auf deutschem Boden dicht an der Grenze erfolgen können, denn in letzterem Falle wäre sowohl die Geheimhaltung sehr viel leichter möglich als auch die Folgerungen, die gezogen werden könnten, ganz andere wären wie im umgekehrten Falle. Mit Demonstrationen wäre überhaupt nicht zu rechnen und ferner würde es sich hierbei um keine Einladung handeln, der Folge geleistet würde, sondern lediglich um ein Zusammentreffen. Sie werden mir zugeben, daß dann der Fall ganz anders liegt, als wenn ich einer offiziellen Einladung der Österreichischen Regierung Folge leiste.“

an sich eine in Ihrem Schreiben nicht genug geschätzte Bedeutung zu, ja ich wage zu behaupten, dass in dieser blossen Tatsache schon ein wesentlicher Fortschritt liegt. Gerade der Charakter eines mehr persönlich wirkenden Jagdbesuches entspricht dem im Wesen auf persönlichem Vertrauen beruhenden Verhältnis zwischen zwei deutschen Staaten, geht es doch darum, eine menschliche Beziehung zu erhalten und nicht nur Rechtsbeziehungen künstlich herzustellen. In diesem Punkte dürfen wir also gewiss dem Besuche selbst eine höhere Bedeutung beimessen.

Ich begrüße die vorherige Festlegung eines Sprechprogramms und bitte auf Ihre Darlegungen punktweise eingehen zu dürfen.

1.) Auf *aussenpolitischem* Gebiete hat sich das Uebereinkommen vom 11. Juli ausser Zweifel bereits durchaus bewährt. Hier kann schwer im vorhinein ein Programm entworfen werden, das Vorgehen muss sich im einzelnen aus den weltpolitischen Situationen ergeben. Dass Oesterreich keine Gelegenheit ausseracht lassen wird, um für die Schicksalsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten einzutreten, kann ich aus voller Ueberzeugung in Aussicht stellen. Ja ich kann mir sehr wohl vorstellen, dass gerade aussenpolitisch ein souveräner Staat Oesterreich der deutschen Sache sich besonders nützlich zu erweisen in der Lage ist. Die am 11. Juli gegebenen Erklärungen sind erschöpfend und eindeutig, sodass es sicher nur der praktischen Anwendung des Grundsatzes von Fall zu Fall bedarf.

2.) Als allgemein sichtbaren ersten Schritt der Zusammenarbeit auf *militärischem* Gebiete stelle ich mir eine militärische Uebung zu Ihren Ehren anlässlich Ihres Jagdbesuches vor. Dadurch wird mehr als durch Vereinbarungen für die Zukunft unmittelbar zum Ausdruck gebracht, dass die traditionelle Waffenbrüderschaft keine blosser Erinnerung sondern Gegenwart ist. Die Truppenübung wird ebenso dem Offizier des verbündeten kaiserlichen Heers des Weltkriegs wie dem Generaloberst der neuen deutschen Armee gelten. Offizierskorps und Mannschaft des österreichischen Bundesheers werden diesen vom Herrn Bundeskanzler beabsichtigten Akt zu verstehen wissen. Die Annäherung zwischen Reichswehr und Bundesheer ist hiedurch innerlich am besten eingeleitet und aller Welt bekanntgegeben. Der Herr Bundeskanzler wird gerne Gelegenheit nehmen, mit Ihnen über einige Fragen, betreffend den Ausbau der Beziehungen zwischen den beiden Armeen, schlüssig zu werden.

3.) *Wirtschaftlich* glaube ich der Begegnung bereits mit Erfolg vorgearbeitet zu haben. Eine eingehende Aussprache über den gesamten Fragenkomplex, die ich mit Legationsrat Clodius, der sich in der vergangenen Woche hier aufhielt, abgeführt habe, hat zur Feststellung von für beide Teile absolut befriedigenden Richtlinien geführt. Das infolge der kurzen Zeit nur flüchtig skizzierte Programm für die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich könnte anlässlich Ihres Aufenthaltes in Oesterreich abgeschlossen werden. Durch die Tatsache, dass Sie Herr Ministerpräsident, der sie im Deutschen Reich mit der Durchführung des Vierjahresplans betraut sind, selbst

das Ergebnis dieser Besprechungen herausarbeiten und anlässlich des Abschlusses Ihres hiesigen Aufenthaltes der Öffentlichkeit mitteilen liessen, würde auch in den Augen der hiesigen und dortigen Bevölkerung die Bedeutung des auf diesem für beide Teile vitalen Gebiete Erreichten wesentlich unterstrichen und erhöht werden.

4.) Die letzte der von Ihnen, Herr Ministerpräsident, angeschnittenen Fragen ist unstreitig die heikelste. Nachdem sich aber der Herr Reichskanzler am 11. Juli 1936 in aller Form zur Nichteinmischung in die innerpolitischen Fragen Oesterreichs bekannte, möchte ich auch zu diesem Punkt unumwunden die österreichische Auffassung zum Ausdruck bringen. Es wäre in der Vergangenheit vieles anders gekommen und auch heute erleichtert, wenn die nationalen Kreise Oesterreichs, die ihre Sympathie für den Reichskanzler und für das Deutsche Reich sowie für den Nationalsozialismus im Deutschen Reich zum Ausdruck bringen, nicht unter einem ihre Antipathie gegen Oesterreich und die österreichische Staatsführung bekunden würden. Daran ist bisher eine befriedigende Lösung bezüglich der nationalen Opposition in Oesterreich gescheitert. In dem Masse, in dem es gelingt, hier eine Wandlung zu schaffen, wird der innere Friede in Oesterreich wiederkehren, wird der Träger nationaler Gesinnung in Oesterreich sich selbst von jedem Verdachte der Gegnerschaft gegen Oesterreich losmachen. Dies bedarf einer politischen Erziehungsarbeit, die nicht von heute auf morgen geschehen kann. Aus solcher Erkenntnis hat Bundeskanzler Dr. Schuschnigg im Sommer dieses Jahres Dr. Seyss in den Staatsrat berufen und mit der Aufgabe der Heranziehung nationaler Kreise zur politischen Willensbildung betraut. Die Betrauung Dr. Pembraurs mit dem Volkstumsreferat der Vaterländischen Front dient demselben Zwecke. Die vor kurzem erfolgte Ernennung der Referenten in den Bundesländern liegt auf der gleichen Linie und beweist, dass die österreichische Regierung gewillt ist, das Ihre zur Befriedung beizutragen. Verfügen oder verordnen lassen sich derartige Entwicklungen nicht. Im Augenblicke steht die Befriedungsaktion so, dass die nationalen Persönlichkeiten, wie Staatsrat Dr. Seyss-Inquart, Dr. Pembraur, die Referenten der Länder, denen der Herr Bundeskanzler freie Wirkungsmöglichkeit eröffnet hat, in voller Arbeit sind. Parallel mit dieser Entwicklung wird die weitere Besserung der Pressebeziehungen fortschreiten. Dass bereits gewisse Fortschritte auf diesem Gebiete – wenn sie auch nicht als befriedigend bezeichnet werden können – erzielt werden konnten, ist von beiden Seiten zugegeben worden.

Der Herr Bundeskanzler wird gerne Gelegenheit nehmen, sich mit Ihnen über den Fortschritt und die Richtung der Befriedungsarbeit zu unterhalten. Alles in allem gesehen, kann und wird die Begegnung zwischen Ihnen, hochverehrter Herr Ministerpräsident, und Herrn Bundeskanzler Dr. von Schuschnigg einen wirklichen Schritt nach vorne bedeuten.

Was das Programm des Besuches selbst betrifft, bitte ich, Ihren Bedenken gleich mit positiven Vorschlägen begegnen zu dürfen, Vorschläge, die bereits vor dem

Einlangen Ihres Schreibens überlegt waren und deshalb mit keiner der von Ihrer Seite bezeichneten Möglichkeiten identisch sind. Der Herr Bundeskanzler würde sich freuen, Sie, hochverehrter Herr Ministerpräsident, einerseits in eines unserer schönsten Gamsreviere in Tirol führen zu dürfen, wobei wir als Standort zunächst Pertisau am Achensee, das von der Schnellzugsstation Jenbach in ungefähr 20 Autominuten zu erreichen ist, in Aussicht nehmen. Ich habe mich persönlich eingehend bemüht, eine ganz besonders schöne und auch bequeme Jagdgelegenheit zu finden. Leider aber haben wir in dem grössten Teile Kärntens und in den guten Revieren Salzburgs die Gamsräude. Der Herr Kanzler würde Ihnen dann gerne anschliessend an die Jagd eine Gebirgsübung des österreichischen Bundesheeres zeigen. Das genaue Programm könnte gleich nach Ihrer endgültigen Schlussfassung zusammengestellt werden. Da wir zur Vorbereitung doch immerhin einige Zeit benötigen und Sie, hochverehrter Herr Ministerpräsident, bis zum 27. November voraussichtlich nicht frei sein dürften, glaube ich, werden wir uns doch auf die letzten Tage dieses Monates oder die ersten Dezembertage beschränken müssen. Dass die Tiroler Bevölkerung die Sympathie gegenüber dem Deutschen Reich und Ihrer Person zum Ausdruck bringen wird, halte ich für eine natürliche und selbstverständliche Sache.

Sie haben mir, hochverehrter Herr Ministerpräsident, die Annahme der Einladung zum Jagdbesuche nach Oesterreich freundlicherweise in Aussicht gestellt. Eine Absage wäre mir nicht nur persönlich schmerzlich, sondern sachlich sicherlich von grossem Nachteile. Die sensationslüsterne Weltpresse würde sich, wie ich auf Grund meiner Erfahrung befürchten muss, wohl die Gelegenheit nicht entgehen lassen, sich wieder einmal an den „Zwistigkeiten zwischen den beiden deutschen Staaten“ zu weiden und Pfeffer auf unsere Wunden zu streuen, die wir doch nur ohne Mitwirkung fremder Aerzte und ganz allein zu heilen versuchen wollen. Schliesslich würde uns wohl für die nächste Zukunft keine Möglichkeit unmittelbarer persönlicher Aussprache gegeben sein. Das wäre, wie gesagt, ein schwerer persönlicher Verlust für mich und würde einen bedauerlichen Rückschlag für die uns am Herzen liegende Sache bedeuten. Selbst gewohnt, alle Folgen meiner Handlungen im voraus zu erwägen, verstehe ich allerdings Ihre besorgten Erwägungen, kann aber die Versicherung geben, dass Oesterreich seinen lieben Gast herzlich willkommen heisst. Sollte es Ihnen trotz alledem nicht möglich sein, in der nächsten Zeit unserer Einladung Folge zu leisten, so würde ich dies ungemein bedauern, es würde aber daran gewiss nichts ändern, dass ich Ihnen, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, auch für die wahrhaft freundschaftliche Erklärung aufrichtig dankbar bin und bleibe, dass Sie für die Schwierigkeiten, die unseren so wünschenswerten persönlichen Verkehr leider noch immer erschweren, vollstes Verständnis haben und mir Ihre Freundschaft und Zuneigung, die ich sehr hoch einschätze und auf das herzlichste erwidere, erhalten wollen. Dies alles schreibe ich nach Rücksprache mit dem österreichischen Regierungschef, der gleich Ihnen für eine klare Aussprache in diesen Fragen eingenommen ist und mich ersucht,

Ihnen ferner mitzuteilen, dass er im Wege über mich Eurer Exzellenz noch weitere Ausführungen, insbesondere soweit es sich um die innerpolitische Befriedungsarbeit handelt, zukommen lassen beziehungsweise, wie bereits erwähnt, falls der Wunsch zustande kommt, diese zum Gegenstand der mündlichen Aussprache machen wird. Er bringt durch mich nochmals seine angenehme Erwartung zum Ausdruck, Sie, hochverehrter Herr Generaloberst, in Oesterreich begrüßen zu können, die auch ich herzlichst teile.

Mit aufrichtigsten Grüßen und grösster Wertschätzung bin ich

Ihr
[Schmidt]

1808

Gesandter Tauschitz an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt

Bericht Nr. 274/Pol. (vertraulich)

Hochverratsprozess, 499-501

Berlin, 24. November 1937

Herr Staatssekretär!

Über die am Samstag, den 20. November, in Berchtesgaden stattgefundene, vom ersten Frühstück bis über Mittag hinaus dauernde Unterhaltung zwischen dem Deutschen Reichskanzler und Lord *Halifax* ist hier nicht viel zu erfahren. Einer meiner Mitarbeiter, der mit dem englischen Botschaftssekretär *Kirkpatrick*, der Lord *Halifax* nach Berchtesgaden begleitet hat, intim befreundet ist, konnte ebensowenig, wie der amerikanische Geschäftsträger *Gilbert*, der mit einem anderen Funktionär der englischen Botschaft gut befreundet ist, in Erfahrung bringen, da beide erklärt haben, *Halifax* müsse über die Unterredung erst seinem Ministerpräsidenten Bericht erstatten bevor darüber etwas in die Öffentlichkeit gegeben werde. Es sei im englischen Parlament eine Regierungserklärung über das Ergebnis des Besuches zu erwarten.

Dieselbe Mitteilung machte mir gestern auch der französische Botschafter *François-Poncet*, der sich am Sonntag mit Lord *Halifax* unterhielt. Er sagte mir, er hätte den englischen Gentleman, der ihm einen sonderbaren Eindruck gemacht hätte, „in die Pfanne genommen, wiederholt hochgeworfen und ihn von allen Seiten beguckt“, aber es war aus ihm nichts herauszubringen, da er ebenfalls erklärt habe, vor seinem Bericht an den Ministerpräsidenten nichts sagen zu können. Das Einzige, worauf er ihm eine positive Antwort gegeben habe, war, daß er sich mit *Hitler* gut gesprochen und von ihm einen günstigen Eindruck erhalten habe. Diese Antwort, die *François-Poncet* auf seine diesbezügliche Frage erhielt, steht im dia-

metralen Gegensatz zu einer andern Meinung, die dahin ging, daß sich die beiden sehr schlecht gesprochen haben sollen, da der Deutsche Reichskanzler seiner Gewohnheit gemäß wieder eine lange Vorlesung über Bolschewismus, Raumknappheit usw. gehalten hätte und *Halifax* auf diese Weise nicht zu Worte gekommen wäre. *François-Poncet*, dem ich auch diese Information mitteilte, sagte mir jedoch ausdrücklich, daß er *Halifax* gerade daraufhin, weil es auch ihm bekannt sei, wie gerne *Hitler* stundenlang doziere, ohne seinen Mitredner zu Worte kommen zu lassen, befragt habe und er hätte ausdrücklich erklärt, daß dies nicht der Fall war und daß sie sich gut gesprochen hätten. Es dürfte dies wohl auf den Umstand zurückzuführen sein, daß man sich eines Dolmetschers bedienen mußte.

Was nun mein Mitarbeiter aus seinem englischen Kollegen herausbringen konnte, ist nicht viel, ich möchte es aber immerhin verzeichnen. So erklärte er, versichern zu können, daß keine wie immer gearteten Abmachungen getroffen wurden, daß aber andererseits über alle Fragen, die Europa und das deutsch-englische Verhältnis betreffen, gesprochen wurde, so insbesondere auch über die Kolonienfrage. Daß auch über Österreich gesprochen wurde, wird weder abgestritten, noch zugegeben. Ob die Äußerungen seines Mitredners, die Haltung Englands gegenüber Österreich werde im weitgehenden Ausmaße von der inneren Lage Österreichs abhängen, seine Privatmeinung ist, oder sich irgendwie mit der Ansicht *Halifax* deckt, konnte mein Kollege nicht feststellen.

Der amerikanische Geschäftsträger erzählte, daß er, nachdem sein Versuch, bei einem englischen Kollegen etwas zu erfahren, fehlschlug, *Neurath* gesprochen habe, der etwas aufgeschlossener war. Auf Grund dieses Gespräches macht er sich unter besonderer Berücksichtigung der Vereinigten Staaten folgendes Bild, das er nach Washington telegraphierte.

Der Besuch *Halifax* ' sei vollkommen auf Initiative Englands zurückzuführen, das es langsam mit der Angst bekomme, zuviel Gegner in der Welt zu haben. Es habe gegen sich: Italien, Japan und Deutschland. Bisher habe es geglaubt, auf die Vereinigten Staaten zählen zu können, die zwar weltanschaulich eng mit ihm verbunden seien und wo es die öffentliche Meinung glänzend zu beeinflussen verstünde, die aber keinesfalls als „Bundesgenossen“ zu betrachten seien. Viel zu dieser ablehnenden Haltung der Vereinigten Staaten gegen eine Unterstützung Englands in seinen europäischen Verwicklungen habe das Fiasko der Brüssler Konferenz beigetragen, auf die man große Stücke gehalten habe und zu der man Norman *Davies* entsandte. Diese werde wohl auf lange Zeit hinaus der letzte Beitrag Amerikas zu der kollektivistischen Politik der europäischen Weststaaten bleiben. Man sei in Washington sehr verärgert über diesen totalen Zusammenbruch. England wolle nun unbedingt mit Deutschland ins Gespräch kommen. Deutschland wisse dies ganz genau und lasse sich bitten. Es seien nach Ansicht Herrn *Gilberts* daher unbedingt englische Konzessionen an Deutschland zu erwarten und es sei daher um so abwegiger, von irgendeinem Kuhhandel zu sprechen, weil die Leistungen von seiten England kommen würden. In Berchtesgaden sei über *alles* gesprochen wor-

den, ohne irgendwelche konkrete Abmachungen oder auch nur Schlußfolgerungen getroffen zu haben. Man habe lediglich die Geschäftsordnung (the procedure) für die künftigen diplomatischen Besprechungen niedergelegt. *Hitler* habe das Kolonialproblem so dargestellt, daß Deutschland zwar eine Befriedigung seiner diesbezüglichen Ansprüche erwarte, aber Geduld und Zeit habe und die Regelung gern und ganz England überlasse. Er hätte ungefähr so gesprochen: „Ich weiß, Ihr könnt uns nicht die Kolonien so ohne weiteres übergeben, aber denkt darüber untereinander (also auch mit Frankreich) nach, wie Ihr es machen könnt; ich kann zwei, drei und mehr Jahre warten, nur will ich die Gewißheit haben, daß Ihr ehrlich bestrebt seid, die Frage zu unserem Gunsten zu lösen.“

Die Ausbeute, die Lord *Halifax* über diese immerhin wichtige Unterredung hinterlassen, ist also recht schmal. Das eine glaube ich aber mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit sagen zu können, falls London in Berlin etwas sondieren wollte, ob *Hitler* durch ein englisch-deutsches Gespräch zu einem Abrücken von der Achse Rom–Berlin zu bringen wäre, *Halifax* die Ansicht mitnehmen mußte, daß dies ein vergebliches Beginnen wäre, daß *Hitler* vielmehr an dieser festhält und eine deutsch-englische Verständigung gleichzeitig auch eine Annäherung Rom–London beinhalten müßte.

Einen kleinen Einblick in das Gespräch kann man vielleicht auch aus der Rede gewinnen, die der Deutsche Reichskanzler am Tage nach dieser Unterhaltung bei der 15jährigen Gründungsfeier der Ortsgruppe Augsburg gehalten hat. Er sagte dort, daß heute die ausländischen Staaten es nicht lieben, wenn die Kolonialfrage erwähnt wird. In einem Jahr werden sie sich daran gewöhnt haben, in drei Jahren werden sie sich Rechnung darüber ablegen, daß etwas in dieser Sache gemacht werden muß und in sechs Jahren werden sie von der Notwendigkeit überzeugt sein, praktische Maßnahmen zu ergreifen. Das Wesentliche ist, daß Deutschland gegenwärtig eine neue und starke Armee besitzt und daß es sich von seinem Minderwertigkeitskomplex befreit hat. Diese Sätze aus der Augsburger Rede des Deutschen Reichskanzlers sind nur in der Havas- und in der Reuter-Meldung enthalten, während sie im DNB-Bericht unterdrückt wurden. Ich konnte feststellen, daß sowohl Reuter als auch Havas ihre Sonderberichterstatter, die in München sitzen, zu dieser Feier nach Augsburg entsendet haben. Dieser sechsjährige Kolonialplan würde also besagen, daß der Deutsche Reichskanzler die Kolonialfrage im Eiltempo gelöst haben will und die Engländer nicht drängt, sondern, daß er sie langsam daran gewöhnen und diese Frage schrittweise lösen will. Es unterliegt somit wohl kaum einem Zweifel, daß *Hitler* über die Kolonialfrage mit *Halifax* in diesem Sinne gesprochen hat.

Ein zweiter Vorfall scheint mir noch bemerkenswert, der die Frage betrifft: wurde *Neurath* von *Halifax* zu einem Besuche nach London eingeladen hätte, über den Zeitpunkt des Besuches ist vorläufig nichts festzustellen. Nach der Unterredung *Hitler–Halifax* erschien in den deutschen Zeitungen eine Darstellung, die besagte, daß die Nachrichten ausländischer Blätter über einen bevorstehenden Besuch *Neuraths* in London jeder Grundlage entbehren würden. Für eine derartige Reise

bestünde keine dringliche Notwendigkeit, sie wäre aber, wie wir Grund haben, anzunehmen, gar nicht in Aussicht genommen. Das ist meines Erachtens wohl so aufzufassen, daß die Besprechungen *Hitler–Halifax* die Klärung noch nicht so weit gebracht haben, daß eine Londoner Reise des Reichsaußenministers für Deutschland von Erfolg begleitet sein könnte und ohne solche Voraussetzungen habe Deutschland keine Ursache, in deutsch-englische Besprechungen einzutreten, da das größere Interesse nach wie vor auf der englischen Seite liege.

Schließlich wäre noch eine Äußerlichkeit zu erwähnen, die ich lediglich als symptomatisch registriere und somit keine besondere Bedeutung beimessen möchte. Es ist dies die Tatsache, daß Lord *Halifax* bei seiner Abreise von Berlin nur vom englischen Botschafter begleitet wurde, daß der Chef des Protokolls ihm wohl bei seiner Ankunft empfangen hat, daß aber bei der Abfahrt deutscherseits kein Funktionär am Bahnhof erschienen ist.

Genehmigen, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit!

Tauschitz

1809

Gesandter Vollgruber an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt

Bericht Nr. 144/Pol. (vertraulich)

Hochverratsprozess, 535-536

Bericht Z.143/

Pol. vom 24. November 1937.

1 Beilage.

Paris, 25. November 1937

Herr Staatssekretär!

Unter Bezugnahme auf meinen ergebensten obzitierten Bericht beehre ich mich, zur geneigten Kenntnisnahme eine Aufzeichnung vorzulegen, die der h. a. Presseattaché über Mitteilungen verfaßt hat, die ihm heute vom Deputierten F. *Grat* über die gestrige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses der Deputierten-Kammer gemacht wurden. Genehmigen Herr Staatssekretär den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit.

Vollgruber

Der konservative Abgeordnete Felix *Grat* (Gruppe *Marin*), der sich im Laufe dieses Jahres studienhalber zweimal in Wien aufhielt und auch vom Bundeskanzler empfangen wurde, hat mir heute Nachmittag vertraulich folgende Mitteilungen über die gestrige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses der Kammer gemacht:

Er habe die Aufmerksamkeit des Außenministers *Delbos* auf einen am 23. November in der „*République*“ erschienen Artikel von Pierre *Dominique* gelenkt, in dem mit großem Nachdruck die Auffassung vertreten wurde, Frankreich habe alles Interesse daran, Deutschland gegenüber der Tschechoslowakei und Österreich vollkommen freie Hand zu lassen. Ich hatte vorgestern Herrn Abgeordneten *Grat* mein Befremden über diesen Aufsatz mitgeteilt und ihm zu verstehen gegeben, daß derartige Meinungsäußerungen wegen ihrer Aufnahme in Deutschland höchst bedenklich seien. Herr *Grat* machte sich im Auswärtigen Ausschuß zum Vertreter dieser Auffassung, wobei er bemerkte, daß derartige Artikel sowohl in Deutschland wie auch in Österreich sehr leicht mißdeutet und als Symptome der öffentlichen Meinung in Frankreich gewertet werden könnten, umso mehr als die „*République*“ im Ausland, zu Recht oder zu Unrecht, als eines der Organe der radikalen Partei, also der bedeutendsten Regierungspartei gelte, Herr *Delbos* habe erwidert, daß der inkriminierte Artikel nur eine rein persönliche Meinung seines Verfassers zum Ausdruck bringe und daß andererseits die „*République*“ in keiner Weise als Organ der radikalen Partei angesehen werden könne. Auch er bedauere das Erscheinen derartiger Aufsätze und werde versuchen, auf die Leitung der „*République*“ entsprechenden Einfluss zu nehmen. Im Anschluß daran betonte Abgeordneter *Grat* im Namen seiner Fraktion die überragende Bedeutung, die der Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit vom Standpunkt der französischen Interessen und im Interesse der Erhaltung des europäischen Friedens zukomme. Er forderte den Außenminister auf, die Stellungnahme der Regierung zu dieser Frage zu präzisieren. Herr *Delbos* antwortete darauf, daß die französische Regierung die Aufrechterhaltung der vollkommenen Unabhängigkeit Österreichs als ein vitales Interesse ansehe. Wenn auch für Frankreich im Verhältnis zu Österreich keine so präzisen und formellen Verpflichtungen bestünden wie gegenüber der Tschechoslowakei, so sei es doch vollkommen einleuchtend, daß das Schicksal der Tschechoslowakei von jenem Österreichs nicht losgelöst werden könne. Die österreichische Regierung und das österreichische Volk, die unter widrigen Verhältnissen bewunderungswürdigen Mut und Widerstandskraft bekunden, könnten nicht nur der weitestgehenden Sympathien und der vollkommenen moralischen Unterstützung der französischen Regierung sicher sein: die französische Regierung werde auch, so oft sie mit konkreten Vorschlägen oder Anregungen in diesem Sinne befaßt werde, alles tun, um Österreich jede mögliche praktische Hilfe angedeihen zu lassen. Der Außenminister fügte hinzu, daß er diese Auffassung auch bei den bevorstehenden Besprechungen mit seinen englischen Kollegen nachdrücklich vertreten und sich dabei auf den in der heutigen Ausschuß-Sitzung zum Ausdruck gekommenen einstimmigen Willen aller Fraktionen des französischen Parlaments berufen werde.

Im selben Sinne wie Herr *Grat* ließen sich im weiteren Verlauf der Sitzung der christlich-demokratische Abgeordnete *Florimond Bonte* vernehmen. Letzterer wies besonders auf den einstimmigen entschlossenen Willen der österreichischen Arbeiterschaft zur Erhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs hin.

Am Schlusse seines Gespräches bemerkte Herr *Grat*, er habe Herrn *Delbos* noch nie mit solcher Bestimmtheit und Festigkeit in der österreichischen Frage Stellung nehmen hören wie gestern. Die übereinstimmenden Äußerungen der Vertreter der verschiedenen Fraktionen – von der konservativen Rechten bis zu den Kommunisten – in bezug auf die österreichische Unabhängigkeit, hätten auf Herrn *Delbos* sichtlich einen sehr starken Eindruck gemacht.

Paris, am 25. November 1937.

Fuchs

1810

Gesandter Vollgruber an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt

Bericht Nr. 145/Pol. (vertraulich)

Hochverratsprozess, 536-537

Paris, 25. November 1937

Herr Staatssekretär!

Ich beehre mich, in der Falte zur geneigten Kenntnisnahme die Kopie einer von ha. Presseattaché¹ verfaßten Aufzeichnung über Mitteilungen vorzulegen, die ihm Deputierter *Pezet* über die gestrige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses der Deputierten-Kammer gemacht hat.

Genehmigen Herr Staatssekretär den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit.

Vollgruber

Aufzeichnung:

Im Auswärtigen Ausschuß der Kammer wurden von mehreren Abgeordneten Fragen in Bezug auf die Mission Lord *Halifax* in Deutschland, mit Bezug auf die Reise *Delbos* nach Warschau, Prag, Bukarest und Belgrad gestellt.

Nach Mitteilungen des Abgeordneten *Pezet* erklärte *Delbos*, Lord *Halifax* sei lediglich „zur Einholung von Informationen“ nach Deutschland gefahren. „Die dem Quai d’Orsay bis zur Stunde zugekommenen Nachrichten bestätigten die am gestrigen Tage von verschiedenen Presseorganen im Zusammenhang mit der Reise Lord *Halifax* angestellten Mutmaßungen nicht“. *Pezet* fügte allerdings hinzu, Minister *Delbot* habe nicht den Eindruck gemacht, als ob er über den Verlauf der Besprechungen Lord *Halifax* restlos informiert sei.

¹ Martin Fuchs, Presseattaché der österreichischen Gesandtschaft in Paris.

Die zentraleuropäischen Fragen hätten in der Aussprache im Auswärtigen Ausschuß den breitesten Raum eingenommen. Sowohl von ihm selbst wie vom konservativen Abgeordneten *Grat* – der kürzlich in der außenpolitischen Aussprache im Plenum der Kammer für Österreich intervenierte – sowie von zwei Kommunisten, sei der Außenminister aufgefordert worden, sich über die Frage der österreichischen Unabhängigkeit zu äußern. Die Aussprache habe den übereinstimmenden Wunsch sämtlicher Kommissionsmitglieder einschließlich der Kommunisten ergeben, die *unbedingte Unabhängigkeit Österreichs gewahrt zu sehen*. Er, *Pezet*, habe an *Delbos* die Frage gerichtet, ob es richtig sei, daß Frankreich, ebenso wie England, durch die Genfer Protokolle die Verpflichtung übernommen hätte, für die Unabhängigkeit Österreichs einzustehen. *Pezet* erinnerte daran, daß sich Frankreich und England im Jahre 1931 der Zollunion zwischen Deutschland und Österreich widersetzt hätten, obwohl eine derartige Union damals zweifellos dem Wunsche der Regierungen der beiden Länder entsprochen hätte. Würden sich Frankreich und England, fragte *Pezet* weiter, nicht in Widerspruch zu ihren aus dem Genfer Protokoll resultierenden Verpflichtungen setzen, wenn sie heute eine Lockerung des bestehenden Zustandes zuließen? *Delbos* hat diese Frage bejaht. Darauf habe er, *Pezet*, weiter gefragt: Sind Sie, Herr Minister, so wie wir der Auffassung, daß für Frankreich und für England *heute wie nur je die unbedingte Verpflichtung zur Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs besteht*? Herr *Delbos* habe erwidert: Das ist *absolut* auch meine Meinung. In diesem Zusammenhang habe der Außenminister unter Zustimmung der Ausschußmitglieder sämtlicher Fraktionen den „*bewunderungswürdigen Mut, die Standhaftigkeit und Aufrichtigkeit der österreichischen Regierung unter so eingeengten und widrigen Verhältnissen*“ hervorgehoben. *Pezet* fügte hinzu, er glaube, die Worte *Delbos*‘ nicht erweiternd zu interpretieren, wenn er sage, *Delbos* habe dem Ausschuß zu erkennen gegeben, daß die in dieser Aussprache entwickelten Gedanken und Richtlinien auch für seine Besprechungen mit den englischen Ministern maßgebend sein würden.

Schließlich habe er, *Pezet*, folgenden Gedanken entwickelt: Wenn von *deutscher Seite ein Plebiszit in Österreich angeregt wird, so würden sich Frankreich und England in Widerspruch zu ihren Verpflichtungen aus dem Genfer Protokoll setzen, wenn sie einem derartigen Plebiszit zustimmten*. Herr *Delbos* hat seine Auffassung geteilt.

Im weiteren Verlauf der Aussprache habe *Delbos* erklärt, seine Reise nach Warschau, Prag, Bukarest und Belgrad habe den Zweck, bestehende freundschaftliche Verbindungen zu festigen. An die Bildung eines ideologischen Blocks sei keineswegs gedacht. Eine Anregung des kommunistischen Abgeordneten *Péri*, auch Moskau in seine Freundschaft einzubeziehen, habe *Delbos* entschieden abgelehnt.

Fuchs

1811**Gesandter Franckenstein an Gesandten Hornbostel**

Telegramm Nr. 27 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 96390/13

London, 26. November 1937
(15.02 → 18.30)

Ebenso wie Sargent gestern, verhielt sich Vansittart im Gespräch äusserst reserviert trotz meiner wiederholten Fragen. Hitler hat offenbar auch über Oesterreich gesprochen. Vansittart gab mir die bündige Versicherung, dass für uns kein Anlass zur Sorge im Zusammenhang mit der Halifax-Reise bestehe und ermächtigte mich, dies streng vertraulich zu melden. Beide Herren sagten, dass diese nur informativer Natur war und überhaupt nicht viel über sie zu erzählen wäre.

1812**Gesandter Wildner an Gesandtschaft Berlin**

Erlass

AdR,
GA Berlin

Wien, 29. November 1937

In der Anlage werden der Gesandtschaft nur zur streng vertraulichen Kenntnisnahme drei Aufzeichnungen über die hier am 13. November d. J. mit Legationsrat Clodius geführten Besprechungen mit dem Bemerken übermittelt, dass nach den hier geführten internen Besprechungen die Möglichkeit einer Einfuhrsteigerung um 100 Mill. S für das nächste Jahr nicht gegeben erscheint. Dr. Clodius hat bisher nur telephonisch mitgeteilt, dass es sich „verlohne“ die Frage der Prämiierung weiter zu verfolgen. Inzwischen ist von uns der Bund der Industriellen aufgefordert worden, sich mit der Frage der Steigerung der deutsche Ausfuhr (Zellwolle u. s. w.) nach Oesterreich zu befassen. Wir haben auch zur Kenntnis genommen, dass er mit der deutschen Industriellenorganisation einen zweckdienlichen Meinungsaustausch pflegen wird.

Für den Staatssekretär:
Wildner

Gespräch Dr. Clodius mit Gesandten Wildner.

Laut internen Auftrages des Staatssekretärs sollte diese Unterhaltung nur einen vorbereitenden Charakter haben und der Durchbesprechung des Themas sowie der technischen Möglichkeiten dienen.

Zunächst wurden die einschlägigen Ein- und Ausfuhrziffern vergleichend besprochen, wobei sich beiderseits ungefähr das gleiche Ergebnis zeigte. Nach der deutschen Statistik ist in den ersten drei Vierteljahren die Einfuhr aus Oesterreich (70 Millionen Mark) gegenüber dem Vorjahre um 14.8 Millionen Mark, die Ausfuhr aus Deutschland nach Oesterreich (87 Millionen Mark) nur um 8.1 Millionen Mark gestiegen. Die Zunahme der Ausfuhr nach Oesterreich beträgt also gegenüber der Zunahme der Einfuhr nur 6.7 Millionen Mark. Die Mehrzahlungen für den elektrischen Strom betragen 3 Millionen Mark, die Frachtzunahme ebensoviel (nach der österreichischen Ziffer ist der Betrag höher), der Mehrbetrag für Filme ist 1.2 Millionen, dann hat sich ein Defizit bei der Abgabe auf Konto 2 (Wanderarbeiter, verstärkte Zahlungen in Härtefällen, Patente, Lizenzen etc.) ergeben im Ausmass von 3 Millionen Mark. Dazu kommt noch der Ausfall im Reiseverkehr. Bis Ende des Jahres wird deutscherseits mit einer Spitze von 35 Millionen gerechnet, sodass bei gleichbleibender Konstruktion nächstes Jahr um 140 Millionen S gekürzt werden müsste, während die Gesamtjahreseinfuhr 190 Millionen S betrüge.

Verlustausgleich.

Zu der österreichischerseits wiederholt gemachten Anregung, die deutsche Einfuhr durch Prämiierung zu steigern, so wie es anderen Staaten gegenüber geschehe, erklärt Dr. Clodius, dass das Verlustausgleichssystem deutscherseits nicht allgemein für alle Waren angewendet wird, sondern in der Hauptsache nur bei grossen Komplexen, Regierungsaufträgen, grossen Bauanlagen etc., die durch die grossen Konzerne durchgeführt werden. Es wird nach dem Westen nicht mehr prämiert als normal nach Oesterreich. Eine systematische und im grossen Masse geführte Prämiierungsaktion im Verhältnis zu Oesterreich stehe nicht dafür, weil das Geschäft mit Oesterreich viel zu sehr zersplittert sei. Die Ausfuhr könne auch nicht weiter forciert werden, denn man könne nicht umsonst liefern. Die Spitze gibt auf der deutschen Seite zu grössten Bedenken Anlass. Abgesehen von Prestigeerwägungen kann man deutscherseits nicht mehr zusehen, dass die kleinen Gläubiger 4–5 Monate warten sollen. Dr. Clodius betont daher nachdrücklich den Plan einer Spitzenfinanzierung, den Oesterreich durchzuführen hätte, so wie in analogen Fällen Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien, Griechenland, sogar die Türkei solche Finanzierungen durch ihre Notenbanken durchgeführt hätten. Er könne verstehen, dass die Notenbank nicht ohne weiteres die Reichsmark in ihre Deckung aufnehmen werde, aber ganz rein persönlich gesagt, würde er zum Beispiel glauben, sich dafür einsetzen zu dürfen, dass eine Garantie in englischen Pfunden deutscherseits gegeben werde.

Zur Kursfrage selbst und zu den ihm gemachten Vorbehalt, dass anderen Staaten gegenüber doch der Reichsmarkkurs manipuliert werde, entgegnet Clodius, dass dies nur im Verhältnis zu Rumänien und Jugoslawien der Fall sei, dies aber den Berliner Stellen sehr unangenehm sei und sie fortwährend auf Remedur bedacht seien. Eine radikale Lösung wäre die Einführung einer Währungsunion, die bei vollständiger Aufrechterhaltung der Selbständigkeit beider Zollgebiete und der sonstigen wirtschaftlichen Einrichtungen geschaffen werden könnte. Eine zweite Lösung wäre eine Währungskombination, die nicht soweit ginge, über deren Charakter aber Dr. Clodius sich keine genaue Vorstellung gemacht zu haben schien oder nichts sagen wollte. Vielleicht hängt sie mit gewissen Bemerkungen zusammen, mit denen er auf die Frage der Abgabe von Devisen seitens Deutschlands mehrmals im Gespräch zurückkam und immer wieder betonte, dass eine solche Abgabe weder bei den besonderen, zwischen den beiden Staaten herrschenden Verhältnissen, noch im Hinblick auf die Devisenbestände der deutschen Reichsbank derzeit möglich sei. Die dritte Lösung bestünde in der früher erwähnten Zwischenfinanzierung der 70 Millionen S, welche finanziell alle 5 Monate zu erneuern wäre und den Vorteil hätte, im nächsten Jahre keine Kürzungen der österreichischen Ausfuhr nach Deutschland vornehmen zu müssen. Um zu vermeiden, dass im nächsten Jahre bei sonst gleichbleibender Konstruktion wiederum eine neue Spitze von 70 Millionen aufkomme, wäre eine Steigerung der deutschen Einfuhr nach Oesterreich herbeizuführen: erstens durch Rüstungsgeschäfte, zweitens durch Investitionen (Clodius kommt auf das alte Projekt des Tauernwerkes zu sprechen und fragt, ob es nicht wieder erweckt werden könnte, gibt aber in einer näheren Erörterung gleich zu, dass dieses Projekt für die Ausgleichspolitik des nächsten Jahres keine Bedeutung hätte.) Drittens durch Steigerung des laufenden Geschäftes, indem das österreichische Kontingentierungssystem gegenüber der deutschen Einfuhr weiter und ausgiebig eingeschränkt werde.

In dieser Beziehung könnte die deutsche Ausfuhr nur dann auf Erfolg rechnen, wenn die ausländische Konkurrenz durch zweckdienliche Massnahmen der österreichischen Regierung wirksam beiseite geschoben werden könnte. Zolltarifische Massnahmen könnten bei den derzeitigen Verhältnissen keine wirkliche Erleichterung herbeiführen, auch sei es ganz ausgeschlossen, dass Oesterreich der deutschen Einfuhr irgendwelche Präferenzzölle gewähren könnte. Eine wirklich wirksame Abhilfe könnte aber doch nur durch eine Ankurbelung der Wirtschaft in Oesterreich, durch Hebung der Kaufkraft im Innern, die von selbst eine Steigerung der Einfuhr auslösen würde, geschaffen werden.

Gespräch des Herrn Staatssekretärs mit Dr. Clodius am 13. November 1937.

Dr. Clodius erklärt sich bereit, in Berlin dafür einzutreten, dass die deutsche Ausfuhr nach Oesterreich systematisch und durchgehend prämiert werde, wozu 10

Millionen Mark verwendet werden sollen. Im allgemeinen würde die Prämierung 20 % des Warenwertes erreichen. Staatssekretär Schmidt will die Anregung Clodius einer Zwischenfinanzierung der Spitze mit dem Präsidenten der Nationalbank besprechen. Als Betrag werden 70 Millionen S ins Auge gefasst, bis zu welcher Höhe die Spitze zu Ende des laufenden Jahres anwachsen dürfte. Eine Garantie für den Finanzierungsplan würde der Staatssekretär darin sehen, dass für den Fall einer etwaigen Aenderung des Kurses der Reichsmark die deutsche Seite sich dazu verpflichte, den etwaigen Fehlbetrag in Waren in entsprechendem Werte abzudecken.

Dr. Clodius gibt nach dem Gespräch mit dem Herrn Staatssekretär nachstehende Erläuterungen:

Eine Lösung auf Grund einer Markabwertung könne bestimmt nicht in Frage kommen. Er persönlich sei bereit, die von österreichischer Seite wiederholt geäußerte Anregung, die deutsche Ware in Oesterreich billiger anzubieten, in Berlin durch die Anregung einer besonderen Modifikation des Exportförderungsdienstes für Oesterreich zu vertreten. Dieses Vorhaben stosse allerdings auf mehrere Bedenken und sei von der Erfüllung folgender Voraussetzungen abhängig: Zunächst von der Frage, ob sich genug Waren finden lassen, für die der österreichische Markt überhaupt aufnahmefähig wäre. Staatssekretär Schmidt habe diese Frage auf das bestimmteste bejaht. Zweitens von der Frage, ob der in Aussicht genommene Satz der Prämierung wirklich genügen werde, um die deutsche Ware im Wettbewerb der anderen Auslandsware abzusetzen. Ein höherer Satz der Prämierung als der in Aussicht genommene würde aber ein Verschenken der Ware bedeuten und wirtschaftlich nicht gerechtfertigt sein. Endlich, und nach Ansicht Clodius der wichtigste Punkt, müsse die Spitze unbedingt finanziert werden. Bei sonst gleichbleibenden Bedingungen müsste für das nächste Jahr mit einer nochmaligen Spitze von 70 Millionen gerechnet werden, zusammen also 140 Millionen. Bezüglich der Hälfte wäre unbedingt für eine Zwischenfinanzierung zu sorgen, zu der sich bei analogen Situationen andere Staaten im Verhältnis zu Deutschland bereit gefunden haben. In der Frage der Ausfuhrsteigerung, die mit 100 Million S angenommen werde, habe auch Staatssekretär Schmidt in Aussicht gestellt – und das wäre nach Dr. Clodius sicherlich sehr geeignet die Behandlung der Angelegenheit in Berlin zu fördern – dass wenn ein gewisses Minimum der Steigerung erreicht sei, die deutsche Seite die Freiheit bekommen würde, sich gewisse interessante Rohstoffe für die österreichische Ausfuhr nach Deutschland auszusuchen.

1813**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an
Gesandten Wimmer (Belgrad)**Erlass (in Ziffern, sofort)¹AdR, NPA
Südslawien I/III
Z. 96547/13Wien, 2. Dezember 1937
(12.45)Zu Ihrem Bericht Zl. 65 Pol.²

In hiesigen diplomatischen Kreisen wird – offenbar auf Grund von Aeusserungen des jugoslawischen Geschäftsträgers – von dem für Ende Jänner in Aussicht genommenen Jagdbesuch in dem Sinne gesprochen, dass die Einladung auf ein ausdrückliches Ersuchen des Herrn Staatssekretärs beziehungsweise Ihre Initiative bei Herrn Stojadinovic zurückgehe. Diese Version ist bekanntlich unrichtig (siehe Telegrammerlass No 10 vom 2. v. M.³, der sich mit Ihrem Bericht Zl. 56/Pol. vom 29. Oktober⁴ gekreuzt hat.)

Wollen Sie telegrafisch berichten ob Ihre gegenständlichen Unterredungen Anlass zu dieser Einstellung gegeben haben können, ferner ob auch in dortigen diplomatischen und Regierungskreisen diese irrige Auffassung herrscht.

1814**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an
Gesandten Wimmer (Belgrad)**

Erlass (streng vertraulich, zur eigenhändigen Eröffnung)

AdR, NPA
Südslawien I/III
Z. 96695/13

Wien, 7. Dezember 1937

Bezug auf Bericht Z. 74/Pol v. 4. d. M.¹

¹ Schmidt hatte einer Einladung zur gemeinsamen Jagd prinzipiell zugestimmt (Telegramm Nr. 11 vom 3.11., Z. 45004/13) und sodann Ende Januar dafür in Betracht gezogen (Erlass Z. 96088/13 vom 20.11.).

² Liegt dem Akt nicht bei.

³ ADÖ 12/1796.

⁴ Z. 45004/13 liegt dem Akt nicht bei.

¹ Ebenfalls bei Z. 96695/13.

Herr Gesandter!

Den Ihrem obzitierten Bericht zugrundeliegenden h. o. Erlaß scheinen Sie insofern mißverstanden zu haben, als derselbe Ihnen keinen Auftrag erteilte, die Alternativfrage der Initiative zu der in Rede stehenden Einladung zum Gegenstande einer Demarche im dortigen Aussenamt zu machen. H. o. bestand, wie aus dem bezügl. Erlasse deutlich hervorgeht, lediglich Interesse daran, festzustellen, ob die (nunmehr erwiesenermaßen) von der hiesigen jugosl. Ges. ausgehende Version, daß der Herr St.S. durch Sie den Besuch hätte anregen lassen, in irgendeiner Ihrer einschlägigen Konversationen ihre Ursache haben könnte bzw. auch dort in Umlauf steht. Den h. o. Intentionen lag es natürlich ferne, durch eine Anfrage im dortigen Aussenamte den unerwünschten Eindruck zu erwecken, als ob der Herr St.S. aus dem Motive der zu dem Besuche ergriffenen Initiative eine „Canapé-Frage“ konstruieren wolle.

Ich beehre mich, Sie sohin zu ersuchen, bei erster sich bietender Gelegenheit und rein gesprächsweise dem Herrn politischen Direktor gegenüber die Bemerkung fallen zu lassen, daß Ihre jüngste an ihn gerichtete Anfrage lediglich bezweckt habe, festzustellen, ob auch ihm solche oder ähnliche Versuche bekannt geworden wären, durch Indiskretionen und boshafte Unterstellungen – auf die hiesige jug. Gesandtschaft wäre *nicht mehr* hinzuweisen – schon jetzt gegen das Zustandekommen der dem Herrn St.S. sehr erwünschten persönlichen Fühlungnahme mit dem Herrn jugosl. Ministerpräsidenten zu intrigieren.

Über die sich aus Ihrer Bemerkung ergebende Konversation wollen Sie schriftlich berichten.

Empfangen...²

1815

Generalkonsul Jordan an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt

Bericht Nr. 26/Pol.

Hochverratsprozess, 501-502

München, 8. Dezember 1937

Herr Staatssekretär!

Bei einer der letzten Pressekonferenzen der hiesigen Reichsparteileitung wurde, wie ich aus guter Quelle höre, „mit Bedauern festgestellt, daß sich die Verhältnisse in Österreich konsolidieren“. Weiters wurde angeblich übereinstimmend

² Pro Domo vom 9. 11.: „Die ungeschickte Insistenz Ges. Wimmers dürfte wohl auf Grund Erl. Zl. 96695/13 ein Ende nehmen!“ (bei Z. 96796/13).

der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß sich zu dieser Entwicklung nichts ändern werde, „solange *Schuschnigg* am Ruder ist“.

Die Presse hat dem Vernehmen nach den Auftrag erhalten, österreichische Angelegenheiten als minder wichtig zu behandeln.

Genehmigen, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit.

gez. *Jordan*.

[Anhang]

Zitate aus einer Rede Dr. Guido Schmidts, gehalten vor den politischen Leitern der Vaterländischen Front im Dezember 1937:

Schließlich wären hier noch meine letzten beiden Auslandsreisen nach Berlin und Warschau zu erwähnen. Mein kurzer Aufenthalt in Berlin galt ausschließlich dem Besuche der internationalen Jagdausstellung, zu dem mich der preußische Ministerpräsident *Göring* mehrmals und in besonders liebenswürdiger Form eingeladen hatte. Es ist nur selbstverständlich, daß mir hiebei mehrfach Gelegenheit zu formlosen persönlichen Aussprachen mit Herrn *Göring* geboten war, die natürlich keineswegs den Charakter von „Verhandlungen“ trugen. Ich bin mir bewußt, daß solche Führungnahmen, wie die eben erwähnte, auch den Gegenstand von Kritiken bilden und vielfach irrige Vermutungen über besondere „Hintergründe“ solcher Begegnungen auslösen. Ich muß jedoch meiner Überzeugung Ausdruck geben, daß es durchaus zweckmäßig ist, mit einflußreichen Staatsmännern persönlichen Kontakt aufrechtzuerhalten und zu pflegen, auch wenn deren Politik gegenüber Österreich hie und da im Gegensatz zu unseren eigenen Auffassungen und Zielen steht. Dies trifft ganz besonders hinsichtlich Ministerpräsident *Göring* zu, dessen Einfluß und Wirkungsbereich in Deutschland ein sehr bedeutender ist. Sein impulsives und offenes Wesen hat vom Augenblick unserer ersten Bekanntschaft eine Atmosphäre geschaffen, die mir das Berühren und Bereinigen von Fragen in offener Weise ermöglicht, die andernfalls auf dem papierenen Wege der Diplomatie sicherlich schwer oder gar nicht geklärt werden könnten. Es bedarf keiner Betonung, daß es sich hier immer nur um die Beseitigung von Mißverständnissen und um die Ebnung des Weges handeln kann, den wir guten Glaubens mit dem Abkommen vom 11. Juli beschritten haben. Ebenso feststehend bleibt, daß wir von den Grundsätzen, auf denen die Politik des neuen Österreich beruht, nicht um eines Fingers Breite abzugehen entschlossen sind. Im Rahmen dieser Voraussetzungen mag es bei beiderseitigem guten Willen schließlich doch möglich sein, in mannigfachen Einzelfragen des zwischenstaatlichen Verkehrs der beiden deutschen Staaten günstigere Verhältnisse zu schaffen. Drei Wege für die Erhaltung der Unabhängigkeit Österreichs: Gegen Deutschland, indifferent mit Deutschland, in Freundschaft mit Deutschland. Der erste Weg kommt nicht in Frage, die Schattenseiten des zweiten, die sich für beide Teile ergeben, kennen wir alle leider viel zu gut. Zweifellos, wäre es wünschenswert,

wenn wir in die dritte Form zwischenstaatlichen Lebens mit dem Deutschen Reiche hineinwachsen.

Zum *Göring*-Besuch möchte ich abschließend noch erwähnen, daß ich feststellen konnte: 1. daß in Deutschland die Erkenntnis, daß die außenpolitische Lage Österreichs günstig ist, immer mehr Platz gewinnt, 2. daß insbesondere die Einstellung Italiens gegenüber Österreich unverändert ist. Äußerung *Görings*: Italien will nicht nur keinen Anschluß, sondern nicht einmal eine Annäherung zwischen Österreich und Deutschland, 3. keine Gewaltlösung, 4. Österreich vom Standpunkt des Deutschen Reiches nicht das Tor, das ins Freie führt [sic!].

Positive Einstellung Jugoslawiens gegenüber Österreich, zu schließen aus den Bemühungen, mit Österreich in Kontakt zu kommen. Einladung nach Jugoslawien, zusammenfassende Situation günstig. Ankündigung des zweifellos im Februar oder März nächsten Jahres stattfindenden Gegenbesuches *Hitlers* in Rom. Auch hier wird keinerlei Anlaß zur Nervosität gegeben.

In dieser Linie liegt auch die in letzter Zeit viel besprochene Einladung, die der Herr Bundeskanzler und ich anläßlich meines Besuches der Berliner Jagdausstellung an Herrn *Göring* haben ergehen lassen. Dieser Besuch mußte, wie aus den beiderseitigen Presseauslassungen bekannt, vorläufig wegen der zusätzlichen Obliegenheiten, die Herrn *Göring* die Übernahme des Reichswirtschaftsministeriums für mehrere Wochen auferlegt, verschoben werden. Es handelt sich also nicht um eine Absage, sondern um eine Verschiebung aus Gründen, die in der persönlichen Inanspruchnahme des eingeladenen Gastes liegen.

1816

Gesandter Marek an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt

Privatschreiben

AdR, NPA

Tschechoslowakei I/III

Z. 52047/13

Prag, 9. Dezember 1937

Hochverehrter Herr Staatssekretär!¹

Gestern hat im Tierpark zu Lana über Einladung des Präsidenten Dr. Beneš wie alljährlich eine grosse Diplomatenjagd stattgefunden. Bei dieser Gelegenheit sagte mir der Kanzler des Präsidenten, Herr. Dr. Šamal, vertraulich und unter vier Augen, dass Präsident Dr. Beneš die Absicht habe, Sie, Herr Staatssekretär, zu einer Jagd nach Lana einzuladen, da er gehört hätte, dass Ihnen die Jagd Freude macht.

¹ Noch oberhalb der Anrede findet sich die handschriftliche Bewertung „Nein!“.

Ich habe mich vorläufig vollständig rezeptiv verhalten und diese Mitteilung lediglich zur Kenntnis genommen, möchte aber gerne wissen, wie sich Herr Staatssekretär zu dieser sicherlich wohlgemeinten Absicht stellen und wie ich mich in Zukunft hiezu verhalten soll. Immerhin wäre es möglich, dass Dohalsky den Auftrag bekommt, entweder in Wien zu sondieren, oder Sie direkt einzuladen, und deshalb beeile ich mich mit dieser Mitteilung, damit Herr Staatssekretär nicht unvorbereitet sind.

Vom Forstpersonal in Lana hörte ich, dass man auch von einem Jagdbesuch des Prinzen Paul spricht. Angeblich sei dieser Besuch bereits fix ausgemacht gewesen, jüngst auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Die Jagden in Lana (34 km von Prag) sind sehr schön, die letzte grosse Hochwildtreibjagd fand hier zu Ehren des rumänischen Königs statt.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Marek

1817

**Gesandter Berger-Waldenegg an Staatssekretär für die
Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 228/Pol.

AdR, NPA
Italien I/III
Z. 97027/13

Rom, 14. Dezember 1937

Wie mir Graf Ciano sagte und Herr Buti wiederholte, besteht italienischerseits nicht die Absicht, in Budapest mit irgendwelchen neuen Vorschlägen herauszukommen. Man ist der Meinung, dass hiezu auch kein Anlass besteht, dass die Zusammenkunft vielmehr einen angenehmen Gedankenaustausch mit einer gewissen demonstrativen Wirkung nach aussen darstellen soll und wird.

Wenn ich noch meinen persönlich Eindruck beifügen darf, so scheint Graf Ciano jetzt nach der Verkündung des Austrittes Italiens aus dem Völkerbunde die Idee einer Aussprache mit den beiden Partnern der römischen Protokolle viel mehr zu lächeln. Die Unmöglichkeit, seine beiden Partner von diesem bevorstehenden Coup de théâtre zu informieren und die Angst, das Thema Genf angeschnitten zu sehen, hatten ihn bzw. den Duce jedenfalls veranlasst, das Zusammentreffen mit Herrn von Kánya und Ihnen, Herr Staatssekretär, auf einen späteren Termin zu verlegen.

Kopie dieses Berichtes übermittle ich unter einem dem Herrn österreichischen Gesandten beim Heiligen Stuhle.

Genehmigen Herr Staatssekretär den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Berger

1818**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Wimmer (Belgrad)**

Erlass (in Ziffern)

AdR, NPA
Südslowien I/III
Z. 96942/13

Wien, 15. Dezember 1937²Zu Bericht Z. 79/Pol v. 11. d. M.³

Der Herr Staatssekretär hat keineswegs die Absicht, das Projekt des Jagdbesuches in Jugoslawien versanden zu lassen. Da seine Zustimmung zu diesem Besuche mit Erlaß Z. 96.088 vom 20. v. M.⁴ bzw. mit Telegramm No 11⁵ erteilt wurde, erwarten wir vom jugoslawischen Ministerpräsidenten nähere Angaben. Solche wären Ihrerseits jedoch nicht zu forcieren. Wollen Sie daher bloß bei sich bietender Gelegenheit gesprächsweise in Erfahrung zu bringen trachten, ob und für welchen Zeitpunkt Herr Stojadinovic ein detailliertes Programm festgelegt hat. Bejahendenfalls wollen Sie auch ganz unauffällig herauszubringen versuchen, welche Gesprächsthemen der Ministerpräsident etwa zu berühren beabsichtigt.

1819**Gesandter Marek an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 440/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Tschechoslowakei 7/1
Z. 97084/13

Prag, 15. Dezember 1937

Herr Staatssekretär,
Am 10. Dezember besuchte ich nach vorheriger Vereinbarung Herrn Ministerpräsident Dr. Hodža, um mit ihm einige Ressortangelegenheiten zu besprechen.

² Expediert per Post am 16.12.

³ Ebenfalls bei Z. 96942/13.

⁴ ADÖ 12/1813, Fußnote 1.

⁵ ADÖ 12/1813, Fußnote 1.

Ich sprach ihm bei dieser Gelegenheit auch den Dank der Bundesregierung für das ergangene Verbreitungsverbot gegen die Arbeiterzeitung (Erlass Zl. 96099-13 ex 37¹) aus. Der Herr Ministerpräsident meinte, dass dieses Verbot nur die logische Konsequenz des Druck- und Erscheinungsverbotese gewesen sei. Im Laufe der weiteren Unterhaltung sagte Herr Dr. Hodža im Hinblick auf die momentane allgemeine Lage in Europa, dass es ihm so vorkomme, als wenn nach einer wüsten Draherei nunmehr der Katzenjammer eingetreten wäre. Man frage sich, wozu die ganzen verfloffenen Monate der Beunruhigung und gegenseitigen Bedrohung gedient hätten. Trotz allen gegenteiligen Versicherungen und Versprechungen schein es dem Ministerpräsidenten als ob sich dieser Katzenjammer speziell in Italien ausbreiten würde und „Herr Mussolini schein wirtschaftlich ganz fertig zu sein“.

Es würde Herr Dr. Hodža sehr interessieren, worüber wir im Januar verhandeln wollen.

Ich möge, bat mich der Herr Ministerpräsident, dem Herrn Bundeskanzler folgendes sagen: Dr. Hodža beobachte bei den Ungarn seit einiger Zeit ein bestimmtes Schwanken und eine gewisse Unsicherheit und er möchte sehr gerne wissen, ob man dadurch in Budapest nur ein Abschwenken von der Donaulinie kaschieren wolle, oder ob dieses Zögern und Zweifeln einen anderen realen Grund hat. Mit anderen Worten, hat man die Ungarn in Berlin in einem bestimmten Sinne bearbeitet, oder bedeutet ihr Verhalten nur eine Ruhepause. Dr. Hodža ist eher der Ansicht, dass die Ungarn nicht mehr mittun wollen und dass sie sich einmal auf diesen, einmal auf jenen ausreden. Man habe sich in Budapest auch schon auf den Herrn Bundeskanzler ausgedet, der den Ungarn gesagt haben soll, er sei gegen eine allzu intime Annäherung, weil sich die Deutschen deshalb ärgern könnten. Woher diese, dem Herrn Ministerpräsidenten zugegangene Nachricht stammt, ob von der tschechoslovakischen Gesandtschaft in Budapest oder von anderwärts, konnte ich nicht eruieren.

Richtig sei, dass die Ruhepause in den so glücklich begonnenen Konversationen mit Budapest zunächst auf einen rumänischen Wunsch zurückzuführen ist, und dass Herr Tatarescu zuerst die Ruhepause verlangt habe. Ihm schloss sich dann auch König Carol an, der ersucht habe, vor Jänner nicht weiter zu verhandeln. Die Ungarn hätten, so sagte mir Herr Dr. Hodža diese Ruhepause aber benützt um inzwischen ihre neue Taktik zu tarnen.

Herr Ministerpräsident Dr. Hodža lässt Herrn Bundeskanzler um eine freundschaftliche Mitteilung ersuchen, ob er etwas in dieser Richtung wisse.

Herrn Delbos will Herr Dr. Hodža in Prag in erster Linie darüber befragen, wie sich Frankreich seine Aktivität im Donaauraum vorstelle. Auch König Carol habe sich darüber beklagt, dass die Franzosen nur reden und zwar ihren guten Willen zeigen, aber keinerlei Aktivität in dieser Frage entfalten.

¹ Siehe AdR, GA Prag.

Ich warf hier ein, dass eine französische Aktivität im Donaauraum meines Erachtens wahrscheinlich nicht ohne Widerspruch in Deutschland und vermutlich auch in Italien bleiben würde. Die Deutschen, erwiderte Herr Dr. Hodža, dürfen gewiss nicht gereizt werden und es liege besonders ihm fern sie reizen zu wollen. Er müsse aber wissen, woran er schliesslich sei. Eines könne er sagen, dass jede Annäherung im Donaauraum eine Lockerung der tschechoslovakischen Bindungen an Sowjetrussland bedeuten würde. Dabei brauche es ja gar nicht gleich zu irgendwelchen besonders weitgehenden Vereinbarungen zu kommen, ein „Danubian Gentlemen Agreement“ würde der Tschechoslovakei vollauf genügen.

Einen grossen Schritt zur Beruhigung und Befriedung Europas sieht Herr Dr. Hodža in der Tatsache, dass mit Deutschland endlich über Kolonien gesprochen wird. Hier habe Deutschland hundertprozentig Recht, denn die Wegnahme der Kolonien und die Form, wie dies geschehen, sei unbedingt einer der kardinalsten Fehler der Friedensverträge gewesen.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit.

Dr. Marek

1820

Gesandter Hornbostel an Gesandten Marek (Prag)

Privatschreiben¹

AdR, NPA

Tschechoslowakei I/III

Z. 97092/13

Wien, 17. Dezember 1937

Hochverehrter Freund,

Zu Deinem Privatschreiben vom 9. d. M. an den Herrn Staatssekretär², betreffend eine etwaige Jagdeinladung, teile ich Dir im Auftrage unseres Chefs, der gegenwärtig mit einer Reihe von dringenden Angelegenheiten überlastet ist, zu Deiner persönlichen Wissenschaft mit, daß ihm in absehbarer Zeit eine solche Einladung in keiner Weise passen würde. Ich soll Dich daher bitten, die Sache schlafen zu lassen und nötigenfalls zu versuchen, Dich einer neuerlichen Sondierung im Gegenstande zu entwinden. Sollte die Frage wider Erwarten ganz konkret auftauchen, müßtest Du uns sofort berichten. Auf alle Fälle teile ich Dir noch mit, daß das Kalendarium für die nächsten 1–2 Monate derart mit Konferenzen und Reisen

¹ Erging im Auftrage Guido Schmidts.

² ADÖ 12/1816.

(Budapest, vielleicht Jugoslawien?) besetzt ist, daß an und für sich, selbst für einen kurzen Ausflug kaum Zeit bliebe. Dies wäre im äußersten Notfalle ein den Tatsachen entsprechendes und wohl ausreichendes Argument.

Mit den herzlichsten Grüßen und den besten Wünschen zu den Feiertagen und zum Neuen Jahre bleibe ich

Dein stets ganz ergebener
[Hornbostel]

1821

Gesandter Hoffinger an Gesandten Tauschitz (Berlin)

Erlass Z. 96988/13

AdR,
GA Berlin

Wien, 17. Dezember 1937

Herr Gesandter!

Unter Bezugnahme auf Ihren Bericht vom 27. November l. J. (ohne Zahl)¹ werden Sie eingeladen, sich ehestmöglich Freiherrn von Neurath gegenüber und bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit auch zu Generaloberst Göring, *ohne Erwähnung der Quelle*, die dem zitierten Bericht zugrunde lag, folgendermassen vernehmen zu lassen. Die nachstehenden Ausführungen könnten Sie den genannten Herren in der beifolgenden Gedächtnisnotiz hinterlassen.

Es sind der österreichischen Bundesregierung Nachrichten zugekommen, dass bei reichsdeutschen Stellen wegen einiger, an der österreichisch-deutschen Grenze in Ausführung begriffenen Strassensicherungsarbeiten Bedenken entstanden sind, die nach einigen Nachrichten sogar so weit gegangen sein sollen, dass die Annahme eines Zusammenhanges dieser Arbeiten mit den von der Tschechoslowakei ausgeführten umfangreichen Grenzbefestigungsarbeiten erörtert wurde.

Wenn die österreichische Bundesregierung auch der Ansicht ist, dass die massgebenden Stellen des Deutschen Reiches derartigen unrichtigen Beurteilungen ferne stehen, so legt sie dennoch Wert darauf, jedem allfälligen Missverständnis im Vorhinein vorzubeugen und die Tatsachen, die zur Entstehung der oberwähnten abwegigen Ansichten geführt haben, auf ihr richtiges Mass zurückzuführen. Es ist übrigens anzunehmen, dass die deutschen militärischen Faktoren über die Sachlage vollkommen im Bilde und in keiner Weise beunruhigt sind, da keinerlei Anfrage seitens des Herrn deutschen Militärattachés in Wien erfolgt ist.

¹ AdR, GA Berlin.

1) Es ist zunächst festzustellen, dass der Plan, die von der Grenze ins Innere Oesterreichs führenden wichtigeren Einfallstrassen gegen plötzliche Einbrüche motorisierter Truppenabteilungen wenigstens notdürftig zu sichern, eine der Entwicklung der motorisierten Waffen entsprechende notwendige Massnahme darstellt, die ohne Einblick auf bestimmte Konfliktfälle ganz allgemein für die österreichischen Grenzen beschlossen wurde.

2) In der Anlage solcher Strassensicherungen sind Oesterreich verschiedene andere Staaten vorangegangen, so vor allem die Tschechoslowakei, die seit dem Sommer 1936 gegenüber der österreichischen Grenze sehr starke Strassensperren angelegt hat.

3) In Oesterreich wurde im Laufe dieses Jahres eine Reihe von Sicherungsanlagen an der österreichisch-tschechoslowakischen und der österreichisch-jugoslawischen Grenze in Angriff genommen. Erst im Laufe des Herbstes wurden auch an einigen Strassen, die nach dem Deutschen Reiche und Italien führen, solche Anlagen errichtet, jedoch in so geringer Zahl, dass auf die reichsdeutsche und italienische Grenzstrecke zusammengenommen kaum $\frac{1}{4}$ der Sperren entfällt, während alle anderen an der tschechoslowakischen und jugoslawischen Grenzstrecke liegen.

4) Es ist überdies geplant, an allen wichtigeren Zollstrassen unweit der Grenze noch sichtbare, permanente Strassenhindernisse einzurichten, von denen jedoch bisher nur 4 ebenfalls an den zwei letzterwähnten Grenzstrecken angelegt wurden, um vorerst Erfahrungen bezüglich ihrer Auswirkungen auf den Verkehr usw. zu sammeln.

5) Ein Zusammenhang zwischen den tschechoslowakischen Grenzsicherungen an der reichsdeutschen Grenze und den österreichischen Strassensperren besteht selbstverständlich nicht, es wäre denn in dem Sinne, dass der Grossteil der österreichischen Sperren analogen tschechoslowakischen gegenüberliegt.

Die oberwähnten, ausserordentlich bescheidenen Grenzsicherungsanlagen, die Oesterreich auch längs der deutschen Grenze angelegt hat, können wohl in keiner Weise als unfreundliche Geste gegenüber dem Reich gedeutet werden, ebensowenig wie österreichischerseits aus der nicht nur im Verhältnis zu der, der deutschen Aufrüstung unmittelbar vorausgegangenen Zeit, sondern auch *im Verhältnis zum Jahr 1914* ausserordentlich verstärkten militärischen Besetzung des Oesterreich benachbarten deutschen Grenzraums Schlüsse auf eine unfreundliche Einstellung des Reichs gezogen werden, obwohl die Verdichtung und Verstärkung der Truppendislozierung insbesondere der Luft- und Panzerwaffen, in Verbindung mit der Anlage von Flugplätzen und dem grosszügigen Ausbau des strategischen Strassennetzes viel eher Besorgnisse wachrufen könnte, als die rein defensiven österreichischen Sperranlagen. Hingegen mehrten sich in letzter Zeit die Nachrichten über neuerliche militärische Aktivität der „österreichischen Legion“, der nach dem schon einmal gemachten bedauerlichen Erfahrungen auch selbstständige Aktionen ohne Wissen der Heeresleitung zuzutrauen wären.

Sollte nach Darlegung der vorstehenden Ausführung seitens ihrer Mitredner das Märchen von der Kooperation Oesterreichs mit der Tschechoslowakei neuerlich herangezogen werden, so wollen Sie diesem Anwurf mit dem allergrössten Nachdruck entgegenreten und sich dagegen verwahren, dass der österreichischen Bundesregierung derartige Absichten unterschoben werden, aber auch dagegen, dass dem österreichischen Generalstab, der seit dem Herbst 1936 wieder in regelmässigem Nachrichtenaustausch mit dem deutschen Generalstab steht über die Tschechoslowakei, ein derartiges Doppelspiel zugetraut werde.

Ueber den Verlauf Ihrer einschlägigen Gespräche wollen Sie ausführlich berichten. Empfangen Sie, Herr Gesandter, den Ausdruck meiner vollkommensten Hochachtung.

Für den Staatssekretär:
Hoffinger

1822

Amtserinnerung Gesandter Hornbostel¹

AdR, NPA
Italien I/III
Z. 97063/13

Wien, 17. Dezember 1937

Der ungar. Geschäftsträger Bobrik hat heute nach seiner Rückkehr aus Budapest vorgeschrieben und auftrags Herrn von Kányas folgende Erklärungen zu dem im Vorakt erliegenden Programm für die Dreier-Konferenz abgegeben:

- 1) Das gleiche Sprechprogramm ist von der ungar. Regierung auch den Italienern übergeben worden.
- 2) Zu den einzelnen Punkten des Programmes beabsichtigt H. v. Kánya im nachstehenden Sinne vorzugehen:

¹ Amtliche Vermerke: „*Um dringlichen Durchlauf wird gebeten!* (Gegen eine etwaige Abschriftnahme der d. a. interessierende Punkte zwecks Bearbeitung u. Stellungnahme obwaltet unter der Voraussetzung vollkommener Geheimhaltung kein Anstand.) und allfäll. Stellungnahme: Zur Einsicht 1. *GenKonsul Dr. Schwagula* unter Hinweis auf Programmpkt. III; 2. *H. Gesandten Dr. Wildner* unter Hinweis auf Programmpkt. C; 3. *H. Gesandten Dr. Günther* unter Hinweis auf Programmpkt. III und die allf. Rückwirkungen einer de jure-Anerkennung auf unsere Staatsangehörigen in Rotspanien (Anzahl derselben, Möglichkeit der Uebertragung d. Schutzes an eine fremde Regierung); 4. *H. LegRat Winterstein* unter besonderem Hinweis auf Programmpunkt II behufs Stellungnahme zur Frage des Schicksals unserer Vertreter und Aemter in Rotspanien. 5. *H. Gesandten Dr. Leitmaier* zur Kenntnis bezüglich des Punktes ‚Austritt aus dem Völkerbund‘. *p. d.*: Der ungarischerseits in Aussicht genommene Gesprächsstoff für die Budapester Dreier-Zusammenkunft (10.–12. Jänner 1938) wäre den zuständigen Abteilungen zwecks ehester bzw. rechtzeitiger Vorbringung von Bemerkungen zur Kenntnis zu bringen.“

ad Programmpunkt I und II:

Diesbezüglich erwartet K., dass in erster Linie Ciano sich zu den Hauptfragen der Weltpolitik äussere. Er möchte vor allem die italien. Einstellung zu Frankreich, England und Amerika wie auch die Auffassungen über die Rom-Berlin-Achse kennen lernen.

Was den Antikominternpakt von Rom betrifft, so ist K. entschlossen, gegebenenfalls auf eine italien. Aufforderung zum Beitritt in der von ihm schon seinerzeit beantragten Form zu erwidern. (Siehe Zahl 45.416-13 vom 13. November d. J.)

ad Punkt III: K. sieht voraus, dass Ungarn und Oesterreich den Italienern irgend einen Erfolg der Budapester Konferenz werden einräumen müssen, zumal wir beabsichtigen, uns gegenüber dem Antikomintern-Pakt (siehe Vorstehendes) und dem Austritt aus dem Völkerbund (siehe das Nachstehende) ablehnend zu verhalten. Er meint daher, dass wir um dieses „Trinkgeld“ in der Gestalt eines Fortschrittes hinsichtlich der Anerkennung des Franco-Regimes nicht umhinkommen werden. Gegenwärtig sei Gesandter Nickl beauftragt, in Paris mit den Franco-Leuten zwecks Abschlusses eines Wirtschaftsabkommens Fühlung zu nehmen. K. wäre nun bereit, auf italien. Druck hin zu erklären, dass Ungarn nach dem nächsten erheblichen militärischen Erfolg Francos und unter der Voraussetzung, dass die ungar. Verhandlungen mit Franco in Paris sich günstig entwickeln, die Frage der de jure-Anerkennung des Franco-Regimes „ernsthaft ins Auge fasse“. (Der H. Staatssekretär Dr. Schmidt hat dem ungar. Geschäftsträger hiezu bemerkt, dass er grundsätzlich nichts gegen die baldige de jure-Anerkennung Francos einzuwenden hätte. Er stelle sich die Erwiderung auf ein diesbezügliches italien. Ansinnen ungefähr so vor, dass wir erklären würden: Die de facto-Anerkennung Francos sei vor mehreren Monaten erfolgt. Sie habe sich bewährt, wir würden in diesem Sinne fortfahren und die de jure-Anerkennung in Betracht ziehen, „wenn die Voraussetzungen hiezu vorliegen“.)

ad Punkt IV:

Bezüglich a) beabsichtigt K. einen kleinen Vortrag über die Beziehungen Ungarns zur Kl. Entente zu halten. Betreffs b) und c) erwartet K. Ausführungen Cianos. Zu d) werden wir ersucht zu referieren. Zu Punkt e) will K. seine Informationen, die er in Berlin geschöpft hat, mitteilen, schliesslich würde uns ein Referat über f) zufallen.

Meinerseits wurde Bobrik darauf hingewiesen, dass in dieser Liste über die Beziehungen der einzelnen Partner zu den Nachbarn das Verhältnis *Ungarns zu Deutschland* fehle, wir aber grösstes Interesse hätten, auch darüber möglichst genau informiert zu werden. Bobrik wird in diesem Sinne nach Budapest melden.

Zu den Punkten V und VI (die die politische Abteilung des Aussenamtes, wie K. mitteilte, hinzugefügt habe) werden sich wohl ein allgemeiner Informationsaustausch ergeben.

Desgleichen hinsichtlich Punkt VII.

Zu Punkt VIII erhofft sich K. Ausführungen Cianos, zumal die Italiener in letzter Zeit behaupten, dass die Balkan-Entente durch den bulgarisch-jugoslavischen und

den italo-jugoslavischen Vertrag tatsächlich gänzlich unterhöhlt worden sei und diese Entente nur mehr auf dem Papier bestehe.

ad Punkt B hat der Herr Staatssekretär Herrn Bobrik gegenüber den Wunsch geäußert, Näheres über die zu behandelnden Einzelthemata zu erfahren.

Zu Punkt C wird Bobrik noch feststellen, ob den Ungarn Einzelheiten in diesem Belange vorschweben. Negativenfalls würden die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den drei Partnern, nach Aufhebung des Brocchi-Regimes und Einführung des neuen Modus erörtert werden.

Zur *Frage des Völkerbundes* erwartet sich Kánya ebenso wie wir eine Aufforderung seitens Italiens zum Austritte aus dem VB. Kánya beabsichtigt, die Frage keinesfalls initiativ von sich aus zur Sprache zu bringen, welcher Auffassung wir beipflichten.

Gegebenenfalls wird aber Ungarn, laut Kánya, mit folgenden Argumenten erwidern: Für Ungarn ist das Zentralproblem die Minderheitenfrage. Die Minderheitenfrage ist heute noch im wesentlichen im VB verankert. Der VB hat sich in letzter Zeit in dieser Hinsicht als vernünftig und brauchbar erwiesen (anscheinend eine Beschwerde Valerian Pops vom VB a limine zurückgewiesen !?). Ungarn werde daher *nicht austreten*. Ein Austritt Ungarns käme nur dann in Frage, wenn der VB etwas tun würde, das die ungarischen Interessen direkt schädigt.

Der H. Staatssekretär hat seinerseits H. v. Bobrik mitgeteilt, dass wir gleichfalls aus dem VB nicht auszutreten gedenken und gegebenenfalls folgende Argumente vorbringen würden: Mit Rücksicht auf die faktische noch bestehende Finanzkontrolle (was auch für Ungarn gilt), mit Rücksicht auf die Verankerung der VB- und Lausanner-Anleihen im VB, in Anbetracht der Nützlichkeit für Italien, dass Oesterreich als Beobachter und Brücke zum VB dienen könne, schliesslich würden wir Italien zusichern, unsere Aktivität im VB auf ein Minimum zu reduzieren.

1823

Äußerung Gesandter Günther¹

AdR, NPA
Italien I/III
Z. 97063/13

Wien, 21. Dezember 1937

In Madrid befinden sich derzeit noch rund achtzig Oesterreicher (Kopfzahl), in Barcelona rund fünfundsiebzig (ebenfalls Kopfzahl) wozu noch einige in Ka-

¹ Zu ADÖ 12/1822.

talonien ausserhalb Barcelonas lebende Staatsangehörige kommen. Die Anzahl der in Valencia lebenden Oesterreicher ist nicht bekannt; sie dürfte geringfügig sein.

Die Rückwirkungen einer de jure Anerkennung der Francoregierung auf das Schicksal unserer noch in Rotspanien befindlichen Staatsangehörigen kann man wohl nur als sehr ungünstig prognostizieren und hielte ich es als für im Interesse derselben gelegen, wenn denselben – falls sich dies ermöglichen liesse – vorher durch die noch bestehenden Konsularvertretungen dringend nahegelegt werden könne, Spanien zu verlassen. In diesem Falle müssten wir allerdings jenen, die nicht über genügende Eigenmittel verfügen, die Heimbeförderung auf Staatskosten und nach ihrem Eintreffen in der Heimat eine Unterstützung im Ausmasse jener gewähren, die die schon hier befindlichen mittellosen Spanienflüchtlinge erhalten.

Ueber die Möglichkeit der Uebertragung des Schutzes unserer nach erfolgter de jure Anerkennung der Francoregierung in Rotspanien verbleibenden Staatsangehörigen kann man sich nicht gut ein Urteil bilden, da es doch ganz unbekannt ist, in welchem Augenblicke und unter welchen Voraussetzungen diese Anerkennung erfolgen würde.

Wir können mit einem solchen Anliegen schwerlich an eine Macht herantreten, die mit der roten Regierung sympathisiert. Von den anderen Mächten, die in Frage kommen könnten, wissen wir aber nicht, ob sie nicht unter den gleichen Voraussetzungen wie wir selbst die de jure Anerkennung der nationalistischen Regierung in Erwägung ziehen und ihnen daher ein solches Ersuchen durchaus unerwünscht wäre.

Ich glaube daher, dass zur Frage der eventuellen Schutzübergabe an die Vertretungsbehörden eines anderen Staates erst Stellung genommen werden kann, wenn die Frage der de jure Anerkennung in ein akutes Stadium kommt.

Günther

1824

Äußerung Gesandter Wildner¹

AdR, NPA
Italien I/III
Z. 97063/13

Wien, 22. Dezember 1937

Derzeit bestehen bekanntlich drei österreichische Honorarkonsulate in Rotspanien, und zwar das Konsulat in Madrid, das in Abwesenheit des Generalkonsuls

¹ Zu ADÖ 12/1822.

Taub von Dr. Brünner provisorisch verwesen wird, das Konsulat in Barcelona, dessen Gerent Honorarkanzler Schultes ist, sowie das Konsulat in Valencia. Da aber der Titulär und der Sekretär des Konsulats in Valencia vor kurzem verhaftet worden sind, kommt diesem Amt praktisch wohl keine Bedeutung mehr zu. Es ist sehr schwer, Vermutungen darüber anzustellen wie die spanische Regierung im Falle der de jure-Anerkennung der Franco-Regierung seitens Oesterreichs reagieren würde, ob unsere Konsulate eventuell unter dem Schutz einer fremden Macht, der wir unsere diplomatische Vertretung übertragen, ihre Tätigkeit fortsetzen könnten oder ob die spanische Regierung uns nötigen würde, die Aemter zu schliessen. Es fehlen in dieser Beziehung Erfahrungen, da nach h. a. Wissen die deutsche und die italienische Regierung, als sie die Regierung des Generals Franco anerkannten, aus eigenem Willen ihre Vertretungsbehörden geschlossen und das Personal abberufen haben. Uebrigens würde nach der de jure-Anerkennung der Franco-Regierung für die Aufrechterhaltung unserer Konsulate in Rotspanien kaum ein Bedürfnis bestehen, wenn vorher im Sinne der in der Aeusserung der Abteilung 14 b vorgebrachten Anregung dafür gesorgt wird, dass der grösste Teil der österreichischen Staatsangehörigen Spanien verlässt. Was die persönliche Sicherung der Gerenten Dr. Brünner und Schultes betrifft, so ist die Befürchtung doch nicht ganz von der Hand zu weisen, dass sie in dem in Rede stehende Falle in Spanien verhaftet werden könnten oder ihrer Ausreise zumindest grosse Schwierigkeiten in den Weg gelegt würden, obwohl die Genannten, soviel hier bekannt ist, bisher in keinen Konflikt mit den spanischen Behörden geraten sind. Es dürfte sich daher empfehlen, im gegebenen Zeitpunkt zu erwägen, ob nicht *vor* Proklamierung der Anerkennung der Franco-Regierung seitens Oesterreichs Brünner und Schultes zu veranlassen sein werden, unter irgend einem Vorwand aus Spanien abzureisen.

In Ergänzung der Aeusserung der Abteilung 14 b möchte die Abteilung 13 pers noch bemerken, dass gemäss mündlicher Mitteilung Dr. Brünners nach der Anerkennung der Franco-Regierung durch Deutschland alle in Madrid befindlichen deutschen Reichsangehörigen, sowohl die rechtsstehenden wie die linksstehenden Personen, verhaftet wurden, soweit sie nicht in der holländischen Gesandtschaft ein Asyl fanden.

Wi[lchner]

1825**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an alle Gesandten und Geschäftsträger**Erlass¹

AdR, NPA
Österreich 2/21
Z. 96889/13

Wien, 22. Dezember 1937

Herr Gesandter!

In der letzten Zeit kursierten im Auslande und in der Auslandspresse immer wieder Gerüchte über die angebliche Aufdeckung „weitverzweigter“ nationalsozialistischer Organisationen innerhalb der österr. Wehrmacht, angebliche Verhaftungen von zahlreichen Offizieren u. dgl. Diese wohl auf die österreichfeindliche Propaganda gewisser Kreise zurückzuführenden Anstrengungen sind naturgemäß geeignet, in den ausländischen Kreisen, die über die österr. Verhältnisse nicht oder unzureichend informiert sind, den Eindruck zu erwecken, als ob die österr. Staatsführung im Bedarfsfalle nicht mit der vaterländischen Gesinnung und der Verlässlichkeit der Wehrmacht rechnen könnte. Es besteht kaum ein Zweifel, dass die in Rede stehende Propaganda den Zweck verfolgt, gerade diesen Eindruck in erster Linie im Auslande zu erwecken.

Demgegenüber kann auf Grund der amtlichen Erhebungen festgestellt werden, dass die oben angedeuteten Gerüchte phantastische und böswillige Uebertretungen der, in Zusammenhalt mit der Stärke der Wiener Garnison von cca. 15.000 Mann, recht unbedeutenden Tatsachen darstellen, dass vor einigen Wochen dank der Wachsamkeit eines Subalternoffiziers das Bestehen einzelner nationalsozialistischer Zellen unter den Mannschaftspersonen und im Unteroffizierstande in der Gesamtstärke von insgesamt bloss *27 Personen* aufgedeckt wurde. Die Schuldigen wurden selbstverständlich dem gerichtlichen Verfahren überantwortet.

Wollen Sie sohin, falls Ihnen gegenüber die Sprache auf die oben erwähnten Gerüchte und darauf bezügliche Schlussfolgerungen gebracht werden oder aber diese Anstrengungen auch weiterhin in der dortigen Presse auftauchen sollten, diesen mit allem Nachdrucke und an Hand des vorstehend mitgeteilten Sachverhaltes entgegentreten, wobei insbesondere zu betonen wäre, dass sich die Versuche der nationalsozialistischen Propaganda, in die Wehrmacht einzudringen, ausschliesslich auf Mannschafts- und Unteroffizierspersonen beschränken, kein einziger Offizier in diesem Zusammenhange belastet erscheint und dass Gesin-

¹ Erging im Auftrag Schuschniggs.

nung, Geist und Haltung der österreichischen Wehrmacht erwiesenermassen über jeden Zweifel erhaben ist.

In Ihrem Wirkungsbereich allenfalls auftauchende einschlägige Gerüchte wollen Sie unverzüglich anher einberichten.

Empfangen Sie, Herr Gesandter, den Ausdruck meiner vollkommensten Hochachtung.

Für den Staatssekretär: *Hornbostel*

1826

**Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten
Schmidt an Gesandten Marek (Prag)**

Erlass (streng vertraulich)

AdR, NPA

Tschechoslowakei 7/1

Z. 97084/13

Wien, 23. Dezember 1937

Herr Gesandter,

Zu den Ihnen seitens des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Hodža an die Adresse des Bundeskanzlers gemachten Mitteilungen beehre ich mich, Ihnen auftragsgemäss behufs entsprechender Weiterleitung Nachstehendes bekanntzugeben:

Dem Herrn Bundeskanzler liegen keine bestimmten Nachrichten in dem Sinne vor, dass Ungarn in letzter Zeit bezüglich seiner Politik gegenüber den benachbarten Donaustaaten schwankend geworden wäre. Allerdings besteht, nach gewissen Informationen zu schliessen, die Möglichkeit, dass in dieser Hinsicht durch die jüngsten Fühlungen Budapests mit Berlin eine gewisse Versteifung eingetreten sein dürfte. Der österreichischen Bundesregierung wurde in diesem Belange von ungarischer Seite bisher nichts mitgeteilt. Selbstverständlich entspricht jede dem Herrn Bundeskanzler zugeschriebene Ingerenz auf Ungarn in retardierendem Sinne nicht den Tatsachen. Der Herr Bundeskanzler teilt hierin vielmehr den auch von Ministerpräsident Dr. Hodža vertretenen Standpunkt, dass derartige Verhandlungen nicht den Anschein erwecken dürfen, als trügen sie eine Spitze gegen das Deutsche Reich.

Empfangen Sie, Herr Gesandter, den Ausdruck meiner vollkommensten Hochachtung.

Für den Staatssekretär:

1827**Gesandter Hoffinger an Gesandten Tauschitz (Berlin)**

Erlass Z. 97261/13

AdR,
GA Berlin

Wien, 23. Dezember 1937

Herr Gesandter,

Im Nachhange zu h. o. Erlaß vom 17. I. M., Z. 96.988-13¹, beehre ich mich, Ihnen streng vertraulich mitzuteilen, daß im Gegenstande des zitierten Erlasses kürzlich eine Unterredung zwischen dem Chef des Generalstabs Feldmarschalleutnant Jansa und dem deutschen Militärattaché, Generalleutnant von Muff stattgefunden hat, von der folgende Momente festgehalten zu werden verdienen:

1.) Nach Ansicht des Militärattachés sind es in Deutschland nur die Politiker, keineswegs aber die Militärs, die über die österreichischen Grenzsicherungsanlagen beunruhigt sind;

2.) wohl aber sind unsinnige Gerüchte über einen Zusammenhang dieser Anlagen mit einem angeblichen geplanten legitimistischen Staatsstreich bis in militärische Kreise gedrungen, was der Militärattaché als lächerliche Kombination abgetan haben will;

3) ebenso unbegründet sind andererseits seiner Ansicht nach die Besorgnisse der österreichischen Politiker wegen der Gerüchte über eine Wiederaktivierung der österreichischen Legion und deren neuerliche Zusammenziehung in Bayern, die er absolut in Abrede stellte.

Vorstehendes zu Ihrer streng vertraulichen Information mit dem Ersuchen, falls auch in Ihren einschlägigen Gesprächen deutscherseits die obenerwähnten Themen berührt werden, nachdrücklich zu betonen, daß die uns vorliegenden Nachrichten über die Legion viel zu positiv und konkret lauten, um sie auf eine Stufe mit den wirklich lächerlichen Hirngespinnsten über einen monarchistischen Staatsstreich zu stellen.

Sollte deutscherseits – wie zu erwarten – jede Kenntnis von einer verstärkten Aktivität der Legion bestritten werden, so wollen Sie die Bekanntgabe einiger uns vorliegender Daten demnächst in Aussicht stellen.

Empfangen Sie, Herr Gesandter, den Ausdruck meiner vollkommensten Hochachtung.

Für den Staatssekretär:
Hoffinger

¹ ADÖ 12/1821.

1828**Gesandter Vollgruber an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 164/Pol.

Hochverratsprozess, 537-538

Paris, 23. Dezember 1937

Herr Staatssekretär!

Der in meinem ergebensten Berichte, Z. 162/Pol. von heute¹ erwähnte Journalist teilte mir eben mit, was ihm ein uns wohl bekannter Deputierter über das Exposé, das Herr *Delbos* heute Nachmittag im Außenausschuß der Kammer gehalten hat, erzählt hat.

Der Herr Minister des Äußern habe gesagt, daß bei den Besprechungen in London englischerseits eine gewisse, allerdings nicht arge *Besorgnis bezüglich der Möglichkeit der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Österreichs zum Ausdruck gekommen sei*, daß sich aber England eben um diese zu fördern, das Zustandekommen eines „Donaupaktes“ zu unterstützen bereit erklärt habe. Herr *Delbos* habe also die Unterstützung Frankreichs *und* Englands für einen solchen Pakte in allen Staaten, die er besuchte, in sichere Aussicht stellen können. Die Idee einer Organisierung des Donaupraumes habe denn auch überall eine sympathische Aufnahme gefunden. Herr *Delbos* habe zwar im Laufe seiner Besuchtournee hie und da einmal auch Besorgnisse bezüglich der Widerstandskraft Österreichs äußern hören, im allgemeinen sei diese aber sehr günstig beurteilt worden, nur Herr *Beck* halte von ihr nicht viel. In Bukarest habe dem Herrn Minister des Äußern interessanter Weise der dortige italienische Gesandte über Auftrag Herrn *Mussolinis* erklärt, dieser würde eine Sicherung unserer Unabhängigkeit durch einen Donaupakt sehr begrüßen. Herr *Stojadinovic* hätte Herrn *Delbos* erzählt, Herr *Mussolini* habe ihm gesagt, er halte nach wie vor an der Notwendigkeit der Unabhängigkeit Österreichs fest, hätte aber seit dem Abschluß des italo-deutschen Arrangements nicht mehr so freie Hände. In Prag habe der Minister des Äußern so dezidierte Äußerungen über die Schicksalsverbundenheit der Tschechoslowakei mit Österreich gehört, daß er darüber geradezu erstaunt gewesen sei.

Im allgemeinen sei Herr *Delbos* sehr befriedigt von den Eindrücken, die er gewonnen habe. Beinahe überall habe man ihm zwar zu verstehen gegeben, daß man in scharfem Gegensatz zum Kommunismus und zum Komintern stehe, habe aber überall für die Aufrechterhaltung des französisch-russischen Vertrages Verständnis gezeigt. In London sei sogar diesbezüglicher Wunsch ausgesprochen worden. Präsident *Moscizski* hätte Herrn *Delbos* erklärt, daß das französisch-polnische

¹ AdR, GA Paris.

Bündnis, wer immer mit der Leitung der polnischen Politik betraut sei, immer bestehen werde, es sei für Polen schon aus geographischen Gründen eine zwangsläufige Notwendigkeit. Herr *Stojadinovic* hinwiederum hätte betont, daß er nie, auch nicht im Falle eines offenen Konfliktes, selbst wenn er wollte, eine antifranzösische Politik machen könnte, weil dies die Bevölkerung Jugoslawiens nicht zulassen würde.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit melden, daß ich Herrn *Delbos* gestern durch seinen Kabinettchef sagen ließ, ich führe anfangs Januar voraussichtlich nach Wien und würde vorher gerne von ihm empfangen werden, obzwar ich ihm nicht Neues mitzuteilen hätte.

Genehmigen Herr Staatssekretär den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Vollgruber

1829

Amtserinnerung Gesandter Hornbostel

AdR, NPA
Italien I/III
Z. 97428/13

Wien, 29. Dezember 1937

Der ung. GeschTr. *Bobrik* hat mir heute an Hand eines Erlasses Herrn von *Kányas* folgende Antworten zu unseren Bemerkungen über die ungarischen Programmpunkte erteilt.

Ad Programmpunkt I und II: Nichts zu bemerken (s. Ausführungen Z. 97.063-13).¹
Ad Programmpunkt III (Franco-Spanien): Herr v. *Kánya* hat seinen Standpunkt in der Frage der allfälligen de jure-Anerkennung Franko-Spaniens – offenbar auf Grund der mündlichen Berichterstattung des ungar. Vertreters in Lissabon-Salamanca Herrn von *Wodianer* – einigermassen modifiziert, indem er nunmehr vorschlägt, die Frage der de jure-Anerkennung bloß im Abschluß-Communiqué u. zw. in einer ganz unverfänglichen Form zu streifen. Er wäre mit den Anregungen des Herrn Staatssekretärs Dr. Schmidt einverstanden, bis auf die Zusage, daß die de jure-Anerkennung in Betracht gezogen werden würde, „wenn die Voraussetzungen hiezu vorliegen“. *Kánya* stellt sich diesen Passus im Communiqué ungefähr wie folgt vor: „Oesterreich und Ungarn haben bereits vor mehreren Monaten die Regierung von National-Spanien (Frankoregierung) de facto anerkannt. Diese Maßnahme hat sich als begründet und zweckmäßig erwiesen. Oesterreich und Ungarn sind daher bereit, in diesem Sinne fortzufahren.“

¹ ADÖ 12/1822.

Es scheinen auch der ungar. Regierung (gleich uns) vertrauliche Information darüber vorzuliegen, daß Rot-Spanien in letzterer Zeit sehr massiv von Frankreich mit Material unterstützt wird. Auch die jüngsten Operationen bei Teruel scheinen bei den ungar. Militärs Bedenken zu erregen. Schließlich hat Ges. von *Wodianer* auf Grund seiner eigenen Wahrnehmungen in Franko-Spanien zwar die *Hoffnung*, nicht aber die Gewißheit, daß letzten Endes Franko die Oberhand gewinnen werde, ausgesprochen.

Ad Programmpunkt IV: Herr von *Kánya* ist gerne bereit, auch das Verhältnis Ungarns zu Deutschland zur Diskussion zu stellen.

Ad Punkt B (Militaria) *Kánya* stellt sich kleinere technische Fragen ohne Zuziehung von Experten vor, wie z. B. Nachrichtenaustausch, Aufrüstungsmaterial, Beschaffung u. dgl.

Ad Punkt C) Zu den Wirtschaftsfragen wird uns die ungar. Regierung noch ein Programm zukommen lassen. Desgleichen nach dem 1. Jänner auch einen Abschluß-Communique-Entwurf.

Zur Frage des Völkerbundes:

Herr von *Kánya* stimmt der von Herrn St.S. in Aussicht genommenen Argumentation für Oesterreichs Nichtaustritt aus dem VB vollkommen zu, bis auf das Argument, daß Oesterreich (und Ungarn) als Beobachter und Brücke zum VB für Italien dienen könnten. *Kánya* hält ein solches Anbot seitens Oesterr. und Ungarns für bedenklich, weil Italien auf Grund dieses Bianco-Anbotes etwa zu viel von uns verlangen könnte, weiters auch, weil sich die Position Oesterreichs und Ungarns den anderen VB-Mitgliedern, insbes. den beiden westl. Großmächten, immerhin recht peinlich und ungünstig gestalten könnte. *Kánya* ist daher der Auffassung, daß dieses Argument *nicht* vorgebracht werden sollte.

1830

Gesandtschaft Berlin an deutsches Auswärtiges Amt

Verbalnote Z. 9021

AdR,
GA Berlin

Berlin, 29. Dezember 1937

Die österreichische Gesandtschaft beehrt sich, namens ihrer Regierung folgende Erklärung abzugeben:

Die gegenwärtig auf Grund der Vereinbarungen vom 27. Jänner 1937 bestehende Regelung, betreffend den Waren- und Zahlungsverkehr zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich wird bis 28. Februar 1938 weiter Anwendung finden. Hierbei besteht Einverständnis, dass die zur Zeit in Geltung stehende 40%-ige Kür-

zung der österreichischen Wareneinfuhr auf Milch und Rahm keine Anwendung findet, wobei jedoch im Jänner und Februar 1938 aus Oesterreich nach Deutschland ausgeführten Mengen auf die bei den bevorstehenden Verhandlungen für diese Artikel zu vereinbarenden Jahreszahlungswertgrenzen angerechnet werden. Sollten die in Aussicht genommenen Verhandlungen bis Ende Februar 1938 nicht zu einer Einigung über die Regelung des Waren- und Zahlungsverkehrs im Jahre 1938 führen und über Ende Februar 1938 hinaus die Vereinbarungen vom 27. Jänner 1937 auch weiterhin als Grundlage für den gegenseitigen Waren- und Zahlungsverkehr dienen, so wird der auf Grund der vorstehenden Vereinbarung für Milch und Rahm in den Monaten Jänner und Februar 1938 durch Verzicht auf die Kürzung von 40 % eingeräumte Mehrbetrag durch Einsparung bei der Einfuhr von Milcherzeugnissen aus Oesterreich wieder ausgeglichen werden. Die österreichische Gesandtschaft beehrt sich, das Auswärtige Amt ergebenst zu bitten, ihr namens der Reichsregierung eine analoge Erklärung zukommen lassen zu wollen.

1831

Gesandter Vollgruber an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt

Bericht Nr. 1/Pol. (streng vertraulich)

Hochverratsprozess, 538-539

Paris, 3. Januar 1938

Herr Staatssekretär!

Da ich mit dem h. Erlaß Z. 97091 vom 17. v. M.¹ beauftragt worden war, alle Wahrnehmungen im Zusammenhange mit der Tournee Herrn *Delbos* unverzüglich zu melden, habe ich mich veranlaßt gefühlt, den Inhalt aller Gespräche, die ich in diesem Zusammenhange führte, und alle Mitteilungen, die mir über diesen Gegenstand zukamen, auch wirklich unverzüglich einzuberichten, ohne abzuwarten, bis sie koordiniert wären; dies glaubte ich um so mehr tun zu sollen, als ich mit Rücksicht auf die Feiertage und die durch die Feiertage bedingten Absenzen damit rechnen mußte, daß die Kontrolle und Koordinierung längere Zeit als gewöhnlich in Anspruch nehmen könnte.

Was die Mitteilungen des Herrn Ministers des Äußern über den „Donaupakt“ an Gesandten *Wimmer*, im Außenausschuß der Kammer und beim Empfange der französischen Pressevertreter meritorisch zu bedeuten hatten, erscheint durch mein Gespräch mit Herrn *Delbos* inzwischen wohl eindeutig festgestellt. Die „Reserve

¹ AdR, GA Paris.

meines Freundes“ in diesem Punkte ist, wie ich bei einem neuerlichen Gespräche mit ihm feststellen konnte, daraus zu erklären, daß er die Ansicht vertritt, diese Gespräche, die sich – mit Ausnahme von Prag – eigentlich darauf beschränkt hätten, daß Herr *Delbos* überall erklärt habe, Frankreich stünde einer Organisation des Donaupraumes sympathisch gegenüber, und überall die Antworten erhalten hätte, daß man jeder Initiative in dieser Richtung gerne folgen würde, hätten „nichts Neues“ bedeutet. Herr *Delbos* hat allenfalls hie und da auch im Interesse einer schöneren Aufmachung der sonst an positiven Feststellungen vielleicht nicht sehr reichen Reise im größeren Kreise Ausdrücke gebraucht, die eventuell diesen Gesprächen eine größere Bedeutung leihen konnten, als die Büros des Quai d’Orsay und schließlich Herr *Delbos* selbst in dem Gespräche mit mir ihnen zuerkennen. Dies läßt dann auch die Unkenntnis meines Mitredners aus dem Berichte Z. 163/Pol.², der die Aufzeichnung „Prag“, die einzige, die über diesen Punkt etwas enthalten dürfte, noch nicht hatte, vollkommen erklärlich erscheinen. Ich werde übrigens versuchen, diesen Mitredner auch noch diese Woche zu sprechen, um zu hören, was er mir nunmehr über Prag zu erzählen weiß.

Während sich also in puncto des sogenannten „Donaupaktes“ alle Unstimmigkeiten aufklärten, bestand und besteht in der Frage des Verhaltens Herrn *Becks* zwischen den einzelnen Informationen tatsächlich ein krasser Widerspruch. In meiner Unterhaltung mit Herrn *Delbos* kam ich nicht mehr dazu, über diesen Punkt zu reden, da sich das Gespräch dem italienisch-französischen Verhältnis zugewendet hatte und plötzlich beendet werden mußte, weil Herr *Delbos* in den Senat berufen wurde. Ich habe aber heute meinen Freund am Quai d’Orsay von den zwei widersprechenden Informationen, ohne die Quellen zu nennen, erzählt und ihn gebeten, Herrn *Delbos* diesbezüglich zu befragen. Er erwiderte, dies sei vollkommen überflüssig, er könne mir authentisch erklären, daß die Information derzufolge Herr *Beck* nicht viel von unserer Widerstandskraft halte und an unserer Unabhängigkeit kein besonderes Interesse nehme, absolut falsch sei. Richtig sei vielmehr, dass man sich am Quai d’Orsay wohl früher immer gewundert hätte, wie wenig Interesse Herr *Beck* an Zentraleuropa nehme. Dieses habe sich nämlich früher nur auf eine gewisse Anteilnahme an dem Schicksal Ungarns beschränkt. Nunmehr habe Herr *Delbos* zu seinem Vergnügen konstatieren können, daß sich das sehr geändert habe und Herr *Beck* sowohl die Chance der Erhaltung unserer Unabhängigkeit günstig beurteile als auch an der Erhaltung derselben ein starkes Interesse zeige. Diese Veränderungen glaube man am Quai d’Orsay der Einflußnahme Herrn Staatssekretärs zuschreiben zu sollen. Ich bin überzeugt, daß sich die Sache so verhält, wie sie mir mein Freund erzählt hat. Ein neuerliches Schulbeispiel dafür, welchen Wert Informationen von Journalisten und Politikern, selbst wenn sie von dem besten Willen beseelt sind, hie und da besitzen. Genehmigen Herr Staatssekretär den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Vollgruber

² AdR, GA Paris.

1832**Gesandter Berger-Waldenegg an Gesandten Hornbostel**

Telegramm Nr. 1 (Chiffre)

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 50120/13

Rom, 4. Januar 1938
(12.30)

Herr Buti liess mich soeben im Auftrage Aussenministers rufen um mir Folgendes zu eroeffnen:

Der von ungarischer Seite vorgeschlagene Konversationsentwurf wird italienischerseits als geeignet angesehen. Doch ist man hier der Auffassung, dass sich Besprechungen in Budapest eingehend mit vier speziellen Punkten befassen sollten. Ergebnis darueber haette dann eigentliche Unterlage für Communiqué zu bilden das diesmal nicht banal ausfallen duerfe.

Fortsetzung folgt.

Berger

1833**Gesandter Berger-Waldenegg an Gesandten Hornbostel**

Telegramm Nr. 2 (Chiffre)

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 50120/13

Rom, 4. Januar 1938
(14.30 → 16.55)

Im Verfolge h. a. Telegrammes No. 1.

Die vier Punkte sind:

I. Stellungnahme Oesterreichs und Ungarns zur Achsenpolitik. Italien schlägt nicht Beitritt vor, aber erwartet sympathische Erklärung.

II. Stellungnahme beider Staaten zum Antikominternpakt. Auch hier regt italienische Regierung nicht Eintritt an, aber erhofft zustimmende Erklärung.

III. Völkerbund. Italien suggeriert nicht Austritt, würde aber ähnliche Erklärung wie jene der Schweiz und Polens begrüessen.

IV. Spanische Frage. In dieser wird Minister des Aeussern im Namen seiner Regierung de jure-Anerkennung anregen.

Zusammenfassend: Italien regt an klare Stellungnahme Oesterreichs zu den drei ersten Punkten und entschiedenen Schritt in der vierten Frage.
Mein ungarischer Kollege wurde im gleichen Sinne informiert.
Die italienischen Gesandtschaften in Wien und Budapest sind vorerst noch nicht damit befasst worden.

1834

Notiz der Gesandtschaft Berlin

AdR,
GA Berlin

Berlin, 4. Januar 1938

- 1) Es ist zunächst festzustellen, dass der Plan, die von der Grenze ins Innere Oesterreichs führenden wichtigeren Einfallsstrassen gegen plötzliche Einbrüche motorisierter Truppenabteilungen wenigstens notdürftig zu sichern, eine der Entwicklung der motorisierten Waffen entsprechende notwendige Massnahme darstellt, die ohne Hinblick auf bestimmte Konfliktsfälle ganz allgemein für die österreichischen Grenzen beschlossen wurde.
- 2) In der Anlage solcher Strassensicherungen sind Oesterreich verschiedene andere Staaten vorausgegangen, so vor allem die Tschechoslowakei, die seit dem Sommer 1936 gegenüber der österreichischen Grenze sehr starke Strassensperren angelegt hat.
- 3) In Oesterreich wurde im Laufe dieses Jahres eine Reihe von Sicherungsanlagen an der österreichisch-tschechoslowakischen und der österreichisch-jugoslawischen Grenze in Angriff genommen. Erst im Laufe des Herbstes wurden auch an einigen Strassen, die nach dem Deutschen Reiche und Italien führen, solche Anlagen errichtet, jedoch in so geringer Zahl, dass auf die reichsdeutsche und italienische Grenzstrecke zusammengenommen kaum $\frac{1}{4}$ der Sperren entfällt, während alle anderen an der tschechoslowakischen Grenzstrecke liegen.
- 4) Es ist überdies geplant, an allen wichtigeren Zollstrassen unweit der Grenze noch sichtbare, permanente Strassenhindernisse einzurichten, von denen jedoch bisher nur 4 ebenfalls an den zwei letzterwähnten Grenzstrecken angelegt wurden, um vorerst Erfahrungen bezüglich ihrer Auswirkungen auf den Verkehr usw. zu sammeln.
- 5) Ein Zusammenhang zwischen den tschechoslowakischen Grenzsicherungsanlagen an der reichsdeutschen Grenze und den österreichischen Strassensperren besteht selbstverständlich nicht, es wäre denn in dem Sinne, dass der Grossteil der österreichischen Sperren analogen tschechoslowakischen gegenüberliegt.

1835**Gesandter Günther an Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten**

Dienstzettel

AdR, NPA

Italien/Geheim I/III

Z. 50286/13

Wien, 5. Januar 1938

Der vormalige italienische Gesandte Salata hat im März 1937 ein Promemoria überreicht, dessen erster Teil ausführt, dass das römische Aussenamt wegen Durchführung der Zusage der italienischen Regierung (Verhandlungsprotokoll über die Wiener Konferenz) „im Rahmen der Möglichkeit den Wünschen der österreichischen (ungarischen) Regierung nach Beteiligung ihrer Volkswirtschaft, ihrer technischen Elemente und ihrer spezialisierten Arbeitskräfte an der wirtschaftlichen Ausbeutung Abessinien gebührend Rechnung tragen zu wollen, an das Kolonienministerium herangetreten sei, welches unter dem 26. Dezember 1936 nachfolgendes geantwortet habe:

„Die gegenwärtigen Verhältnisse der in Ostafrika tätigen Arbeitskräfte, welche bekanntlich militarisiert und in die Miliz eingegliedert sind, lassen es derzeit nicht zu, dass österreichische Arbeitskräfte angeworben werden könnten. In diesem Sinne kann die kgl. Gesandtschaft in Wien auf ihr zukommende Anfragen antworten. Es ist in der Tat klar, dass wir in die Milizabteilung Ausländer nicht zulassen können ... Es ist auch aus naheliegenden politischen Gründen nicht möglich, ausländische zivile Arbeitskräfte in Ostafrika einzustellen, wo unsere eigenen Arbeiter nur militarisiert zugelassen werden.

Natürlich schliesst dies nicht aus, dass in Zukunft, wenn die Verhältnisse sich geändert haben werden, die österreichischen Arbeitsanbietungen in Betracht gezogen werden können.“

Aus dem zweiten Teil des Promemorias ergibt sich, dass die kgl. Regierung keinen Einwand zu erheben habe, dass österreichische Techniker oder Arbeiter von italienischen oder ausländischen Firmen, welche bereits in Aetiopien bestehen, engagiert und von diesen, unter Beobachtung des für italienische Staatsangehörige vorgeschriebenen Verfahrens, nach Ostafrika berufen werden.

Soweit die die Abteilung 14 b interessierende Frage der Möglichkeit der Unterbringung österreichischer Arbeitnehmer in Italienisch Ostafrika zur Erörterung steht, kann nicht angenommen werden, dass die Verhältnisse, die nach italienischer Auffassung eine *massive* Einwanderung österreichischer Arbeiter unter der Patronanz der italienischen Regierung ausschlossen, nämlich die *vollkommene Militarisierung* der Arbeitskräfte und deren Eingliederung in die Miliz, seither

eine Aenderung erfahren haben. Bezüglich des von bestehenden Unternehmungen etwa beabsichtigten Engagements von österreichischen Arbeitern oder Technikern nach Abessinien ist Gleichbehandlung mit Italienern zugesichert.

Vom h. a. Standpunkte besteht somit derzeit kein Interesse, diese Frage bei der Budapester Konferenz anzuschneiden.

Die Frage der Niederlassung selbständiger Kaufleute oder Gewerbetreibender, die im Verhandlungswege zu regeln wäre, fällt in die Zuständigkeit der Abteilung 14 a.

Günther

1836

Gesandter Wimmer an Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 2 (Chiffre)

AdR, NPA
Österreich 2/II
Z. 50123/13

Belgrad, 5. Januar 1938
(14.10 → 17.45)

Herr Andrić teilte mir mit, daß die jugoslawische Regierung von einer Großmacht, die angeblich weder Deutschland noch Italien ist, aufmerksam gemacht worden sei, daß die österreichische Regierung, um die Nationalsozialisten zu konterkarrieren [sic!], der monarchistischen Propaganda freien Lauf lasse. Die erwähnte Quelle behauptete, daß für die Tage der Budapester Beratungen monarchistische Versammlungen in Wien sowie andere legitimistische Kundgebungen, Konzerte, etc. geplant seien. Diesen Demonstrationen solle angeblich nachträglich die Bedeutung eines Plebiszits zugesprochen werden.

Soweit es sich nur um innerpolitische Taktik handle, könne ja die jugoslawische Regierung schweigen. Eine derartig starke Demonstration würde jedoch in einem solchen Maße der bekannten und unveränderten Einstellung der jugoslawischen Regierung gegenüber der Restauration widersprechen, daß es ihr nicht leicht fallen werde, das in dieser Frage von jugoslawischer Seite beobachtete Stillschweigen aufrecht zu erhalten. Die jugoslawische Regierung wolle daher freundschaftlich die Aufmerksamkeit der österreichischen Regierung rechtzeitig auf Meldungen lenken, die gewisse Schwierigkeiten anzukündigen scheinen.

Von Vorstehendem wird der jugoslawische Gesandte in Wien lediglich zur Kenntnisnahme, ohne Auftrag zu einer Intervention, informiert.

1837**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an
Gesandtschaft Belgrad**Telegramm Nr. 2 (in Ziffern)¹AdR, NPA
Österreich 2/II
Z. 50123/13Wien, 5. Januar 1938
(21.00)Zu Ihrem Telegramm No 2.²

An der durch phantastische Kombinationen ausgeschmückten Information ist nur so viel richtig dass nach längerer Pause 11. d. Mts. mehrere legitimistische Versammlungen unter genauer Einhaltung der Richtlinien der Vaterländischen Front stattfinden. Der Standpunkt der Bundesregierung gegenüber legitimistischer Bewegung hat sich in keiner Weise geändert. Von aktiver Förderung derselben kann bei aller Anerkennung ihrer eindeutig positiven Einstellung zum heutigen Oesterreich nicht die Rede sein. Sollten die Versammlungen den ihnen gezogenen Rahmen überschreiten würde seitens Regierung eingeschritten werden.

Wollen Sie sich nachdrücklichst in vorstehendem Sinne gesprächsweise vernehmen lassen.

Aussenamt

¹ Vermerk: „nicht zirkulieren, zurück zu Ges. Hornbostel“. Erstes Pro Domo: „Dem H. Bundeskanzler vorgelegt, der im Sinne nachstehender Instruktion sich geäußert hat.“ Zweites Pro Domo: „Im Auftrage des H. Bundeskanzlers habe ich das Telegramm Ges. Wimmers Gesandten a. D. Wiesner, der mich besuchte, zur Einsicht gegeben. Ges. Wiesner leugnet jede gegen Jugoslawien gerichtete Zielsetzung der in Rede stehenden Versammlungen, die sich lediglich auf die Betonung der Unabhängigkeit gegenüber der nach Auffassung der Legitimisten besonders bedrohlichen Gefährdung von inländischer nazistischer Seite beschränken werden. Im Uebrigen habe er den H. Bundeskanzler um eine Audienz gebeten, um genaue Präzisionen der Richtlinien dieser Versammlungen rechtzeitig zu erhalten.

Der H. Staatssekretär hat das Telegramm sowie die Erledigung eingesehen.“

² ADÖ 12/1836.

1838**Gesandter Marek an Staatssekretär für die Auswärtigen
Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 3/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA

Tschechoslowakei 7/1

Z. 50143/13

Prag, 6. Januar 1938

Herr Staatssekretär,

Ministerpräsident Dr. Hodža verbrachte seinen angekündigten Weihnachtsurlaub in Prag und liess sich im allgemeinen verleugnen. Gestern gegen abend liess mich Herr Dr. Hodža zu sich bitten und ersuchte mich, folgende Fragen, die er genau präziserte, an den Herrn Bundeskanzler noch vor dessen Abreise nach Budapest weiterzuleiten.

I.) Der Herr Ministerpräsident möchte gerne wissen, wie sich die jetzige Situation zwischen Oesterreich, Italien und Ungarn nach der Kündigung der betreffenden Klausel der römischen Protokolle *wirtschaftspolitisch* darstellt. Es geht ihm nicht um die materielle Bedeutung des gegenseitigen Warenverkehrs und um die Kenntnis der allfälligen Verluste auf diesem Gebiete, sondern eher darum, ob es nicht jetzt schon an der Zeit wäre, eine *Gleichschaltung* der Klauseln wirtschaftlichen Inhalts zwischen den Donaustaaten zu versuchen, woraus sich mit der Zeit ein gemeinsames Präferenzsystem entwickeln könnte. Herr Dr. Hodža weiss positiv, dass England ein Präferenzsystem unter den Donaustaaten aus politischen Gründen zulassen würde, Amerika dürfte allerdings noch Schwierigkeiten machen. Der Ministerpräsident denkt nicht etwa an irgendein neues „Protokoll“, sondern nur an eine Angleichung der Präferenzsysteme der Kleinen Entente unter den Ländern des römischen Protokolls *via facti*, sodass aus zwei Präferenzsystemen eines entstehen würde. Dazu wäre es notwendig, „dass wir von einander alles wissen“, damit ein einheitliches Vorgehen der Donaustaaten in der Praxis vorbereitet und ermöglicht würde.

II.) In *politischer Hinsicht* möchte Herr Dr. Hodža an die Adresse des Herrn Bundeskanzlers folgende persönliche Mitteilung machen: Dr. Hodža glaubt, dass es möglich sein wird, parallel oder schliesslich sogar gemeinsam mit Frankreich das sogenannte gemeinsame Arrangement mit Deutschland zu versuchen. Der Ministerpräsident steht auf dem Standpunkt, dass sich die Tschechoslowakei allein mit Deutschland nicht einigen sollte, weil aus einer solchen Einigung leicht ein Leonischer Vertrag werden könnte. Andererseits wollte der Ministerpräsident immer und will auch heute einen *modus vivendi* mit Deutschland suchen und finden und zwar im Rahmen eines – wie es die Engländer nennen – *collectif settlement*. Die-

ses Bestreben scheint ihm jetzt durchführbar zu sein, weil das *collectif settlement* auch in Frankreich und England zur Richtschnur geworden ist. Herr Dr. Hodža hat sich mit Herrn Delbos in Prag dahin geeinigt, dass wenn ein Abkommen oder Vertrag mit Deutschland gemacht wird, dies gemeinsam gemacht werden soll. Was und wie gemacht werden kann, werde man erst in Genf sehen, wo Delbos mit Eden sprechen wird.

Vorstehendes wollte Herr Dr. Hodža dem Herrn Bundeskanzler zur Kenntnis bringen, weil er überhaupt vorschlagen möchte, dass wir uns immer Information über unsere Beziehungen zu Deutschland und den Westmächten gegenseitig austauschen.

III.) Es würde Herrn Dr. Hodža sehr interessieren zu erfahren, welchen Standpunkt Oesterreich und Ungarn bezw. auch Italien zu einem solchen *collectif settlement* und insbesondere zur Vorbereitung irgendeines *modus vivendi* mit Deutschland einnehmen. Insbesondere möchte der Ministerpräsident die Ansicht des Herrn Bundeskanzlers darüber wissen, ob es der Herr Bundeskanzler nicht für möglich hält, dass die Donaustaaten, vorläufig die Tschechoslovakei, Oesterreich und Ungarn zu einem *collectif settlement* und in ihren Beziehungen zu Deutschland parallele Standpunkte festsetzen könnten und sich dies gegenseitig mitteilen würden. Auf diese Weise würden nach Ansicht Dr. Hodžas bilaterale Verträge an Gefahr verlieren, welche immer droht, wenn es sich um den Austausch von Ansichten Stärkerer mit Schwächeren handelt.

Interessant scheint mir zu sein, dass sich Herr Dr. Hodža mit diesen seinen Plänen – vorläufig wenigstens – auf Oesterreich, Ungarn und die Tschechoslovakei zu beschränken gedenkt und ich erinnere mich hier an eine Phase meiner Besprechungen mit dem damaligen Aussenminister Dr. Beneš vor Erlassung des gemeinsamen Statuts für die Kleine Entente, wo auch er, wie es mir schien, bereit gewesen wäre für den Preis einer engeren Bindung mit Oesterreich und Ungarn von Rumänien und Jugoslawien in einer gewissen Beziehung auch abzurücken.

In *Rumänien*, sagte mir Herr Dr. Hodža weiter, werden sich die Verhältnisse seiner Ueberzeugung nach im Laufe der Zeit wieder konsolidieren, einstweilen werden allerdings einige Experimente, aber eher für den äusseren Effekt (gegenüber Polen und Italien) gemacht werden. Das gegenwärtige Regime halte derzeit für die wichtigste Frage, seine Position gegen Russland zu festigen, daher die besonders herzliche Sprache zu Polen.

In *Jugoslawien* werde nichts verdorben werden, die definitive Linie werde aber auch erst später festgesetzt werden können.

Der *tschechoslovakische* Standpunkt gegenüber Ungarn ist nach den Mitteilungen Dr. Hodžas folgender: Hodža – und mit ihm, wie er ausdrücklich sagte, die tschechoslovakische Regierung – beharrt auf der Fortsetzung des Gedankenaustausches mit Ungarn im Rahmen der Kleinen Entente, der durch die rumänische Krise unterbrochen worden ist. Im November habe König Carol in Gross-Seelowitz ausdrücklich versprochen, dass nach den Wahlen auch Rumänien weiterverhandeln wird. Dr.

Hodža ist mit Herrn Goga vom ersten Tage seiner Regierung an in Verbindung und er habe soeben den rumänischen Gesandten ersucht, dieser möge seiner Regierung mitteilen, dass die Tschechoslovakei die Fortsetzung der Verhandlungen mit Ungarn für aktuell hält und jeden Aufschub für einen grossen Fehler halten würde. Der Ministerpräsident glaubt, dass es möglich sein wird, mit Ungarn weiter zu verhandeln, es würde ihn aber interessieren zu erfahren, ob Herr von Kanyia sich von den Berliner Inspirationen gegen die Verhandlungen schon frei gemacht hat und weiter insbesondere, ob die *italienische Unterstützung* real oder nur formal ist. Für einen Wink in dieser Richtung wäre der Herr Ministerpräsident besonders dankbar.

Ich konnte mich bei dieser Gelegenheit auch des mir mit Erlass vom 23. Dezember 1937 Zl. 97084-13 gegebenen Auftrags entledigen und Herrn Dr. Hodža die entsprechende Mitteilung über den Standpunkt des Herrn Bundeskanzlers in Bezug auf Ungarn machen. Der Ministerpräsident nahm diese Mitteilung dankend zur Kenntnis und bemerkte, dass er der Person des Herrn Bundeskanzlers restloses Vertrauen entgegenbringe und Einflüsterungen keinen Glauben schenke.

Ich befragte zum Schluss Herrn Dr. Hodža noch über die Person des neuen rumänischen Aussenministers, dessen Besuch in Prag für nächsten Sonntag in Aussicht steht. Herr Micescu ist, meinte Herr Dr. Hodža lächelnd, sozusagen der „Pfeiffendeckel“ König Carols, der bis ins Letzte das machen wird, was ihm der König befiehlt. Herr Goga ein alter Freund des Ministerpräsidenten sei ein Idealist, von dem zu befürchten steht, dass ihm der Sinn für die Realität mangelt. „Ein Schuhmacher und Poet dazu“, sagte der Ministerpräsident.

Ich bitte um eine geneigte Weisung, wie ich die von Herrn Dr. Hodža gestellten Fragen zu beantworten habe.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Dr. Marek

1839

Amtserinnerung Gesandter Hoffinger

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 50200/13¹

Wien, 8. Januar 1938

Botschafter v. Papen sprach am 7. I. 1938 beim Herrn Staatssekretär und machte, unter Bezugnahme auf die vor einiger Zeit mit dem Herrn Bundeskanzler geführte Besprechung, (h. o. Z. 97382-13) folgende Mitteilungen:

¹ Leicht verändert abgedruckt in Hochverratsprozess, 536-537.

Er habe dem Herrn Reichskanzler über sein Gespräch referiert. Nach eingehender Aussprache habe er den Auftrag erhalten, hier bekanntzugeben dass die ins Auge gefasste Uebergabe eines Memorandums doch nicht als die richtige Fortsetzung der Konversation angesehen werde. Es erschiene nützlicher, eine Begegnung zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Reichskanzler herbeizuführen, zu der der Letztere bereit wäre, und die etwa Ende Jänner stattfinden könnte. Der Herr Staatssekretär nahm diese Mitteilung zur Kenntnis und übermittelte sie dem Herrn Bundeskanzler, der seine prinzipielle Bereitschaft zu einer Begegnung erklärte, unter der Voraussetzung, dass eine formelle Einladung erfolge, die so gehalten sei, dass keinesfalls nachträglich eine Verdrehung erfolgen könne, etwa als habe man sich österreichischerseits um die Entrevue bemüht und sei abgewiesen worden. Auch müsse Sicherheit bestehen, dass die Zusammenkunft dann nicht unter irgendwelchen Vorwänden abgesagt werde. Endlich wäre eine Unterhaltung über das Sprechprogramm erwünscht.

1840

**Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten
Schmidt an deutschen Botschafter Papen**

Schreiben

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 50200/13

Wien, 8. Januar 1938

Sehr geehrter Herr Botschafter!

Euer Exzellenz haben mir bei Ihrem gestrigen Besuch mitgeteilt, daß der Herr Reichskanzler, dem Sie über Ihre unlängst erfolgte Aussprache mit dem Herrn Bundeskanzler Bericht erstattet haben, die Anregung einer persönlichen Begegnung in Berchtesgaden zwischen dem Herrn Reichskanzler und dem Herrn Bundeskanzler gemacht und hiefür Ende Jänner in Vorschlag gebracht hat.

Der Herr Bundeskanzler, dem ich vom Vorstehenden Mitteilung gemacht habe, ist im Prinzip geneigt, dieser Anregung des Herrn Reichskanzlers zu entsprechen, und wäre auch mit dem Zeitpunkt, Ende des Monats, einverstanden. Er würde daher einer an ihn ergehenden Einladung gerne Folge leisten.

Indem ich Euer Exzellenz bitte, die prinzipielle Zustimmung des Herrn Bundeskanzlers zur Kenntnis des Herrn Reichskanzlers gelangen zu lassen, darf ich die Besprechung der näheren Einzelheiten unserer nächsten diesbezüglichen Unterredung vorbehalten. Ich brauche wohl nicht besonders hervorzuheben, daß es mir

im Interesse der Sache unumgänglich notwendig erscheint, ein vorzeitiges Durchsickern der Nachricht in die Öffentlichkeit absolut hintanzuhalten.

Mit dem Ausdruck ausgezeichneter Wertschätzung bin ich, sehr verehrter Herr Botschafter,

Ihr aufrichtig ergebener
Dr. *Schmidt*

1841

Gesandter Tauschitz an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt

Bericht Nr. 7/Pol.

AdR,
GA Berlin

Berlin, 12. Januar 1938

Hr. St!

RAM Fr. v. Neurath, der am 10. Jänner vom Weihnachts- und Neujahrsurlaub zurückgekehrt war, empfing mich gestern abends und hatte ich die erste Gelegenheit, mich mit ihm über die Straßensperren auszusprechen. Gleich zu Beginn meiner Ausführungen meinte Herr RAM, dass er diesen österr. Strassensperren ursprünglich eine grössere Bedeutung beilegte als sie es verdienen und dass er mittlerweile von militärischen Kreisen entsprechend informiert wurde und seine Bedenken nun fallen liess. Ich setzte aber trotzdem die Diskussion fort, allerdings nicht mehr so eingehend die Strassensperrenfrage betonend, um auf die Frage der österr. Legion zu kommen, über die ich mich im Sinne des Erlasses äußerte. RAM Frh. v. Neurath erwiderte mir, dass genau so wie er diese Strassensperrenangelegenheit etwas überschätzt habe, genau so müsse er von der österr. Regierung behaupten, dass sie zukommende Nachrichten über die Legion, die garnichts anderes als dumme Schwätzereien und Wichtigmachereien von Leuten sind, die davon leben und daher auch von sich reden machen müssen, bedeutend überschätzt. Er habe sich zwar mit der Legion schon längere Zeit nicht beschäftigt, aber die mir szt. versprochene Verschiebung in den westlichen Teil von Deutschland wurde durchgeführt und nun bestünde sie ja nicht mehr, wie szt., da man mittlerweile sehr viele Leute in allerlei Zivilberufe überführt und auf diese Weise die sogenannte Legion stark aufgelockert hat. Er könne nur versichern, dass sie, so wie sie überhaupt noch besteht, zu keinen Aktionen geeignet ist und er sie zerschmettern würde, wenn sie irgend etwas unternehmen wollte. Er könne mich also beruhigen und mir versichern, dass zu den vorerwähnten Annahmen kein Anlass bestünde.

Ich dankte dem Herrn RAM für diese Mitteilung, bat ihn aber, nachdem er meinte, er habe schon längere Zeit sich mit der Legion nicht mehr beschäftigt, doch Erkundigungen einzuholen, wie die Verhältnisse dort wären, sowie wie ich ihm konkrete, der österr. Regierung bekannte Daten über sie vorlegen wolle. RAM von Neurath sagte mir dies zu. Ich bitte nun meinerseits um Zusendung des mir im obzit. Erlaß [...].¹

Ich glaubte hierauf, auch mit dem AM den in die Weihnachtszeit fallenden Passauer Propagandamat.schmuggel besprechen zu sollen, indem ich ihn über den Vorfall eingehend informierte und insbesondere die Rolle des Passauer Bürgermeisters, der bereits in den 5. Fall mit unerlaubter Einmischung und Propaganda in Oesterreich belastet erscheint, zu beleuchten versuchte und schliesslich an ihn die Forderung stellte, dass das AA hier eingreifen müsse. Neurath erklärte mir, wohl den Namen Moosbauer zu kennen, nicht aber die Angelegenheit, mit dem Propagandaschmuggel, da er sich jetzt für diese Sachen nicht interessiert habe und vom Staatssekretär noch kein Bericht vorliege. Er wolle gleich mit Mackensen darüber sprechen.

Ich verwies nochmals nicht nur auf den Fall selbst, sondern auch auf die Schwere des Propagandamaterials und las ihm aus der Dezemberrnummer des illegalen Flugblattes „Der Aufbruch“, von dem sich viele Exemplare in dem beschlagnahmten Schmuggelpaket befanden, vor, was dieses Blättchen über den Vertrag vom 11.7. zu sagen hat. Diese Ausführungen sind geradezu als Fibel für die österr. Nationalsozialisten zu bezeichnen und sollen zum Durchhalten ebenso aufmuntern, wie die in mehreren tausend Exemplaren zum Schmuggeln bestimmte Neujahrskarte „Deutschösterreich 1938“. (Mitgeteilt vom Neuigkeits Weltblatt in der Nr. 3 vom 5. Jänner 1938). Ich bat den RAM wiederholt hier einzugreifen und diesen illegalen Propagandaschmugglern im allgemeinen und dem Passauer Oberbürgermeister im besonderen des Handwerk zu legen.

Der AM sagte, er habe vor dem 11. Juli den Führer aufmerksam gemacht, dass er in der Partei Gegner haben werde. Der Führer erwiderte ihm darauf: „Das weiss ich und das ist mir Wurst!“ Es ist somit klar, dass nicht alle Pg. mit dem Uebereinkommen einverstanden sind und dass es daher noch immer Leute gibt, die nach wie vor versuchen werden, illegale Propaganda hinüber zu betreiben. Man solle das nicht so tragisch nehmen und man werde ihnen von hier aus beikommen. Ich erwiderte dem RAM, dass es natürlich auch bei uns genügend Leute gibt, die mit dem Uebereinkommen nicht einverstanden sind. Nichtsdestoweniger aber dulde die Regierung keine Propaganda gegen Deutschland. Wir können daher billigerweise auch verlangen, dass die deutsche Reichsregierung auf das schärfste gegen solche Leute vorgehe, da es sonst der österr. Regierung schwer fallen würde, die Eindämmung der unfreundlichen Schreibweise aufrecht zu erhalten.

Weitere gegenständliche Berichterstattung²
Genehmigen, ...

¹ Handschriftliche Wortgruppe unleserlich.

² Ende des handschriftlichen Satzes unleserlich.

1842

Gemeinsame Erklärung zur italienisch-österreichisch-ungarischen Konferenz in Budapest

Notiz (geheim)

AdR, NPA

Italien/Geheim I/III

Z. 50135/13

o. O, o. D.

1.) Exzellenz Kánya bezeichnet das Ansinnen *Cianos* („gemeinsame Deklaration“) als eine „Frechheit“. Er hat dem italienischen Gesandten Vinci sogleich geantwortet, daß er diese Deklaration in dieser Form nicht unterzeichnet, er wird sie als unter Wahrung des historischen Inhaltes nach stilistischen Gesichtspunkten überprüfen und auch die *ungarischen Wünsche* einfügen. Anderenfalls wäre die Sache für ihn mit Rücksicht auf die ungarische öffentliche Meinung nicht tragbar.

2.) *Kánya* hat die mir übergebene „Déclaration Commune“ bestehend aus 9 Punkten statt 5 verfaßen lassen. Dieselbe enthält nunmehr auch 2 ungarische Wünsche: Punkt 6 und Punkt 7 und eine wirtschaftliche Klausel (Punkt 8); Punkt 9 ist lediglich die Übernahme eines Teiles des Punktes 2) der italienischen Deklaration.

3.) *Kánya* wird heute um $\frac{1}{2}$ 12 dem italienischen Gesandten diese modifizierte Deklaration übergeben und ihm folgendes sagen: *Kánya* ist bereit, die „gemeinsame Deklaration“ in der ungarischen Redigierung zu unterzeichnen. Er ist auch mit deren Veröffentlichung nach Anbringung der erforderlichen stilistischen Änderungen einverstanden. Im Übrigen legt er keinen Wert auf ein weiteres Communiqué über die Konferenz-Beratungen, hielte es aber nicht für ungünstig, wenn die Deklaration sozusagen nur den Schluß eines längeren Communiqués über den Tour d’horizon darstellte.

4.) *Kánya* befürchte keineswegs, daß *Ciano* wegen der immerhin ziemlich weitgehenden Abänderungen der Deklaration seinen Budapest-Besuch absagen würde. *Ciano* legt im Gegenteil auf den Besuch großen Wert, was daraus hervorgeht, daß er durch den Gesandten den Wunsch ausdrücken läßt, daß ihm in Budapest ein möglichst „glänzender Empfang“ zuteil werde, damit dadurch die Römer Protokolle in der Öffentlichkeit entsprechend unterstrichen werden.

5.) Ich habe mit *Kánya* vereinbart, daß wir unseren Entwurf – damit unsere vorherige Konsultation den Italienern gegenüber geheim bleibe – nicht an den ungarischen anpassen, über denselben aber hinsichtlich unserer Nachgibigkeit [sic!] nicht allzusehr hinausgehen werden. *Kánya* legt insbesondere darauf Wert, daß im Punkte über die Anerkennung Francos noch *kein Versprechen* bezüglich der

Anerkennung ausgedrückt werde, dasselbe könnte äußerstenfalls erst im Verhandlungswege konzidiert werden.¹

1843

Gemeinsame Erklärung zur italienisch-österreichisch-ungarischen Konferenz in Budapest

Österreichischer Entwurf

AdR, NPA

Italien/Geheim I/III

Z. 50135/13

o. O, o. D.

1) Der Minister des Aeussern Italiens Conte Ciano, der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg, der Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt und der Minister des Aeussern Ungarns von Kánya haben in Budapest am 10., 11. und 12. Jänner 1938 eine gemeinsame Besprechung in Gemässheit der Römer Protokolle von 17. März 1934 abgehalten.¹

2) Die Vertreter Oesterreichs und Ungarns verliehen ihrer Genugtuung über die Friedens- und Aufbauziele der Achse Rom-Berlin Ausdruck. Sie stimmten in diesem Sinne und Geiste der Römer Protokolle, die die Unabhängigkeit der Staaten feierlich gewährleisten, mit dem Vertreter Italiens darin überein, ihre herzliche gemeinsame Zusammenarbeit, mit besonderer Rücksicht auf die Fragen des Donaubeckens noch inniger zu gestalten.

3) Der Vertreter Italiens hat den Vertretern Oesterreichs und Ungarns über den Geist und die Zielsetzung des antikommunistischen Paktes von Rom Mitteilung gemacht. Die Vertreter Oesterreichs und Ungarns haben in diesem Zusammenhang ihre eindeutig ablehnende Stellungnahme gegen den Kommunismus und ihren Entschluss neuerlich bekräftigt, die kommunistische Gefahr wie bisher in allen ihren Erscheinungsformen in ihren Ländern mit allen Mitteln zu bekämpfen.

4) Die Vertreter Oesterreichs und Ungarns haben mit Befriedigung festgestellt, dass sich die im September v. J. erfolgte Aufnahme des diplomatischen Verkehrs mit dem Vertreter der Regierung des Generalissimus Franco als richtige und zweckmässige Massnahme erwiesen hat und haben dem Vertreter Italiens mitgeteilt, dass sie daher entschlossen sind, im Ausbau dieser ihrer Beziehungen fortzufahren.

¹ Die verschiedenen Vorschläge der drei Partner siehe auch in: DDI 8, 8 (Roma 1999)/21-23.

¹ Der erste Punkt entspricht vollständig der italienischen Deklaration.

5) Die Vertreter Oesterreichs und Ungarns haben festgestellt, dass der Austritt Italiens aus dem Völkerbunde diesen um einen entscheidenden Schritt von dem seit jeher von ihnen geforderten Grundsatz der Universalität des Völkerbundes entfernt und dass ohne eine ehebaldige grundlegende Reform des Völkerbundstatutes die Erfüllung der dieser Institution innewohnenden Friedenssendung nicht gewährleistet ist.

6) Die Vertreter der drei Regierungen stimmten darin überein, im weiteren Ausbau ihrer auf den Römer Protokollen beruhenden gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen, deren erspriessliche Entwicklung sie mit Genugtuung feststellen konnten, fortzufahren.

1844

Gemeinsame Erklärung zur italienisch-österreichisch-ungarischen Konferenz in Budapest

Definitive Fassung¹

AdR, NPA

Italien/Geheim I/III

Z. 50601/13

Budapest, 12. Januar 1938

1.) Der österreichische Bundeskanzler Dr. *Schuschnigg*, der österreichische Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheit Dr. *Schmidt*, der italienische Minister des Aeussern Conte *Ciano*, der ungarische Ministerpräsident von *Darányi* und der ungarische Minister des Aeussern von *Kánya* haben in Budapest am 10., 11. und 12. Jänner 1938 eine gemeinsame Besprechung in Gemässheit der Römer Protokolle abgehalten.

2.) Die Vertreter der drei Regierungen haben neuerdings mit Genugtuung die positiven Ergebnisse und die günstige Entwicklung der Römer Protokolle festgestellt. Sie haben ihren gemeinsamen Willen neuerlich bekräftigt, ihre politische und wirtschaftliche Tätigkeit und ihre herzliche Zusammenarbeit im Geiste dieser Protokolle zu verstärken.

In diesem Zusammenhange haben die Vertreter Oesterreichs und Ungarns ihrer Sympathie mit der innigen Zusammenarbeit der zwei ihnen befreundeten Grossmächte, Italien und Deutschland, Ausdruck gegeben, die in der Achse Rom–Ber-

¹ Abgedruckt in der RP, 13.1.1938, 1-2. Es folgt ein gemeinsames Telegramm aus Budapest an Mussolini vom 12.1.1938. Darüber hinaus gab Staatssekretär Schmidt dem Sonderberichterstatter der RP eine Erklärung ab (beides in: RP, 13.1.1938, 2). Vgl. auch DDI 8, 8/35.

lin verankert ist und ein neues und wichtiges Unterpfand des Friedens und des Wiederaufbaues darstellt.

Die Vertreter Oesterreichs haben ihre Politik, die sie auf dem Einklang der Grundsätze der Römer Protokolle und des österreichisch-deutschen Abkommens vom 11. Juli 1936 gründen, dargelegt. Die Vertreter Italiens und Ungarns haben ihre volle Befriedigung mit dieser Politik ausgedrückt.

3.) Die Vertreter Oesterreichs und Ungarns haben ihre eindeutig ablehnende Stellungnahme gegen den Kommunismus wiederholt und daher mit Sympathie den italienisch-deutsch-japanischen Antikomintern-Pakt, der auf den gleichen Grundsätzen beruht, begrüßt. Sie haben ihren Entschluss bekräftigt, die kommunistische Propaganda in ihren Ländern mit allen Kräften zu bekämpfen.

4.) Die Vertreter Oesterreichs und Ungarns haben dem Vertreter Italiens ihren Entschluss bekanntgegeben, an die formelle Anerkennung der Regierung des Generalissimus *Franco* als legitimer Regierung Spaniens und aller seiner Besitzungen und Kolonien zu schreiten. Die Vertreter der drei Regierungen haben ihrer übereinstimmenden Auffassung Ausdruck gegeben, dass ein solcher Entschluss einen tatsächlichen Beitrag zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Spanien und den anderen Nationen sowie zur Befriedung Europas darstellt.

5.) Die Vertreter Oesterreichs und Ungarns haben die gewichtigen und billigen Gründe, die die italienische Regierung zu ihrem Austritt aus dem Völkerbund bewogen haben, zur Kenntnis genommen; sie haben die weitgehenden Folgen dieses Entschlusses für die Zusammensetzung, die Ziele und die Möglichkeiten des Völkerbundes festgestellt und erklären, dass der Völkerbund den Charakter einer ideologischen Gruppierung weder annehmen könne noch dürfe. In einem solchen Fall behielten sich Oesterreich und Ungarn vor, ihre Beziehungen zum Völkerbund einer neuerlichen Prüfung zu unterziehen.

6.) Die Vertreter Oesterreichs und Italiens haben neuerlich bestätigt, dass ihre Regierungen die vollkommene Gleichberechtigung Ungarns hinsichtlich der militärischen Wiederaufrüstung anerkennen. Die Vertreter der drei Regierungen erachten die ehebaldige Verwirklichung dieses Grundsatzes als notwendig.

7.) Die Vertreter Oesterreichs und Italiens haben erklärt, dass ihre Regierungen mit grossem Interesse die Entwicklung der Beziehung zwischen Ungarn und Rumänien verfolgen. Sie sind der Auffassung, dass ein befriedigendes Ergebnis der ungarisch-rumänischen Verhandlungen in beträchtlichem Masse zur Befestigung des Friedens im Donauraume beitragen würde.

8.) Die Vertreter der drei Regierungen haben die wirtschaftliche Lage geprüft und stimmen darin überein, auf jede Weise den Handelsverkehr zwischen den drei Staaten auf Grund der jüngst geschaffenen Grundlagen zu verstärken.

9.) Die Vertreter der drei Regierungen haben ihren gemeinsamen Willen zur Zusammenarbeit mit allen Staaten bekräftigt, deren politische Tätigkeit auf reale Ziele des Friedens und des Wiederaufbaues sowie auf ein besseres Verstehen unter den Nationen gerichtet ist.

1845

Aufzeichnung zur italienisch-österreichisch-ungarischen Konferenz in Budapest

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
(ohne Zahl)

o. O, o. D.

Die Budapester Konferenz.

Vorgeschichte: Das Zusatzprotokoll III ex 1936 hat periodische Zusammenkünfte der Aussenminister der drei Protokollstaaten vorgesehen. Die erste Sitzung hat anfangs November 1936 in Wien stattgefunden. Die Entwicklung der Lage, besonders die lebhaften und aktiven Beziehungen zwischen Rom und Berlin liessen es zweckmässig erscheinen, die Lebendigkeit der Römer Protokolle wieder einmal zu unterstreichen. Wenn die Bundesregierung auch den vielfach verbreiteten tendenziösen Gerüchten, wonach Italien Oesterreich hätte „fallen“ lassen, auf Grund ihrer fortlaufenden und genauen Informationen keinen Glauben geschenkt hat, so war es zur Klärung der Auffassungen der grossen Oeffentlichkeit im In- und Auslande doch notwendig, die tatsächliche Lage genau zu präzisieren. Diesen Zweck hat die Budapester Konferenz vollauf erfüllt.

Ergebnis der Budapester Konferenz:

1) Starke Unterstreichung der Vitalität der Römer Protokolle und damit der Freundschaft zwischen den Partnern durch die gemeinsame Erklärung, die herzliche Aufmachung des Besuches und durch den vorbehaltlosen und offenen Ton der Konversationen zwischen drei Partnern.

2) Trotz Unterstreichens der gemeinsamen Auffassungen in verschiedenen Belangen wie z. B. Kommunismus, politischer und ideologische Parteilichkeit des Völkerbundes, Spanien usw. bewiesen sowohl die Konversationen wie auch die gemeinsame Erklärung, dass die Entschluss- und Handlungsfreiheit Oesterreichs und Ungarns auch vom Grossmachtspartner vollauf geachtet wird. (Dies geht besonders daraus hervor, dass Italien in keiner Weise auf unsren Eintritt in den Antikominternpakt oder unsern Austritt aus dem Völkerbund insistiert hat.)

3) Die Besprechungen mit Conte Ciano ergaben eindeutig, dass sich im Verhältnis zwischen Italien und Oesterreich nichts geändert hat (Hinweis auf die häufigen tendenziösen Gerüchte über „Fallenlassen“ Oesterreichs, angebliche Abmachungen beim Mussolini-Besuch in Berlin usw.). Dieser Gedanke tritt auch im letzten Absatz der Punkte 2 der gemeinsamen Erklärung deutlich hervor, in welchem der „Einklang der Grundsätze der Römer Protokolle“ (d. i. die Achtung der Selbständigkeit und der Rechte jedes einzelnen Staates) und des österreichisch-deutschen Abkommens vom 11. Juli 1936 festgestellt und seitens der Partner Oesterreichs, Italien und Ungarn, die volle Befriedigung mit dieser Politik der Bundesregierung ausgesprochen wird. Diese Feststellung hat die Bedeutung, dass Italien und Ungarn an dem eben erwähnten Grundsatz der Selbständigkeit Oesterreichs unentwegt festhalten und die auf diesem Grundsatz beruhende Politik der Bundesregierung, die in der gewissenhaften Durchführung des Juliabkommens 1936 besteht, restlos gutheissen. Dies ist angesichts der uns vom deutschen Reich aus häufig gemachten Vorwürfe, Oesterreich halte sich nicht an das Juliabkommen oder sabotiere es, von erheblichem Wert. Dieser Absatz der gemeinsamen Erklärung bedeutet gleichzeitig eine neuerliche Bekräftigung des vom Herrn Bundeskanzler immer wieder unterstrichenen Standpunktes, dass österreichischerseits an dem Juliabkommen und dessen loyaler Durchführung festgehalten wird.

4) *Beschlüsse der Budapester Konferenz:*

(Hier könnte auf die zuliegende Zirkularinstruktion an die österreichischen Gesandten hingewiesen und diese dem Ministerrat von bis vorgetragen werden.)

5) *Wesentliches aus den Konversationen mit den italienischen und ungarischen Partnern:*

a) *Darstellung der Weltlage durch den italienischen Aussenminister Ciano:* Vorgeschichte des Antikominternpaktes (Sympathie mit Japan, japanische Anregung an Italien, Intervention Ribbentrop, Fehlen ausdrücklicher militärischer Ziele, trotzdem politische Machtgruppe); fernöstlicher Konflikt (Desorganisation Chinas, unannehmbare Friedensbedingungen Japans), italienisch-englische Beziehungen (allgemeine friedliche Dispositionen Italiens gegenüber England, Schaffung einer Grundlage durch gegenseitiges Nonaggressionsversprechen. Verhandlungen seinerzeit zwar eingeleitet, jedoch unterbrochen, wenn auch nicht abgerissen. Kernpunkt ist Anerkennung des italienischen Imperiums durch England. Entspannung mit England nach ital. Auffassung notwendig und möglich, wenn sie auch noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird; laut Lord Perth Aussichten, dass sie 1938 erfolgt); englisch-deutsche Beziehungen und Lord Halifax-Besuch (geringe Aussichten, dass England auf die Kolonialwünsche des Deutschen Reiches eingeht).

b) *Lage im Donaubecken:* Ausführungen Kányas hinsichtlich des Verhältnisses Ungarns zur Kl. Entente (Verhältnis zu Jugoslawien, Stojadinović, Vorwürfe wegen Grossmachtbesuche in Belgrad, Unbehagen wegen Situation in Rumänien, katastro-

phale Lage der ungarischen Minoritäten, Zusicherung Cianos, dass Italien nur über Budapest Verständigung mit Bukarest treffen wird, günstigere Lage der ungarischen Minoritäten in der Tschechoslowakei); tschechoslowakisch-italienische Beziehungen (tschechische Versuche zur Annäherung an Italien, Ablehnung seitens Cianos und Verweisung auf vorherige Aussöhnung mit Polen und den anderen mitteleuropäischen Staaten).

Andere europäische Fragen:

a) *Spanien:* Die österreichische Bundesregierung hat sich im spanischen Bürgerkrieg von allem Anfange an, gleich dem Grossteil der anderen Staaten, neutral verhalten. Oesterreich ist auch dem bekannten „Nichteinmischungskomitee“ von London beigetreten, das zur Aufgabe hatte, eine Lokalisierung der spanischen Krise durch eine Reihe von Massnahmen auf dem Gebiete der Waffeneinfuhrkontrolle u. dgl. zu sichern. Hierbei hat Oesterreich den Standpunkt eingenommen, dass es an diesen der Erhaltung des europäischen Friedens dienenden Aktionen zwar teilnimmt, jedoch kein vordringliches Interesse an der spanischen Auseinandersetzung hat. Tatsächlich beschränken sich die österreichischen Interessen in Spanien auf Schutzmassnahmen zugunsten der dort ansässigen österreichischen Staatsangehörigen und auf die tunlichste Erhaltung der nicht besonders bedeutenden Handelsverkehrsbeziehungen mit diesem Lande. Eine Parteinahme der österreichischen Oeffentlichkeit für den einen oder den anderen Streitteil in Spanien wäre kaum erfolgt, wenn sich nicht das rote Regime von allem Anfange an in weitestgehendem Masse der aktiven Unterstützung Sowjetrusslands und einer Reihe von linksgeordneten internationalen Organisationen erfreut hätte. Es ist selbstverständlich, dass unsere Oeffentlichkeit hierauf wie auch auf die erwiesenen Greuel- und Terroraktionen des roten Regimes gegen die katholische Kirche, die Priester, des Eigentums und alle bürgerlichen Begriffe mit einem natürlichen Ausdruck von Sympathie für die Sache der nationalen Partei Generals Franco reagiert hat.

Die Bundesregierung hat nun, nachdem das nationale Regime Franco durch die beiden befreundeten Grossmächte Italien und Deutschland rechtlich anerkannt worden war, die faktisch niemals ganz abgerissenen Beziehungen mit dem ehemaligen Vertreter der spanischen Republik in Wien, der zu Anfang des Bürgerkrieges offiziell demissioniert hatte, tatsächlich wieder aufgenommen und ihm de facto die diplomatischen Privilegien zuerkannt. Die Vorgangsweise erscheint dadurch motiviert, dass das Franco-Regime uns nicht nur, wie bereits erwähnt, weltanschaulich näher steht, sondern heute auch der überwiegende Teile des spanischen Territoriums sich in der Macht Francos befindet, schliesslich auch das nationale Regime eher Gewähr für die Erhaltung der Sicherheit und einer bürgerlichen Ordnung wie auch eines ordentlichen Handelsverkehrs bietet.

Auf der Budapester Konferenz haben die Vertreter Oesterreichs und Ungarns dem italienischen Aussenminister ihren Entschluss mitgeteilt, die de jure-Anerken-

nung Franco-Spaniens durchzuführen. Diesbezüglich unterbreite ich gesondert einen Bericht, in welchem auch beantragt wird, für die Bedeckung der Kosten der ehesten Heimbeförderung der noch in Rotspanien befindlichen 160 österreichischen Staatsbürger Vorsorge zu treffen. Die Evakuierung unserer Staatsangehörigen, die andernfalls durch Repressivmassnahmen der rotspanischen Behörden bedroht werden, erscheint auch aus dem Grunde erforderlich dringend, da es weder uns noch, wie wir hören, Ungarn gelungen ist bzw. gelingen wird, eine Schutzmacht mit dem Schutze und der Wahrnehmung der Interessen unserer Staatsangehörigen zu betreuen, da die völkerrechtliche Situation der beiden Bürgerkrieg-führenden Parteien, die bekanntlich nicht als „kriegsführende“ angesehen werden, ungeklärt ist und sich die für uns in Betracht kommenden neutralen Staaten wie z. B. Holland, Belgien, Schweden usw. scheuen, durch Vertretung des Staates, der das Franco-Regime anerkannt hat, ihrer Stellungnahme gegenüber den kriegsführenden Parteien zu präjudizieren. Auch Deutschland und Italien haben die Anerkennung Franco-Spaniens durchgeführt, ohne den Schutz ihrer Staatsangehörigen einer anderen Macht zu übergeben.

Was die Entwicklung der militärischen Auseinandersetzungen in Spanien betrifft, so liegen uns wie den meisten anderen Aussenämtern zum Teil widersprechende und subjektiv gefärbte Berichte vor. Nach den uns jüngst in Budapest zuteil gewordenen Informationen von italienischer Seite entwickelt sich die militärische Lage dort äusserst langsam, was auf die Kampfmüdigkeit der nationalspanischen Truppen zurückzuführen ist. Italien, das noch ungefähr 43.000 Kämpfer in Spanien unterhält, diese jedoch nicht zu verstärken gedenkt, erwartet eine Lösung des Konfliktes nicht vor dem Frühjahr. Interessanterweise wird auch italienischerseits zugegeben, dass England unter der Hand, wohl hauptsächlich aus macht- und wirtschaftspolitischen Gründen, gute Beziehungen zu Franco unterhält. Dieser Umstand hat zur Folge, dass der von uns und Ungarn gefasste Entschluss bezüglich der Anerkennung Francos in massgebenden englischen Kreisen wohl kaum auf starken Widerspruch stossen wird.

b) *Rumänien*. Regierung Goga, stellt parlamentarisch kleine Minorität dar, daher Neuwahlen oder parlamentsloses Regime wahrscheinlich, Regierungsübernahme vollkommen überraschend und unvorbereitet, daher unklare Programmäusserungen und einzelne überhastete, zum Teil demagogische Massnahmen/Ausmerzung der Juden aus Wirtschaftsleben, Einstellung liberaler Blätter/, desgleichen in aussenpolitischer Hinsicht, wobei Regierung versucht, nach allen Richtungen Verbeugungen zu machen (Frankreich, Sowjetrussland, Kl. Entente, andererseits aber auch Hervorhebung der Freundschaft zu Italien. Absicht der Anerkennung des Imperiums usw.) Lebensfähigkeit des neuen Regimes ist nach allgemeiner Ansicht noch stark umstritten.

c) *Französische Krise*. Die innere Lage Frankreichs ist wieder einmal erschüttert worden. Ministerpräsident Chautemps versuchte aus Rücksichten finanzpolitischer Natur und zur Erhaltung des Franc-Kurses den Forderungen der Linken

Schranken zu setzen, daher Streike, scheinbare Beilegungen, Missverständnisse und schliesslich Demission der Regierung Chautemps. Es zeichnen sich Versuche ab, das Gewicht der Regierung sehr nach dem Zentrum zu zu [sic!] verlegen, eventuell unter Ausbootung der Kommunisten und Zurückdrängung des sozialistischen Einflusses; diese Versuche sind jedoch bisher noch nicht geglückt und die Lage erscheint vollkommen undurchsichtig. Die innere Unkonsolidiertheit Frankreichs hat selbstverständlich starke Auswirkungen auf die französische Aussenpolitik, die vielfach gelähmt ist. Andererseits wird Frankreich infolge der ununterbrochenen inneren Wirren von manchen Seiten als schwächer eingeschätzt als es im Falle eines Konfliktes wäre. Das unklare Bild, das die Kraftverhältnisse Frankreichs bieten, stellt jedenfalls einen beunruhigenden unzuverlässigen Faktor in dem politischen Kalküle der verschiedenen Mächtegruppen dar.

d) *Beurteilung der europäischen Gesamtlage.*

Das Bild, das heute die Welt dem politischen Beobachter bietet, ist ohne Zweifel ein stark verworrenes und undurchsichtiges. Wir stehen einer Reihe von kriegerischen Konflikten wie in Spanien und Ostasien gegenüber, deren Ausgang noch nicht abgesehen werden kann; gleichzeitig überzieht Europa ein ganzes Feld politischer Spannungen, die zum Teil leicht zu akuten Zwischenfällen und Konflagrationen führen könnten. Es sei hier nur an die ungelösten und schwerwiegenden Probleme, die sich im Verhältnisse Grossbritanniens zu Italien und zum Deutschen Reich aufürmen, gedacht, wie an die latenten Spannungen, deren Feld Mittel- und Osteuropa ist, wie z. B. das Verhältnis Ungarns zur Tschechoslowakei und Rumänien, das polnisch-tschechoslowakische Verhältnis, die Beziehungen Deutschlands zur Tschechoslowakei usw. Trotzdem kann bei möglichst objektiver Abschätzung der Kräfte und Gegenkräfte, die für die Entwicklung Europas massgebend sein können, mit einigem Recht der Erwartung Ausdruck gegeben werden, dass die psychischen und materiellen Hemmungen gegen bewaffnete Auseinandersetzungen auf dem europäischen Kontinente so starke sind, dass in weit höherem Masse als es die Geschichte der Welt bisher gekannt hat, jeweils der Weg der friedlichen Beilegung und des Kompromisses beschritten werden wird. Hiemit soll andererseits nicht geleugnet werden, dass der Rüstungswettlauf der grossen und kleinen Staaten, die denselben zum grossen Teile in ehrlicher Defensivabsicht mitmachen, eine wesentliche und steigende Gefährdung des Friedens darstellt. Zusammenfassend möchte ich¹ mein Urteil über die gegenwärtige Weltlage dahin präzisieren, dass eine Kriegsgefahr bis auf die immer vorhandene Möglichkeit unerwarteter schwerer Inzidenzfälle nicht besteht und dass die allgemeine Tendenz dahingeht, selbst die schwersten Gegensätze, ja sogar Einbussen an dem bis vor nicht langer Zeit so überaus empfindlichen Prestige der Grossmächte durch friedliche Mittel zu bereinigen, um den an sich gewiss nicht kriegslüsternen Völkern eine neuerlich und in ihren Folgen unabsehbare Konflagration zu ersparen.

¹ Ein Autor ist für dieses Schriftstück nicht angeführt.

1846**Gesandter Tauschitz an Bundeskommissär Adam**

Bericht Nr. L/15/38. J

AdR, NPA
Italien I/III
Z. 52205/13

Berlin, 13. Januar 1938

Herr Bundeskommissär!

Die bevorstehende Reorganisierung des presseamtlichen Apparats hat vorerst eine gewisse Unsicherheit der einzelnen Behörden gezeitigt. Es herrscht noch keine Klarheit über die vom neuen Pressechef fortzusetzenden Kompetenzen; Aemter und Personen halten sich zurück, tasten vorsichtig und scheuen Entscheidungen. Die praktische Folge ist vorerst, dass die presseamtliche Leitung der deutschen Blätter eine gewisse Lockerung aufweist, dass es den ausgegebenen Parolen an Einheitlichkeit mangelt und dass es verschiedene Blätter und auch Parteiorgane in der Behandlung sehr wichtiger politischer Fragen teils an der notwendigen Sicherheit und Klarheit fehlen lassen, teils unterschiedliche Meinungen zum Ausdruck bringen. Dieser Umstand macht sich auf aussenpolitischem noch viel mehr als auf innenpolitischem Gebiet geltend.

[..]

Besonderes Gewicht wird von zuständiger Seite drauf gelegt, dass die Budapester Besprechungen auch die Zweckmässigkeit der von Deutschland und Italien verfolgten Politik der direkten Verhandlungen erwiesen haben. Die Erörterung der ungarisch-rumänischen Beziehungen auf der Budapester Konferenz sei sehr bezeichnend für die Anerkennung dieser Tatsache gewesen. Die Aufgabe der Achse Rom-Berlin sei es nunmehr, die durch die kollektive Politik im mitteleuropäischen Raum angerichtete Verwirrung auf dem Wege direkter Verhandlungen zu lösen. In diesem Sinne schreibt auch die „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“: „Es ist selbstverständlich, dass Fehler und Versäumnisse, für die jene kollektive Methode die Verantwortung trägt, nicht von heute auf morgen aufgeholt werden können. Trotzdem zeigt der bewährte Erfolg anderer direkter Verhandlungen, bei denen Intrigen Dritter ausgeschlossen bleiben, dass auch in schwierigen Fällen bei gutem Willen eine Auflockerung versteifter Verhältnisse und die Schaffung erspriesslicher Beziehung nicht unmöglich ist.“

Genehmigen, hochverehrter Herr Bundeskommissär, den Ausdruck vollkommener Hochachtung und Ergebenheit

1847**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an Gesandten Franckenstein (London)**

Telegramm Nr. 1 (in Ziffern)

AdR,
GA London

Wien, 14. Januar 1938

Zur Regelung Ihrer Sprache:

Für uns wichtigstes Ergebnis der Budapester Konferenz ist starke Betonung der Vitalität der römischen Protokolle, die zum Schaden der Partner – in erster Linie Oesterreich – in den letzten Monaten vielfach tendenziös bezweifelt wurde. Damit ist auch der in den Protokollen verankerte Grundsatz „der Achtung der Selbständigkeit und der Rechte jedes einzelnen Staates“ neuerlich bekräftigt (siehe auch letzten Absatz des Punktes 2 der Budapester gemeinsamen Erklärung vom 12. ds. Mts.) und für uns befriedigender Erfolg der Konferenz gegeben. Stärkung Zusammenhaltens der Protokollstaaten ist unzweifelhaft vorteilhaft, auch für die übrigen Donaustaaten und für Friedenssache in Europa. Die einzelnen Entschlüsse entsprechen durchaus den Grundlinien unserer konstruktiven Zusammenarbeit mit den Partnern, wobei insbesondere zu betonen wäre, dass erstens Oesterreich und Ungarn von Italien weder zum Beitritt zum Antikomintern Pakt noch zum Austritt aus dem Völkerbunde aufgefordert worden sind; zweitens wesentliche Beiträge zur allgemeinen Befriedung geleistet wurden (Punkt 2, 7 und 9 der gemeinsamen Erklärung).

Aussenamt

1848**Gesandter Pacher an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 6/Pol.

AdR, NPA
Italien I/III
Z. 50747/13

Moskau, 14. Januar 1938

Herr Staatssekretär,

Die Sowjetpresse hat im Drange der sonstigen Ereignisse der Budapester Konferenz der Rom-Pakt-Staaten nicht allzuviel Interesse gewidmet. Vielleicht bestand auch eine gewisse Verlegenheit bezüglich der Formulierbarkeit des eige-

nen Standpunktes und auch eine gewisse Aengstlichkeit, hiedurch der Haltung Moskaus gegenüber den Möglichkeiten der weiteren Entwicklung vorzugreifen. So sind denn in den beiden Hauptblättern „Iswestija“ und „Prawda“ redaktionelle Auslassungen bisher überhaupt nicht erschienen und erst heute ist eine zusammenfassende Würdigung der Konferenzergebnisse seitens des römischen Iswestijavertreters zur Veröffentlichung gelangt. Diesen knurrend-schnurrenden Katzensang um den heissen Brei erlaube ich mir, deutsch übersetzt, in extenso vorzulegen.¹ Durch Ausmalung der angeblich in der Situation liegenden Gefahren, vor allem, dass Oesterreich und auch Ungarn durch den italienischen Block- und Achsen-Partner der deutschen Gefrässigkeit überantwortet werden könnten, soll es der sowjetfromme Leser offenbar mit dem Gruseln bekommen, dafür darf er sich dann wieder am österreichischen und ungarischen Widerstand gegen die behaupteten Suggestionen Italiens aufrichten, das die befreundeten Donaustaaten vergeblich für Antikominternpakt und Abkehr von Genf habe einfangen wollen; und schliesslich soll sich der Leser darüber beruhigen, dass die von Italien betriebene Annäherung Budapest – Bukarest Quadratur des Zirkels wäre. Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Pacher

1849

**Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten
Schmidt an alle österreichischen Gesandtschaften
im Ausland**

Zirkularerlass

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 50414/13

Wien, 15. Januar 1938

Herr Gesandter!

Die zweite der durch das Zusatzprotokoll III/36 zu den Römer Protokollen eingesetzten periodischen Konferenzen der Aussenminister der Protokollstaaten hat am 10, 11., und 12. d. Mts. in Budapest stattgefunden und sich mit allen Fragen, die sich aus dem Verhältnis der drei Staaten zueinander ergeben, sowie auch mit der allgemeinen Weltlage eingehend beschäftigt.

¹ Liegt dem OD bei.

Die Beratungen der Konferenz, die in sehr freundschaftlicher Atmosphäre verliefen und sich durch grösste Offenheit und gegenseitiges Verständnis auszeichneten, erhielten durch die persönliche Teilnahme der Regierungschefs Oesterreichs und Ungarns ein besonderes Gewicht. Sie fanden ihren resumierenden Niederschlag in der gemeinsamen Erklärung, die die drei Partner am 12. d. Mts. unterzeichnet und der Oeffentlichkeit mitgeteilt haben.

Zu der gemeinsamen Erklärung ist Folgendes zu bemerken:

ad Pkt. 2: Der erste Absatz dieses Punktes unterstreicht die nach wie vor pulsierende Lebendigkeit des Vertragswerkes, die in letzter Zeit von manchen Seiten angezweifelt wurde. Die sich an diese allgemeine Enunziation angliedernde sympathische Stellungnahme Oesterreichs und Ungarns zur „Achse Rom–Berlin“ im 2. Absatz dieses Punktes bringt zum Ausdruck, dass im Gegensatz zu der im Ausland wie auch im Inland vielfach verbreiteten Annahme, wonach die lebhaften und engen Beziehungen zwischen Rom und Berlin die Bedeutung der Römer Protokolle untergraben hätten, die enge Aktionsgemeinschaft zwischen Rom und Berlin mit den auf die Organisierung des Donaupraumes gerichteten Zielen der Römer Protokolle durchaus nicht im Widerspruch steht. Das von Oesterreich seit jeher betonte gemeinsame Interesse der Partner an einem möglichst guten Verhältnisse zum Deutschen Reich kommt weiters auch in dem 3. Absatz des Punktes 2 zum Ausdruck, der den „Einklang der Grundsätze der Römer Protokolle und des österreichisch-deutschen Abkommens vom 11. Juli 1936“, die bekanntlich beide in erster Linie auf der Achtung der Selbständigkeit und der Rechte jedes einzelnen Staates beruhen, neuerlich bekräftigt; die hiebei seitens Italiens und Ungarns ausgesprochene „volle Befriedigung“ mit der von der österreichischen Bundesregierung geführten Politik gegenüber dem Deutschen Reich, auf Grund des Juliabkommens 1936, beweist mit aller gewünschten Eindeutigkeit, dass die drei Protokollstaaten nach wie vor an diesen Grundsätzen unerschütterlich festhalten. Es erscheint vielleicht nicht überflüssig, diese Tatsache hervorzuheben, da die Entwicklung, die die italienische Politik im letzten Jahre genommen hat, häufig in tendenziöser Weise in dem Sinne missdeutet worden ist, als ob Italien die enge Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reiche mit einem Abrücken von den eben erwähnten Grundsätzen, in erster Linie von dem der unbedingten Selbständigkeit und Unabhängigkeit des österreichischen Partners, honoriert hätte. In diesem Absatz des Punktes 2, wie auch in der allgemeinen starken Unterstreichung der Lebendigkeit und Entwicklungsmöglichkeit des durch die Römer Protokolle geschaffenen Werkes liegt, vom Blickfeld der österreichischen Politik aus gesehen, der hauptsächliche Wert und Erfolg der Budapester Konferenz.

In Anbetracht der erfahrungsgemäss nach Zusammenkünften österreichischer Regierungsmitglieder mit italienischen leitenden Faktoren, wie zum Beispiel nach der Venediger Entrevue im vorigen Jahre, von gewissen Seiten lancierten tendenziösen Gerüchte über italienische „Forderungen“ hinsichtlich der inner-

politischen Entwicklung Oesterreichs, sei hier mit allem Nachdruck festgestellt, dass auch in Budapest weder eine Anregung noch überhaupt eine Bemerkung dieser Art aus italienischem Munde gefallen ist.

Die im Punkt 3.) der Erklärung ausgesprochene Verurteilung des Kommunismus und Bekräftigung des Entschlusses Oesterreichs und Ungarns, die kommunistische Propaganda in ihren Ländern zu bekämpfen, enthält meritorisch nichts Neues, da beide Länder seit jeher eine durchaus ablehnende Stellung gegen die bolschewistische Gefahr bezogen und dieser mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegengewirkt haben.

In diesem Zusammenhange sei erwähnt, dass im Gegensatz zu anderslautenden Pressenachrichten und Gerüchten Italien weder vor noch während der Konferenz irgend einen Druck auf Oesterreich oder Ungarn im Sinne deren Beitritts zum Anti-Komintern-Pakt ausgeübt hat.

Der in Punkt 4 ausgesprochene Entschluss Oesterreichs und Ungarns, die nationalspanische Regierung Generals Franco als legitime Regierung Spaniens und aller seiner Besitzungen und Kolonien formell anzuerkennen, stellt eine logische Weiterentwicklung der Haltung dar, die Oesterreich und Ungarn seit dem Herbst v. Js. gegenüber dem Regime von Salamanca einnehmen, mit dem sie bereits im September 1937 de-facto Beziehungen aufgenommen haben. Darin ist natürlich selbstverständlich keine Spitze gegen jene, an den Vorgängen in Spanien hauptsächlich interessierten Mächte zu erblicken, die aus Erwägungen ihrer Weltpolitik sich zu einem derartigen Entschluss bisher nicht bereit finden. Nach Auffassung der Regierungen Oesterreichs und Ungarns entspricht es am besten ihren hauptsächlich auf dem Gebiete des Handelsverkehrs liegenden Interessen an Spanien mit *den* spanischen Faktoren Beziehungen aufzunehmen, deren Regime am ehesten die Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit wie auch eine unserer Weltanschauung entsprechende Entwicklung erhoffen lässt.

Der sich mit dem Völkerbund befassende Punkt 5 der Erklärung gibt die nicht nur von Oesterreich und Ungarn, sondern auch von den meisten anderen Mitgliedern seit jeher aufgestellte Forderung nach einer ideologisch unparteilichen Haltung dieser Weltinstitution wieder. Zu dieser neuerlichen Feststellung bietet der Austritt Italiens einen umso triftigeren Anlass, als hiedurch mit einem wesentlich verringerten Widerstand gegen gewisse Ideologien, die durch den Eintritt Sowjetrusslands in den Völkerbund eingedrungen sind, zu rechnen ist. Hier muss gleichfalls, wie zu Punkt 3, mit allem Nachdruck festgestellt werden, dass Italien seinen beiden Partnern den Austritt aus dem Völkerbund weder nahegelegt, geschweige denn von ihnen verlangt hat. Die italienische Regierung hat sich von vornherein damit begnügt, dass Oesterreich und Ungarn ihre bekannte Einstellung zum Völkerbund, die auf den Grundsätzen der Universalität und der restlosen politischen und ideologischen Unparteilichkeit beruht, präzisieren.

Die in den Punkten 6 und 7 enthaltenen Forderungen Ungarns werden von Oesterreich und Italien aus der Erwägung unterstützt, dass hiedurch die Stellung

des dritten Partners in dessen auf eine Entspannung abzielenden Auseinandersetzungen mit seinem Nachbarn gestärkt wird.

Punkt 8 der Erklärung bestätigt neuerlich die Absicht der drei Regierungen, ihren gegenseitigen Handelsverkehr, dessen Grundlagen mit Rücksicht auf die seit Unterzeichnung der Römer Protokolle eingetretene Entwicklung eine Verschiebung erfahren haben, auch weiterhin nicht nur im gleichen Umfange aufrecht zu erhalten, sondern auch zu verstärken.

Im Punkte 9 der Erklärung gelangt schliesslich der Wille der drei Regierungen zu erneutem Ausdruck, unter Ausschaltung jeder Exklusivität mit allen Staaten auf realpolitischen Wegen an der Festigung des Friedens und den Wiederaufbau mitzuarbeiten.

Zusammenfassend ist hervorzuheben, dass die Budapester Konferenz ihren Zweck volllauf erfüllt und der Oeffentlichkeit bewiesen hat, dass die ausschliesslich auf realpolitischen Elementen beruhende Konstruktion der Römer-Protokolle ungeschwächt die politischen und wirtschaftlichen Evolutionen der letzten Jahre zu überwinden vermochte. Hiefür liefern die vorbehaltlose Offenheit und der warme herzliche Ton der Unterredungen und verschiedenen Enunziationen (Tischreden, Begrüssungs- und Abschiedstelegramme) den sprechendsten Beweis. Für die Stellung Oesterreichs ist es überdies wesentlich, dass neben der sich stets inniger gestaltenden Verbundenheit mit Ungarn die positive und bewährte Einstellung seines großen südlichen Nachbarn – wie auch aus den Konversationen der österreichischen Vertreter mit Graf Ciano und seinen Mitarbeitern eindeutig hervorging – nach wie vor vollkommen unverändert geblieben ist. Wollen Sie vorstehende Ausführungen in Ihren einschlägigen Konversationen in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise verwerten und allfällige markante Wahrnehmungen in Ihren Gesprächen mit dortigen Regierungskreisen anher einberichten.

Empfangen Sie, Herr Gesandter, den Ausdruck meiner vollkommensten Hochachtung.

Der Staatssekretär:
[Schmidt]

1850**Gesandter Franckenstein an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 12/Pol.

AdR, NPA
Italien I/III
Z. 50466/13

London, 15. Januar 1938

Herr Staatssekretär!

Ich habe den permanenten Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Cadogan, über den Verlauf der Budapester Zusammenkunft und speziell über den Inhalt des vom Herrn Bundeskanzler der Reichspost gewährten Interviews informiert.

Das Ergebnis der Budapester Besprechungen ist von der englischen Presse durchaus ruhig aufgenommen worden. Die Darstellungen waren zurückhaltend und massvoll und haben durchwegs der besonderen Position Oesterreichs Rechnung getragen. Wenn überhaupt eine Tendenz in der englischen Presse zutage trat, so war es die, die italienische Lage in etwas schwärzeren Farben zu malen.

Schon in den Vorschauen zu dieser Konferenz wurde in der Londoner Presse betont, dass sich im mitteleuropäischen Raume seit dem Abschluss des römischen Pakts manches geändert habe. Italien habe den Völkerbund verlassen, ein wichtiges Abkommen mit Südslawien abgeschlossen, sei neuerdings näher an Rumänien herangerückt und habe durch Schaffung der Rom-Berlin Achse seine Beziehungen zu Deutschland gefestigt. Ueberdies hätten Deutschland, Italien und Japan den Antikomintern-Pakt gebildet. Im Jahre 1934 – so wird noch gelegentlich darauf hingewiesen – sei es Italien darum zu tun gewesen, ein freundschaftlich gesinntes Oesterreich zwischen dem Brenner und der wachsenden deutschen Macht zu haben. Der aus ideologischen Gründen besonders gegen Italien eingenommene Manchester Guardian geht so weit daraus zu schliessen, dass der römische Pakt heute nur ein blasses Abbild dessen darstelle, was er einst gewesen sei. Times geht nicht so weit, denn dieses Blatt glaubt, dass diese früher charakterisierten politischen Aenderungen die österreichisch-italienischen Beziehungen nur unwesentlich betroffen haben. Freilich werde gegenwärtig infolge der deutsch-italienischen Partnerschaft nur weniger Betonung auf die Verbindung Wien-Rom gelegt. Trotzdem sei aber Italien noch immer auf das entschiedenste an der Unversehrtheit und Unabhängigkeit Oesterreichs interessiert.

Besonders aufmerksam betrachtete die englische Presse die Rückwirkung des neugestalteten italienisch-jugoslawischen und italienisch-rumänischen Verhältnisses auf die Beziehungen Roms zu Budapest und auch zu Wien. Aus den englischen Darstellungen geht hervor, dass man in Ungarn die Annäherung Italiens zu diesen beiden Staaten der Kleinen Entente mit wachsendem Missbehagen beobachte.

Zehn Jahre seien nun vergangen, seitdem sich Italien zum Schutzherren des ungarischen Revisionismus bestellt habe, ohne dass irgendein praktisches Ergebnis erzielt worden wäre. Und jetzt buhle dieses gleiche Italien um die Freundschaft von zwei Staaten, gegen die sich die revisionistischen Ansprüche Ungarns richten. Manchester Guardian kann es sich nicht versagen, diese Tatsache kräftig herauszuarbeiten, um seine Schale des Hohns über den Duce, „diesen merkwürdigen Champion des Revisionismus“ auszugießen.

Die englische Presse beschäftigt sich in ihren Betrachtungen auch mit der Gestaltung der wirtschaftlichen Seite des Verhältnisses Italiens zu den anderen zwei Protokollstaaten und stellt hiebei ein ständiges Absinken des italienischen Einflusses fest. Aus politischen Gründen habe sich die römische Politik bestimmt gesehen, Südslawien auf Kosten Oesterreichs und auch Ungarns wirtschaftliche Vorteile einzuräumen, um die Freundschaft dieses Staates zu gewinnen. Es sei zu befürchten, dass Italien in ähnlicher Weise in Rumänien vorzugehen beabsichtige, um sich neben der wertvollen politischen Freundschaft dieses Landes auch den Zutritt zu den ausgedehnten rumänischen Oelvorkommen zu sichern. Diese Tatsachen und Mutmassungen hätten mit dazu beigetragen, das Vertrauen Ungarns und auch Oesterreichs in die Führung der italienischen Politik zu schwächen.

Die Ergebnisse der Budapester Konferenz sind von der englischen Presse – sofern überhaupt Kommentare vorliegen – als mager bezeichnet worden. Das einzige greifbare Resultat ist ihrer Auffassung nach das Versprechen Oesterreichs und Ungarns, die Regierung des General Franco anzuerkennen. Den eigentlichen Erfolg hätten nicht die Italiener, sondern die Oesterreicher und Ungarn davongetragen. Das Communiqué sei zwar so abgefasst worden, dass sich Italien scheinbarer diplomatischer Erfolge rühmen könne; in Wirklichkeit aber hätten Oesterreich und Ungarn die Forderungen Italiens, den Völkerbund zu verlassen, sich formell der Rom-Berlin Achse anzuschliessen und dem Antikomintern-Pakt beizutreten, abgelehnt, – Feststellungen, die von der englischen Presse nicht ohne eine gewisse Genugtuung gemacht werden. Eine besondere Information, die noch hervorgehoben zu werden verdient, bringt der Wiener Korrespondent des Manchester Guardian, der behauptet, dass der Wunsch Oesterreichs und Ungarns, einen Satz in der amtlichen Mitteilung aufzunehmen, worin Italien auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Oesterreichs hinweist, von Grafen Ciano mit Rücksicht auf die deutsche Empfindlichkeit nicht erfüllt wurde. Die italienische Presse sei aber als Entschädigung für diese Unterlassung beauftragt worden, neuerdings das Interesse Italiens an Oesterreich und dem Donauraum zu betonen, was auch tatsächlich geschehen sei. Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass nach Auffassung der englischen Presse die Budapester Konferenz einen neuen und sichtbaren Beweis erbracht hat für die Selbständigkeit der von Oesterreich verfolgten Aussenpolitik. Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

G. Franckenstein

1851**Gesandter Prochnik an Staatssekretär für die Auswärtigen
Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 3/Pol.

AdR, NPA
Italien I/III
Z. 51010/13

Washington, 17. Januar 1938

Herr Staatssekretär!

Die amerikanische Presse hat in breiter Aufmachung die jüngste Konferenz der Römischen-Protokoll-Staaten in Budapest erörtert. Die ersten Nachrichten wollten von einem solidarischen Vorsatz auf Seiten der österreichischen und ungarischen Staatsmänner wissen, auf engeren Anschluss an die Rom-Berlin Achse abzielenden Lockungsversuchen Italiens Widerstand entgegenzusetzen. Dieser soll sich besonders auf drei Postulate bezogen haben. De-jure-Anerkennung Francos, allmähliche Loslösung vom Völkerbund und Beitritt zum Antikominternpakt. Kommentare der von der Regierung inspirierten österreichischen wie ungarischen Presse hätten bereits auf eine solche Haltung vorbereitet.

Nach den späteren Nachrichten soll es jedoch dem italienischen Aussenminister gelungen sein, seinen ungarischen und österreichischen Kollegen umzustimmen, ein Erfolg, der auch in der italienischen Presse entsprechend zum Ausdruck gebracht worden sei. Die Kopartner der römischen Protokolle hätten der erst erwähnten Forderung (Anerkennung Franco's) vollends nachgegeben und zu den zwei anderen Punkten solche Erklärungen abgegeben, welche die formelle Ablehnung des Ansinnens einer Absage an den Völkerbund und Angliederung an den Antikominternpakt durch Betonung einer einheitlichen Auffassung von Rom und Berlin im Gegenstande erheblich abschwächten. Oesterreich soll die Aufrechterhaltung seiner Loyalität zum Völkerbunde nämlich von gewissen reformatorischen Voraussetzungen abhängig gemacht haben. Mit der als überflüssig begründeten Ablehnung des Beitritts zum Antikominternpakt hätte es allerdings mehr Bedachtnahme auf die Wahrung seiner Freiheit von politischen Bindungen gezeigt. Es wird in amerikanischen Kreisen die Anschauung vertreten, dass dem Kominternpakt mehr als ideologische Bedeutung innewohne, ja dass die zwischen Rom-Berlin-Tokio geschlossene Abmachung als Grundlage einer Allianz für den Kriegsfall gelten könne. In Amerika liesse man sich den Verdacht auf Bestehen militärischer Geheimklauseln nicht leicht ausreden.

Das erhöhte Interesse, mit welchem neuerlich die politischen Ereignisse im Donaubecken und Südosteuropa hier verfolgt werden, ist darauf zurückzuführen, dass sie sich in die grössere amerikanische Konzeption über die Entwicklung der Weltlage organisch einfügen. Führende amerikanische Kreise beginnen von

der Unvermeidlichkeit eines früheren oder späteren Austrages zwischen den Anhängern der „demokratischen“ Richtung einerseits und der „faszistischen oder diktatorischen“ Orientierung andererseits sich überzeugen zu lassen. Diese Anschauung greift durch entsprechende Einstellung der Presse allmählich auch auf die öffentliche Meinung über. Daher die merkliche Erregung in letzter Zeit über Begebenheiten, die sonst die amerikanische Stimmung ganz kalt gelassen hätten. Nach hiesiger Ansicht wird die Entscheidung zwischen zwei grossen Blocks, die sich um die angelsächsische Achse mit der Fortsetzung nach Paris und Rom-Berlin Achse mit Erweiterung nach Tokio gruppieren, ausgefochten werden. Dass Amerika nicht im Stande und auch nicht gewillt sein werde durch weiteres Verharren in der Isolierung diesem unausbleiblichen Schicksal zu entrinnen, festigt sich instinktiv im Unterbewusstsein der Nation. Alle Ereignisse, welche tatsächlich oder vermeintlich in einem Zusammenhange mit dieser sich schrittweise vollziehenden Zweiteilung stehen, erregen erhöhte Beachtung.

Die Bilanz, welche die Vereinigten Staaten auf den gegenwärtigen Zeitpunkt abschliesst, ergibt für sie kein tröstliches Ergebnis. Man kommt zum Schluss, dass die Vormachtstellung des sogenannten demokratischen Blocks, zugegeben nicht ohne eigenes Verschulden, starke Einbussen erlitten hätte und dass der Abbröckelungsprozess noch nicht zum Stillstand gekommen sei. Die jüngsten Ereignisse in Rumänien hätten das Saldo noch schwerer belastet und könnten im Zusammenhange mit den Vorgängen in Jugoslawien als eine Zertrümmerung der Kleinen Entente mit völliger Isolierung der Tschechoslowakei verbucht werden. Frankreichs Einfluss sei durch die schier unlösbaren Wirren in der innerpolitischen Gestaltung und ihren wirtschaftlichen Auswirkungen erheblich geschwächt. Dadurch hätte das Übergewicht des faszistischen Blocks eine den Vereinigten Staaten unerwünschte Erstarkung erfahren.

Unter diesen Umständen verfolgte man hier mit einer gewissen Spannung den mutigen Kampf Österreichs um die Erhaltung seiner inneren und äusseren Selbständigkeit und hat, allerdings mit einer gewissen Skepsis, der Hoffnung sich hingeeben, dass es ihm mit Ungarn und der Tschechoslowakei gelingen werde, wenigstens eine neutrale Stellung zu wahren. Man befürchtet jedoch, dass seine Kräfte dem „zunehmend sich verstärkenden Druck“ seitens der Rom-Berlin Achse nicht gewachsen sein würden. Jedes Vorgehen der österreichischen Regierung, welches als ein Nachgeben, eine teilweise Preisgabe der von ihr mit Zähigkeit verfolgten Richtlinien unter unwiderstehlichem Zwang angesehen wird, ruft hierzulande gewisses Bedauern wenn nicht sogar Beängstigung hervor.

Der derzeitige Eindruck der Budapester Konferenz in amerikanischen Kreisen kann kurz zusammenfassend dahin definiert werden, dass Österreich von Ungarn sekundiert, abermals die grössten Anstrengungen gemacht hätte, sich nicht weiter festlegen zu lassen, dass ihm dies aber nur teilweise gelungen sei. Der Ton der inspirierten italienischen Presse liesse darauf schliessen, dass die italienische Regierung wie weit immer ihre Pläne gereicht haben mögen, mit dem Ergebnis zu-

frieden sei. Man könne für die Zukunft mit einer Vertiefung des Achseneinflusses auf die beiden vorgenannten Länder rechnen.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Edgar Prochnik

1852

Gesandtschaft Berlin an Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten

Bericht Nr. 67/Res. I (vertraulich)

Hochverratsprozess, 502-503

Berlin, 19. Januar 1938¹

Geheimrat Dr. *Clodius* hat heute Legationsrat *Seemann* zu sich gebeten, um ihm Nachstehendes mitzuteilen:

Dr. *Clodius* erklärte, er halte es für zweckmäßig, auf die nachstehenden Punkte, über die er fast durchwegs bereits mit dem Herrn Staatssekretär sowie mit dem Herrn Gesandten Dr. *Wildner* im wesentlichen gesprochen habe, nochmals kurz zurückzukommen:

1. In Angelegenheit der Förderung des deutschen Exportes nach Österreich habe er festgestellt, daß in den Monaten Jänner bis Oktober 1936 die deutsche Ausfuhr nach Österreich zu einem Drittel gefördert worden sei. Im gleichen Zeitraume des Jahres 1937 habe sich diese Exportförderung auf rund die Hälfte aller nach Österreich ausgeführten Waren (rund 50 Millionen Reichsmark) bezogen. Es seien sohin ganz erhebliche Beträge für diesen Zweck aufgewendet worden. (In den obigen Ziffern seien die Kompensationsgeschäfte jedoch nicht inbegriffen.) Man habe sich nun überlegt, was in dieser Richtung noch geschehen könne und sei zu dem Ergebnis gekommen, daß die Ausfuhr nach Österreich noch um etwa 10 Millionen Reichsmark gesteigert werden könnte. Er, Dr. *Clodius*, sei persönlich so optimistisch, anzunehmen, daß sich diese letztere Ziffer vielleicht sogar auf zirka 15 Millionen Reichsmark noch erhöhen ließe. Voraussetzung für diesbezügliche Maßnahmen der Reichsregierung sei natürlich, daß unsererseits keine Dumpingbeschwerden erhoben werden.

2. Dr. *Clodius* würde es sehr begrüßen, wenn er in der von ihm bereits in Wien erörterten Frage der Zwischenfinanzierung baldigst eine Äußerung über die Stellungnahme der österreichischen Regierung erhalten könnte. Er halte die langen

¹ Im Hochverratsprozess, 502 fälschlicherweise mit 7. Januar datiert.

Zahlungsfristen auf die Dauer für nicht tragbar, insbesondere gehe es seiner Meinung nach auch nicht an, daß die deutschen Bezugsfirmen die österreichischen Lieferanten, vor allem die wirtschaftlich schwächeren Gläubiger, allzu lange mit der Begleichung der Fakturen warten lassen.

3. Auf die Ausfuhrförderung zurückkommend bemerkte Dr. *Clodius*, falls Deutschland seinen Export nach Österreich fördern soll[t]e, müßten die Kontingenteinschränkungen fallen. Er habe hiebei im Hinblick auf andere Staaten selbstverständlich keine generelle Verfügung im Auge, doch ließe sich seiner Meinung nach die Angelegenheiten etwa durch ein Gentlemen-Agreement in geeigneter Form, die er der österreichischen Regierung überlasse, regeln.

4. Dr. *Clodius* erschiene es ferner zweckmäßig, in eine neue Prüfung der Kohlenverlagerung einzutreten, zumal Deutschland dem Werte nach noch nicht mit einem Drittel an den österreichischen Kohlenbezügen aus dem Auslande beteiligt sei.

5. Allenfalls könnte nochmals untersucht werden, ob nicht trotz der auch ihm bekannten Budgetschwierigkeiten Rüstungsgeschäfte in Erwägung gezogen werden könnten.

6. Dr. *Clodius* kam ferner darauf zu sprechen, daß es ihm im Interesse des Abbaues der Clearingspitze dringend angezeigt erschiene (im Wege der Nationalbank), auf österreichische Firmen soweit als nur möglich einen Zwang auszuüben, in Deutschland zu kaufen. In dieser Richtung könnte nach seinem Dafürhalten auch auf amtliche Stellen eingewirkt werden, um die zu veranlassen, ihren Bedarf – soweit natürlich die betreffenden Artikel nicht in Österreich selbst hergestellt werden – in Deutschland einzudecken. Allfällige geringe Preisvorteile, die sich bei Bezügen aus anderen Ländern ergeben, sollten seiner Meinung nach im Interesse der Sache keine Rolle spielen.

7. Des weiteren wäre die Frage zu überlegen, ob Deutschland nicht an Österreich, ähnlich wie dies im Verkehr mit anderen Staaten der Fall sei, gewisse Transitwaren zum Beispiel Kaffee, eventuell Kakao oder andere Artikel, liefern könne, wofür uns gewisse Transitquoten eingeräumt werden würden.

8. *Dreiecksgeschäfte*: Dr. *Clodius* hielte es auch für zweckmäßig, darüber schlüssig zu werden, ob nicht die Möglichkeit bestünde, daß Österreich von Deutschland Guthaben in fremder Währung übernimmt. Er wolle lediglich zur *Illustration* bemerken, daß Deutschland zum Beispiel Guthaben in Persien besitze, wobei er selbstverständlich nicht beurteilen könne, ob gerade hierfür bei uns Interesse bestünde. Im Falle einer grundsätzlichen Zustimmung wären österreichischerseits diesbezügliche konkrete Anregungen zu machen.

Dr. *Clodius* erklärte ferner, er möchte, um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, ausdrücklich betonen, daß die gemachten Anregungen dem Zweck des Abbaues der Clearingspitze dienen sollen und dieses Ziel natürlich nicht erreicht werden könnte, wenn diese Vorschläge etwa österreichische Gegenforderungen in der Richtung einer Steigerung der Ausfuhr nach Deutschland auslösen

sollten. Im übrigen möchte er rein persönlich bemerken, seiner Ansicht nach liege das Geheimnis der gegenwärtigen schwierigen Situation im österreichisch-deutschen Verrechnungsverkehr darin, daß Österreich durch seine Handels- und Wirtschaftspolitik die Konsumfähigkeit des Landes einschränke. Einen Ausweg aus dieser Lage würde er in einer largeren Konjunkturpolitik, in der Finanzierung öffentlicher Aufträge und dergleichen sehen. Er habe erst kürzlich einem Artikel in der „Reichspost“ (Nr. 15 des Blattes vom 16. Jänner 1938) entnommen, daß Österreich gegenüber einer ganzen Reihe für seinen Handelsverkehr besonders in Betracht kommender Staaten eine Clearingspitze besitze, und dieser Sachverhalt bestärke ihn nur in seiner Auffassung. Ich glaube, diese von Dr. *Clodius* in seiner bekannten Art vorgebrachte Meinung kommentarlos wiedergeben zu sollen.

Dr. *Clodius* kam schießlich unter Hinweis auf einen Passus im erwähnten Artikel der „Reichspost“, wonach es nicht ausgeschlossen sei, daß das österreichisch-deutsche Abkommen neuerlich verlängert werde, auf den Zeitpunkt der in Aussicht genommenen Wirtschaftsverhandlungen zurück, weshalb auch in diesem Zusammenhange um diesbezügliche Weisungen gebeten werden darf.

Der Gesandte:

Tauschitz

1853

Gesandter Tauschitz an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt

Bericht Nr. 10/Pol. (streng vertraulich)

Hochverratsprozess, 503-505

Berlin, 19. Januar 1938

Herr Staatssekretär!

Herr *Stojadinovic* hatte hier Aussprachen mit allen führenden Persönlichkeiten des Reiches, in erster Linie mit dem Deutschen Reichskanzler, dem Herrn Reichsaußenminister v. *Neurath*, Ministerpräsident *Göring* und dem Reichspropagandaminister Dr. *Goebbels*. Man kann füglich behaupten, daß *Stojadinovic* während seines über achttägigen Aufenthaltes im Dritten Reich so ziemlich alles gesehen hat, beziehungsweise an alles herangeführt wurde, was Zeugnis für die neuerstandene politische, wirtschaftliche Macht und die Wehrkraft des Reiches abzugeben vermag. Er wurde daher von sachkundigen Führern durch den nationalsozialistischen Staat geführt und konnte hierbei die Organisationen der Partei, die Wehrverbände, die Jugendverbände, die Wehrmacht zu Lande und in der Luft sehen und die Schwerindustrie besichtigen. Die Freundschaftlichkeit, die

Wärme und Herzlichkeit seiner Aufnahme, worüber gesondert berichtet wird, ließ nichts zu wünschen übrig. Eine Zeitung erklärt sogar, daß diese Wärme und Herzlichkeit der Aufnahme des Duce nicht nachgestanden sei. Tatsächlich wurde der ganze Apparat festlicher Gastfreundschaft, den das Dritte Reich in den Dienst seiner Politik zu stellen weiß, in Bewegung gesetzt und nichts unversucht gelassen, um die außerordentlich hohe Wertschätzung des Gastes besonders hervorzuheben. Es ist unbestrittene Tatsache, daß man dem neuen Freund mehr gezeigt und mehr geboten hat, als den alten Freunden, die vor einigen Wochen erst Berlin verlassen haben. Als Freund wurde er vom Ministerpräsidenten *Göring* gelegentlich seiner Begrüßungsansprache im Karinhall ausdrücklich bezeichnet. Wenn auch diese Freundschaftsbezeichnung vorerst nur als eine persönlich aufzufassen ist, so wünscht man hier zweifellos eine starke politische Freundschaft mit Jugoslawien, die umso leichter herbeizuführen und zu verankern wäre, da irgendwelche politische Gegensätze zwischen den beiden Staaten nicht bestehen und sie sich wirtschaftlich auf das vorteilhafteste zu ergänzen vermögen. Der einzige Gegensatz, der bei den beiden Gesprächspartnern hätte aufscheinen können, das ist die Frage der Behandlung der deutschen Minderheiten in Jugoslawien, wurde, wie ziemlich feststeht, um jede Belastung des Gespräches zu vermeiden, von deutscher Seite überhaupt nicht erwähnt. Die Absicht Deutschlands ist ja eine ziemlich klare und ebenso naheliegende, nämlich die Kleine Entente und eventuell auch den Balkanbund zu zerstören und auf diese Weise das Gefüge der mittel- und südosteuropäischen Bündnisse Frankreichs aufzulockern. Wie weit ihnen das gelungen ist, wird wahrscheinlich erst in späterer Zeit gesagt werden können. Ich möchte indes vorwegnehmen, daß meinem Gefühle nach *Stojadinovic* ein außerordentlich schlauer Staatsmann ist und in Erwiderung des Besuches des Reichsaußenministers *v. Neurath* mit der Absicht nach Berlin gekommen ist, die alten Freundschaften und Bündnisse aufrechtzuerhalten und daneben eine neue Freundschaft, soweit sie ihm nützen kann, einzugehen. Eine weitere Absicht innerpolitischer Natur scheint mir ebenfalls klar gegeben. Herr *Stojadinovic* ist auch ein sehr guter Innenpolitiker und hat nach Deutschland nicht weniger als vierzehn führende Journalisten, darunter auch solche der Oppositionspresse, mitgenommen, die alle von den Festlichkeiten, die zu seinen Ehrungen veranstaltet wurden und über die Beweise für die Wertschätzung, die seine Persönlichkeit in Deutschland genießt, in den jugoslawischen Zeitungen berichten werden. Daß diese Berichte seine Stellung als Ministerpräsident in Jugoslawien zu befestigen vermögen, liegt klar auf der Hand.

Ich selbst konnte mit *Stojadinovic* nur wenige Worte gelegentlich des *Neurath-Diners* nach der Aufführung „Fledermaus“ in der Charlottenburger Oper wechseln. Ich sprach ihn an, daß ich mich freue, zwischen Jugoslawien und Österreich alles in Ordnung zu wissen, worauf er erwiderte, jawohl, es sei alles in „bester Ordnung!“ Der weitere Inhalt dieses kurzen Gespräches war, daß es dem österreichischen Gesandten in Belgrad sehr gut gefiele und ginge, worauf *Stojadino-*

vic meinte, daß Baron *Wimmer* vor kurzem bei ihm auf der Jagd war und er auch den Herr Staatssekretär Dr. *Schmidt* einmal bei sich auf der Jagd erwarte.

Was nun die Frage über das Ergebnis des Besuches *Stojadinovic* für Deutschland anlangt, so möchte ich vielleicht vorausschicken, daß Herr *Stojadinovic*, bevor er nach Berlin ging, die alten Freundschaften Jugoslawiens verankerte, indem er den französisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrag erneuerte und beruhigende Erklärungen seinen Verbündeten abgegeben hat. Von tschechoslowakischer Seite wird hervorgehoben, daß er gelegentlich der Leichenfeierlichkeit für *Masaryk* sieben Stunden mit Herrn *Benesch* gesprochen hat und daß während dieser langen Aussprache zwischen den beiden Staaten alles geklärt wurde, was auch im Hinblick auf die Beziehungen zu Deutschland zu klären war. Die Vertreter der Kleinen Entente und der Balkanpakt-Staaten waren bei der Ankunft *Stojadinovic* in Berlin am Bahnhof. Eine längere Aussprache zwischen Herrn *Stojadinovic* und irgendeinem Gesandten der Kleinen Entente oder der Balkanpakt-Staaten in Berlin hat aber nicht stattgefunden. Auch die Gesandten unter sich, wie sie mir alle sozusagen feierlich erklärten, konnten sich bisher noch nicht informieren, da der jugoslawische Kollege nichts sagte, beziehungsweise beteuert, daß außer dem veröffentlichten Presse-Übereinkommen und der Einsetzung eines deutsch-jugoslawischen Holzwirtschaftsausschusses nichts Konkretes vereinbart wurde und man nur allgemein über alle aktuellen Fragen gesprochen habe. Man ist daher nur auf Kombinationen und Annahmen angewiesen, wobei als sicher angenommen werden kann, daß bei Besprechung der politischen Lage im allgemeinen und der Lage in Mitteleuropa im besonderen, Österreich, die Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien besondere Gesprächskapitel gebildet haben.

Man würde wohl kaum fehlgehen, wenn man auch ohne besondere Hinweise der allgemeinen Ansicht, daß Österreich einen hervorragenden Platz auf dem Programm eingenommen hat, folgen würde. Solche besonderen Hinweise erblicke ich in dem Umstand, daß sich Ministerpräsident *Göring* obwohl, wie er selbst in der Rede in Karinhall sagte, ressortmäßig nicht zuständig, sich um den Gast besonders auffällig bemühte und selbst an der Unterredung *Stojadinovic* – *Hitler* mit Reichsaußenminister v. *Neurath* teilgenommen hat. Es liegt ferner eine Information aus einer Quelle vor, die sich oft als gut erwiesen hat, die besagt, daß dem österreichischen Legitimus bei der Besprechung des Kapitels Österreich schon deshalb eine besondere Bedeutung zugefallen ist, weil er eventuell Deutschland und Jugoslawien auf der „Drehscheibe Österreich“ zusammenführen könnte. In dieser Frage, die in Deutschland jetzt mit besonderer Nervosität verfolgt wird, gehen die Interessen der beiden Staaten vollkommen parallel, wobei allerdings das Endziel ein verschiedenes ist. Beide Staaten haben das gleiche Interesse, die Restauration der Habsburger in Österreich zu verhindern, wobei Jugoslawien zweifellos ein selbständiges Österreich erhalten haben will, während es wohl kaum einen Zweifel unterliegt, daß Deutschland letzten Endes die

Eingliederung Österreichs wünschen würde. Aus diesem Grunde scheint man wohl die Gefahr des österreichischen Legitimus als eine gemeinsame erkannt und dessen Bekämpfung gutgeheißen haben. Es soll von Deutschland nur die Frage aufgeworfen worden sein, was im Falle eines Akutwerdens dieser Gefahr Jugoslawien für Maßnahmen ergreifen würde. *Stojadinovic* soll sich bei der Beantwortung dieser Frage hinter die Bündnisverpflichtungen der Kleinen Entente verschanzt haben, indem er sagte, daß Jugoslawien verpflichtungsgemäß gemeinsam mit seinen Verbündeten vorgehen würde. In deutschen Kreisen – so darf hier eingeschaltet werden – verlautet, daß dem Auswärtigen Amt Informationen vorliegen, daß die Kleine Entente angesichts eines Restaurationsversuches in Österreich mobilisieren würde, so daß es naheliegend erscheint, daß unter den verpflichtenden Maßnahmen die Mobilisierung Jugoslawiens zu verstehen wäre. Mir stellt sich nun die Sache so dar, daß Jugoslawien mit einer Restauration der Habsburger nicht einverstanden ist und diese nicht ruhig hinnehmen würde, sondern vielmehr mit allen Mitteln die Wiederherstellung des status quo und seine Erhaltung fordern würde, während, wie ich schon ausgeführt habe, die Absicht Deutschlands eine ganz andere ist. Ferner glaube ich, hat Herr *Stojadinovic* den unzweideutigen Eindruck erhalten, daß man in Berlin entschlossen ist, eine Habsburger-Restauration nicht hinzunehmen, daß man vielmehr, wenn die internationale Lage nur irgendwie Möglichkeiten hierzu bietet, nicht zuschauen würde, wenn das Blut von Volksgenossen infolge verfassungswidriger Ereignisse in Österreich fließen sollte. Dieses setzt natürlich die deutsche Annahme voraus, daß in Österreich keine Restauration ohne blutige Zusammenstöße vor sich gehen könnte.

Eine Einladung an Jugoslawien, dem Antikominternabkommen beizutreten, soll nicht ergangen sein; hingegen soll man deutscherseits wiederholt betont haben, wie angenehm es für die führenden Männer von Partei und Staat sei, mit einem Partner zu sprechen, von dem man wisse, daß er den Bolschewismus absolut ablehne und so gar keine Beziehungen mit Moskau unterhalte.

Aus der gleichen Quelle stammt auch die Mitteilung, daß sich aus den Besprechungen, die Herr *Stojadinovic* in Berlin führte, grundsätzlich Vereinbarungen für eine weitere Verdichtung des Wirtschaftsverkehrs der beiden Länder und ebenso auch für eine stärkere Teilnahme der deutschen Industrie am industriellen Aufbau Jugoslawiens, wie für eine starke Belieferung Deutschlands mit jugoslawischen Rohstoffen ergeben haben. Verlautbart wurde dazu, daß ein deutsch-jugoslawischer Forst- und Holzwirtschaftsausschuß eingesetzt wurde, der die Aufgabe habe, die forst- und holzwirtschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten ständig zu verbessern und zu vertiefen [...].

Genehmigen Herr Staatssekretär den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Tauschitz

1854**Gesandter Franckenstein an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 16/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA

Italien/Geheim I/III

Z. 50744/13

London, 19. Januar 1938

Herr Staatssekretär!

Im Sinne der mir erteilten Weisung habe ich heute durch ein Gespräch mit dem neuen permanenten Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten die mir gemachten Mitteilungen über den Verlauf und die Ergebnisse der Budapester Konferenz zur Kenntnis der britischen Regierung gebracht. Ich habe besonders darauf hingewiesen, dass die römischen Protokolle eine neue Vitalität erhalten haben und das hiedurch der in ihnen festgelegte Grundsatz „der Achtung der Selbständigkeit und der Rechte jedes einzelnen Staates“ bekräftigt worden ist.

Sir Alexander Cadogan zeigte volles Verständnis für unsere besondere Lage, die ich näher ausführte, und lebhaftes Interesse für meinen Hinweis, dass Oesterreich und Ungarn von Italien weder zum Beitritte zum Anti-Komintern Pakte noch zum Austritte aus dem Völkerbunde aufgefordert worden sind.

Ich sprach auch ziemlich ausführlich auf Grund des der Reichspost gewährten Interviews des Herrn Bundeskanzlers, Ihrer Erklärungen, Herr Staatssekretär, und sonstiger Nachrichten über unser Verhältnis zu Deutschland und zu Italien. Ich verwies auf die eminente Bedeutung für uns einer Rückendeckung seitens des letztgenannten Staates und sagte in diesem Zusammenhange, wie wünschenswert es vom Standpunkte der österreichischen Interessen wäre, wenn die zwischen Grossbritannien und Italien leider bestehende Spannung freundlicheren Beziehungen Platz machte. Cadogan erwiderte, er wisse dies wohl; leider aber stünden die aggressive Sprache der italienischen Presse und die italienische Propaganda im nahen Orient, die hier verstimmten, einer Annäherung vorläufig im Wege.

Ich erwähnte sodann die widerstreitenden Anschauungen, denen ich hier öfters begegne, einerseits die Annahme, dass eine Anerkennung der italienischen Eroberung Abessiniens seitens Grossbritanniens wieder zu guten Beziehungen führen würde, andererseits dass in Rom die so stark betonte Kränkung, weil dieser Schritt nicht erfolgt sei, nur einen Vorwand bilde, der Duce aber nicht eine wirkliche Versöhnung anstrebe, sondern seine weiteren imperialistischen Pläne verfolge. Der Unterstaatssekretär bemerkte, er könne nicht sagen, welche dieser Theorien richtig sei. Die Pazifizierung, Erschliessung und Auswertung des gewaltigen abessinischen Territoriums würde aber Italien lange beschäftigen und weitere Unterneh-

mungen wären doch recht unsicher und gewagt, solange die militärische Eroberung Abessiniens nicht konsolidiert sei.

Auf meine Erkundigung, ob die durch den Besuch Lord Halifax's in Berlin eingeleitete Annäherung Fortschritte mache und an konkreten Plänen für Verhandlungen gearbeitet werde, sagte Sir Alexander Cadogan, dass die Konversationen Halifax's nur informativer Natur gewesen seien und übrigens nicht viel Neues zutage gebrachte hätten. Infolge der Weihnachtsferien und anderer Umstände sei dieser Fragenkomplex nicht eingehender behandelt worden. Auf alle Fälle sei es jedoch erfreulich, dass die Haltung der deutschen Presse seit jenem Besuche eine freundlichere geworden sei.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

P.S. 20. Januar 1938.

Der Erl. Zl. 50414/13 vom 15. Januar l.J.¹, die Konferenz betreffend, langte erst nach meinem Gespräche mit Cadogan ein. Ich habe jedoch mit Vansittart eine Zusammenkunft vereinbart und werde sowohl ihm gegenüber wie in Gesprächen mit bedeutenden Politikern und Presseleuten, die ich zu einem Frühstücke geladen habe, die Mitteilungen über die so interessanten und für Oesterreich befriedigenden Ergebnisse der Budapester Tagung ausführlich verwerten.

1855

Aufzeichnung Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten über die italienisch-österreichisch- ungarische Konferenz in Budapest (geheim)

AdR, NPA
Italien/Geheim I/III
Z. 50431/13

Wien, 19. Januar 1938

Unterredungen des Herrn Bundeskanzler und des Herrn Staatssekretärs auf der Budapester Konferenz vom 10.–12. Jänner 1938.

(nach Mitteilungen des Herrn Staatssekretärs aufgenommen)

Die Konversationen, die am 10. und 11. Jänner 1938 in Form von Konferenzen sowie auch in zwanglosen Gesprächen zu zweit an den gleichen Tagen sowie am 12. stattfanden, hielten sich im allgemeinen an das zuliegende ungarische Sprech-

¹ ADÖ 12/1849.

programm der Konferenz, das nach Fühlungnahme mit uns in einigen Punkten Ergänzungen erfahren hat.

Zunächst erörterte auf eine Frage Herrn von Kányas Conte Ciano die allgemeine Lage u. zw.

a) *den fernöstlichen Konflikt*. Ciano fällt ein vernichtendes Urteil über die Lage und die Aussichten Chinas, das weder über eine entsprechende Führung noch auch eine geschlossene Armee verfüge. In diesem Zusammenhange erwähnte er auch die von ihm nicht ernst genommenen Friedensbedingungen Japans (Verpflichtung Chinas zu einem Antisowjetvertrag, Anerkennung Manschukuos und Nordchinas als selbständige Staaten, Ersatz sämtlicher japanischer Kriegskosten sowohl des Staates als auch der Schäden der einzelnen japanischen Staatsangehörigen usw.). Conte Ciano liess erkennen, dass er selbst diese Friedensbedingungen als unannehmbar auffasst.

b) Hierauf entwickelte Conte Ciano die Vorgeschichte des *Römer Antikominternpakt* ungefähr wie folgt: Italien hat vom Anfang des fernöstlichen Konfliktes an mit Japan sympathisiert. Japan ist nun vor einiger Zeit an die italienische Regierung mit der Anregung herangetreten, auch ihrerseits einen Antikominternvertrag nach dem Muster des deutsch-japanischen zu schliessen. Hievon hat die deutsche Regierung Kenntnis erhalten und unverzüglich eine Kombination zu dritt durch Ribbentrop vorgeschlagen; hiebei hätten sich die Instruktionen, die der deutsche Botschafter erhielt, keineswegs ganz mit jenen Herrn Ribbentrops gedeckt, über dessen Intervention Botschafter Hassel begreiflicherweise wenig erfreut war. /Hier fügte Conte Ciano ein, dass Ribbentrop sich in sehr heftiger Weise gegen England geäußert hätte, ferner, dass er (Ciano) die Qualitäten Ribbentrops nicht sehr hoch einschätze./ Der Antikominternpakt enthalte keine militärischen Klauseln, sehe jedoch immerhin eine recht weitgehende Konsultation vor. Auch biete er zu gewissen militärischen gegenseitigen Massnahmen die Möglichkeit, so z. B. seien italienische Marineure bei der japanischen Marine eingeteilt. Die Zielsetzung des Antikominternpakt war aus den Aeusserungen Conte Cianos nicht restlos klar zu entnehmen, scheint aber doch beträchtlich über das rein Ideologische hinauszugehen, sodass durch den Pakt eine politische Machtgruppe geschaffen erscheint.

c) *Die englisch-deutschen Beziehungen und der Besuch Lord Halifax' in Deutschland*. Conte Ciano gab dem Besuche Halifax' die auch uns bereits bekannte Einstellung, dass kein fixes Programm der Reise zugrundelag und diese auch nur wenig Auswirkungen gehabt habe. Er stellte auch in Abrede, dass irgendwelche fixe Zusagen von englischer Seite in der Kolonialfrage gemacht worden wären. (Dass England nicht die Absicht habe, Deutschland Kolonien zurückzugeben, sei für Ciano deutlich daraus hervorgegangen, dass der englische Botschafter bei ihm Verwahrung dagegen eingelegt habe, dass Italien, wie der englische Botschafter vernommen habe, Deutschland das Djubaland abtreten wolle, „auf das von rechtswegen England eine Option hätte“.) In diesem Zusammenhange äusserte Conte Ciano auf die Frage, ob Italien beabsichtige, Kolonialgebiet an Deutschland zurückzugeben ungefähr: „Nous ne sommes pas si foux de donner une colonie à l'Allemagne“. Die

Unterstützung Italiens in der Koloniefage wird wohl eine moralische sein. Auch England wird sich, nach Auffassung Cianos, nicht bereit finden, die deutschen Forderungen faktisch zu erfüllen.

d) *Die Beziehung Italiens zu England* hatten sich, laut Ciano, anfangs gut angelassen, bis die Einladung des Njegus zur Königskrönung die Atmosphäre verdorben hätte; hierauf folgte der Zwischenfall in Addis Abeba mit Graziani und die englische Pressecampagne; seither sei das Verhältnis ausgesprochen ein schlechtes, zumal immer wieder neue Rückschläge sich einstellten, wie z. B. das Santander-Telegramm des Duce usw. Die Grundlage der Entspannungsversuche bilde der bekannte Chamberlain-Brief an Mussolini. Italien habe sich Zeit gelassen, darauf meritorisch einzugehen, da England bisher keine Geneigtheit zeige, das italienische Imperium, d.h. die Eroberung Abessiniens anzuerkennen. Auf die Frage, wie sich die Verhältnisse in Abessinien entwickelten, hat Ciano angedeutet, dass 20 Jahre der Ruhe und guter Beziehungen mit England erforderlich seien, um aus Abessinien einen wirtschaftlichen Wert für Italien zu gestalten. Ein neuer Vorschlag Mr. Edens, der einen bestimmten Fragenkomplex unter Beiseitelassung des abessinischen Problems zum Gegenstande hatte, wurde von Italien nicht aufgegriffen, da die italienische Regierung der Auffassung ist, dass der gesamte Fragenkomplex erörtert werden sollte, auch zu einem befriedigenden Ergebnis führen kann. Einen Gegenvorschlag Botschafters Grandi in diesem Sinne habe Mr. Eden freundlich aufgenommen, sich aber eine Antwort vorbehalten, die bisher nicht eingetroffen sei. Erst kurz vor seiner Abreise aus Rom habe der englische Botschafter Conte Ciano mitgeteilt, dass der Faden der Verhandlungen deshalb nicht abgerissen sei und Lord Perth habe sich auch bei einer zufälligen Begegnung mit Herrn Mussolini diesem gegenüber dahin geäußert, dass das Jahr 1938 den Frieden mit Italien bringen werde. Nach Auffassung Cianos müsse die Grundlage der Entspannung ein gegenseitiges Versprechen der Nonaggression sein. Ciano bestätigte, dass Italien nach wie vor ein Abkommen mit England herbeizuführen suche, die Verhandlungen aber nicht überstürzen wolle; die Hauptsache bleibe die vorbehaltlose Anerkennung des italienischen Imperiums. Italien setze mittlerweile seine militärische Aufrüstung mit allen Kräften fort und die militärische Lage Italiens sei, insbesondere hinsichtlich der U-Bootwaffe, eine ausgezeichnete. Trotzdem habe Italien keinen Grund, den Kampf mit England zu suchen.

e) Ueber *Spanien* äusserte sich Ciano wie folgt: Franco sei persönlich eine hochachtbare Gestalt. Hingegen seien die nationalen spanischen Truppen wenig wert. Italien unterhalte noch ca. 43.000 Soldaten in Nationalspanien, werde aber keine neuen schicken. Die Entwicklung der militärischen Lage in Spanien gehe sehr langsam vorwärts und ein Endergebnis sei nicht vor dem Frühjahr zu gewärtigen. Auf die Frage, ob Franco sich Italien gegenüber wohl dankbar erweisen werde, erklärte Ciano, dass er diesbezüglich keine endgiltige Antwort geben möchte. Ciano leugnete nicht, dass Franco auch recht gute Beziehungen zu England unterhalte. Bezüglich der Anerkennung des Franco-Regimes durch Oesterreich und Ungarn meinte Ciano, dass diese für Franco von moralischer Wichtigkeit sein werde.

Hierauf kamen die das *Donaubecken* betreffenden Fragen zur Sprache, wobei Herr von Kánya über die ungarischen Unterredungen mit der Kleinen Entente berichtete. Herr von Kánya äusserte sich in sehr abfälligen Worten über die Unverlässlichkeit des jugoslavischen Ministerpräsidenten Stojadinović und machte, deutlich an die Adresse Italiens, den Grossmächten Vorwürfe wegen ihrer unwürdigen Zuvorkommenheit gegenüber Belgrad; er kritisierte die Tatsache des ersten Besuches Baron Neurath's und hänselte hierauf auch Ciano, der sich darauf ausredete, sein Besuch in Belgrad sei ja eine Erwiderung auf einen im Jahre 1925 erfolgten jugoslavischen Besuch in Rom gewesen! Weiters beurteilte K. die innere Lage Jugoslaviens sehr skeptisch, wogegen Ciano für Stojadinović eine Lanze brach und ihm günstige Aussichten seiner Politik voraussagte. Herr v. K. entwickelte hierauf die Gründe, aus denen ein gegenseitiger Beistandspakt der Kleinen Entente ein jeder Realpolitik widersprechendes Absurdum wäre. Herr von K. klagte hierauf heftig über Rumänien und die Lage der ungarischen Minoritäten in diesem Lande, die immer schwieriger werde. Hiebei machte er deutliche Anspielungen auf das Entgegenkommen der Römer Regierung gegenüber den Rumänen und den eben erst erfolgten Besuch von 1.500 Rumänischen Kriegsteilnehmern in Rom. Auch Ministerpräsident Goga schonte er in seiner Kritik nicht und beschwerte sich auch über Deutschland, das Rumänien aus eigennützigen Gründen unterstütze. Das Los der ungarischen Minoritäten in Rumänien sei tatsächlich unerträglich, es ginge noch am besten dort, wo die ungarischen Minoritäten mit den Deutschen zusammenleben. In diesem Zusammenhange gab Ciano Herrn v. K. die Versicherung, dass Italien „nur über Budapest“ mit Rumänien zu einer Verständigung gelangen werde und begründete die entgegenkommende Haltung Italiens Bukarest gegenüber damit, dass Rumänien ein guter Käufer sei und nunmehr ein Regime „sémi-fasciste“ habe.

Ueber das Verhältnis *Italiens zur Tschechoslowakei* erwähnte Ciano, dass vor einiger Zeit die Prager Regierung wegen einer Annäherung an Italien durch den italienischen Gesandten in Prag habe anklopfen lassen, worauf Ciano dem Sinne nach hätte antworten lassen, dass sich die Tschechoslowakei zuerst mit seinen Nachbarn, Ungarn, Polen und Deutschland, mit denen sie schlecht stünde, verständigen müsse. Im übrigen äusserte sich Ciano verächtlich über die Tschechen und erklärte, dass seinen Informationen nach auch Polen nicht daran denke, sich mit den Tschechen zu einigen. Im übrigen wird – wie er streng geheim beifügte – Herr Beck im März in Rom einen Besuch abstatten. Hier wäre noch zu erwähnen, dass von den Teilnehmern am Gespräche die viel besprochenen „Pläne“ Herrn Hodzas als unklar bezeichnet wurden und dass Herr von K. mitteilte, dass die ungarischen Minoritäten noch am besten in der Tschechoslowakei behandelt werden.

Ueber die österreichisch-deutschen Beziehungen referierte der Herr Staatssekretär, wobei er die Frage in dem Sinne behandelte, dass seitens des Reiches uns der Vorwurf der Sabotage bzw. Nichteinhaltens des Juli-Abkommens 1936 gemacht werde, wogegen festgestellt werden muss, dass eine Reihe von Verfehlungen die reichsdeutsche Seite belasten. Der Herr Staatssekretär hob hervor, dass Oesterreich bereit

sei, auch auf militärischem Gebiete mit Deutschland mehr zusammenzuarbeiten, dass aber die Schwierigkeiten auf weltanschaulichem Gebiete lägen. Auf die Bemerkung des Herrn Staatssekretärs, dass sich Deutschland von uns eine Intensivierung des militärischen Informationsdienstes verlange u. dgl. warf Ciano ein: „Die Deutschen wollen die vollkommene Vereinheitlichung“. Hierauf erörterte der Herr Staatssekretär die Handelsbeziehungen mit dem Reich (Clearing-Spitze u. dgl.) und resümierte sein Referat dahin, dass wir nicht glaubten, die Auffassungen, wonach es zu einer dramatischen Auseinandersetzung kommen werde, hätten grosse Wahrscheinlichkeit für sich; hiebei deutete er an, dass in absehbarer Zeit Konversationen unsererseits mit reichsdeutschen Faktoren bevorstehen. Bemerkenswert ist die diesbezügliche Haltung Cianos der einerseits keinerlei die österreichische Innenpolitik berührende Wünsche oder Anregungen vorgebracht hat, andererseits bemerkte, man solle die Deutschen nur reden lassen, die Hauptsache sei, dass sie uns in Ruhe liessen. Herr von K. hat mehrmals ausdrücklich die österreichische einschlägige Politik als richtig befunden und der Meinung Ausdruck gegeben, wir müssten Zeit gewinnen und uns nicht provozieren lassen. Zu diesem Thema brachte Ciano noch die uns bekannte Tatsache vor, dass in Berlin nur Göring über Oesterreich gesprochen habe, dass andererseits die Italiener auf diese Gespräche nicht eingegangen seien. Schliesslich ist noch festzuhalten, dass irgendwelche Gespräche militärischer Natur in den Unterredungen zu dritt überhaupt nicht stattgefunden haben.

1856

Gesandter Marek an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt¹

Bericht Nr. 13/Pol.

AdR, NPA
Italien I/III
Z. 50656/13

Prag, 20. Januar 1938

Herr Staatssekretär,
Das Ergebnis der Budapester Konferenz der Signatarmächte der Römischen Protokolle wurde von den hiesigen massgebenden politischen Kreisen im allgemeinen mit grosser Befriedigung aufgenommen. Das Kommuniké wurde in der Presse ausführlich gebracht und die Kommentare in den grossen Blättern glaubten immer wieder feststellen zu müssen, dass die Budapester Konferenz eine Annäherung

¹ Pro Domo, Wien, 24.1.1938: „Der beiliegende Artikel bewegt sich auf der gleichen Linie wie eine vertraul. Information aus der Cechslow. die STB zugekommen ist. Beide suchen den Glauben

der mitteleuropäischen oder Donaustaaten auf wirtschaftlichem Gebiete keineswegs verhindern werde, sondern im Gegenteil ein weiterer Spielraum besonders Wien überlassen bleiben wird. Die Blätter wurden jedenfalls entsprechend informiert und darauf Einfluss genommen, auch dem österreichischen Standpunkt zum Durchbruch zu verhelfen. Die Gesandtschaft war in Kenntnis, dass das offizielle Parteiblatt der Agrarier „Brazda“ über Wunsch des Premiers einen bedeutungsvollen Artikel über Budapest veröffentlichen werde. Vertraulich wurde auch der Gesandtschaft mitgeteilt, dass die Ausführungen in diesem Blatte der Chef des Pressedepartements des Ministerratspräsidiums selber schreiben werde. Es wurde nun dahin gewirkt, dass in diesem Artikel nicht nur die tschechoslowakische Auffassung über Budapest, sondern auch österreichische Ansichten zum Ausdruck kommen. Ich beehre mich, in der Anlage die Uebersetzung dieses Artikels „Die Budapester Konferenz“ in Vorlage zu bringen. Wenn hie und da in diesem vorliegenden Artikel Tendenzen aufscheinen, welche sich vielleicht nicht ganz mit unseren Auffassungen decken, so war dies natürlich nicht ganz zu verhindern. Interessant sind aber in den Ausführungen die Behauptungen, dass Graf Ciano mit einem ziemlich umfangreichen Paket italienischer Postulate erschien, welche aber nicht in ihrer Gesamtheit von Wien und Budapest angenommen wurden. Im Zusammenhang damit möchte ich darauf hinweisen, dass hiesige Regierungskreise über Budapest überhaupt dahin informiert wurden, dass der Herr Bundeskanzler bei den Besprechungen den österreichischen Standpunkt ruhig aber mit grosser Energie vertrat und gegenüber Ciano absolut durchdrang. Fast in allen politischen Kreisen kann man überdies hören, dass Budapest einen persönlichen Erfolg des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Staatssekretärs darstellt.

Ferner wurde in Verfolgung presspolitischer Aspirationen dafür Sorge getragen, dass die politisch so wichtigen Mitteilungen des Herrn Bundeskanzlers in der „Reichspost“ vom 13. Jänner der hiesigen Oeffentlichkeit zur Kenntnis gelangen und so hat die offiziöse „Prager Presse“ die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers in dem Wiener Blatt auszugsweise in der Nummer vom 14. Jänner wiedergegeben. Ich beehre mich, in der Anlage diesen Artikel gleichfalls in Vorlage zu bringen.²

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Dr. Marek

zu erwecken, dass in Budapest seitens des H. BK. eine Annäherung der Protokollstaaten und der Kleinententenstaaten propagiert wurde, und zwar unter der Inspiration der Hodza'schen Pläne. Daher auch die merkwürdige mehr als halb zugebende Art wie in Prag die Nachricht über eine Zusammenkunft Hodzas mit dem H. BK. *nicht* dementiert wurde.

Hodza liegt offenbar daran, den Anschein einer Isolierung der Csk. zu vermeiden, und er hat sich ein Gebiet ausgesucht, auf dem er unserer prinzipiell günstigen Dispositionen versichert ist, um so zu tun, als habe *er* – hinter den Kulissen – die österr. Vertreter und die ganze Budapester Entrevue inspiriert.“

² Liegt dem OD bei.

1857**Amtserinnerung Gesandter Hornbostel über die
gemeinsame Erklärung zur italienisch-österreichisch-
ungarischen Konferenz in Budapest¹**

AdR, NPA

Italien/Geheim I/III

Z. 50601/13

Wien, 20. Januar 1938

Zur Vorgeschichte der am 12. Jänner 1938 in Budapest unterzeichneten „gemeinsamen Erklärung“ wäre Nachstehendes festzuhalten:

Die italien. Regierung hat uns sowie der ungar. Regierung einen Entwurf einer „gemeinsamen Erklärung“ zugehen lassen (siehe Zl. 50.135-13² unter „diverse Vorakten“, Beilage a).

Da der italien. Entwurf in mehrfacher Beziehung unseren Auffassungen nicht entsprach, wurde unsererseits ein Entwurf (c) verfasst, der sich auf den ersten ungar. Entwurf (siehe Zl. 50.135-13) stützt, ohne textuell und in der Anordnung demselben zu folgen. Diesbezüglich hat zwischen Gesandten Hornbostel und Exz. v. Kánya, Baron Apor und Baron Besseney am 6. 1. 1938 eine Besprechung in Budapest stattgefunden, bei welcher Gelegenheit uns der ungar. Entwurf überreicht wurde.

Hierauf fanden am 7. und 8. d. M. mehrfache Besprechungen des H. St.S. Dr. Schmidt mit dem italienischen Gesandten Ghigi statt, der sich mit der h. o. Entwürfen nicht einverstanden erklärte. Unsererseits wurden hierauf verschiedene weitere Entwürfe verfasst und dem italien. Gesandten übermittelt. Es handelte sich hiebei in erster Linie um die Unterbringung einer die Politik der Bundesregierung gegenüber dem Deutschen Reich gutheissenden Klausel im Punkte 2) der Erklärung. Des weiteren insistierte der italien. Vertreter immer wieder auf eine ausdrückliche de jure-Anerkennung des Regimes Franco in Spanien, Punkt 4, (c).

In den der Abfassung der „gemeinsamen Erklärung“ geltenden Besprechungen in Budapest, die zwischen dem italien. politischen Generaldirektor Buti, dem ungar. Leiter der politischen Abteilung Baron Besseney und Gesandten Hornbostel, bisweilen unter Zuziehung des italien. polit. Direktors Viteti stattfanden, wurden gleichfalls verschiedene Redaktionsversuche unternommen. Unter diesen hat der unter d) zuliegende Entwurf einer Redaktion des Punktes 2) betreffs der auf die österr.-deutschen Beziehungen bezüglichen Klausel einiges Inter-

¹ Amtlicher Vermerk: „Sekretieren!“.

² ADÖ 12/1842 und 1843.

esse; diese Fassungen wurden jedoch zum Teil von den österr. Vertretern, zum Teil auch von den italienischen nicht gutgeheissen. Schliesslich einigten sich, unter Zustimmung der verantwortlichen Vertreter der drei Staaten, die Verfasser der „gemeinsamen Erklärung“ auf den unter e) zuliegenden französ. Text, der sodann in die drei Sprachen übersetzt wurde. Die unseren mässigenden Intentionen Rechnung tragende deutsche Übersetzung, wie sie schliesslich im Original der „gemeinsamen Erklärung“ zur Unterzeichnung gelangte, erfuhr noch einige Retouchen, die den Wünschen des H. BK. insbes. in Punkt 2, Abs. 2, Pkt. 3, Pkt. 4 und 5 Rechnung trug. Der definitive Originaltext liegt unter f) bei.

Der meritorische Inhalt der in Pkt. 2, Abs. 3 aufgenommenen Klausel bezüglich Oesterreichs ist auf eine Formulierung des H. BK. selbst, die er am 11. mittags diktierte, zurückzuführen.

Die „gemeinsame Erklärung“ wurde am 12. Jänner 1938 abends von den Vertretern der drei Staaten unterzeichnet. Unser Exemplar wird, gleich den vorangehenden einschlägigen Dokumenten (Römer Protokolle ex 1934, ex 1936 und Sitzungsprotokoll November 1936), im Haus-, Hof- u. Staatsarchiv hinterlegt.

Am 11. abends wurden anlässlich des vom ungar. Aussenminister v. Kánya veranstalteten Diners offizielle Trinksprüche ausgetauscht. Diese liegen unter 2) bei. (Der österr. Trinkspruch wurde vom H. St.S. Dr. Schmidt in deutscher Sprache gehalten und die deutsche Uebersetzung ad hoc verfasst und der Amtl. Nachrichtenstelle übergeben.)

Die von der Grenze an den ungar. MinPräs. Darányi und an den Aussenminister Kánya gerichteten Abschiedstelegramme des H. BK. bzw. des H. St.S. wären nötigenfalls aus dem Archiv des BPD zu beschaffen.

Nach seiner Rückkehr aus Budapest hat der H. St.S. f. d. AA die unter 3) zuliegende Aeusserung für die Agenzia Stefani abgegeben, die auch in der hiesigen Tagespresse vom 14. abgedruckt wurde.

Ferner hat der H. St.S. an Hand des unter 4) zuliegenden Gerippes über die Budapester Konferenz am 18. d. M. dem Ministerrat referiert.

Ueber den Verlauf der Budapester Dreierkonferenz ist nebst den Telegrammen an London und Paris (Zl. 50.365-13³) ein Zirkularerlass an alle Gesandtschaften (siehe Blg. Zl. 50.414-13⁴) ergangen. Eine Aufzeichnung über die Gespräche des H. BK. und des H. St.S. mit den ungar. und italien. Herren läuft unter Zl. 50-431-13⁵.

³ ADÖ 12/1847.

⁴ ADÖ 12/1849.

⁵ ADÖ 12/1855.

1858**Gesandter Tauschitz an Staatssekretär für die Auswärtigen
Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 11/Pol. (streng vertraulich)

Hochverratsprozess, 505-507

Berlin, 20. Januar 1938

Herr Staatssekretär!

Über besondere Weisung wird berichtet:

Obwohl auch der Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten *Daranyi* und des Außenministers *v. Kanya* vom 20. bis 28. November der erste amtliche Besuch eines ungarischen Ministerpräsidenten in Deutschland war (die Besuche des ehemaligen Ministerpräsidenten *Gömbös* hatten, wie Ministerpräsident *Daranyi* ungarischen Pressevertretern erklärte, halbamtlichen Charakter gehabt) wurden dem jugoslawischen Ministerpräsidenten *Stojadinovic* bei einem Staatsbesuch in Deutschland doch eine Reihe von Ehrungen zuteil, die über die den ungarischen Staatsmännern erwiesenen hinausgingen, so daß man mit Fug und Recht von einer größeren Aufmerksamkeit, größeren Wärme und Herzlichkeit sprechen kann als beim ungarischen Besuch. Dies ist umso bemerkenswerter, als dem ungarischen Kollegen gelegentlich der Besprechungen mit dem Protokollchef über das geplante Programm ausdrücklich erklärt wurde, daß das mit ihm für den ungarischen Besuch vereinbarte Programm gleichzeitig auch das Programm für den Besuch *Stojadinovics* ist, für den natürlich nicht mehr gemacht werden wird. Ich möchte hierzu aber gleich bemerken, daß es nicht die Schuld des Protokolls ist, seine Zusage nicht eingehalten zu haben, da das meiste für *Stojadinovic* Mehrgemachte auf Anordnung *Görings* erfolgt ist, der in letzter Minute alles an sich gerissen hat. Der wichtigste Unterschied zwischen dem Empfang der ungarischen Gäste und dem jugoslawischen Ministerpräsidenten ist der, daß beim jugoslawischen Ministerpräsidenten Flaggengala für sämtliche staatlichen Gebäude angeordnet war, während bei den ungarischen Gästen nur der Bahnhof, das Auswärtige Amt und das Hotel Adlon beflaggt waren.

Ministerpräsident *Daranyi* und Außenminister *Kanya* wurden bei ihrer Ankunft in Berlin nur von Reichsaußenminister *v. Neurath*, Reichsinnenminister *Frick* und Reichsernährungsminister *Darré*, der den ungarischen Ministerpräsidenten in dessen Eigenschaft als Ackerbauminister begrüßt hat, empfangen; Ministerpräsident *Göring* hatte sich vertreten lassen.

Bei der Ankunft des jugoslawischen Ministerpräsidenten und Außenministers hatte sich Ministerpräsident *Göring* persönlich auf dem Anhalter Bahnhof eingefunden. *Stojadinovic* wurde ferner von den Reichsministern *Neurath*, *Frick*, *Rust*, *Darré*, *Dorpmüller* und *Lammers* begrüßt.

In Vertretung des Reichskanzlers war in beiden Fällen Dr. *Meissner*, der beim Eintreffen der ungarischen Staatsmänner noch den Rang eines Staatssekretärs bekleidete, inzwischen aber bekanntlich zum Staatsminister mit dem Range eines Reichsministers ernannt worden ist, eingefunden.

Die besondere Wertschätzung, die Ministerpräsident *Göring* dem jugoslawischen Ministerpräsidenten während seines ganzen Aufenthaltes auch in allen Äußerlichkeiten zu dokumentieren bestrebt war, zeigt sich vielleicht auch darin, daß die für *Stojadinovic* am Bahnhof aufgestellte Ehrenkompanie dem Fliegerregiment Hermann *Göring* angehörte, während zu Ehren der ungarischen Staatsminister eine Kompanie des Berliner Wachregiments angetreten war.

Die ungarischen Staatsmänner waren bei Ministerpräsidenten *Göring* zwar auch Mittagsgäste in Karinhall, der Besuch *Stojadinovics* bei *Göring* war jedoch feierlicher und der Rahmen prächtiger. Zwischen den ungarischen Staatsmännern und *Göring* wurden in Karinhall keine Trinksprüche gewechselt, während die Trinksprüche, die *Göring* mit *Stojadinovic* austauschte, von besonderer Herzlichkeit waren. In seinem Trinkspruch erklärte *Göring* auch ausdrücklich, daß er sich im Auftrag des Führers die Mitwirkung an der Ausgestaltung der freundschaftlichen Beziehungen zu Jugoslawien zu seiner besonderen Aufgabe gemacht habe.

Göring war auch beim Empfang und der Unterredung *Stojadinovics* mit dem Reichskanzler anwesend; ebenso hat *Göring*, wie ich positiv weiß, die Beflagung sämtlicher Dienstgebäude persönlich angeordnet.

Bei dem Frühstück auf der jugoslawischen Gesandtschaft war auch *Göring* zugegen, beim Frühstück auf der ungarischen Gesandtschaft war *Göring* nicht zugegen. Zur Abendtafel im Reichskanzlerpalais wurden sämtliche Mitglieder der jugoslawischen Gesandtschaft zugezogen, während beim Besuch der ungarischen Gäste neben dem Gesandten nur der erste Zugeteilte eingeladen war.

Besonders hervorzuheben ist, daß nach der Unterredung mit *Hitler* auch die jugoslawische Journalistendelegation, die mit dem Pressechef Dr. *Lukovic* einen Tag vor *Stojadinovic* in Berlin eingetroffen war, dem Kanzler vorgestellt wurde.

Während die ungarischen Gäste hauptsächlich landwirtschaftliche Einrichtungen besichtigten, wurden *Stojadinovic* vor allem solche militärischer Art und der Rüstungsindustrie gezeigt: er besuchte die Artilleriehochschule in Jüterbog und die Luftkriegsschule und Luftkriegsakademie in Gatow. Überall wurden ihm zu Ehren Vorführungen der beiden Waffengattungen veranstaltet.

Zu Ehren *Stojadinovics* wurde auch eine Galaaufführung im Deutschen Opernhaus (die Fledermaus im Prunkgewande, wie sie angekündigt wurde) und eine Festvorstellung in der Berliner Staatsoper („Tristan und Isolde“) veranstaltet, während für die ungarischen Freunde nur eine Aufführung „Ariadne auf Naxos“ vorgesehen war. Bei beiden Besuchen wurde jedoch das ganze diplomatische Korps eingeladen und fand nachher beide Male ein Abendessen in der Oper statt. Auch eine Staatsjagd in der Letzlinger Heide bei Magdeburg wurde ihm zu Ehren arrangiert.

Nach Abschluß seines Berliner Aufenthaltes werden dem jugoslawischen Ministerpräsidenten, der in Begleitung seiner Gattin eine Rundreise durch Deutschland unternimmt, die Kruppwerke in Essen und ein Industrierwerk in Scholven gezeigt; sein Aufenthalt in Deutschland schließt in München, wo er noch den Fasching miterleben soll und zusammen mit dem Reichskanzler der Eröffnung der Kunstgewerbeausstellung beiwohnen wird.

Besonders vermerkt zu werden, verdient der besondere herzliche Ton der reichsdeutschen Presse, die *Stojadinovic* nicht nur die üblichen Begrüßungsartikel widmete, sondern sich auch in seitenlangen Berichten mit seiner Persönlichkeit, mit der Persönlichkeit seiner Frau und mit Jugoslawien überhaupt befaßte. Die „DAZ“ verglich die Herzlichkeit und Zustimmung zu seinem Besuch mit der *Mussolini* gezollten. Der Besuch stehe gleichwertig neben dem Besuch des Duce.

Mit ungewöhnlicher Herzlichkeit und Zuvorkommenheit wurden auch die jugoslawischen Journalisten behandelt. Die Wichtigkeit, die deutscherseits den Pressebeziehungen zwischen den beiden Ländern beigemessen wird, kam in dem Abschluß der Pressekonvention zum Ausdruck. Anläßlich der Unterzeichnung wurde der jugoslawische Pressechef auch von Dr. *Goebbels* empfangen. Empfänge für die jugoslawischen Journalisten veranstaltete der Reichspressechef Dr. *Dietrich* und der Leiter des Reichsverbandes der deutschen Presse SA-Obergruppenführer *Weiss*. Bei den Empfängen wurden besonders warme Reden zwischen *Dietrich*, Dr. *Lukovic* einerseits und *Weiss* und Dr. *Jovanovic*, dem Pressechef der jugoslawischen Regierungspartei und Direktor der amtlichen jugoslawischen Nachrichtenagentur AVALA, andererseits gewechselt. Daß die jugoslawischen Journalisten auch dem Reichskanzler vorgestellt wurden, ist bereits erwähnt worden.

Genehmigen, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit!

Tauschitz

1859

Gesandtschaft Paris an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt

Bericht Nr. 6/Pol.

Hochverratsprozess, 539

Paris, 20. Januar 1938

Herr Staatssekretär!

Nach dem gestrigen Diplomatendiner im Elysée hatte ich Gelegenheit, mit Generalsekretär *Léger* in einem ganz kleinen und intimen Kreis zu sprechen. Das Gespräch betraf zunächst gewisse Aspekte staats- und machtphilosophischer Fra-

gen, um sodann von diesem mehr theoretischen und allgemeinen Gebiet in die Sphäre politischer Aktualität überzugehen als Herr Léger zur Erhärtung einer von ihm aufgestellten These das österreichische Beispiel heranzog und hiebei, wie auch unlängst dem Herrn Gesandten *Vollgruber* gegenüber, seiner vollsten Bewunderung für das politische Werk des Herrn Bundeskanzlers Ausdruck gab. Er erläuterte den wenigen Personen, die außer mir an diesem Gespräch teilnahmen, die wichtigsten Leitlinien und Ergebnisse der inneren und äußeren Politik unserer Regierung und ich konnte mit größter Befriedigung feststellen, wie außerordentlich verständnisvoll Herr Léger auch jenen Erscheinungen unserer Politik gegenübersteht, deren Erfassen im allgemeinen die hiesigen Menschen besondere Schwierigkeiten bereitet.

Als einer der Gesprächspartner in diesem Zusammenhange meinte, es müßten eben in der heutigen Zeit notwendigerweise alle Mittel- und Kleinstaaten Zentral- und Osteuropas eine „*Politik des Seiltanzes*“ führen, meinte Herr Léger, man könne die überaus nuancenreiche Politik Österreichs und die der anderen mitteleuropäischen Staaten ein „*Seiltanz*“ oder ein Lavieren nennen, dies treffe aber ebenso für alle großen Staaten zu. *Die Hauptsache sei augenblicklich, Zeit zu gewinnen* (ich glaube mich bestimmt nicht zu irren, wenn ich annehme, daß Léger hier an die englische und vielleicht auch an die amerikanische Aufrüstung gedacht hat), inzwischen müsse man eben seiltanzen; auch die Großen und Starken und am allermeisten die, die sich vor der Welt den Anschein besonderer Stärke geben, denen aber dabei der Atem ausgeht.

Einer der Mitredner, der diese Bemerkung auf Deutschland bezog, meinte, daß der wirtschaftliche Niederbruch Deutschlands, den man schon seit der Machtergreifung durch Hitler ununterbrochen prophezeit, bis heute noch immer nicht eingetreten sei. Herr Léger erwiderte, daß er nicht Deutschland meine, sondern Italien, das im Frühjahr die allergrößten Schwierigkeiten haben werde, die zur Volksernährung bis zur neuen Ernte nötigen Getreidemengen zu kaufen, das schon heute seine Petroleumbezüge in Rußland nicht mehr finanzieren könne und die Rohstoffmaterialien, die es zum Zwecke seiner Aufrüstung aus Deutschland bezogen hat, mit der menschlichen Arbeitskraft von 30.000 Italiener bezahle, die zur Trockenlegung deutscher Sümpfe verwendet werden.

Hierauf bemerkte einer der Mitredner, daß ein solcher Zustand ihm überaus gefährdend schein, weil es befürchten lasse, daß sich Italien so großen Schwierigkeiten gegenüber in ein Abenteuer von unabsehbaren Konsequenzen stürzen könnte. Darauf erwiderte Herr Léger nach einigem Zögern und seinen Ausdruck genau abwägend: „Das fürchte ich nicht; man entschließt sich nicht so leicht zum Selbstmord.“

Das Dazwischentreten anderer Personen machte dem Gespräch ein Ende.

Genehmigen, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit.

gez. *Bischoff*

1860**Generalkonsul Jordan an Staatssekretär für die
Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 2/Pol. (geheim)

Hochverratsprozess, 507

München, 21. Januar 1938

Herr Staatssekretär!

I. Gestern abends erzählte mir der hiesige britische Generalkonsul Dr. D. St. *Clair Gainer* folgendes:

Vor einigen Tagen habe ihn Mr. *Spranklin* (oder so ähnlich), der Sekretär des englischen Faschistenführers Mosley besucht. Mr. *Spranklin*, der an der letzten nationalsozialistischen Führertagung in der Ordensburg Sonthofen teilgenommen habe und auch in Österreich gewesen sei, habe erzählt, er habe in Wien mit Hauptmann *Leopold* gesprochen. Dieser habe ihm mitgeteilt, daß ihm Frühjahr in Österreich mit Unterstützung aus Deutschland eine bewaffnete Aktion der NSDAP stattfinden werde. Er (*Leopold*) glaube, daß sich hierbei Teile der Wehrmacht gegen die Bundesregierung stellen werden.

Die in Godesberg usw. stationierte Legion werde vor der Aktion an die Grenze gebracht werden.

Mr. *Gainer* hat mir über meine Frage ausdrücklich wiederholt, daß nach der Mitteilung Mr. *Spranklins* Hauptmann *Leopold* selbst die vorstehend angeführten Äußerungen getan hat.

Mr. *Spranklin* hat im Laufe seines Gespräches mit Mr. *Gainer* weiter erwähnt, Hauptmann *Leopold* habe ursprünglich die Befürchtung gehegt, daß er bei der erwarteten Machtübernahme der NSDAP in Österreich nicht an die Spitze der Regierung gestellt werde. Er habe jedoch in der Folge entsprechende Zusicherungen des Herrn Reichskanzlers erhalten.

Mr. *Gainer* nimmt die Mitteilungen Mr. *Spranklins* sehr ernst. Er hatte sofort der britischen Botschaft in Berlin Meldung erstattet.

II. Gestern abends ist mir von ganz verlässlicher Seite noch folgende – wie eine Ergänzung des Vorstehenden anmutende – Nachricht zugegangen: Ein Parteifunktionär aus der unmittelbaren Umgebung des Herrn Reichskanzlers habe in einem Privatgespräch erzählt, es werde im Frühjahr „ein Stoß gegen Österreich“ unternommen werden. Sollte der Herr Bundeskanzler hierbei „nicht Vernunft annehmen“, dann würde er das Schicksal weiland des Herrn Bundeskanzlers Dr. *Dollfuß* zu teilen haben. (Vergleiche meinen Bericht vom 8. Dezember v. J., Z. 26/Pol. 1937¹.)

¹ ADÖ 12/1815.

Gleichlautend Gesandtschaft Berlin.

Genehmigen, Herr Staatssekretär den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit.

Jordan

1861

**Gedächtnisaufzeichnung der Gesandtschaft Berlin
(geheim)**

AdR, NPA

Deutschland I/12 E

(ohne Zahl)

Berlin, 22. Januar 1938

Gespräch mit dem Reichsaussenminister von Neurath am Abend des 21. Jänners 1938.

Die Nachricht der „United Press“, dass François-Poncet in Paris einen Bericht erstattet hätte, nach dem Deutschland Absichten haben würde, im Jahre 1938 an seinen Grenzen etwas zu unternehmen, hat hier ein Gerücht zur Folge gehabt, das besagte, dass dieser Nachricht eine Unterredung François-Poncet – Neurath am 11. Jänner d. J. anlässlich des Neujahrsempfanges zugrunde liege. François-Poncet hätte Neurath gratuliert und ihm gegenüber die Hoffnung und Erwartung ausgesprochen, dass es im Jahre 1938 hoffentlich keine Wochenendüberraschungen geben werde. Neurath hätte ebenfalls dieser Hoffnung Ausdruck gegeben, habe dem aber hinzugefügt, dass er bezüglich Oesterreich sehr besorgt sei.

Ich habe die erste Gelegenheit wahrgenommen und habe gestern abends Neurath, noch bevor ich François-Poncet sprechen konnte, da er die ganze Zeit in Paris war, auf die Stichhaltigkeit dieses Gerüchtes angesprochen. Neurath sagte mir: „Ja, ich kann das nur bestätigen und kann Ihnen sagen, dass ich bezüglich Oesterreich nach wie vor die grössten Besorgnisse habe. Die Entwicklung Oesterreichs, bezw. die innerpolitische Befriedung ginge so langsam oder garnicht von statten, dass er fürchten müsse, es werde einmal zu einer Explosion kommen. Ich erwiderte Neurath, wenn er tatsächlich Besorgnisse in Bezug auf die innerpolitische Befriedung in Oesterreich äussere, so müsse er mir sagen, was er wünsche und was man deutscherseits erwarte. Nach dem Uebereinkommen vom 11. Juli ist der Austro-Nationalsozialismus eine rein österreichische Angelegenheit. Es ist ausgesprochen, dass der Kanzler Männer seines Vertrauens zur Mitarbeit heranziehen werde. Das sei geschehen. Neurath fiel mir ins Wort und sagte: „Ja, aber Glaise-

Horstenau und wie heisst der Zweite? Seyss-Inquart, kommen nicht weiter!“ Ich erwiderte Neurath, dass mir der Herr Bundeskanzler Ende Juli 1934 auf meine Frage, ob nationale Männer im Kabinett vertreten sein werden, geantwortet habe, dass er den Nationalen ein Zimmer in der Vaterländischen Front einrichten werde. Dieses Zimmer in der Vaterländischen Front ist den Nationalen immer offen gestanden, es wurde jedoch von diesen nicht bezogen, Neurath wirft ein: „Ja, weil sie gewusst haben, dass sie dort Gefangene sein werden,“ Ich fahre fort: „bis nun ein Vernünftiger in Seyss-Inquart entstanden ist, der die Aufgabe, die Nationalen an die Regierung heranzuführen, übernommen hat. Ich erblicke auch in der Einrichtung der volkspolitischen Referate einen Fortschritt, aber wenn die Nationalsozialisten die Parole ausgeben, die Parteigenossen dürfen nicht in die Vaterländische Front, dann ist es begreiflich, dass der Erfolg der Bemühungen Seyss-Inquarts – Pembaur nicht jener ist, als er wäre, wenn die Parole heissen würde „Alles herein in die Vaterländische Front!“ Ich glaube, die Nationalsozialisten in Oesterreich sind selbst uneinig, wissen nicht, was sie tun sollen, haben keine Führung, die anerkannt werden würde und geben die Schuld der Regierung, dass sie das Uebereinkommen vom 11. Juli nicht durchführe. Neurath sagt, er gebe zu, dass sie keine Leute drüben hätten, Seyss-Inquart werde anerkannt, während er von Leopold nichts halte. Aber die Regierung sabotiere die Befriedung dadurch, dass jeder, der nur etwas Nationales haucht, schon ins Kittchen muss. Ich widerspreche dem Herrn Ausseminister auf das Entschiedenste und bitte ihn, nicht allgemeine Verdächtigungen auszusprechen, die er von irgendwo bekomme, sondern mir mit konkreten Beispielen diese Behauptung zu beweisen. Er sagt, er werde mir solche Beweise liefern.

Weiters führt Neurath aus, dass es auf die Dauer untragbar bleibe, dass der Nationalsozialismus in Oesterreich nicht zugelassen werde. Schuschnigg habe einige Hindernisse genommen und stünde nun vor einem Graben, über den er nicht hinüber will. Er wird aber drüber müssen, denn so kann es nicht bleiben. Ich erwidere dem Ausseminister, dass die österreichische Regierung auf der Verfassung vom 1. Mai 1934 fusse. Nach dieser Verfassung gebe es keine Parteien. Auf Grund des Gesetzes der Vaterländischen Front ist diese allein Träger der politischen Willensbildung. Eine Zulassung einer Partei ist daher ohne Verfassungsänderung undenkbar. „Ach, was, Verfassung“, sagt mir Neurath. „So kommen wir nicht weiter und es muss etwas geschehen, ich sehe die Dinge sehr schwarz. Während die Nationalsozialisten sich nicht rühren dürfen und eingesperrt werden, dürfen die Legitimisten ihre Versammlung abhalten und die Nazi beschimpfen“. Ich sage ihm, es wäre ein grundlegender Unterschied zwischen der Legitimisten-Propaganda, die hier bedeutend überschätzt werde und dem Nationalsozialismus festzustellen, denn die Legitimisten stünden auf dem Boden der Verfassung und in der Vaterländischen Front, das ist eines selbständigen und unabhängigen Oesterreichs auf christlich-deutscher Grundlage, während die Nationalsozialisten ein anderes Ziel haben. Die Legitimistenpropaganda gebe meines Erachtens gar keinen Grund zu irgend einer Beunru-

higung. Neurath sagte mir wörtlich, Otto würde ihn garnicht beunruhigen, denn 1.) habe ihm Schuschnigg gesagt, wenn Otto nach Oesterreich kommt, so würde er ihn verhaften. Tut er das nicht, dann könne er mir nur sagen, dass das Finis Austria bedeute. „Da sind wir uns mit Stojadinovic vollkommen einig, dass solche Versuche gleichzeitig mit sehr energischen Mitteln beendet werden würden.“ Ich sage ihm darauf, dass ein kleiner Unterschied doch bestünde zwischen der Auffassung von Stojadinovic und seiner Auffassung, dass nämlich Jugoslawien wohl auch gegen die Restauration sei, dass aber doch Jugoslawien nach wie vor ein selbständiges, freies und unabhängiges Oesterreich wünsche. Neurath sagte mir darauf: „Ja, das wollen wir auch, aber so kann es nicht bleiben!“ Ich frage wiederholt, er möge mir endlich sagen, was denn der Wunsch sei, Neurath sagt wieder, ja, er wisse es nicht, aber hätte jetzt Papen hier gehabt, der sich sehr bemühen würde, aus diesem unmöglichen Zustande herauszukommen und er hätte ihn beauftragt, mit dem Bundeskanzler zu sprechen. Dem Vorschlag auf eine Begegnung Schuschnigg–Hitler, den er mitbringe, hätte der Reichskanzler erst nach mehrmaliger Unterredung zugestimmt. Seine wiederholte Frage war: „Aber was ist denn, wenn dabei nichts herauskommt?“, worauf er ihm geantwortet hätte, „Dann hätten wir einen Beweis mehr in der Hand, dass wir alles versucht haben, eine Explosion zu verhindern.“

Auf die Gerüchte anspielend, dass sich Ministerpräsident Göring gelegentlich geäußert haben soll, dass die Schwierigkeit mit der Bezahlung österreichischer Erze und Holzes bald aufhören werde, da diese Frage im Frühjahr gelöst werden müsse, meinte Neurath: „Ja, es ist schon Zeit, dass man den Schilling an die Mark angleicht, aber um die wirtschaftlichen Fragen interessiere ich mich weniger!“

Ich liess darauf diese Sache fallen und brachte die Sprache auf die Studentenkameradschaft „Planetta“, indem ich ihm sagte: „Herr Aussenminister sagen immer, Schuschnigg müsse über den Graben. Auf der einen Seite des Grabens hat der Kanzler guten, festen und verlässlichen Boden. Was ist auf der anderen Seite des Grabens? Im Herbst v. J. habe ich das Auswärtige Amt mit verschiedenen Unterlagen darauf aufmerksam gemacht, dass sich in München eine Studentenkameradschaft namens „Planetta“, das ist der Anführer des Putsches am 25. Juli und einer der Kanzlermörder, gegründet wurde. Ich hab das Auswärtige Amt ersucht, diese Verherrlichung des Kanzlermordes abzustellen. Das Auswärtige Amt hat mitgeteilt, dass dies erfolgt sei. Ich bekomme vor wenigen Tagen eine absolut verlässliche Mitteilung aus München, dass diese Kameradschaft besteht und dass sich im Universitätsgebäude in München eine Ankündigungstafel befindet „Kameradschaft Planetta“ bei Angabe des Kameradschaftsführers. „Was heisst dies, Herr Aussenminister?“ Das heisst meines Erachtens, dass im Falle eines Zulassens der Nazi in Oeserreich eines schönen Tages auch eine Studentenkameradschaft in Wien sich auftun würde und dass man sich eines Tages auch in Oesterreich das Recht arrogieren würde, dem Freiheitshelden Planetta

da oder dort ein Denkmal zu setzen. Meines Erachtens sind das die grossen Schwierigkeiten und da klafft der grosse Abgrund, über den der Kanzler nicht drüber kann.

Neurath wird nervös und flüchtet zur beliebten Ausrede, er wisse nichts davon, wo ist Weizsäcker. Er war jedenfalls froh, ihn nicht erreicht zu haben und dass er sich auf diese Weise aus meiner Reichweite verschieben konnte. Die Angelegenheit wird übrigens auf Grund eines inzwischen erfolgten Auftrages weiter verfolgt.

1862

Gesandter Hoffinger an Gesandten Tauschitz (Berlin)

Erlass Z. 50754/13

AdR,
GA Berlin

Wien, 24. Januar 1938

Herr Gesandter,

Unter Bezugnahme auf Ihren, im Bericht vom 12. I. M., Z. 7/pol¹, ausgedrückten Wunsch, Material über die Frage der Oesterreichischen Legion zwecks Verwertung im Gespräch mit Freiherrn v. *Neurath* zu erhalten, beehre ich mich, Ihnen anbei eine Zusammenstellung der aus letzter Zeit hier vorliegenden Meldungen zu übermitteln. Mit Ausnahme der ausdrücklich als noch nicht überprüft bezeichneten Meldung über die Formation in Coburg stammen alle Informationen aus zahlreichen und verschiedenen Quellen und stimmen so sehr überein, dass sie als einwandfrei festgestellt bezeichnet werden können.

Es unterliegt keinem Anstand, ihrem Mitredner ein Exemplar der Aufstellung zu überlassen.

Ueber das Ergebnis Ihrer Aussprache wird einer eingehenden Berichterstattung mit Interesse entgegengesehen.

Empfangen Sie, Herr Gesandter, den Ausdruck meiner vollkommensten Hochachtung.

Für den Staatssekretär:
Hoffinger

Abschrift.

1.) *Verstärkte Aktivität der österreichischen Legion.*

Von den Lagern der österreichischen Legion bestehen derzeit noch: Godesberg bei Köln (Legionskommando und Stabstruppen)

¹ ADÖ 12/1841.

Bocholt

Dorften

Lippstadt (Hannover)

Hohenkammern, alle vier im Westen und Nordwesten Deutschlands gelegen.

Ausser diesen bestehen noch in *Bayern* die Lager

Neu Aubing und

Rottach am Tegernsee.

Der Gesamtbestand der *aktiven* Legion beträgt derzeit schätzungsweise ca. 4.000 Mann.

Neu Aubing dient als Flüchtlingsammelstelle, Sichtungslager und Zentralevidenzstelle, bei der alle Legionsangehörigen evident geführt werden. Nach vorliegenden Nachrichten *herrscht in Aubing in letzter Zeit ausserordentlich reges Leben*. Nach Passieren der Sammelstelle kommen die Leute nach *Deggingen a. d. Nordalb*, dem Zentralausbildungslager, wo sie nach wie vor die militärische Ausbildung und Schulung mitzumachen haben. Nach beendeter Ausbildung werden die Leute nach Wahl entweder in *militärische Legionslager* oder in *Legionsarbeitslager* versetzt.

Neuerdings müssen auch *andere geeignete österreichische Arbeitssuchende*, die keine Flüchtlinge sind, mindestens durch einige Wochen die Ausbildung im Lager Deggingen mitmachen, wenn sie einen Arbeitsplatz vermittelt erhalten wollen. Dadurch erhält die Legion einen *ausgebildeten Reservestand*, der durch die Zentralstelle evident geführt wird. Durch diese Vorsorge ist die Möglichkeit gegeben, die Legion jederzeit rasch auf hohen Stand zu bringen.

Nach einer allerdings nicht überprüften Meldung wird auch in Koburg eine grosse Zahl von Legionären intensiv ausgebildet; auch sollen der Legionsführer Reschny und sein Unterführer neuerdings an der Auffüllung der Legion arbeiten.

2. Konzentrierung der Österreicher innerhalb der SS.

Die aus der Legion in die reichsdeutsche SS übernommenen Oesterreicher sind nicht auf die einzelnen Formationen verteilt, sondern weiterhin *innerhalb derselben in eigenen Abteilungen* oder auch Unterabteilungen vereinigt; am auffälligsten bei der SS Standarte *Deutschland*, bei der der 2. Sturmbann nur aus Oesterreichern besteht. Es bestehen aber auch noch andere SS Formationen, bei denen *nur* Oesterreicher dienen.

Schliesslich ist bekannt, dass *Oesterreicher*, auch ohne die Legion zu passieren, *direkt* in die reichsdeutsche SS aufgenommen werden und nach guter Probedienstleistung die reichsdeutsche Staatsbürgerschaft verliehen bekommen. Sie dienen augenscheinlich als Ersatz für die Abgänge bei den österreichischen Teilen der SS.

1863**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an
Gesandten Wimmer (Belgrad)**Erlass (streng vertraulich)¹AdR, NPA
Südslawien 2/1
Z. 50646/13

Wien, 24. Januar 1938

Herr Gesandter

Nach den Berichten der österr. Gesandtschaft in Berlin² lassen sich die auf den Besuch Herrn Stojadinovic³ in Deutschland bezüglichen Beobachtungen und Informationen wie folgt resumieren:

Die Aufmachung des Empfangs durch die deutschen Stellen übertraf an Grossartigkeit und Herzlichkeit alles, was bisher bei solchen Anlässen geleistet worden war, – insbesondere auch den der ungarischen Minister im November v. J. – und lässt sich nur mit dem Besuch Herrn Mussolinis in Vergleich stellen.

Stark hervorgetreten ist die Person des Ministerpräsidenten Göring, der sich um die Fêtierung der jugoslawischen Gäste und Betonung der freundschaftlichen politischen Note besonders bemüht hat.

Einen Kontakt mit den Partnern der Kleinen Entente hat Herr Stojadinovic in Berlin absolut vermieden.

Unter den politischen Gesprächsthemen scheint Oesterreich einen prominenten Platz eingenommen zu haben, und zwar dürften sich die Partner der gemeinsamen Abneigung gegen die legitimistischen Bestrebungen gefunden haben. Konkretes über den Verlauf dieser Besprechungen ist zwar nicht bekannt, doch scheint deutscherseits eine direkte Frage über das Verhalten Jugoslawien im Falle einer Restauration in Österr. gestellt worden zu sein, die von Herrn Stojadinovic ausweichend, mit einem Hinweis auf die „diesbezüglich zwischen den Staaten der Kleinen Entente bestehenden Bindungen“ beantwortet worden zu sein scheint.

Eine Aufforderung an Jugoslawien, dem Antikominterpakt beizutreten, ist nicht gestellt worden, man hat sich deutscherseits anscheinend damit begnügt, die bekannte ablehnende Haltung Jugoslawiens gegen Beziehungen mit Sowjetrussland als Beweis einer ideellen Gleichschaltung in diesem Belange zur Kenntnis zu nehmen.

¹ Amtlicher Vermerk: „Kurier, Verschluss“.

² Vgl. dazu die Berichte aus Prag Nr. 17 und Budapest Nr. 6 jeweils vom 20. 1. (Z. 50660/13 und 50681/13).

Wollen Sie, ohne besonderes Empressment zu zeigen, versuchen, Näheres über die Konversationen Herrn Stojadinovic‘ in Berlin Erfahrung zu bringen und über Ihre diesbezüglichen Informationen zusammenfassend berichten.

Empf.

Im Uebrigen scheinen die positiven Ergebnisse der Entrevue nicht wesentlich über die durch die Presse bekannt gewordenen Vereinbarungen (Verdichtung des Wirtschaftsverkehrs mit spezieller Bezugnahme auf Forstprodukte, Presseübereinkommen) und Versicherungen einer allgemeinen Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen hinausgegangen zu sein.

1864

Gesandter Hoffinger an Gesandten Marek (Prag)

Privatschreiben (streng vertraulich)

AdR, NPA

Tschechoslowakei 7/1

Z. 50143/13

Wien, 25. Januar 1938

Hochverehrter Freund!

Damit Du nicht glaubst, dass Dein Bericht v. 6. 1. M. Z. 3/pol¹ unter den Tisch gefallen ist, teile ich Dir nur kurz mit, dass wir uns alle mit den von Herrn Hodza aufgeworfenen Fragen die Köpfe zerbrochen haben, ohne allerdings dazu gelangt zu sein, zu verstehen, worauf er hinaus will. Punkt 1 ist noch einigermaßen verständlich, obwohl auch diesbezüglich zu sagen wäre, dass die Angleichung oder Verschmelzung der zwei Präferenzsysteme nicht eine Frage ist, deren Beantwortung sich aus dem Aermel schütteln lässt. Immerhin wird die Wirtschaftsabteilung untersuchen, ob auf diesem Gebiet irgend eine Konversation aufgenommen werden kann. Gänzlich schleierhaft aber sind uns die Punkte 2 und 3 geblieben. Wie sich Hodza ein collective settlement denkt, an dem nach Punkt 2 neben Deutschland einerseits auf der andern Seite die Tschechoslowakei, Frankreich und Oesterreich beteiligt sein sollen, und das nach Punkt 3 zu einem modus vivendi Oesterreichs, Ungarns und der Tschechoslowakei mit Deutschland führen soll, ist absolut unverständlich. Das Verhältnis der Tschechoslowakei und das Ungarns zum Reich ist doch so grundverschieden, dass da von einem Parallelismus doch unmöglich die Rede sein kann, und das Gleiche gilt von Oesterreich und Frankreich, – kurz, wir sind über Kopfschütteln nicht hinausgekommen.

¹ ADÖ 12/1838.

Unter diesen Umständen ist es wohl das Beste, abzuwarten, ob Hodza auf das Gespräch zurückkommt, und in diesem Falle zu versuchen, ihn zu etwas konkreteren Formulierungen zu veranlassen, – von Deiner Seite aus aber die Sache womöglich auf dem Eis liegen zu lassen.

Mit den herzlichsten Grüßen und Handkuss an die gnädige Frau

Dein aufrichtig ergebener

1865

**Gesandter Franckenstein an Bundeskanzleramt/
Auswärtige Angelegenheiten**

Telegramm Nr. 2 (in Ziffern)

AdR,
GA London

London, 26. Januar 1938

Vansittart der erst jetzt das d. s. Resümee des Verlaufes der Budapester Konferenz studieren konnte hat sich mir gegenüber durchaus befriedigt geäußert und hervorgehoben es sei sehr anerkennenswert wie wir unter besonders schwierigen Verhältnissen unsere Handlungsfreiheit bewahrt haben. Engländerseits hätte man gern gesehen wenn Unabhängigkeit Oesterreichs ausdrücklich und nicht nur durch Erneuerung der Protokolle betont worden wäre. Bericht folgt.

Franckenstein

1866

**Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten
Schmidt an Gesandten Tauschitz (Berlin)**

Erlass Z. 50917/13

AdR,
GA Berlin

Wien, 27. Januar 1938

Herr Gesandter,

Seit einigen Wochen, insbesondere aber in den letzten Tagen, macht sich eine Propaganda fühlbar, die offenkundig darauf abzielt, die Bevölkerung Oesterreichs, aber auch die öffentliche Meinung in anderen Ländern durch Verbreitung alarmierender Nachrichten über eine nahe bevorstehende Umwälzung in Oesterreich zu beunru-

higen und ein Gefühl der Unsicherheit zu erzeugen. Dabei fehlt es nicht an offenen oder versteckten Hinweisen auf die Möglichkeit einer bewaffneten Intervention des Deutschen Reiches oder zumindest auf einen sehr starken politischen Druck von dieser Seite. Die Gerüchte über eine krisenhafte Zuspitzung der österreichisch-deutschen Beziehungen oder der inneren Situation nehmen ihre Argumente zumeist aus jenem Sektor der österreichischen Innenpolitik, der mit dem Schlagwort „Nationale Opposition“ bezeichnet wird. Einerseits wird gegen die Bundesregierung der Vorwurf erhoben, dass sie die „Befriedungsaktion“ nur zum Schein betreibe, daher bei der Erfüllung des Abkommens mit dem Deutschen Reich vom 11. Juli 1936 im Verzuge sei und ein schärferes Hervortreten der nationalsozialistischen Partei im Reiche notwendig mache; von der entgegengesetzten Seite kommt die Behauptung, dass die Bundesregierung Schritt für Schritt vor dem Nationalsozialismus zurückweiche und sich auf dem Wege zu einem „kalten Anschluss“ befinde.

Ein Ueberblick über die Pariser Morgenpresse des heutigen Tages zeigt deutlich, bis zu welchem Grad die Gerüchtemacherei gediehen ist. Man darf diese Zeitungsstimmen, die zweifellos z. T. von interessierten Wiener Berichterstatern stammen, im einzelnen gewiss nicht überschätzen. Es ist aber zu gewärtigen, dass die Aeusserungen der Pariser Blätter trotz aller von unserer Seite getroffenen Abwehrmassnahmen in die übrige Weltpresse übergehen. So berichtet der „Jour“ von heute, dass der deutsche Botschafter von Papen beim Herrn Bundespräsidenten eine Demarche unternehmen wolle, um den Rücktritt des Herrn Bundeskanzlers und die Veranstaltung einer Volksabstimmung zu erzwingen. Paris und London müssten sofort die abessinische Eroberung Italiens anerkennen, um sich mit Rom über die Aufrechterhaltung des status quo an der Donau zu verständigen. Für die Westmächte müsste Wien mehr wert sein als Addis Abeba. „Journal“ meldet, dass die Nationalsozialisten gesonnen seien, den gestern verhafteten Dr. Tavs mit Gewalt zu befreien, wenn man ihn nicht in Freiheit setze. „Oeuvre“ berichtet aus Genf, dass Reichskanzler Hitler noch vor seiner Reise nach Rom seinen Staatsstreich zur Lösung der österreichischen Frage plane. Die „Humanité“ spricht von einer bevorstehenden Abberufung des Botschafters von Papen als Vorspiel zu einem grösseren Schlag gegen Oesterreich. „Figaro“ legt in einem längeren Aufsatz dar, dass sich Deutschland im Jahre 1938 über Oesterreich und Ungarn den Weg zu den rumänischen Rohstoffen freimachen werde usw. usw.

Ich zweifle nicht, dass diese Gerüchte, die an einem einzigen Tage in der französischen Presse registriert werden konnten, aus einer zentralen Quelle stammen und in verschiedenster Fassung überall auftauchen werden, zugleich mit verschiedenen Deutungen der Verhaftung Dr. Tavs und der Sperre der Büros in der Teinfaltstrasse. Zur allgemeinen Orientierung wird daher mitgeteilt:

Das sogenannte Siebener-Komitee, dem auch Dr. Tavs angehörte, hatte die Aufgabe, bei der allmählichen Ueberführung illegaler nationalsozialistischer Kreise in die Legalität mitzuwirken. Zur Erfüllung dieser Aufgabe war es selbstverständlich notwendig, dem Siebener-Komitee eine gewisse Bewegungsfreiheit einzuräumen

und ihm den Kontakt mit Personen der illegalen Bewegung zu gestatten. Zu diesem Zwecke wurde auch das Büro in der Teinfaltstrasse errichtet. Die Bundesregierung war sich dabei von Anfang an im Klaren, dass die Duldung dieses Büros und der Parteienverkehr, der sich dort abspielte, in der Bevölkerung zu mancherlei Missdeutungen Anlass geben werde. Dieser Uebelstand musste jedoch in Kauf genommen werden, da man auf andere Weise alle Fäden zum Nationalsozialismus in Oesterreich abgeschnitten hätte, was aus innen- und aussenpolitischen Gründen unerwünscht war.

Die erste und unerlässliche Voraussetzung für die Tätigkeit des Siebener-Komitees und für alle anderen Befriedungsmassnahmen war aber die vollkommene Loyalität der handelnden Personen gegenüber dem Bundeskanzler und der VF, wozu sich dieselben ausdrücklich und schriftlich verpflichtet hatten. Es konnte niemals die Aufgabe des Siebener-Komitees oder einzelner Personen des Komitees sein, eine „nationale Opposition“ in irgendeiner Form und mit irgendeinem von den Grundsätzen der VF abweichenden Programm zu organisieren. In allen Unterhaltungen mit Vertretern der „nationalen Opposition“ hatten die Forderungen der Bundesregierung eindeutig Ausdruck gefunden: Vollkommener Verzicht auf jede illegale Betätigung, Anerkennung der Maiverfassung 1934 und der VF als einziger legaler Organisation der politischen Willensbildung.

Die Bundesregierung war sich seit geraumer Zeit nicht im Unklaren, dass unter der Flagge der „Nationalen Befriedung“ ein doppeltes Spiel getrieben werde. Die Beweise hiefür verdichteten sich immer mehr, so dass sich der Herr Bundeskanzler am 25 d. M. veranlasst sah, dem Treiben in der Teinfaltstrasse ein Ende zu setzen. Einer der engsten Mitarbeiter des Herrn Leopold, Dr. Tavs, der sich selbst als „Gauleiter für Wien“ bezeichnet, liess in ausländischen Blättern ein Interview veröffentlichen, das ein klares Bekenntnis zur Illegalität enthielt. Er wurde daraufhin verhaftet. Eine sofort vorgenommene Durchsuchung seines Büros ergab den schlüssigen Beweis, dass Dr. Tavs Hochverrat betrieben hat. Man fand unter seinen Papieren einen detaillierten Plan, der auf eine zumindest beabsichtigte enge Zusammenarbeit mit der NSDAP im Deutschen Reich schliessen lässt.

Die polizeiliche Untersuchung gegen Dr. Tavs und Genossen ist gegenwärtig noch nicht abgeschlossen. Die bisherigen Untersuchungsergebnisse waren aber vollkommen auszureichend, die sofortige Auflösung des „Siebener-Komitees“ und die Schliessung der Büros in der Teinfaltstrasse zu verfügen.

Es ist vorauszusehen, dass diese Vorkommnisse der nationalsozialistischen Propaganda innerhalb und ausserhalb unserer Grenzen neue Stichworte geben werden. Der Vorwurf, dass die Befriedungsaktion nicht ernst gemeint wäre, wird in verstärktem Masse auftauchen, gewiss in Verbindung mit der Behauptung, dass dadurch das Abkommen vom 11. Juli in Frage gestellt sei.

Ich beehre mich daher, Sie im Einvernehmen mit dem Herrn Bundeskanzler zu ersuchen, bei Erörterungen dieses Themas folgende Gesichtspunkte mit besonderem Nachdruck hervorzuheben:

1) Im Abkommen vom 11. Juli hat sich das Deutsche Reich verpflichtet, auf jede Einmischung in innere österreichische Angelegenheiten zu verzichten. Dabei wurde ausdrücklich auch der österreichische Nationalsozialismus als eine innere österreichische Angelegenheit anerkannt. Es steht unter Beweis, dass sich bisweilen einzelne Parteistellen im Reich an dieses Abkommen nicht gehalten und der illegalen Partei in Oesterreich nach wie vor moralische und materielle Unterstützung geliehen haben. Von österreichischer Seite wurden solche Konstatierungen bisher nie an die grosse Glocke gehängt, sondern stets möglichst geräuschlos ausgetragen. Oesterreichischerseits wird nicht behauptet, dass sich die verantwortliche Führung des Deutschen Reichs mit dem Vorgehen einzelner Parteistellen identifiziere, sondern vielmehr angenommen, dass dortselbst der Wille zur Einhaltung des Juliabkommens vorhanden ist.

2) Die nationale Opposition gliedert sich seit jeher in viele einander gegenseitig befehrende Gruppen, die in politischer Hinsicht vom Bekenntnis zu loyaler Mitarbeit bis zur Organisation von Terroraktionen abgestuft sind. Die Bundesregierung ist keineswegs der Meinung, dass die sogenannte „nationale Opposition“ schlechthin mit jenen politischen Kreisen identifiziert werden dürfte, die sich zu den Methoden des Dollfussmordes bekennen.

3) Die Bereitschaft der Bundesregierung, die „nationale Opposition“ zu positiver Mitarbeit zu gewinnen, besteht unverändert fort. Ebenso unverändert und unveränderlich ist jedoch die Ablehnung jedweder Partei und jedweder politischen Sektionierung der VF. Eine ernsthafte Zusammenarbeit mit nationalen Kreisen ist nach wie vor nur dann möglich, wenn diese auf jede illegale Betätigung und auf jede Verbindung zur Illegalität verzichten.

Es gibt keine Anhaltspunkte, die den Schluss gestatten würden, dass die eingangs erwähnten Alarmgerüchte einen realen Hintergrund haben. Die Annahme, dass es sich hier um Versuche der österreichischen Illegalen handle, eine Art Psychose in Oesterreich und eine ständige Unruhe in Europa um die „österreichische Frage“ zu schaffen und zu erhalten, hat viel grössere Wahrscheinlichkeit.

Ich beehre mich, Sie sohin zu ersuchen, diese Auffassung mit Nachdruck geltend zu machen, wo immer das in Rede stehende Thema berührt wird. Es wäre aber auch kein Zweifel darüber zu lassen, dass die österreichische Bundesregierung vor Einschüchterungsversuchen auch dann nicht zurückweichen wird, wenn sie in ernsterer Form als in Form von Gerüchten unternommen werden sollten.

Zusammenfassend muss unterstrichen werden:

Die Bundesregierung ist gewillt und entschlossen, die Politik des 11. Juli 1936 konsequent nach innen und aussen weiterhin zu verfolgen; sie wird sich unter keinen Umständen provozieren lassen, so dass nicht etwa nachträglich ein Vertragsbruch durch Oesterreich konstruiert werden könnte. Sie wird alles daran setzen, um Verschärfungen der Lage nach Möglichkeit zu verhindern und weiss sich in diesem Bemühen mit den Ansichten und Wünschen der aussenpolitischen

Freunde Oesterreichs, denen gegenüber keinerlei Veränderung der Lage eingetreten ist. Sie kann jedoch im Grundsätzlichen keinerlei Konzessionen machen und es stehen daher weder innenpolitische Überraschungen in Aussicht, noch können Drohungen und Einschüchterungen Aenderungen dieses unverrückbaren Standpunktes im Gefolge haben.

Empfangen sie, Herr Gesandter, den Ausdruck meiner vollkommensten Hochachtung.

Der Staatssekretär:
Guido Schmidt

1867

**Gesandter Tauschitz an Staatssekretär für die Auswärtigen
Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 14/Pol. (streng vertraulich)

Hochverratsprozess, 507-508

Berlin, 27. Januar 1938

Herr Staatssekretär!

In einem meiner letzten Gespräche mit *Neurath* äußerte sich der Reichsaußenminister, daß ihm die Engländer gesagt hätten, sie würden für die Vorbereitung einer Fortsetzung der deutsch-englischen Besprechungen noch längere Zeit benötigen. Er hätte geantwortet, daß er keine Eile habe und warten könne.

Demgegenüber stoße ich in hiesigen diplomatischen Kreisen auf die Meinung, daß die deutsch-englischen Gespräche nicht weitergingen, weil *Hitler Halifax* keine befriedigende Erklärung Mitteleuropa, insbesondere Österreich betreffend, abgegeben habe und Deutschland auch jetzt nicht bereit sei, eine solche abzugeben. Man kann hierbei zwar wiederholt der Annahme begegnen, daß Deutschland deshalb England keine Erklärung, die Selbständigkeit Österreichs betreffend, zu geben bereit ist, weil Deutschland nach wie vor mit Österreich etwas vorhabe, doch hat auch die Meinung sehr viel für sich, daß Deutschland deshalb eine solche Erklärung verweigere, weil es den Standpunkt vertrete, daß diese Frage in erster Linie die zwei Staaten selbst angehe und außerdem durch einen bilateralen Vertrag, wie dies *Halifax* bereits einmal gesagt wurde, geregelt sei. Die zweite Seite dieser Angelegenheit wäre, daß sie als ein Beweis für das große Interesse Englands am status quo in Mitteleuropa angesehen werden darf, woraus auch zwingende Konsequenzen für Deutschland abzuleiten wären.

In diesem Zusammenhange wäre auch noch ein Schritt Englands bei der ungarischen Regierung zu erwähnen, der angeblich im Spätherbst v. J. in Budapest versucht wurde. Man hat ebenfalls auf inoffiziellem Wege die ungarische Regierung

wissen lassen, daß man in London gerne sehen würde, wenn Ungarn ein kleines Abrücken von der Achsenpolitik andeuten könnte.

Genehmigen, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit!

Tauschitz

1868

Aufzeichnung Gesandter Hoffinger (streng geheim)

AdR, NPA

Deutschland/Geheim I/12 E

Z. 50943/13¹

Wien, 28. Januar 1938

Am 26. I. 1938 erschien Botschafter v. Papen beim H. St.S. und las ihm ein Ziffernteletogramm Frh. v. Neuraths vor, das ungefähr folgendes besagte: „Bezüglich der angeregten Begegnung hat sich der Herr Reichskanzler *mir gegenüber* bereit erklärt, Herrn Schuschnigg am Obersalzberg zu empfangen.“ Als Termin wäre ungefähr der 15. Feber in Aussicht zu nehmen. Papen soll feststellen, ob *noch Geneigtheit* für den Besuch besteht und bis 30. Jänner die vorbereitenden Schritte durchführen. Die endgültige Entscheidung wird ihm der Reichskanzler am 30. Jän. mündlich bekanntgeben.

Der Herr Staatssekretär hat dem Herrn Botschafter nach eingeholter Willensäußerung des Bundeskanzlers erwidert, dass dieser „nach wie vor bereit ist, einer Einladung des Herrn Reichskanzlers Folge zu leisten.“

Im weiteren Verlaufe des Gespräches wurden H. v. Papen eine Reihe der in der letzten Zeit zur Kenntnis der Bundesregierung gelangten Informationen über die nazistischen Umtriebe vorgehalten, und darauf hingewiesen, dass den deutschen Klagen wegen angeblicher ungenügender Erfüllung des „11. Juli“ auch heute noch und zwar in zunehmendem Masse berechtigte und beweisbare Beschwerden wegen Verletzung der fundamentalen Bestimmungen des Abkommens v. 11. Juli punkto Nichteinmischung gegenüberstehen. Zu Sprache gebracht wurde der in der Teinfaltstrasse gefundene Aktionsplan Tavs für das Jahr 1938, die Mitteilungen Leopolds an den Sekretär der Mosley-Partei, der Druck und Schmuggel von Winterhilfespendenbons des „Gaus Salzburg“ und die Studentenkameradschaft „Planetta“ in München.

H. v. Papen schrieb sich Daten über alle diese Vorfälle auf und sagte zu, sie bei seinem persönlichen Bericht beim Reichskanzler zu verwerten.

¹ Leicht verändert in: Hochverratsprozess, 557.

Schliesslich teilte der H. ST.S. dem H. Botschafter mit, dass nach der Aushebung des Büros in der Teinfaltstrasse der Gedanke erwogen werden könnte, die Hauptkompromittierten, Tavs und Leopold u. In der Maur dem Deutschen Reich „zur Uebernahme anzubieten“, wenn die in Aussicht genommene Besprechung zu irgend einem positiven Ergebnis führe. Dies würde dann auch dokumentieren, dass die von diesen zwei Herrn betriebene Methode nicht die Billigung der höchsten Reichsstellen geniessen.

Hoffinger

1869

**Gesandter Tauschitz an Staatssekretär für die Auswärtigen
Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 18/Pol.

AdR,
GA Berlin

Berlin, 29. Januar 1938

Herr Staatssekretär!

Zu obzitierten Erlass¹ beehre ich mich, zu berichten, dass ich heute Reichsaus-
senminister Freiherr von Neurath neuerdings über die österreichische Legion ge-
sprochen und ihm an Hand der Beilage die Situation der österreichischen Legion
und insbesondere deren verstärkte Aktivität vor Augen geführt habe.² Reichsaus-
senminister von Neurath gab zu, dass der Bericht im grossen und ganzen stimme,
dass aber zu irgend einer Beunruhigung gar keine Veranlassung vorliege, da all
das, was in der Abschrift angeführt wird, notwendig ist, um die Leute einzufan-
gen, auszubilden und weiterzubringen. Wenn sich der Mann gemeldet hat, dann
wird er eben, wie es hier üblich ist, militärisch ausgebildet, er muss mit dem Ge-
wehr umgehen können, es wird ihm Disziplin beigebracht, denn das Material,
das da herüber kommt, ist ja gerade nicht das beste. Er möchte sagen, die Leute
müssen zuerst ausgekämmt und hergerichtet werden. Kaum sind sie so halbwegs
in Verfassung, so bringt man sie in Zivilberufen unter. Es habe ihm gerade Gene-
raloberst Göring vor einiger Zeit gesagt, dass er die österreichische Legion derart
ausgesiebt habe, dass dort nur mehr unqualifiziertes Material sei, denn wer irgend
etwas kann, sei ausgehoben worden. Neurath meinte weiter, was man denn mit
den 4000 Mann anfangen solle. Irgendeine militärische Bedeutung komme dieser
Legion überhaupt nicht zu. Wenn jemand glaubt, dass die zu irgend etwas verwen-

¹ ADÖ 12/1862.

² Vgl. ADAP, D 2 (Baden-Baden 1950)/281.

det werden könnte, so irre er sich schwer. „Wenn wir jemals die Absicht hätten, Oesterreich zu erobern, mit der Legion bestimmt nicht.“

Zur Frage der Einstellung von Oesterreichern in die SS sagte mir Neurath, dass er selbst, als er jetzt als SS-Gruppenführer bei einer Gelegenheit in München war, eine Hundertschaft angetroffen habe, die grösstenteils aus Oesterreichern bestanden habe; das kann also wohl stimmen, dass Oesterreicher in der SS sind, es treffe aber keinesfalls zu, dass ein ganzer Sturmbann der Leibstandarte „Deutschland“ Oesterreicher wären. Im übrigen wären die 3 Standarten vollkommen militärisch organisiert und werden die Leute mit ihrer Einstellung naturgemäss automatisch deutsche Reichsbürger. Im übrigen wolle er aber die in Abschrift überreichte Meldung noch überprüfen lassen.

Weitere Berichterstattung darf daher vorbehalten bleiben.

Genehmigen, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit:

Tauschitz

1870

Gesandter Wimmer an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt

Bericht Nr. 7/Pol. (streng geheim)

AdR, NPA
Südslawien 2/1
Z. 51052/13¹

Belgrad, 29. Januar 1938

Herr Staatssekretär!

Ueber die Bedeutung und das Ergebnis der Reise des jugoslawischen Ministerpräsidenten nach Deutschland sind Interviews und Communiqués erschienen, die ich als bekannt voraussetzen darf. Sie haben – wenigstens für mich – auch so gut wie alles Interesse verloren im Vergleich zu den Aeusserungen dreier Männer: des Ministerpräsidenten, des italienischen und des englischen Gesandten, die einen Eindruck hinterlassen, von dem ich wünsche, dass er falsch wäre, da er mir nahezu wie ein Alarmsignal erscheint. Ich möchte, um nicht durch Beigaben unbeabsichtigt irgend ein Moment abzuschwächen oder zu verstärken, die Aeusserung dieser drei Herren kurz und stellenweise möglichst im Wortlaut wiedergeben.

¹ Leicht verändert abgedruckt in: Hochverratsprozess, 549-550.

Sir Ronald Campbell äusserte mir gegenüber schon vor der Rückkehr Stojadinović's die Meinung, dass er schon jetzt genau sagen könnte, was der Ministerpräsident nach seiner Rückkehr über seine Reise bekanntgeben werde: Es sei nichts beschlossen worden, die Deutschen hätten nichts verlangt und Jugoslawien und Deutschland wünschten nur den Frieden. Die Franzosen würden unzufrieden sein, aber da könne man nicht nichts machen. „The French had their day and now the Germans are having their day; and we can't do anything else but watch them.“ Die Engländer könnten also nicht anderes tun als die Jugoslawen beobachten.

Herr Stojadinović hat mir bei meiner heutigen Vorsprache vollkommen programmgemäss mitgeteilt, dass nichts beschlossen worden sei, dass die Deutschen nichts verlangt hätten etc. Der Führer hege durchaus friedliche Absichten und interessiere sich als zweiter Faust für den Neuaufbau Berlins und andere grosse Werke. Die Luftwaffe sei imponierend aber sicher nur für die Erhaltung des Friedens bestimmt.

Auf meine Frage, was bei dem Tour d'horizon über Oesterreich gesprochen worden sei, erwiderte Stojadinović: „Der Führer hat erstens gesagt, dass das Verhältnis Deutschlands zu Oesterreich gut sei, solange sich Oesterreich an den Vertrag vom 11. Juli hält. Was aber dann geschieht, wenn Oesterreich den Vertrag nicht hält, hat der Führer nicht gesagt.

Zweitens hat der Führer erklärt eine Restauration in Oesterreich unter keiner Bedingung zu dulden. Darüber sind wir einig, darum hat es mich sehr gefreut.“ Ich habe Stojadinović sofort erklärt, dass wir den Vertrag vom 11. Juli halten, dass es aber schon oft Versuche gegeben habe, in den Vertrag Dinge hinein zu interpretieren, die nicht darin stehen und dass die Auslegung eines Vertrages nicht nur die einseitige Angelegenheit eines Partners sei.

Ich habe, obwohl mir auch für die Stellung Jugoslawiens uns gegenüber eine volle Erklärung dieses Punktes wichtig erscheint, diesen Faden nicht weiter gesponnen, weil ich nicht vordrängen wollte und die d. a. Instruktion abwartete. jedenfalls habe ich auf Grund meiner Stellungnahme die Handhabe, das Gespräch auch von mir aus, falls es d. a. gewünscht wird, wieder aufzunehmen. Der jugoslawische Premier erkundigte sich auch um die Bedeutung der Verhaftung des Dr. Tavs und Genossen.

Herr Stojadinović erklärte noch, dass Herr Hitler alle deutschen Kolonien zurückhaben wolle; er sei durchaus ehrlich, denn er wolle nicht eine einzige fremde Kolonie. Er, Stojadinović, sei durchaus für diese Rückgabe aller Kolonien an Deutschland, die diesem Freude mache und Jugoslawien nichts koste.

Von der Annäherung an Ungarn, zu der Jugoslawien ja bereit sei, halte er derzeit nichts, denn Rumänien müsse ja vor neuen Entschlüssen wieder den Ausgang von Neuwahlen abwarten.

Der italienische Gesandte äusserte sich nach seiner Audienz bei Stojadinović dahin, dass er nicht glaube, Deutschland plane irgend einen Gewaltstreich oder

die Schaffung eines fait accompli. Herrn Hitlers Pläne seien derzeit durchaus friedlicher Art: er sei augenblicklich vor allem Städtebauer. Als Herr Indelli diese Ausführungen beendet hatte, kämpfte er sichtlich einen schweren Kampf mit sich selbst, ob er mir mehr sagen sollte oder nicht. Mehrmals setzte er an und brach wieder ab. Endlich sagte er: „Bezüglich Oesterreichs – bitte es ist dies ausschliesslich meine persönliche Meinung und nicht eine Aeusserung Stojadinović's – sehe ich keine unmittelbare Gefahr. Anders ist es aber vielleicht – es ist aber nur meine rein persönliche Ansicht – wenn durch irgend welche Ereignisse, wenn auch vielleicht zu Unrecht, der Schein erweckt würde, dass die grosse Mehrheit des Volkes in Oesterreich zu Deutschland will – oder dass Hitler auf irgend welche Umstände hinweisen könnte, die ihn als Retter Oesterreichs erscheinen lassen. Es gibt ja auch Leute die im Trüben fischen – mit Besorgnis habe ich von gewissen legitimistischen Efferveszenzen gelesen. Ich glaube, Oestereich hat sein Schicksal in seiner Hand.“

Mit der neuerlichen Versicherung, nur seine persönliche Meinung und nicht jene Stojadinović's gesagt zu haben, schloss Herr Indelli mit nahezu als gequält zu bezeichnenden Mienen seine Bemerkungen.

Der britische Gesandte, den ich heute neuerlich sprach, erzählte mir von Stojadinović's friedlichen Eindrücken bei Hitler, von dessen Bauwut etc. und von seiner Freigebigkeit mit Kolonien, die nicht ihm gehörten. Bezüglich Zentraleuropa habe der britische Gesandte Herrn Stojadinović erst vor ganz Kurzem auf das Interesse Englands an der Erhaltung des Friedens in Zentraleuropa verwiesen, eines Friedens, der auch den Frieden Jugoslawiens bedeute. Nach diesen Aeusserungen glaube ich nicht zu übertreiben, wenn ich die Gefahr der einseitigen Auslegung des Vertrages vom elften Juli als durchaus im Vordergrund stehend sehe. Es kann ferner die Möglichkeit nicht ausser acht gelassen werden, dass Herr Stojadinović beeinflusst worden sein könnte eine derartige Auslegung gegebenenfalls als zu Recht bestehend hinzunehmen. Ich glaube daher dem Gebote der Sachlage zu gehorchen, wenn ich um einschlägige Weisungen dringend bitte.

Der grosse Teil meiner Unterredung mit Stojadinović war auftragsgemäss der dringend energischen Betreibung der Marburger Angelegenheit gewidmet, die unter den gegebenen Umständen doppelt schwer wiegt.

Die Stimmung war begreiflicherweise derart, dass von einem Besuch des Herrn Staatssekretärs in Jugoslawien mit keinem Wort die Rede war.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Wimmer

1871**Gesandter Wimmer an Staatssekretär für die
Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 8/Pol. (dringend, streng geheim)

AdR, NPA
Südslawien 2/1
Z. 51122/13

Belgrad, 31. Januar 1938

Herr Staatssekretär!

Ueber die Vermutungen, die bezüglich der Ergebnisse der Reise Stojadinović's nach Deutschland kursieren, habe ich weitere Informationen erhalten, die sich mit der Stellung der Tschechoslowakei im deutsch-ungarisch-jugoslavischen Kräftefeld befassen.

Gesprächsweise erwähnte der ungarische Gesandte, es sei für Ungarn nach der Berliner Reise Stojadinović's das wichtigste und für die Gesandtschaft daher eine der Hauptaufgaben, zu erfahren, zu welchem Ergebnis die Prüfung der Lage der Tschechoslowakei geführt habe. Er nehme an, dass Jugoslavien sich bei einem Konflikt zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei kaum zu einem aktiven Eingreifen gegen seinen deutschen Freund veranlasst sehen werde. Für Ungarn sei es nun entscheidend zu wissen, ob Jugoslavien auch dann neutral bleiben werde, falls Ungarn gleichzeitig mit den eventuellen deutschen Vorgehen gewisse Punkte in der Slowakei besetzen würde. Deutliche Erklärungen erwarte er ja selbstverständlich nicht, doch fürchte er, dass es auch sehr schwierig sein werde, hierfür in Belgrad überhaupt verlässliche Anhaltspunkte zu erhalten.

Der griechische Geschäftsträger teilt mir mit, dass ihm über die Tschechoslowakei betreffenden Besprechungen Stojadinović's in Berlin Folgendes als sicher bekannt sei: Herr von Neurath haben dem jugoslavischen Premier gegenüber die deutsch-tschechischen Beziehungen als sehr schlecht bezeichnet, sie seien jedoch nicht noch schlechter, als schon vor zwei Jahren. Wäre in Prag jedoch nur ein wenig Einlenken und Entgegenkommen zu konstatieren, so wäre eine günstigere Entwicklung durchaus möglich. Aus dieser und ähnlichen Bemerkungen schliesse Herr Stojadinović, dass die deutsche Regierung keine aggressiven Absichten gegen die Tschechoslowakei habe. Allerdings habe es auf Herrn Stojadinović einen ganz ausserordentlichen Eindruck gemacht, als man ihn in Berlin eine genaue Kartothek über jeden einzelnen tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Nationalität in der Tschechoslowakei gezeigt habe. (Es mag dahin gestellt bleiben, ob diese Kartothek alle Sudetendeutschen umfasst oder nur jene, die irgendwie von den tschechoslowakischen Behörden beanständet wurden.) Welche Gedanken sich Herr Stojadinović über den Zweck dieser

ihm so imponierenden Organisation gemacht habe, konnte der griechische Geschäftsträger nicht angeben.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Wimmer m.p.

1872

**Gesandter Marek an Staatssekretär für die Auswärtigen
Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 31/Pol. (streng geheim)¹

AdR,
GA Prag
Z. 51207/13

Prag, 31. Januar 1938

Herr Staatssekretär,

Ueber den Verlauf und das Resultat der von 25. bis zum 30. Jänner in Prag zwischen unserer Delegation und den Delegierten der tschechoslovakischen Republik geführten Verhandlungen betreffend den Schutz des Arbeitsmarktes und die Behandlung österreichischer Staatsangehöriger in der Tschechoslovakei will Herr Generalkonsul Schwagula ausführlich berichten, der auch die Originale aller Niederschriften, Protokolle und Entwürfe nach Wien mitgenommen hat.

Ich darf erwähnen, dass sich bei der tschechoslovakischen Delegation, die unter dem Vorsitz des a.o. Gesandten Dr. Robert Flieder stand, in jeder Beziehung das Bestreben zeigte, unseren Wünschen entgegenzukommen und es deutlich zu Tage trat, dass dieser Delegation von den obersten Stellen sicherlich Richtlinien in dieser Beziehung mitgegeben worden waren. So wurden denn in Bezug auf die Fragen des Arbeitsmarktes, den Aufenthalt unserer Bundesbürger in der Tschechoslovakei und über gewisse andere Fragen (Armen- und Krankenfürsorge etz.), wenn ich dem Urteil Herrn Staatssekretärs vorgreifen darf, immerhin begrüßenswerte Fortschritte erzielt. Ausgeschaltet blieb allerdings eine Diskussion über die Bestimmungen des Staatsverteidigungsgesetzes, weil dieses von der Nationalversammlung dekretierte Gesetz als Tabu erklärt worden war, an den nicht zu rütteln ist. Der Kampf, den wir immer wieder gegen die, uns am meisten drückenden Bestimmungen dieses Gesetzes aufzunehmen suchten, scheiterte auch an dem Fehlen des kompetenten Gegenspielers, denn das Ministerium für

¹ Vgl. dazu auch eine Aktennotiz aus dem NL Guido Schmidt vom 31. 1. 1938.

ationale Verteidigung war in der Delegation nicht vertreten und die Delegierten der zivilen Ministerien lehnten es ab, zu unserer Kritik an den einzelnen Bestimmungen des Staatsverteidigungsgesetzes Stellung zu nehmen.

Der Vorsitzende der tschechoslovakischen Delegation erklärte mir unter vier Augen, dass er persönlich bevollmächtigt wurde, auch über dieses Gesetz mit mir geheim zu verhandeln, bezw. in dieser Richtung gewisse Erklärungen abzugeben, es gelang uns aber erst nach einigen wiederholten und eindringlichen Versuchen, auch eine schriftliche Erklärung in dieser Richtung zu erlangen. Hiebei hatten die beiden tschechoslovakischen Unterhändler, Gesandter Dr. Flieder und Ministerialrat Čermak des Aussenministeriums [sic!], wie sie mir nachher erzählten, einen recht schweren Stand. Sie mussten, nachdem sie sich vorerst persönlich im Ministerratspräsidium zu dem Entwurf der abzugebenden Erklärung die Sanktion erbeten hatten, im Landesverteidigungsministerium verhandeln, wo sie auf den hartnäckigsten Widerstand in Bezug auf eine schriftliche Zusage gestossen sind. Die beiden Delegierten insistierten aber vor den Landesverteidigungsminister geführt zu werden, der dann gegen die Opposition (und angeblich auch Warnungen) der zuständigen Generale ein Machtwort sprach und den Befehl gab, unserem Ersuchen nach einer schriftlichen Erklärung, jedoch in einer ganz geheimen Form, stattzugeben. Die Unterredung beim Landesverteidigungsminister soll, wie mir Ministerialrat Čermak später erzählte, derart heftig und dramatisch gewesen sein und Čermak habe derartige Vorwürfe in der Abteilung 2 des Landesverteidigungsministerium zu hören bekommen, dass er nachher eine schlaflose Nacht hatte und der Ansicht ist, er sei nunmehr im Ministerium für nationale Verteidigung „unten durch“.

Wir seien der einzige Staat, erklärte mir Herr Dr. Flieder, mit dem man über die Auswirkungen des Staatsverteidigungsgesetzes trotz allem verhandelt habe und selbst Deutschland hätte anerkannt, dass man formell über ein so wichtiges militärisches Gesetz nicht verhandeln könne und habe nicht mehr insistiert.

Das *geheime Protokoll* über das Resultat dieser Verhandlungen, welches lediglich von mir und Herrn Dr. Flieder gezeichnet wurde, und das ausser der Bundesregierung Niemandem zur Kenntnis gebracht werden und zu Niemandem erwähnt werden soll, enthält folgende, namens der tschechoslovakischen Regierung abgegebene Erklärung: „Die zur Durchführung dieses Gesetztes (d. h. des Staatsverteidigungsgesetzes vom 13. Mai 1936; S. d. G. u. V. Nr. 131) zuständigen tschechoslovakischen Behörden werden alle Fälle, in denen seine Bestimmungen österreichische Bundesbürger betreffen mit dem grössten Wohlwollen unter ständige Bedachtnahme auf ihre Existenzgrundlagen behandeln. Dies gilt insbesondere für die Bestimmungen der §§ 22, 34, Abs. 9 und 50 des Gesetzes. Interventionen der österreichischen Gesandtschaft in diesen Fällen werden mit grösster Beschleunigung behandelt werden.“

Nachdem ich unter Hinweis auf die Verflochtenheit der gegenseitigen Interessen der Staatsbürger beider Staaten, insbesondere gegenüber dem Vertreter des In-

nenministeriums die These vertreten hatte, dass es mir nicht genüge, wenn unsere Bundesbürger in der Tschechoslowakei nicht schlechter behandelt werden sollen, als andere Ausländer und dass ich vielmehr eine bessere, bevorzugte Behandlung unserer Landsleute in der Tschechoslowakei erwarten und verlangen muss, gab der Vertreter des Ministeriums des Innern, nach Rücksprache mit dem Minister des Inneren *mündlich, die streng vertraulich zu behandelnde und nicht für die Öffentlichkeit bestimmte* Erklärung ab, dass der Minister des Inneren meinem Wunsche nachkomme und das Versprechen abgebe, dass in Hinkunft österreichische Bundesbürger im Geltungsbereich der inneren Verwaltung in Bezug auf die Fragen des Arbeitsmarktes, des Aufenthaltes und die damit zusammenhängenden Fragen eine bevorzugte Behandlung vor allen anderen Ausländern geniessen werden.

In meiner Schlussrede, nach Unterschrift der betreffenden Protokolle und Niederschriften, habe ich an die tschechoslowakische Delegation den Appell gerichtet, dass unsere Abmachungen nicht genügen werden, wenn der Geist, in dem sie verhandelt und geschlossen wurden, und das Entgegenkommen der Vertreter der Zentralbehörden sich nicht auch bis in die untersten Instanzen fortpflanzt und selbst den niedrigsten Provinzialbehörden zur Richtschnur dienen würde. Ich bat die Vertreter der Zentralregierung dafür Sorge zu tragen, dass durch entsprechende, und zwar sehr rasche Belehrung der untergeordneten Stellen in diesem Sinne, das notwendige veranlasst werde. Der Vorsitzende der tschechoslowakischen Delegation sagte dies im Einvernehmen mit den Delegierten der vertretenen Ressortstellen zu und versprach raschest, namentlich die Präsidenten der Landesämter entsprechend instruieren zu lassen.

Es wird nun abzuwarten sein, wie sich unsere jüngsten Abmachungen in die Praxis umsetzen werden. Immerhin ist anzunehmen, dass in der nächsten Zeit auch weitere Beschwerdefälle vorkommen werden, die ihren Ursprung in früher gefällten Entscheidungen haben und dass es doch noch einige Zeit dauern wird, bis die untersten Instanzen entsprechend belehrt sein werden. Es wird nun Sorge der Gesandtschaft sein, in allen diesen sich etwa in Hinkunft ereignenden Fällen nachdrücklichst einzuschreiten und unter Berufung auf die gegenständlichen Abmachungen raschest Remedur zu verlangen.

Eine gewisse Einschränkung wäre allerdings hiebei zu beobachten. Ministerialrat Čermak hat namens der Militärverwaltung seinerseits an mich den Appell gerichtet, den Bedürfnissen der Staatsverteidigung auch unsererseits ein gewisses Verständnis entgegenzubringen und zu verstehen, dass, wenn die Militärverwaltung in Hinkunft trotz allem die Entfernung von Ausländern – also auch von Oesterreichern – aus gewissen besonders staatswichtigen Betrieben verlangen müsste, es sich wirklich um eine Staatsnotwendigkeit handle und nicht darin etwa einen Bruch des Abkommens zu erblicken. Man hoffe, dass diese Fälle nur sehr selten vorkommen werden und man würde sie uns gerne eingehend erklären und motivieren.

Sowohl der Minister für soziale Fürsorge Ing. Nečas, als auch der Herr Minister für Auswärtige Angelegenheiten haben sich unsere Delegation persönlich vorstellen lassen, haben ihr lebhaftes Interesse an dem Resultat unserer Verhandlungen kundgegeben und ihrer Befriedigung namentlich auch über den freundschaftlichen Geist in dem die Verhandlungen geführt wurden und über die erlangten Resultate ausgesprochen.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Dr. Marek

1873

Bericht des Militärattachés für Deutschland und die Schweiz Pohl

Nr. 80/38 (Verschluss, Abschrift)

AdR, NPA
Südslawien 2/11
Z. 51518/13

Berlin, 1. Februar 1938

Von verlässlicher Seite habe ich folgendes in Erfahrung gebracht:

Anlässlich der Anwesenheit des jugoslawischen Ministerpräsidenten in Berlin ist es zu keinen vertragsmässigen Vereinbarungen gekommen.

Stojadinović bestätigt sich sowohl in privater Eigenschaft als auch als Staatsmann vor allem als Geschäftsmann. Der Zweck seiner Reise war, günstige Handelsbedingungen für Jugoslawien vorzubereiten, insbesondere die Ausfuhr aus Jugoslawien zu steigern. Allen Versuchen, politische Bindungen einzugehen ist er geschickt ausgewichen.

Gelegentlich seines Besuches bei Göring in der Schorfheide ist auch die Sprache auf Oesterreich gekommen.

Göring fragte, wie sich Jugoslawien zu einem Restaurationsversuch in Oesterreich stellen wird. Stojadinović antwortete, Jugoslawien lehne einen solchen Versuch ab.

Göring fragte weiter, ob Jugoslawien in einem solchen Falle mobilisieren werde. Stojadinović antwortete, in diesem Falle gelten die Abmachungen innerhalb der Kleinen Entente.

Auf die Frage Görings, was diese Abmachungen beinhalteten, gab Stojadinović eine ausweichende Antwort.

Ich habe sodann Gelegenheit gesucht, mit dem tschechoslowakischen Militärattaché in Verbindung zu kommen. Er gab mir indirekt zu, dass Abmachungen in der

Kleinen Entente bestehen, ohne sich darauf näher einzulassen. Er führte aber weiter aus, dass die Tschechoslowakei selbst keine grossen Besorgnisse im Falle einer Restauration hege, denn kein Tscheche oder Slovake wolle in ein Habsburgerreich zurück, die Deutschen der Tschechoslowakei gravitieren aber nach Deutschland und nicht zu Oesterreich. Die Wiedereinsetzung der Habsburger bringe für die Tschechei kein Gefahrenmoment mit sich. Die Tschechoslowakei würde sich mit einem formalen Protest begnügen.

Anders liegen die Verhältnisse in Jugoslawien. Die kulturell höher stehenden Kroaten fühlen sich im neuen Staatenverband nicht zufrieden und streben von den Serben weg. Für den Bestand des jugoslawischen Reiches birgt die Wiedereinsetzung eine Gefahr, die von den Serben nicht ohne weiteres hingenommen werden würde.

1874

**Generalkonsul Jordan an Staatssekretär für die
Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 3/Pol. (streng vertraulich)

Hochverratsprozess, 508

München, 3. Februar 1938

Herr Staatssekretär!

Mein hiesiger polnischer Kollege erzählte mir, er habe nach der Deutschlandreise des Ministerpräsidenten *Stojadinovic* in Berlin eine Unterredung mit seinem Botschafter gehabt. Herr *Lipski* habe die Ansicht geäußert, daß seit diesem Besuch „der Appetit Deutschlands auf Österreich sichtlich gewachsen“ sei. Deutschland glaube, daß die Zeit für seine Pläne reif sei. England sei in Asien beschäftigt, Frankreich habe mit innerpolitischen Schwierigkeiten zu kämpfen, Jugoslawien würde deutschen Vorstößen, um eine Restauration zu verhindern, keinen Widerstand entgegensetzen. Die Wilhelmstraße nehme ferner an, daß Italiens wirtschaftliche und außenpolitische Lage so schlecht sei, daß es eine Aktion in Österreich dulden müsse. Dies sei nach Ansicht des Herrn *Lipski* allerdings ein Irrtum. Italien denke um so weniger daran, sich im Donaauraum zur Seite schieben zu lassen, als zur Herstellung einer engeren Kooperation mit den Westmächten deren Anerkennung des Bestehenden erforderlich sei.

Genehmigen, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit.

Jordan

1875**Generalkonsul Jordan an Staatssekretär für die
Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 5/Pol. (geheim)

Hochverratsprozess, 508-509

München, 8. Februar 1938

Herr Staatssekretär!

In den Tagen, die den Entschließungen des Herrn Reichskanzlers vom 4. d. M. vorangingen, herrschte in München eine fieberhafte Nervosität. Von allen Seiten wurden „aus verlässlicher Quelle“ abenteuerliche – zum Teil miteinander unvereinbare – Meldungen über kommende Ereignisse kolportiert. Den Mittelpunkt aller außenpolitischen Gerüchte bildete Österreich. Meldungen über eine „Frühjahrsaktion“ tauchten von allen Seiten auf.

Der Generaldirektor der Gute-Hoffnung-Hütte, Herr *Reusch*, Mitglied des Verwaltungsrates der B. J. Z. in Basel, wollte aus erster Quelle erfahren haben, England und Frankreich hätten Deutschland einen „Generalausgleich“ vorgeschlagen und hierbei folgende Angebote gemacht: Zuweisung von Kolonien, Regelung der Korridor- und Danzig-Frage, Wahlen in Österreich. Der Zweck den die beiden Westmächte mit diesem Angebot verfolgten, sei die Isolierung Italiens. Über die Aufnahme dieses Angebotes in der Willhelmstraße hat sich Herr *Reusch* nicht geäußert. Die ganze Meldung klingt reichlich phantastisch. Ich registriere sie aber, weil Reusch ein Mann von Format ist. Eine Bestätigung für die Richtigkeit der Meldung ist mir bisher nicht untergekommen. Hingegen begegne ich in Kollegenkreisen wiederholt der These, daß Frankreich und England eine Isolierung Italiens anstreben und zu diesem Zweck zu Konzessionen gegenüber Deutschland bereit wären.

Die Personalveränderungen in der deutschen Armee und die Entlassung Baron *v. Neuraths* sowie der Botschafter *v. Papen* und *v. Hassel* haben in der Öffentlichkeit wie eine Bombe gewirkt. Man betrachte diese Entlassungen allgemein als Anzeichen für eine Abschwenkung Deutschlands von der Linie des 11. Juli 1936. Die „Frühjahrsaktion“ war wieder im Mittelpunkt der Kombinationen.

Die inzwischen durchgesickerten Nachrichten über die Hintergründe die militärischen Personalveränderungen haben beruhigend gewirkt. Die Entlassungen im Außendienst werden von meinen Kollegen ebenfalls ruhiger beurteilt, obwohl über deren Zweck noch keine feste Meinung besteht. Man glaubt, daß die Reichstagssitzung vom 20. d. M. eine Klärung bringen werde.

Gleichlautend Gesandtschaft Berlin.

Genehmigen Herr Staatssekretär den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit.

Jordan

1876**Gesandter Vollgruber an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 13/Pol. (streng vertraulich)

Hochverratsprozess, 540

Paris, 10. Februar 1938

Herr Staatssekretär!

Meine persönlichen und die Bemühungen des Presseattachés, aufklärend und beruhigend zu wirken und nach Möglichkeit das Erscheinen alarmierender Nachrichten über die Lage bei uns und über aggressive deutsche Absichten uns gegenüber zu verhindern, haben sofort nach dem Erscheinen des Artikels „La vérité sur la situation et les projets de l'Allemagne au début de 1938“ im „Figaro“ vom 26. v. M. eingesetzt. Während wohl der größte Teil der an den folgenden Tagen abgedruckten Gerüchte und Nachrichten, wie Herr Staatssekretär schreiben, mehr oder weniger direkt aus der bewußten Zentrale stammen mögen, wurde der Artikel vom 26. im „Figaro“ hier in Presskreisen und auch anderwärts beinahe allgemein Herrn *François-Poncet* zugeschrieben oder als von ihm inspiriert angesehen. Man erzählte sich hier in jenen Tagen, daß sich Baron *Neurath* eben nicht nur Herrn *Flandin*, sondern auch Herrn *François-Poncet* und vielleicht noch anderen gegenüber in der bekannten, unfreundlichen Weise über uns geäußert habe.

Nach Erhalt des obzitierten Erlasses haben wir unsere Bemühungen weiter fortgesetzt und ich habe den Eindruck, daß sich die französische Presse, mit deren Nervosität nun einmal gerechnet werden muß, eigentlich besser gehalten hat, als zu befürchten gewesen wäre. Man hat sich schließlich nicht allzuviel mit uns befaßt und, wenn dies schon geschah, war doch öfters eine optimistische Auffassung und eine gewisse Reaktion gegen die Machenschaften zu konstatieren. Die Tatsache der Verhaftung *Tavs* und der Aushebung der Büros in der Teinfaltstraße hat hier an und für sich einen ausgezeichneten Eindruck gemacht und den Glauben an unsere innere Widerstandsfähigkeit bei denen, die ihn sich hatten etwas erschüttern lassen, vollkommen wiederhergestellt. Ich konnte dies sogar für einen Augenblick bei der sonst wirklich in allen Belangen nur schwarz sehenden Madame *Tabouis* konstatieren.

Natürlich habe ich über alle diese Dinge auch öfters am Quai d'Orsay gesprochen. Daß man dort unsere Politik vollkommen versteht, ist Herrn Staatssekretär ja bekannt. Ich hatte dort also eigentlich offene Türen einzurennen. Am Quai d'Orsay herrscht außerdem unzweifelhaft die Tendenz vor, das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland nicht nur nicht zu verschlechtern, sondern wenn möglich, zu verbessern. Unser Bestreben, zumindest mit dem offiziellen Deutschland

ein leidliches Verhältnis aufrechtzuerhalten, muß daher dort notwendigerweise nicht nur Verständnis, sondern sogar eine sympathische Aufnahme finden, um so mehr, als der Quai d'Orsay bekanntlich in den Unabhängigkeitswillen der Bundesregierung vollstes Vertrauen hat. Es wurde mir auch eine Einflußnahme auf die hiesige Presse, soweit diese möglich ist, zugesagt. Allerdings äußerte man sich über das Ausmaß der Möglichkeit der Einflußnahme gleichzeitig immer auch skeptisch.

Bei der Erörterung der Auswirkungen der letzten Veränderungen in Deutschland in der hiesigen Presse haben wir, so will mir scheinen, relativ gut abgeschnitten. Sollte aber ein radikaler nationalsozialistischer Parteigänger zum Gesandten in Wien bestellt werden, werden wohl neue Angstaussbrüche der hiesigen Presse unvermeidlich sein. Dem wird auch eine Einflußnahme des Quai d'Orsay und eine direkte Bearbeitung kaum vorbeugen können.

Genehmigen, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit.

gez. *Vollgruber*

1877

**Gesandter Vollgruber an Staatssekretär für die
Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 14/Pol. (streng vertraulich)

Hochverratsprozess, 540-541

Paris, 10. Februar 1938

Herr Staatssekretär!

Der italienische Geschäftsträger Botschaftsrat *Prunas*, den mir noch seinerzeit Herr *Cerruti* vorgestellt hat, hatte mir sofort das erste Mal, als ich ihn sprach, von sich erzählt, daß er angeblich den engsten Freundeskreis des Grafen *Ciano* angehöre. Seine Ansichten über die hiesigen Verhältnisse und vor allem über die italienisch-französischen Beziehungen sind jedenfalls, soviel ich bis jetzt konstatieren konnte, von den Ansichten Herrn *Cerrutis* über diese Dinge grundverschieden. Viel über Politik habe ich übrigens bisher mit Herrn *Prunas* nicht gesprochen, obzwar wir auf gutem Fuße stehen und einander öfters begegnen. Gestern war ich bei dem italienischen Geschäftsträger zum Diner eingeladen. Er kam selbst auf Politik und die letzten Veränderungen in Deutschland zu sprechen. Aus seiner Darstellung war zu entnehmen, daß er in diesen Veränderungen einen durchschlagenden Erfolg der „Partei“ sieht. Er erwähnte auch ausdrücklich, daß die Abberufung Herrn *v. Hassels* nicht lediglich auf mehr oder weniger

persönliche Griefs der „Partei“ gegen den Botschafter, sondern vor allem auf eine Unzufriedenheit Herrn Görings mit der politischen Einstellung und dem Wirken Herrn v. Hassels zurückzuführen sein dürfte. Die unbestreitbare Tatsache, daß man von dort auch versuchte, diese ruhige Auffassung durch den „Temps“ auf die Öffentlichkeit ausstrahlen zu lassen, ferner der Umstand, daß im „Temps“ die aus Basel datierte Darstellung der Ereignisse publiziert wurde, die bekanntlich von einem monarchistischen Militärkomplott zu erzählen wußte und hier beinahe allgemein Herrn François-Poncet zugeschrieben wird, will Herr Prunas so erklären, daß der Quai d’Orsay, der mit allen Kräften auf eine Verständigung mit Deutschland hinarbeite und zu verschiedenen Kreisen der Reichswehr Fäden gesponnen habe, vor der Öffentlichkeit, um diese nicht zu beunruhigen, den Anschein erwecken wolle, daß Aussichten der Realisierung eines solchen Arrangements nach wie vor beständen, da die Position der Reichswehr nicht erschüttert worden sei, vielmehr verschiedene Ereignisse, wie zum Beispiel eben der angebliche Militärputsch, aufzeigten, daß die Einigkeit und Stärke Deutschlands gar nicht so unangreifbar wäre, wie es bisher den Anschein erweckt hätte. Herr Prunas sagte, seine Ausführungen über die Veränderungen in Berlin gleichsam abschließend, er sei ein unbedingter Anhänger der Achse Rom–Berlin aber es gebe auch da natürlich „des limites“. Er sagte dann abschließend, er bewundere die Energie und den Mut des Herrn Bundeskanzlers sowie das Einhalten einer klaren politischen Linie, was uns nicht immer leicht fallen könne. Diese Bemerkung führte das Gespräch auf die letzten Budapester Konferenzen, wobei Herr Prunas die Bemerkung fallen ließ, „Solange Italien sich mit England nicht arrangiert habe, trage es gewisse Fesseln und könne daher nicht immer tun, was es wollte“. Auf meine Frage, ob die Zeitungsmeldungen über die Aufnahme von englisch-italienischen Konversationen einen ernsten Hintergrund hätten erwiderte er, er sei darüber nicht näher informiert, er wisse nur, daß England in der letzten Zeit auf die Aufnahme von Konversationen „gedrängt“ habe. Er habe übrigens das Gefühl, daß sich auch hier an verschiedenen, auch einflußreichen Stellen der Wunsch breit mache, das Verhältnis zu Italien zu klären und die Annexion Abessinians anzuerkennen. Der Quai d’Orsay stehe solchen Bestrebungen aber vorläufig noch immer ablehnend im Wege.

Genehmigen, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit.

Vollgruber

1878**Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten
Schmidt an österreichische Gesandtschaften im Ausland**

Telegramme

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 51401/13

Wien, 11. Februar 1938

ad 1–8¹

Seit mehreren Wochen schwebten auf Grund einer von deutscher Seite ausgegangenen Anregung Verhandlungen über eine persönliche Zusammenkunft zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Reichskanzler. Als deren Ergebnis findet am Samstag 12. 1. M. ein unoffizieller Besuch des Bundeskanzlers in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Schmidt in Obersalzberg statt.

Zweck der Aussprache ist die möglichste Bereinigung der Schwierigkeiten, die sich bei Durchführung des Juli-Uebereinkommens 1936 ergeben haben, mit dem Ziele einer Vertiefung der beiderseitigen Beziehungen.

Selbstverständlich wird an den Grundsätzen des Uebereinkommens festgehalten werden, die bei diesem Anlasse neuerlich bekräftigt werden. Gleichzeitig werden Massnahmen in Aussicht genommen, die ein lückenloses Funktionieren des Abkommens sicherstellen sollen.

Allen darüber hinausgehenden Sensationsmeldungen ist selbstverständlich entgegenzutreten.

Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache

nur ad 4 (Rom)

und zur Mitteilung an dortige Regierung sowie Information Ihres Kollegen am Vatikan.

nur ad 5 (Budapest)

und zur Mitteilung an dortige Regierung.

Schmidt

¹ Nr. 1 Berlin, 2 Paris, 3 London, 4 Rom, 5 Budapest, 6 Prag, 7 Warschau und 8 Bern. Diese Telegramme wurden am Abend des 11. 2. expediert.

1879

**Erstes Kommuniqué zur Zusammenkunft von
Berchtesgaden**Österreichische Entwürfe¹

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 51400/13

o. O., o. D.

1.

Bundeskanzler Dr. *Schuschnigg* stattete heute, einer an ihn gerichteten Einladung Folge leistend, in Begleitung St.S. Dr. *Schmidt* und Botschafters von *Papen* dem deutschen Reichskanzler in Obersalzberg einen Besuch ab.

Der Zweck dieses inoffiziellen Besuches war der beiderseitige Wunsch, sich über alle Fragen, die das Verhältnis zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich betreffen, auszusprechen und die Möglichkeiten einer Vertiefung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten auf Grundlage des Uebereinkommens vom 11. Juli 1936 zu erörtern.

Die beiden Staatsmänner haben in der Ueberzeugung, dass das Uebereinkommen vom 11. Juli 1936 die geeignetste Grundlage für die freundschaftliche Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten darstellt, die darin niedergelegten Grundsätze in ihrem vollen Umfange neuerlich bekräftigt und übereinstimmend festgestellt, jede wie immer geartete Betätigung, die diesen Grundsätzen zuwiderläuft, zu missbilligen und zu verurteilen ist. Sie haben daher Massnahmen ins Auge gefasst, die geeignet erscheinen, die klaglose und vollständige Durchführung des Uebereinkommens und damit eine erspriessliche und vertrauensvolle Gestaltung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu gewährleisten, wie sie den durch ihr Bekenntnis zum Deutschtum gegebenen Gemeinsamkeiten entsprechen.

¹ Vgl. dazu Kommuniquéentwurf Papen o. O. und o. D.:

„Bundeskanzler Dr Schuschnigg stattete heute in Begleitung Staatssekretärs Dr Schmidt und Botschafters v. Papen dem Deutschen Reichskanzler einen Besuch in Obersalzberg ab. Der Zweck dieses Besuches war der Wunsch der beiden Staatsmänner, sich über die Möglichkeit einer Vertiefung des gegenseitigen Verhältnisses der beiden Länder auf der Grundlage des am 11. Juli 1936 geschlossenen Uebereinkommens auszusprechen. Nach eingehendem Meinungs austausch wurden Massnahmen beiderseits ins Auge gefasst, die geeignet erscheinen, einen endgültigen Strich unter die im Gefolge der Juliereignisse 1934 eingetretene Entwicklung zu ziehen, und ein so inniges und enges Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten zu schaffen, wie es ihrer langen gemeinsamen Geschichte und der Zukunft des Deutschen Volkes entspricht.“ – AdR, NPA, Deutschland I/12E, ohne Zahl.

Beide Staatsmänner sind sich bewusst, durch ihre neu bekräftigte Uebereinstimmung einen wirksamen Beitrag zu der ihnen beiden am Herzen liegenden friedlichen Entwicklung der gesamteuropäischen Lage zu leisten.

2.

Bundeskanzler Dr Kurt Schuschnigg stattete heute in Begleitung des Staatssekretärs für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr Guido Schmidt und des Deutschen Botschafters Franz v. Papen dem Deutschen Reichskanzler auf dessen Einladung einen Besuch in Obersalzberg ab. Diese inoffizielle Begegnung entsprang dem beiderseitigen Wunsch, sich über alle Fragen, die das Verhältnis zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich betreffen, auszusprechen, und die Möglichkeiten einer Vertiefung der Beziehungen der beiden deutschen Staaten auf Grundlage des Übereinkommens v. 11. Juli 1936 eingehend zu erörtern. Die beiden Staatsmänner haben, in der Überzeugung, dass das Übereinkommen v. 11. Juli 1936 die geeignetste Grundlage für die freundschaftliche Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten darstellt, die darin niedergelegten Grundsätze in ihrem vollen Umfange neuerlich bekräftigt und übereinstimmend festgestellt, dass jede wie immer geartete Betätigung, die diesen Grundsätzen zuwiderläuft, zu missbilligen und zu verurteilen ist.

Sie haben weiters Massnahmen ins Auge gefasst, die geeignet erscheinen, die klaglose und vollständige Durchführung des Uebereinkommens und auf diese Weise eine erspriessliche und vertrauensvolle Gestaltung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu gewährleisten. Sie trafen sich in der Überzeugung, damit nicht nur den Interessen des den beiden Staaten gemeinsamen deutschen Volkstums zu dienen, sondern durch ihre neubekräftigte Übereinstimmung auch einen wirksamen Beitrag zur friedlichen Entwicklung der gesamteuropäischen Lage zu leisten.

3.

Bundeskanzler Dr Kurt Schuschnigg stattete heute in Begleitung des Staatssekretärs für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr Guido Schmidt und des Deutschen Botschafters Franz v. Papen dem Deutschen Reichskanzler auf dessen Einladung einen Besuch in Obersalzberg ab. Diese inoffizielle Begegnung entsprang dem beiderseitigen Wunsch, sich über alle Fragen, die das Verhältnis zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich betreffen, auszusprechen und die Möglichkeiten einer Vertiefung der Beziehungen der beiden deutschen Staaten auf Grundlage des Uebereinkommens v. 11. Juli 1936 zu erörtern.

Die beiden Staatsmänner haben, in der Überzeugung, dass das Übereinkommen v. 11. Juli 1936 die geeignetste Grundlage für die freundschaftliche Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten darstellt, die darin niedergelegten Grundsätze in ihrem vollen Umfange neuerlich bekräftigt, und übereinstimmend festgestellt, dass jede wie immer geartete Betätigung, die diesen Grundsätzen zuwiderläuft, zu missbilligen und zu verurteilen ist.

Sie werden weiters ehebaldigst Massnahmen verwirklichen, die geeignet sind, die klaglose und vollständige Durchführung des Übereinkommens und auf diese Weise ein so enges und freundschaftliches Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten zu gewährleisten, wie es ihrer langen gemeinsamen Geschichte und den Interessen des deutschen Volkstums entspricht. Sie trafen sich in der Überzeugung, durch ihre neubekräftigte Übereinstimmung auch einen wirksamen Beitrag zur friedlichen Entwicklung der gesamteuropäischen Lagen zu leisten.

4.

Kommunique *M*²

Bundeskanzler Dr Kurt Schuschnigg stattete heute in Begleitung des Staatssekretärs für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr Guido Schmidt sowie des Deutschen Botschafters v. Papen dem Deutschen Reichskanzler auf dessen Einladung einen Besuch in Obersalzberg ab.

Im Zuge der Aussprache, deren Bestimmung es war, die beiderseitigen grundsätzlichen Standpunkte in persönlicher Fühlungnahme zu klären, wurden alle Fragen, welche das Verhältnis des Deutschen Reiches zu Oesterreich betreffen, einer eingehenden Erörterung unterzogen.

Der Reichskanzler und der österr. Bundeskanzler gaben ihrer Überzeugung Ausdruck, dass das Abkommen v. 11. Juli 1936 zur dauernden und befriedigenden Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten geeignet sei; sie bekräftigten ihren Willen, in allen das zwischenstaatliche Verhältnis des Deutschen Reiches zu Oesterreich betreffende Fragen das Abkommen seinem Geiste und Wortlaut getreu beiderseits zu verwirklichen und dieser Art den Interessen des gesamten deutschen Volkes, der Sicherung seiner Zukunft und dem Geiste friedlichen Fortschritts zu dienen.

² Das sogenannte Minimalkommunique wurde Papen am 11. 2. mitgegeben.

1880**Erstes Kommuniqué zur Zusammenkunft von
Berchtesgaden**Definitive Fassung des BKA/AA¹AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 51400/13

Wien, 12. Februar 1938

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Schuschnigg stattete heute in Begleitung des österreichischen Staatssekretärs für die auswärtigen Angelegenheiten Dr. Guido Schmidt und des deutschen Botschafters von Papen in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen von Rippentrop² dem Führer und Reichskanzler auf dessen Einladung einen Besuch auf dem Obersalzberg ab. Diese inoffizielle Begegnung entsprang dem beiderseitigen Wunsche, sich über alle Fragen, die das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich betreffen, auszusprechen.

1881**Informationsmaterial Bundeskanzleramt/Auswärtige
Angelegenheiten zur Zusammenkunft von
Berchtesgaden**

Notiz

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
(ohne Zahl)

o. O., o. D.

Was verlangt werden muss

Was in Aussicht gestellt werden kann

1) Eine autoritative Kundgebung des Führerwillens, die jede Einmischung in österr. Angelegenheiten ausdrücklich verurteilt und alles missbilligt, was die auf der Basis des 11 Juli 1936 regel-

Eine ebenfalls autoritative Kundgebung, die alles missbilligt was dem deutschen Charakter Oesterreichs in Zweifel stellt und die Beziehungen zum Reich zu stören geeignet wäre.

¹ Abgedruckt in der WZ, 13. 2. 1938, 1.

² In der WZ wird der Familienname des deutschen Außenministers bereits korrekt wiedergegeben.

ten freundlichen Beziehungen der deutschen Staaten zu stören geeignet ist.

2) Eine eindringliche Rundweisung an Behörden und Parteistellen, die österreichischerseits im diplomatischen Wege vorgebrachten Beschwerden über Verstöße gegen das Prinzip der Nichteinmischung dringlich und eingehend zu behandeln und gegebenenfalls energisch durchzugreifen.

3) Instruktionen an die deutsche Presse in dem Sinne dass

- a) persönliche Angriffe und Beschimpfungen der österr. Bundesregierung und ihrer Mitglieder unbedingt zu unterbleiben haben;
- b) Gerüchte und Sensationsmeldungen über Oesterreich nicht ungeprüft widergegeben [sic!] werden sollen,
- c) Tendenziöse Auswertung von Nachrichten zu vermeiden ist,
- d) Kritiken in würdiger und sachlicher Form zu halten sind.

Weisungen an die Behörden und die VF., darauf zu achten, dass vaterländische Kundgebungen nicht mit Angriffen gegen das Deutsche Reich und seine führenden Männer verbunden werden.

Analoge Handhabung der Pressepolitik unsererseits insoweit die Pressegesetze und der § 4 des Ordnungsschutzgesetzes dazu Handhaben bietet.

1882

Informationsmaterial Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten zur Zusammenkunft von Berchtesgaden

Aufzeichnung

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
(ohne Zahl)

o. O., o. D.

Einmischung.

A) moralische Stärkung extremistischer Elemente:

- 1) Zulassung gehässiger Presseangriffe
- 2) Verdächtigung der Vertragstreue und des Willens zu einer deutschen Politik mit Erfindung oder tendenziöser Entstellung von Tatsachen. (Erfindung Hodza-

entrevuen, Verdrehung Budapester Kommuniqués, Ausschrotung der Spende an jüd. Winterhilfe etc.)

3) Verherrlichung österr. Staatsverbrecher, einschliesslich des Kanzlermörders Planetta. Benennung einer Studentenkameradschaft in München mit diesem Namen. Fortbestehen derselben trotz längst zugesagtem Verbot.

4) Organisierte Gewährung von Freiurlauben, Kuraufenthalten, Unterstützungen an politisch Verurteilte bzw. Amnestierte,

5) Benutzung der wirtschaftlichen Beziehungen zur Zuwendung von Vorteilen an Parteigänger (Holzhandel, Viehhandel, Touristik, Arbeitsvermittlung, Kleiner Grenzverkehr) und

6) Boykottierung patriotisch eingestellter Elemente auf den gleichen Gebieten.
NB: ad 5 und 6) festgestellte Mitwirkung der Deutschen Handelskammer an Verfassung nationalen Gaststättenverzeichnisses, (erschieden als Hotelbuch des Bergsteigerverbandes) und Tätigkeit Kreisleiters und Bürgermeisters Moosbauer in Passau, punkto Gaststättenbesuch im Grenzgebiet.)

7) Einschaltung extrem staatsfeindlich eingestellter österr. Emigranten in die wirtschaftlichen und kulturellen und künstlerischen Wechselbeziehungen, (Frauenfeld, Jölly)

8) weiteres Fortbestehen – wenn auch reduziert – der österr. Legion, Anwerbungen von Oesterreichern zur SS-Standarte München

9) Duldung ausgesprochen staatsfeindlicher Haltung des Hilfsbunds.

B) faktische Unterstützung staatsfeindlicher Umtriebe in Oesterreich.

1) Bestehen von Verbindungsstellen für illegale österr. Stellen mit Stellen im Reich. (nachgewiesen aus Parteidokumenten der österr. Illegalen die „eigens hierfür geschaffene Stelle Sommer in Berlin“, die auch als Absender von aufgefangenen Propagandasendungen erscheint.)

2) Aufnahme von Oesterreichern in die Führerschulungskurse der Ordensburg Sonthofen, (Regelrechte Ausschreibung der freien Plätze im Wege der illegalen österr. Organisation)

3) Herstellung und Verbreitung von eindeutig auf Oesterreich abgestelltem Propagandamaterial durch reichsdeutsche Stellen. (in letzter Zeit festgestellt)

a) Versuch, im Auto des Bürgermeisters Moosbauer durch 2 SS-Führer grössere Posten Propagandamaterial einzuschmuggeln, darunter 8000 Propagandakarten mit Umschrift: Deutschoesterreich 1938;

b) Bahndienstpaket mit Winterhilfemarken aus verschiedenen Beträgen versehen, mit dem Hoheitszeichen des Reichs und der Beschriftung „Gau Salzburg“;

c) Auffindung eines mit Propagandamaterial reichsdeutscher Herkunft vollgeladenen Autos, dessen Inhalt laut Eingeständnis der Beteiligten im Heizhaus der bayr. Bahn in Salzburg verborgen gewesen war. Bei Durchsuchung des Heizhauses wurden noch weitere Pakete mit solchem Material vorgefunden;

d) Begründete Annahme, dass ein Teil des „Oesterr. Beobachters“ im Reich gedruckt und eingeschmuggelt wird.

Kommentar

ad 1) Es soll ausgedrückt werden, dass nicht eine neue Basis gesucht wird, sondern nur die bisherige aus ihrer Versandung ausgegraben werden soll; „den ganzen 11. Juli und nichts als 11. Juli“.

ad 2) Richtet sich natürlich in erster Linie gegen

a) die österr. Nazi, die das Uebereinkommen als „Nordische List“ auffassen, und überzeugt sind, dass sie im Sinne des Führers handeln, wenn sie es ignorieren,

b) die reichsdeutschen Kreise, die diese Auffassung durch Wort und Schrift begünstigen, und ihr durch Rat und Tat Vorschub leisten.

Die Zielrichtung dieses Absatzes ist so klar, dass die ausdrückliche Nennung der „Karnickel“ unterbleiben kann. Im Uebrigen schadet es nichts, dass auch gegebenenfalls Saboteure (150 %ige und Legitimisten) des Uebereinkommens, die sich auf österr. Seite finden könnten, sich damit getroffen fühlen.

ad 3) Bezüglich dieses Absatzes wäre eine ergänzende Kundgebung durch eine öffentliche Enunziation in allernächster Zeit anzustreben, auch deutscher Seite womöglich in der Reichstagssitzung am 20.II.

ad 4) Auch hier gilt das ad) 2 Gesagte. Es wird wohl kaum zu vermeiden sein, eine deutsche Anfrage, ob dieser Punkt sich auch gegen österr. Saboteure nichtnazistischer Richtung wende, zu bejahen.

ad 5) Der Absatz stellt die Interdependenz der einzelnen Elemente des 11. Juli (Nichteinmischung, gesamtdeutsche Beziehungen, innere Befriedung) unter Heraushebung des ersten als Primärvoraussetzung fest.

1883

Informationsmaterial Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten zur Zusammenkunft von Berchtesgaden

Aufzeichnung

AdR, NPA

Deutschland I/12 E

(ohne Zahl)

o. O., o. D.

Stand der kulturellen Beziehungen mit Deutschland

1) Presse. Derzeit (seit Juli 1936) in Oesterreich zugelassen: „DAZ“, „Essener Nationalzeitung“, „Börsenzeitung“, „Berliner Tageblatt“, „Frankfurter Zeitung“, „Leipziger Neueste Nachrichten“. Erweiterung laut November-Protokoll Berlin ist nicht in Kraft getreten.

Ausdehnung der Zulassung kann wohl erst in Betracht kommen, wenn mehrfach vereinbarter Pressefrieden eine Zeitlang wirklich funktioniert hat.

2) Zeitschriften. Generelle Freigabe mit Ausnahme der Schriften des Eher-Verlags und einiger speziell bezeichneter. In letzter Zeit mehrere politisch-kulturelle Zeitschriften wie z. B. „Volk und Reich“ freigegeben.

3) Bücher. Freigabe von „Mein Kampf“.

Eine erste Liste von deutschen Freigabewünschen bereits erledigt, eine zweite in Bearbeitung.

Derzeitige Praxis wesentlich milder, z. B. zugelassen „Hermann Göring, der Mann und sein Werk“.

Verbreitungsverbot für fast alle deutscherseits als Hetzliteratur bezeichneten Emigrantenschriften erlassen.

Besprechungen im Bücherausschuss des Kulturausschusses entwickeln sich befriedigend.

4) Filmzensur. Eingehende Aussprache im Kulturausschuss. Frage durch die verfassungsmässige Kompetenz der Länder eher erschwert. Bemühungen im Gange, um die Beobachtung einheitlicher Richtlinien sicherzustellen. (In Ausarbeitung Vortrag der GD 2 für Herrn Bundeskanzler.)

5) Vortragswesen. Nach eingehender Behandlung im Kulturausschuss derzeit keine Schwierigkeiten.

6) Fragen des Unterrichts- und wissenschaftlichen Betriebes.

In den zwei Sitzungen des Kulturausschusses bzw. des Unterausschusses für Unterrichtsfragen wurden folgende Fragen erledigt:

Zusammenarbeit der Bibliotheken,

Gleichstellung bezüglich der Studiengebühren an den Hochschulen,

Zusammenarbeit auf Internationalen Kongressen,

Zusammenarbeit der Akademien,

Gegenseitige Anerkennung von Doktordiplomen.

Noch in Behandlung stehen folgende Fragen:

Anerkennung von Habilitationen und Gleichstellung hinsichtlich der Habilitationssnormen,

Arbeitsverbindung zwischen den Studentenschaften,

Anerkennung der Reifezeugnisse,

Anerkennung von Studiensemestern.

7) Rundfunkangelegenheiten haben in den letzten Monaten zu keinen Differenzen Anlass gegeben.

8) Sportangelegenheiten. Eingehende Besprechung im Kulturausschuss. Fühlungnahme wegen Deutschen Turn- und Sportfestes in Breslau im Gange.

9) Volksdeutsche Zusammenarbeit. Prinzipielle Klärung durch Aussprache bei letzter Tagung des Kulturausschusses folgt.

10) Kulturabkommen: Prinzipielle Einigung über vertrauliche Fühlungnahme betreffend Abschlusses von Kulturabkommen erzielt.

1884**Protokoll zur Zusammenkunft von Berchtesgaden**

Aufzeichnung

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
(ohne Zahl)

o. O., o. D.

Die definitive Fassung des Protokolls von Berchtesgaden v. 12. II. 1936 weist gegenüber dem deutschen Entwurf (Fassung Keppler)¹ folgende Unterschiede auf:

- 1) Im deutschen Entwurf waren alle Massnahmen bis zum 18. Feber terminiert, im definitiven nur die betreffend der Ernennung Seyss, der Zulassung der Nat-soz. zur Front u. s. w. die Amnestie, die finanziellen Massregelungen und den Pressedienst.
- 2) Der Punkt II. 1) (Aussenpolitik) ist in der Fassung verändert. („in einen diplomat. Gedankenaustausch treten“ statt „sich mit der Reichsregierung beraten“. Hinzugefügt ist der Satz betreffend die „diplomatische, moralische und presspolitische Unterstützung nach Massgabe der Möglichkeit und auf Ersuchen des Reichs“.
- 3) Punkt II. 2 des deutschen Entwurfs enthielt eine Anerkennung der Vereinbarkeit des „Nationalsozialismus mit den Gegebenheiten Oesterreichs und dem Frontbekenntnis“ und die Zusicherung, dass die österr. Bundesregierung „keine Massnahme durchführe, die sich als Verbot der nat-soz. *Bewegung*“ auswirken würde. Die Fassung des definitiven Protokolls setzt an Stelle dieser Anerkennung der Bewegung nur die Zulassung des einzelnen Nationalsozialisten zur VF. und die andern österr. Einrichtungen unter bestimmten Voraussetzungen. Auch bei der Umschreibung des Wirkungskreises Seyss ist das Wort „Bewegung“ durch „Nationalsozialisten“ ersetzt. Der im Entwurf enthaltene „Ausbau der volkspolitischen Referate“ ist im defin. Protokoll fortgefallen.
- 4) Punkt 4 des Entwurfs – (entsprechend II, 4 defin. Prot.) erstreckte die Amnestie auch auf die gesamte Emigration, während das Protokoll nur eine Amnestie für die Bestraften „in Oesterreich“ zusichert. Der Passus betreffend die Verlegung des Wohnsitzes ist im defin. Protokoll präziser gefasst.
- 5) Der Entwurf verlangte die Sicherung des Pressefriedens durch Neubesetzung der Stellen des Ministers Ludwig und des Bundeskommissars Adam. Das Protokoll erwähnt diese Namen nicht und stellt lediglich den Einbau des Dr Wolf in Aussicht.
- 6) Punkt II, 8 a) des Entwurfs forderte die Ernennung des BM. Glaise-Horstenau zum Bundesminister für Landesverteidigung.

Im Protokoll (II, 8, a) ist nur ein Wechsel in der Person des Chefs des Generalstabs zugesagt.

¹ Siehe Anhang im Dokument

Punkt II, 8, b des Entwurfs setzte die Zahl der Austauschoffiziere obligatorisch mit 100 fest, das Protokoll limitiert ihn mit dieser Zahl.

7) Punkt II, 10 des Entwurfs sprach von der „Vorbereitung der *Angleichung* des österreichischen *an das deutsche Wirtschaftssystem*“. Zu diesem Zwecke sollte Dr Fischböck „in massgebender Position als *Finanzminister* eingebaut werden.

Im Protokoll ist nur die Vorbereitung der *Intensivierung* des *Wirtschaftsverkehrs* zugesagt, und Dr Fischböck wird lediglich „in massgebender Position“ – ohne Zusicherung eines bestimmten Postens eingebaut.

[Anhang: Protokoll über die Besprechung vom 12. Februar 1938 (Fassung Keppler)²]

I. Als Ergebnis des heutigen eingehenden Meinungsaustausches zwischen dem Führer und Reichskanzler und dem Bundeskanzler Dr. Schuschnigg wird folgendes in der Presse beider Länder (Sonntagpresse) auszugebendes Communiqué vereinbart ... (s. Anlage 1.)³

II. Im Sinne der in dem obigen Communiqué zum Ausdruck gekommenen Entschließungen wird der Bundeskanzler folgende Maßnahmen bis zum 18. Februar 1938 durchführen:

1. Die österreichische Bundesregierung wird sich über außenpolitische Fragen, die die beiden Staaten gemeinsam angehen, jeweils mit der Reichsregierung beraten. Die Reichsregierung übernimmt die gleiche Verpflichtung gegenüber der Bundesregierung.

2. Die österreichische Bundesregierung anerkennt, daß der Nationalsozialismus mit den Gegebenheiten Österreichs und daher mit dem Frontbekenntnis vereinbar ist, insofern es sich um die Verwirklichung des nationalsozialistischen Ideengutes unter Anerkennung und Berücksichtigung der österreichischen Verfassung handelt. Die österreichische Bundesregierung wird daher keine Maßnahmen durchführen, die sich als Verbot der nationalsozialistischen Bewegung im Sinne der obigen Zielsetzung auswirken. Bundeskanzler Schuschnigg erklärt sein Einverständnis zum weiteren Ausbau der volkspolitischen Referate.

3. Die Ernennung des Staatsrats Seyß-Inquart zum Innenminister mit Unterstellung des Sicherheitswesens. Ihm steht das Recht und die Verpflichtung zu, dafür zu sorgen und die Maßnahmen zu treffen, daß die Tätigkeit der nationalsozialistischen Bewegung sich im Sinne der Ziffer 2 auswirken kann.

4. Der Bundeskanzler erläßt eine allgemeine Amnestie für alle wegen nationalsozialistischer Betätigung gerichtlich oder polizeilich bestraften Personen. Solche Personen, deren weiteres Verbleiben in Österreich für die Beziehung zwischen den beiden Staaten abträglich erscheint, können nach Prüfung des Einzelfalles im Einverständnis beider Regierungen ihren Wohnsitz ins Reichsgebiet verlegen.

² Auch in: ADAP, D 1/294 sowie Hochverratsprozess, 559-560.

³ Siehe weiter unten.

5. Maßregelungen, die wegen nationalsozialistischer Betätigung auf dem Gebiet des Pensions-, Renten-, Unterstützungs- und Schulwesens, insbesondere durch Entziehung oder Kürzung dieser Bezüge, verhängt worden sind, werden aufgehoben und ihre Wiedergutmachung zugesagt.

6. Alle wirtschaftlichen Diskriminierungen gegen Nationalsozialisten werden beseitigt.

7. Die ungehinderte Durchführung des zwischen der Regierung vereinbarten Pressfriedens soll durch die Neubesetzung der Stellungen des Ministers Ludwig und des Bundeskommissars Oberst Adam gesichert werden.

8. Die militärischen Beziehungen zwischen der deutschen und der österreichischen Wehrmacht werden durch folgende Maßnahmen gesichert:

a) durch Ernennung des Bundesministers Glaise von Horstenau zum Bundesminister für die Wehrmacht,

b) durch planmäßigen Offiziersaustausch (die Zahl wird auf 100 Offiziere festgesetzt),

c) durch regelmäßige Besprechung der Generalstäbe,

d) durch planmäßige Belebung kameradschaftlicher und wehrwissenschaftlicher Verbindungen.

9. Alle Diskriminierung gegen Nationalsozialisten, insbesondere bei der Aufnahme und Ableistung des Heeresdienstes werden aufgehoben und rückgängig gemacht.

10. Die Angleichung des österreichischen an das deutsche Wirtschaftssystem wird vorbereitet. Zu diesem Zweck wird Dr. Fischböck in maßgebender Position als Finanzminister eingebaut.

III. Die Reichsregierung anerkennt, daß der künftige Innenminister Seyß-Inquart die allein zuständige Persönlichkeit für die Durchführung der Ziffer II, 2 dieses Protokolls ist. Die Reichsregierung wird Maßnahmen treffen, die eine Einmischung reichsdeutscher Parteistellen in innerösterreichische Verhältnisse ausschließt. Bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der Ziffer II, 2 des vorstehenden Abkommens sollen die Verhandlungen ausschließlich über den Minister Seyß-Inquart geführt werden.

[Anlage]

Deutscher Entwurf eines Communiqués⁴

Der österreichische Bundeskanzler, Dr. Kurt Schuschnigg, stattete heute in Begleitung des österreichischen Staatssekretärs für die auswärtigen Angelegenheiten, Dr. Guido Schmidt, und des deutschen Botschafters Franz v. Papen in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen v. Ribbentrop dem Führer und Reichskanzler auf dessen Einladung einen Besuch auf dem Obersalzberg ab. Diese inoffizielle Begegnung entsprang dem beiderseitigen Wunsche, sich über alle Fragen, die das Verhältnis zwischen dem deutschen Reiche und Österreich betreffen, auszusprechen,

⁴ Auch in: ADAP, D 1/294.

und die Möglichkeiten einer Vertiefung der Beziehungen der beiden Staaten auf der Grundlage des Übereinkommens vom 11. Juli 1936 eingehend zu erörtern.

Die beiden Staatsmänner sind der Überzeugung, daß das Uebereinkommen vom 11. Juli 1936 den Ausgangspunkt für eine evolutionäre Entwicklung in den Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich darstellt. Sie werden daher in Bälde sachliche Maßnahmen verwirklichen, die geeignet sind, die volle Durchführung des heute getroffenen Übereinkommens zu gewährleisten, um auf diese Weise ein so enges freundschaftliches Verhältnis der beiden Staaten zueinander herzustellen, wie es ihrer langen gemeinsamen Geschichte und den Gesamtinteressen des deutschen Volkes entspricht. Sie trafen sich in der Überzeugung, durch die Herstellung einer solchen neu bekräftigten Übereinstimmung zugleich einen wirksamen Beitrag zur friedlichen Entwicklung der gesamteuropäischen Lage zu leisten.

Berchtesgaden, 12. Februar 1938.

1885

Protokoll zur Zusammenkunft von Berchtesgaden

Punktationen mit Seyß-Inquart

Hochverratsprozess, 557-559

o. O., o. D.

Die Punktationen mit Dr. Seyß-Inquart

Der Bundeskanzler und Frontführer ist zu einer Vollendung der Politik des 11. Juli und insbesondere des Punktes 9, b, des Zusatzübereinkommens bereit, wenn die von ihm laut Punkt 9, b, zur Mitverantwortung herangezogenen Personen seines Vertrauens in dieser politischen Funktion auch vom Reich ausschließlich zuständig betrachtet werden, und zwar:

1. Werden außer den offiziellen Verbindungen des Reiches zu den österreichischen Behörden und Stellen von den Behörden und Parteistellen des Reiches, einschließlich der Gesandtschaft in Wien, Verbindungen ideeller und materieller Art in politischen Angelegenheiten über die Person des Staatsrats *Seyß-Inquart* aufrechterhalten. Jedenfalls wird jede Verbindung mit dem Reich zu einer illegalen Stelle unterbunden und den bezüglichen Reklamationen des Doktor *Seyß* entsprochen.
2. Die zur politischen Tätigkeit im Sinne des Punktes 9, b, in besonderen Stellungen herangezogenen Personen, über deren Namen das Einvernehmen hergestellt ist, haben ihrer verfassungsmäßigen Verantwortung und aus der Zugehörigkeit zur Vaterländischen Front sich ergebenden disziplinären Verpflichtung zu erklären, daß sie sich in allen Angelegenheiten des Punktes 9, b, den Weisungen des Dr. *Seyß* unterstellen und keinerlei sonstigen Verpflichtungen unterliegen.

Die Anerkennung der Ausführung des Punktes 9, b, in der Form bestimmter personeller und sachlicher Maßnahmen wird womöglich vom Reichskanzler in der Reichstagsrede vom 20. Februar erfolgen.

Der Bundeskanzler und Frontführer wird als personelle Maßnahme diese Personen seines Vertrauens zeitgerecht bekanntgeben und in nachstehender Weise zur politischen Mitverantwortung heranziehen:

2. a) Die volkspolitischen Referenten werden unbeschadet ihrer organisatorischen Eingliederung in die Landesführungen in ihrem besonderen Aufgabenkreis (§ 26 VS.) einer einheitlichen Leitung unterstellt. Der Bundesleiter des volkspolitischen Referats wird Mitglied des Führerrates. (Vorgeschlagen wird als Leiter Dr. *Seyß*, Dr. *Pembaur* als Kanzleichef.)

b) Die Landesführer sind verhalten, in allen § 26 FS betreffenden Angelegenheiten die volkspolitischen Referenten zu hören. Die Referenten haben das Recht, in diesen Angelegenheiten auch selbst Anträge an den Landesführer zu stellen.

c) Die Referenten haben das Recht, für diese Aufgabe bei jeder Landesführung aufzubauende Schlichtungsstellen zur Entscheidung von Einzelfällen anzurufen. Über die Einleitung des Schlichtungsverfahrens entscheidet der Landesführer. Gegen die Verweigerung der Einleitung steht dem Referenten das Beschwerderecht an das Amt des Frontführers zu. In Angelegenheit des § 26 erfolgt die Entscheidung nach Anhörung des Bundesleiters.

d) Ein sektionsmäßiger Ausbau des volkspolitischen Referates durch Bestellung von Amtswaltern bei allen Dienststellen der Front unter ausschließlicher Betrauung mit Aufgaben gemäß § 26 ist nicht in Aussicht genommen. Hingegen ist im Sinne dieses § 26 der beschleunigte Einbau von Frontmitgliedern nationaler Herkunft durch Betrauung mit Amtswalterfunktionen bei allen Gliederungen und Organisationen vorgesehen. Voraussetzung für solchen Einbau ist sachliche, moralische und politische Eignung für eine Amtswalterposition. Dieser Einbau soll in großen Zügen in etwa drei Monaten vollendet sein.

Die sieben Beiräte des Bundesleiters und vier Beiräte der Landesreferenten haben Amtswaltercharakter. Alle das volkspolitische Referat betreffenden Personalangelegenheiten sind nach Fühlungnahme mit dem Bundesleiter zu lösen.

e) Sofern in Hinkunft Ernennungen in die Vertretungskörper von Gebietskörperschaften erfolgen, ist darauf Bedacht zu nehmen, den Einbau auch von Mitgliedern der Vaterländischen Front nationaler Herkunft in die Wege zu leiten.

3. Dr. *Seyß* wird Vereine, deren Zielsetzung oder mitgliedermäßige Zusammensetzung mit seinem Wirkungskreis in Berührung stehen, dazu veranlassen, sich freiwillig seinem Einfluß zu unterstellen.

Der Bundeskanzler und Frontführer wird den staatlichen und Frontstellen, die mit Vereinsangelegenheiten beschäftigt sind, die Weisung erteilen, in allen diese Vereine betreffenden Angelegenheiten mit Dr. *Seyß* Fühlung zu nehmen. Sonderbeschränkungen sollen für diese Vereine nicht gelten, sofern nicht eindeutige gesetzliche (Front-)Bestimmungen solche Beschränkungen erfordern.

4. In den Bundespressedienst wird eine Persönlichkeit eingebaut, die die Aufgabe haben wird, bei der Lösung aller die sogenannte nationale Presse und die reichsdeutsche Presse betreffenden Fragen herangezogen werden.

Alle Zeitungen und Zeitschriften, die sich dem Dr. *Seyß* unterstellen, indem sie erklären, daß sie bezüglich des politischen Inhaltes in positiver wie in negativer Richtung seinen Weisungen nachkommen werden, werden von allen Beschränkungen frei.

Die „Wiener Neuesten Nachrichten“ werden durch die Aufhebung des Kommissariats dem Doktor *Seyß* zu Verfügung gestellt, sobald er erklärt, daß er alles Einflußrecht auf die politische Führung des Blattes, beziehungsweise des Verlages hat.

5. Dr. *Langoth* wird bezüglich der Zweckbestimmung seines Hilfswerkes, das zu den Vereinen laut Punkt 3 gezählt wird, eine Erklärung abgeben, die zwischen Dr. *Seyß*, Doktor *Langoth* und dem Generalsekretär der Front festgelegt wird.

6. Die Frage der Postenbesetzung im berufsständischen Aufbau, wird nicht als politische Frage erklärt, doch ist nach Durchführung einer Bestandsaufnahme dafür Sorge zu tragen, daß Fachleute nationaler Herkunft wegen dieser Einstellung, sofern von Seite der Front keine Bedenken obwalten, an der Übernahme solcher Positionen nicht verhindert werden.

Dr. *Seyß* wird seinen Einfluß dahin ausüben, daß keine Sektionierung im berufsständischen Leben nach politischen Gesichtspunkten erfolgt.

7. Es gibt zweifellos wesentliche Grundauffassungen des nicht parteigebundenen Nationalsozialismus, die sich in die Staatsideologie des neuen Österreich organisch eingliedern lassen.

Diese Grundauffassungen von den historischen und ideologischen Begleitgedanken und Erscheinungen, die dieser Feststellung zu widersprechen scheinen, zu trennen, ist durchaus möglich. Eine endgültige Formulierung wird gesucht und gefunden werden.

8. Die Fälle vor dem 11. Juli 1936 werden mit zeitlich beschränkten Terminen liquidiert, allenfalls erfolgt das Abschieben einzelner Leute ins Reich, wo sie keine öffentliche Stellungen bekleiden dürfen. Über die Ausnahmen von dieser Maßnahme besteht das Einvernehmen.

Die Tilgung der Straffolgen erfolgt individuell, nach generellen noch näher auszuführenden Weisungen im Sinne der seinerzeitigen Vorschläge.

Die Fragen der Rückwanderung werden im Überprüfungswege der Einzelfälle erledigt.

Zur Erledigung aller dieser Fragen, Amnestie, Tilgung und Rückwanderung, wird eine Zentralstelle in Aussicht genommen.

9. Nach Schaffung der Voraussetzungen für ein engstes militärisches Zusammenleben hat eine mögliche Angleichung in Ausbildung und Ausrüstung zu erfolgen. Jede besondere politische Bestätigung und Propaganda zum Beispiel und insbesondere in legitimistischer, nationalsozialistischer Richtung hat zu un-

terbleiben (Traditionspflege bleibt unberührt). Eine solche Betätigung wird ausdrücklich mit Beipflichtung des Reiches verurteilt.

Wirtschaftlich wird die Bestellung eines Sonderbeauftragten empfohlen, der in Zusammenfassung der bezüglichen Agenden des Außenamtes und Handelsministeriums für die Beseitigung administrativer Hindernisse, Förderung des Warenaustausches und Senkung der Einfuhr (sic!) zu sorgen hat.

10. Es wird darauf hingewirkt werden, daß eine entsprechende Anzahl von Vaterländischen Front-Mitgliedern nationaler Herkunft in die verschiedenen Körperschaften einberufen werden (Staatsrat, Landesrat, Landtage, Gemeindetage). Auch soll der Einbau geeigneter Leute in führenden Stellen erfolgen.

Zur ehesten Ernennung werden beantragt:

Staatsräte: Dr. *Jury*, Dr. *Langoth*, Prof. *Srbik*.

Bundeswirtschaftsrat: *Reinthaller*.

Beamtenkammer: *Schauer-Schoberlechner*,

wobei für einen späteren Zeitpunkt der Umbau der gesamten Kammer vorgesehen ist.

Sportführung: Dr. *Hueber*.

Ferner zu berücksichtigen: Felix *Kraus*, Dr. Friedl *Rainer*, Prof. *Menghin*.

11. Dr. *Seyß* wird im Augenblick des Inkrafttretens dieser Besprechungen eine öffentliche Erklärung abgegeben, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß er auf Grund der nunmehr gegebenen Verhältnisse mit seinen Vertrauenspersonen jede illegale Betätigung ablehnt, insbesondere solche, die auf Störung der friedlichen Zusammenarbeit oder auf Vernichtung von Sachwerten zu politischen Demonstrationzwecke abzielt.

1886

Protokoll zur Zusammenkunft von Berchtesgaden

Österreichische Entwürfe¹

AdR, NPA

Deutschland I/12 E

Z. 51400/13

o. O., o. D.

1.

Der österr. Bundeskanzler und der Deutsche Reichskanzler haben am 12. Feber 1938 in mehrstündiger, aufrichtiger und vertrauensvoller Aussprache die wechselseitigen Beziehungen der beiden deutschen Staaten allseitig erörtert und sind zur Übereinstimmung in folgenden Punkten gelangt:

¹ Diese stufen das Protokoll als geheim ein.

1) Das Uebereinkommen vom 11. Juli 1936 wird in seinem vollen Umfange neuerlich bekräftigt und jede gegen die Grundsätze dieses Übereinkommens gerichtete Tätigkeit verurteilt, worüber das nachstehende Kommuniqué verlautbart wird:

folgt Wortlaut des Protokolls

2) In der Überzeugung, dass durch die im Sinne des vorstehenden Punktes zu treffenden Massnahmen die Überbleibsel der in der Vergangenheit zwischen den beiden deutschen Staaten eingetretenen Trübung endgültig überwunden werden, und dass dadurch die Bedingungen geschaffen werden, durch welche die vom Oesterr. Bundeskanzler seit jeher angestrebte und bereits wirksam angebahnte innere Befriedung Oesterreichs zur vollen Auswirkung gelangen kann, erklärt der Oesterr. Bundeskanzler folgende Massnahmen in Aussicht zu nehmen:

folgt Widergabe [sic!] der Punktationen Kanzler-Seyss

In diesem Sinne erklärt der Deutsche Reichskanzler Anweisungen ergehen lassen zu wollen, die eine genaue Einhaltung der Abmachungen des 11. Juli 1936 gewährleisten und insbesondere jede Einmischung reichsdeutscher Parteistellen in österreichische Verhältnisse ausschliessen.

Hiezu erklärt der Deutsche Reichskanzler, dafür Sorge tragen zu wollen, dass die Durchführung dieser Massnahmen in keiner Weise durch die Tätigkeit reichsdeutscher Stellen erschwert oder gestört werden soll, insbesondere soll ausgeschlossen sein jede direkte oder indirekte Ermunterung sowie jede moralische und materielle Unterstützung von Individuen und Gruppen in Oesterreich, die sich dem Befriedungswerk des ö. BK entgegenstellen; auch die reichsdeutsche Presse und Oeffentlichkeit sollen in dem Sinne instruiert werden, das Befriedungswerk in Oesterreich nicht zu stören und ihm, im Gegenteil, moralische Unterstützung angedeihen zu lassen.

3) Auf aussenpolitischem Gebiet wird eine freundschaftliche Zusammenarbeit im Sinne der nachstehenden Punkte in Aussicht genommen:

Beide Staaten werden über sie gemeinsam interessierenden Fragen in einen regelmässigen diplomatischen Informationsaustausch treten; beide Staaten werden davon Abstand nehmen, Fragen ihres gegenseitigen Verhältnisses zum Gegenstand der Erörterung mit dritten Staaten zu machen, Oesterreich wird den Wünschen und Aktionen des Deutschen Reiches insofern es von ihm hierüber durch rechtzeitige vorher gehende Fühlungnahme informiert wird, nach Massgabe der bestehenden Möglichkeiten moralische, diplomatische und presspolitische Unterstützung angedeihen lassen, insoweit es sich um friedliche Aktionen handelt, die insbesondere auf gesamtdeutsche Belange oder auf Beseitigung der Ungerechtigkeiten der Friedensdiktate gerichtete sind.

Zur Erörterung militärischer Fragen sollen die beiderseitigen Fachleute innerhalb eines Monats zu einer Besprechung zusammentreten, wobei insbesondere folgende Punkte erörtert werden sollen:

gegenseitige Unterstützung im Nachrichtendienst,

Offiziersaustausch,
Angleichung der Bewaffnung und Ausrüstung,
Planmässige Belegung der kameradschaftlichen Beziehungen,
allenfalls periodische Besprechungen der Generalstäbe.

5) Die wirtschaftlichen Fragen sollen im Rahmen der demnächst beginnenden wirtschaftliche Besprechungen ...

2.

Der österr. Bundeskanzler und der Deutsche Reichskanzler haben am 12. Feber 1938 in aufrichtiger und vertrauensvoller Aussprache die wechselseitigen Beziehungen der beiden deutschen Staaten allseitig erörtert und sind zur Uebereinstimmung in folgenden Punkten gelangt:

I. Das Uebereinkommen vom 11. Juli 1936 wird in seinem vollen Umfange bekräftigt und jede gegen die Grundsätze dieses Uebereinkommens gerichtete Tätigkeit verurteilt, worüber das beiliegende Kommuniqué verlautbart wird (Beilage A).²

II. In der Ueberzeugung, dass dadurch die Bedingungen geschaffen werden, durch welche die vom Oesterr. Bundeskanzler seit jeher angestrebte und bereits wirksam angebahnte innere Befriedung Oesterreichs zur vollen Auswirkung gelangen kann, erklärt der österr. Bundeskanzler, die in der Beilage B³ enthaltene Massnahmen in Aussicht zu nehmen.

Hiezu erklärt der Deutsche Reichskanzler, Anweisungen ergehen lassen zu wollen, die eine genaue Einhaltung des Uebereinkommens vom 11. Juli 1936 gewährleisten und jede Einmischung reichsdeutscher Parteistellen in österreichische Verhältnisse ausschliessen. Insbesondere soll ausgeschlossen sein jede unmittelbare oder mittelbare Ermunterung sowie jede moralische und materielle Unterstützung von Individuen und Gruppen in Oesterreich, die sich dem Befriedungswerk des österr. Bundeskanzlers entgegenstellen; auch die reichsdeutsche Presse und Oeffentlichkeit sollen in dem Sinne beeinflusst werden, das Befriedungswerk in Oesterreich nicht zu stören und ihm, im Gegenteil, moralische Unterstützung angedeihen zu lassen.

III. Die beiden Regierungschefs haben, in der Erwartung, dass hiedurch die beiderseits erhoffte Schaffung dauerhaft freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten erzielt werden wird, den Ausbau dieser Beziehungen in nachstehenden Sinne ins Auge gefasst:

A). auf aussenpolitischem Gebiet:

Beide Staaten werden über die sie gemeinsam interessierenden Fragen in einen diplomatischen Informationsaustausch treten:

Oesterreich wird den Wünschen und Aktionen des Deutschen Reichs, über dahingehendes Ersuchen, nach Massgabe der bestehenden Möglichkeiten moralische,

² Zweites Kommuniqué vom 15. Februar siehe ADÖ 12/1889.

³ Punktationen mit Seyß-Inquart, siehe Anhang.

diplomatische und presspolitische Unterstützung angedeihen lassen, insoweit es sich um friedliche Aktionen handelt, die insbesondere auf gesamtdeutsche Belange oder auf Beseitigung der Ungerechtigkeiten der Friedensdiktate gerichtet sind.

B). auf militärischem Gebiet:

Zur Erörterung militärischer Fragen sollen die beiderseitigen Fachmänner innerhalb eines Monats zu einer Besprechung zusammentreten, wobei insbesondere folgende Punkte erörtert werden sollen:

gegenseitige Unterstützung im Nachrichtendienst,

Offiziersaustausch,

Angleichung auf dem Gebiet der Bewaffnung und Ausrüstung,

planmäßige Belebung der kameradschaftlichen Beziehungen,

Fühlungnahme der Generalstäbe.

C). auf wirtschaftlichem Gebiet:⁴

1887

Protokoll zur Zusammenkunft von Berchtesgaden

Definitive Fassung

AdR, BKA/AA

Staatsurkunden

Deutsches Reich¹

Berchtesgaden, 12. Februar 1938

I. Als Ergebnis des heutigen eingehenden Meinungs-austausches zwischen dem Führer und Reichskanzler und dem Bundeskanzler Dr. Schuschnigg wird folgendes in der Presse beider Länder (Sonntagspresse) auszugebendes Communiqué lt. Anlage I² vereinbart.

II. Der Bundeskanzler stellt folgende Maßnahmen in Aussicht, hinsichtlich deren er einen endgültig verbindlichen Bescheid bis zum Dienstag, den 15. Februar 1938 übermitteln wird.

1. Die österreichische Bundesregierung wird über außenpolitische Fragen, die die beiden Länder gemeinsam angehen, jeweils mit der Reichsregierung in einen diplomatischen Gedankenaustausch treten. Österreich wird den Wünschen und Aktionen des Deutschen Reiches auf Ersuchen nach Maßgabe der bestehenden Möglichkeiten moralische, diplomatische und pressepolitische Unterstützung an-

⁴ Ende des Entwurfs, kein weiterer Eintrag.

¹ Auch in: ADAP, D, 1/295.

² ADÖ 12/1889.

gedeihen lassen. Die Reichsregierung übernimmt die gleiche Verpflichtung gegenüber der österreichischen Bundesregierung.

2. Der Bundeskanzler Schuschnigg erklärt sich bereit, Herrn Staatsrat Dr. Seyß-Inquart in die Regierung zu berufen und ihm das Sicherheitswesen zu übertragen.

3. Der Bundeskanzler erklärt, daß der österreichische Nationalsozialist grundsätzlich die Möglichkeit legaler Betätigung im Rahmen der Vaterländischen Front und aller übrigen österreichischen Einrichtungen haben soll. Diese Betätigung soll auf dem Boden der Verfassung in Gleichstellung mit allen anderen Gruppen erfolgen. Dem Staatsrat Dr. Seyß-Inquart steht das Recht und die Verpflichtung zu, dafür zu sorgen, und die Maßnahmen zu treffen, daß die Tätigkeit der Nationalsozialisten sich in obigem Sinne auswirken kann.

4. Die österreichische Bundesregierung erläßt eine sofortige allgemeine Amnestie für alle wegen nationalsozialistischer Betätigung gerichtlich oder polizeilich bestraften Personen in Österreich. Solche Personen, deren weiteres Verbleiben in Österreich für die Beziehungen der beiden Staaten abträglich erscheint, werden nach Prüfung des Einzelfalles im Einverständnis beider Regierungen veranlaßt, ihren Wohnsitz ins Reichsgebiet zu verlegen.

5. Maßregelungen, die wegen nationalsozialistischer Betätigung auf dem Gebiete des Pensions-, Renten- und Unterstützungswesens, insbesondere durch Entziehung oder Kürzung dieser Bezüge, sowie auf dem Gebiete des Schulwesens verhängt worden sind, werden aufgehoben und ihre Wiedergutmachung zugesagt.

6. Alle wirtschaftlichen Diskriminierungen gegen Nationalsozialisten werden beseitigt.

7. Die ungehinderte Durchführung des zwischen den Regierungen vereinbarten Pressefriedens soll durch den Einbau des Dr. Wolf an maßgebender Stelle des Bundespressendienstes gesichert werden.

8. Die militärischen Beziehungen zwischen der deutschen und der österreichischen Wehrmacht werden durch folgende Maßnahmen gesichert:

- a) die Ersetzung des Generals Jansa durch General Böhme,
- b) durch planmäßigen Offiziers-Austausch (bis zu einer Zahl von 100 Offizieren),
- c) durch regelmäßige Besprechungen der Generalstäbe,
- d) durch planmäßige Belebung kameradschaftlicher und wehrwissenschaftlicher Verbindungen.

9. Alle Diskriminierungen gegen Nationalsozialisten, insbesondere bei der Aufnahme und Ableistung des Heeresdienstes werden aufgehoben und rückgängig gemacht.

10. Die Intensivierung des Wirtschaftsverkehrs zwischen der österreichischen und der deutschen Wirtschaft wird vorbereitet. Zu diesem Zweck wird Dr. Fischböck in maßgebender Position eingebaut.

Der Bundeskanzler erklärt sich bereit, die unter II, 2, 4, 5, 7 vereinbarten Maßnahmen bis zum 18. Februar 1938 durchzuführen, unter Vorbehalt des unter II vereinbarten endgültigen Bescheides.

III. Die Reichsregierung erkennt an, daß der künftige Innen-Minister Seyß-Inquart die alleinzuständige Persönlichkeit für die Durchführung der Ziffer II, 2 dieses Protokolls ist. Die Reichsregierung wird Maßnahmen treffen, die eine Einmischung reichsdeutscher Parteistellen in inner-österreichische Verhältnisse ausschließt. Bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der Ziffer II, 2 des vorstehenden Abkommens sollen die Verhandlungen ausschließlich über den Minister Seyß-Inquart geführt werden.

Adolf Hitler
Ribbentrop

Schuschnigg
Guido Schmidt

1888

**Zweites Kommuniqué zur Zusammenkunft
von Berchtesgaden**

Österreichische Entwürfe¹

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 51400/13

o. O., o. D.

1.

In der Aussprache, die am 12. d. M. zwischen Bk. Dr. Sch. und Rk Hitler am Obersalzberg bei Bercht. stattgefunden hat, wurde der ganze Fragenkomplex der Beziehungen zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich einer eingehenden Erörterung mit dem Ziele unterzogen, Wege zu finden, die geeignet sind, die bei der Anwendung des Uebereinkommens vom 11. Juli 1936 aufgetretenen Schwierigkeiten und Unstimmigkeiten zu beseitigen und in Hinkunft dessen klaglose Durchführung dauerhaft zu gewährleisten. Hierbei ergab sich Uebereinstimmung darüber, dass an den Grundsätzen des Uebereinkommens vom 11. Juli 1936 und an dem beiderseitigen Willen, diese zur vollen Geltung gelangen zu lassen, unverbrüchlich festgehalten wird. In diesem Sinne werden beide Teile Massnahmen ergreifen, die einerseits dem Grundsatz der Nichteinmischung in innere österr. Verhältnisse voll Rechnung tragen, andererseits die von der Bundesregierung seit jeher angestrebte und bereits erfolgreich angebahnte innere Befriedung wirksam fördern sollen.

Es wurden daher beiderseits Massnahmen beschlossen, die geeignet sind, die reibungslose Durchführung des Übereinkommens und auf diese Weise ein so enges und freundschaftliches Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten zu ge-

¹ Vgl. die deutschen Konzepte bei ADAP, D 2/298-299.

währleisten, wie es ihrer langen gemeinsamen Geschichte und den Interessen des deutschen Volkstums entspricht.

2.

In der Aussprache, die am 12. 1. M. zwischen dem Bundeskanzler Dr Schuschnigg und dem Deutschen Reichskanzler am Obersalzberg bei Berchtesgaden stattgefunden hat, wurden alle Fragen der Beziehungen zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich einer eingehenden Erörterung mit dem Ziele unterzogen, Wege zu finden, die geeignet sind, die bei der Anwendung des Übereinkommens v. 11. Juli aufgetretenen Schwierigkeiten zu bereinigen. Es ergab sich Übereinstimmung darüber, dass an den Grundsätzen des Übereinkommens und an dem beiderseitigen Willen, diese zur vollen Geltung gelangen zu lassen, festgehalten wird. In diesem Sinne wurden beiderseits Massnahmen beschlossen, die die reibungslose Durchführung des Übereinkommens und auf diese Weise ein so enges und freundschaftliches Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten gewährleisten sollen, wie es ihrer langen gemeinsamen Geschichte und den Interessen des Deutschen Volkstums entspricht.

1889

Zweites Kommuniqué zur Zusammenkunft von Berchtesgaden

Definitive Fassung des BKA/AA

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
(ohne Zahl)¹

Wien, 15. Februar 1938

In der Aussprache, die am 12. Februar zwischen dem Bundeskanzler Dr Schuschnigg und dem Führer und Reichskanzler auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden stattgefunden hat, wurden alle Fragen der Beziehungen zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich eingehender Erörterung unterzogen. Ziel dieser Aussprache war, die bei Durchführung des Übereinkommens v. 11. Juli 1936 aufgetretenen Schwierigkeiten zu bereinigen. Es ergab sich Übereinstimmung darüber, dass beide Teile an den Grundsätzen des Übereinkommens festzuhalten entschlossen sind

¹ Abgedruckt in der WZ, 16. 2. 1938, 1. Dieses Kommuniqué wurde in der deutschen Presse gleichlautend veröffentlicht. Die Verlautbarung wurde um 22 Uhr durch den Chef des Bundespressdienstes, Bundeskommissär Oberst Walter Adam, im Rundfunk bekanntgegeben und mit einem kurzen Kommentar versehen. Zur selben Stunde erfolgte auch eine gleichlautende Mitteilung durch reichsdeutsche Sender.

und dasselbe als den Ausgangspunkt einer befriedigenden Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten betrachten. In diesem Sinne haben nach der Unterredung vom 12. Februar beide Teile die sofortige Durchführung von Massnahmen beschlossen, die gewährleisten, dass ein so enges und freundschaftliches Verhältnis der beiden Staaten zueinander hergestellt wird, wie es der Geschichte und dem Gesamtinteresse des deutschen Volkes entspricht. Beide Staatsmänner sind der Überzeugung, dass die von ihnen beschlossenen Massnahmen zugleich ein wirksamer Beitrag zur friedlichen Entwicklung der europäischen Lage sind.

1890

**Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten
Schmidt an österreichische Gesandtschaften im Ausland¹**

Telegramme (in Ziffern)

AdR, NPA

Deutschland I/12 E

Z. 51601/13²

Wien, 15. Februar 1938

Zu Ihrer Information:

Die zwischen dem Bundeskanzler und dem Reichskanzler in Berchtesgaden geführten Besprechungen waren angesichts der deutscherseits erhobenen Forderungen und des Druckes mit dem deren Durchsetzung versucht wurde ausserordentlich schwierig und von scharfen Auseinandersetzungen begleitet. Erst nach vielstündigen Verhandlungen konnte eine Basis gefunden werden auf der eine Einigung erzielt wurde deren Hauptlinien darin bestehen dass deutscherseits das Fortbestehen des Übereinkommens v. 11. Juli 1936 anerkannt und die Zusage der Nichteinmischung in innere österreichische Angelegenheiten ausdrücklich erneuert wurde wogegen der Bundeskanzler sich bereit erklärte die innere Befriedigung Oesterreichs durch bestimmte im Geiste grosszügiger Versöhnlichkeit gehaltene Massnahmen zu fördern.

Diese Zusage konnte österreichischerseits deshalb gegeben werden, weil die zunehmende Konsolidierung und Organisation der vaterländisch eingestellten Kräfte eine grossmütige Haltung gegenüber den bisher abseits gestandenen Elementen ermöglicht und die Hoffnung besteht dass bei Einhaltung der deutscherseits gegebenen Zusage der Nichteinmischung eine Periode ruhiger Stabilisierung der

¹ Erging an die österreichischen Gesandtschaften in Rom (Nr. 4), Paris (Nr. 8), London (Nr. 5), Budapest (Nr. 5), Prag (Nr. 3), Warschau (Nr. 3), Belgrad (Nr. 19), Haag (Nr. 2), Stockholm (Nr. 2).

² Leicht verändert wiedergegeben (Beistrichsetzung) in: Hochverratsprozess, 561.

österr-deutschen Beziehungen auf der Grundlage des Übereinkommens v. 11. Juli 1936 eintreten wird.

Bei Ihren Gesprächen wollen Sie ohne die Schwierigkeit der Verhandlung zu verschweigen das Hauptgewicht darauf legen dass am Übereinkommen vom 11. Juli nichts geändert wurde und der Fortgang der Befriedungsaktion in Oesterreich in keiner Weise ein Aufgeben oder eine Abschwächung der bisherigen Grundsätze der Bundesregierung bedeutet, die nach wie vor an der Unantastbarkeit der österr. Unabhängigkeit[,] an der Verfassung sowie Monopolstellung der VF festhält.

Schmidt

1891

Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt an österreichische Gesandtschaften im Ausland¹

Telegramme (in Ziffern)

AdR, NPA

Deutschland I/12 E

Z. 51616/13²

Wien, 15. Februar 1938

Verfolg Telegramm Nr.³

Im Sinne der Absprache von Berchtesgaden wird der Bundeskanzler nunmehr folgende Maßnahmen ergreifen:

1. Einbau Staatsrates Seyß-Inquart als *einzig*er Exponent nationalen Lagers neben Glaise-Horstenau in die Regierung.
2. Erlassung Generalamnestie für alle Kategorien politischer Sträflinge (also auch zum Beispiel ehemaliger Sozialdemokraten) unter Ausschluß der Emigration.
3. Wiedergutmachung der materiellen Strafmaßnahmen gegen Nationalsozialisten auf dem Gebiete des Pensions-, Renten- und Schulwesens. Reaktivierungen kommen nicht in Frage.
4. Einräumung legaler politischer Betätigung im Rahmen der Vaterländischen Front an bisher abseits gestandene nationale Kreise, die sich loyal zu Österreich und zur Maiverfassung bekennen mit der gleichen Voraussetzung wie alle anderen Gruppen.

¹ Erging an die österreichischen Gesandtschaften in Rom (Nr. 5), Paris (Nr. 9), London (Nr. 6), Budapest (Nr. 6), Prag (Nr. 4), Warschau (Nr. 4), Belgrad (Nr. 20), Haag (Nr. 3) und Stockholm (Nr. 3).

² Leicht verändert in: Hochverratsprozess, 561-562.

³ ADÖ12/1890.

Damit ist sicher entscheidender Punkt in der Gestaltung österreichisch-deutscher Beziehungen dank Einsicht Herrn Bundeskanzlers ohne innere und äußere Erschütterungen überwunden worden. Eherer Eintritt vollkommener Beruhigung an sich begreiflicher Nervosität des In- und Auslandes ist absolutes Gebot der Stunde und für nunmehr normale Entwicklung unserer Beziehungen zum Reich auf Grund unangetastet gebliebener Grundsätze Juliabkommens unerlässlich; andernfalls müßte der im allgemeinen europäischen Interesse gelegene Effekt der vom Bundeskanzler in großzügiger Weise herbeigeführten Klärung zunichte werden.

In diesem Sinne wollen Sie in Vortelegramm angedeutete schwierige Umstände Besprechungen in Berchtesgaden als *ausschließlich* persönliche Information behandeln und in Ihren Gesprächen allen Nachdruck auf Notwendigkeit allgemeiner Beruhigung und unserer Zuversicht in die normale Entwicklung unseres nunmehr durch die Besprechungen in Berchtesgaden bereinigten Verhältnisses zum Reich legen.

Alle darüber etwa hinausgehenden Kombinationen entsprechen nicht den Tatsachen und ist ihnen nachdrücklich entgegenzutreten.

Drahtbericht über Haltung dortiger Regierung.

Schmidt
Außenamt.⁴

1892

Gesandter Wildner an Gesandtschaft Berlin

Erlass Z. 142172/14a

AdR,
GA Berlin

Wien, 15. Februar 1938

In der Anlage wird der Gesandtschaft zur streng vertraulichen Behandlung eine Notiz über hier in der vergangenen Woche mit Geheimrat Dr. Clodius geführte Gespräche übermittelt. In einer besonderen Unterhaltung wurde mit Dr. Clodius

⁴ An die Gesandtschaften 1. Bern, 2. Berlin, 3. Bukarest, 4. Sofia, 5. Ankara ergingen, ebenfalls unter Z. 51616/13, ähnlich lautende Zifferntelegramme mit den veränderten Schlusspassagen: „Wollen Sie in Ihren Gesprächen allen Nachdruck auf Notwendigkeit allgemeiner Beruhigung und unsere Zuversicht in die normale Entwicklung unseres nunmehr durch die Besprechungen in Berchtesgaden geklärten Verhältnisses zum Reich legen.

Drahtbericht über Haltung dortiger Regierung. Schmidt Außenamt. ad 1, 3–5. ad 2 (Berlin). Bericht über Eindrücke und Wahrnehmungen bei Ihren Gesprächen. Schmidt Außenamt.“ (Hochverratsprozess, 562).

auch die Frage der Rücknahme in deutschem Besitz befindlicher österreichischer Wertpapiere behandelt, wobei bemerkt wurde, dass solche Papiere in der Schweiz verkauft werden. Dr. Clodius erklärte diese Frage nur zu Bericht nehmen zu können. Auch währungspolitische Konstruktionen wurden im Gespräch gestreift, wobei Dr. Clodius wiederum sich gegen eine auf einer Reichsmark-Kursänderung aufgebaute Lösung äusserte. Er sprach hiebei auch abermals in sehr vager Form über in gewisser elastischer Form zu konstruierende Währungsanschlusspläne, mit denen er zunächst den deutschen Reichsbankpräsidenten befassen wolle.

Wegen der Weiterführung der Verhandlungen wurde mit Dr. Clodius vereinbart, dass man sich darüber im kurzen Wege wieder in Verbindung setzen werde.

Für den Staatssekretär:

Wildner

Besprechung mit Dr. Clodius, Wien am 11., 12. und 13. Februar 1938.

Ich erklärte Dr. Clodius zunächst, dass wir bei unseren Vorarbeiten nur wieder die frühere Annahme bestätigt gefunden hätten, wonach die Entwicklung des Warenverkehrs, abgesehen vom Zurückbleiben der deutschen Einfuhr, nicht die wesentliche Ursache der jetzigen Schwierigkeiten sei. Es habe sich vielmehr noch deutlicher gezeigt, dass neben der anderen als dem Warenverkehr zuzuschreibenden stärkeren Inanspruchnahme des Clearings der Verrechnungsverkehr grosse Lücken aufweise; beim Warenverkehr allein blieben die Zahlungen um etwa 30 Millionen zurück und im Nichtwarenverkehr herrsche ebenfalls grosse Unklarheit.

Dr. Clodius erbat sich vor allem eine Erklärung über das von ihm während der Novemberbesprechungen in erste Reihe gestellte Problem der Zwischenfinanzierung der Spitze, für welches Problem ihm Staatssekretär Schmidt bei der letzten Vorsprache seine besondere Interessennahme zugesagt habe. Ich musste ihm sagen, dass ich in dieser Beziehung keine besonderen Vorschläge zu machen habe. Die Spitze sei durch die früher von mir gekennzeichnete[n] Erscheinungen der Clearingabwicklung entstanden und die Sanierung sei von dort aus in Angriff zu nehmen, wobei gleichzeitig, wie bei früheren Gelegenheiten von uns ausführlich auseinandergesetzt worden sei, die deutsche Ausfuhr deutscherseits eben entsprechend zu fördern sei. Ueberdies würden die fälligen Zahlungen von unseren Banken schon in weitem Ausmass bevorschusst. Clodius wendete ein, dass dies nicht genüge und es hätten sich namentlich bei agrarischen Lieferungen unangenehme Weiterungen und Schwierigkeiten ergeben. Bei der weiteren Erörterung erwähnte ich die von unseren Bundesbahnen hinsichtlich der Transitfrachtenverrechnung ergriffenen Massnahmen. Clodius wusste davon nichts, wies auf den Widerstand der Ungarn hin, die auf ein solches Verfahren nicht eingehen wollten und bezweifelte, dass sich aus diesen Massnahmen die von uns angegebenen Beträge ersparen lassen dürften. Ueber diese Frage behielt er sich Rücksprache in Berlin vor. Weiters erklärte ich ihm, dass wir die österreichischen Schulden gegen Deutschland demnächst aufrufen werden. Diese Massnahme erschien ihm sehr unsympa-

tisch und nicht praktisch. Es werde, wie er sagte, nicht viel herauskommen und nur unnützlich in die privaten Beziehungen eingegriffen werden. Er produzierte aber dann rein persönlich eine Aufstellung der Reichsbank, wonach zum 31. Dezember 1937 die fälligen deutschen Forderungen gegen Oesterreich 74 Mill. RM betragen hätten. Davon entfielen auf das Jahr 1937 allein 20.9 Mill., auf das 1. Quartal 1938 10 Mill., auf Forderungen mit unbestimmten Zielen 16.93 Mill., auf Konto und Konsignationsforderungen 9.98 Mill., Forderungen der Buchhändler 4.18 Mill., der Kohlenhändler 3.12 Mill. Trotz dieser Ziffern blieb Dr. Clodius dabei, dass aus einer Anforderung für die wesentliche Verbesserung des Clearings nichts zu erwarten sei. Es handle sich hierbei gewissermaßen um ständige Rückstände, deren Hereinbringung nur einen momentanen Erfolg darstellen würden. Insbesondere sei aus dem Posten Konto und Konsignationsforderungen nichts, was in die Wagschale fallen würde, herauszuholen. Im Gegenteil, es müsste bei diesem Posten besonders behutsam vorgegangen werden.

Eine gründliche Abhilfe sei nur durch die österreichische Finanzierung der Spitze, wie es Bulgarien und Griechenland und andere Staaten getan hätten, zu erreichen. Dies würde für Oesterreich auch kein Risiko bedeuten, da der Spitze bedeutende deutsche Guthaben gegenüberstünden. Mit diesem Argumente plädierte er, wie ich bemerkte, eigentlich für unsere Auffassung und ich brachte ihm bei diesem Anlass wiederum die deutscherseits zu bewerkstelligende Valutagarantierung einer Spitzenfinanzierung zur Sprache und bemerkte, dass, soviel man erfahren konnte, deutscherseits anderen Staaten eine solche Garantie gewährt wurde und noch gewährt sei. Clodius musste die Stichhaltigkeit der letzteren Behauptung zugeben und gab mir hiezu verschiedene vertrauliche Informationen, blieb aber dabei, dass die anderweitigen Vereinbarungen für die weitere Behandlung der Frage nicht mehr aktuell seien; jedenfalls müsse er es (früher hätte er anders gesprochen) ablehnen, auf einen solchen Modus einzugehen. Auch den von mir erörterten Plan, die Spitze zu teilen, einen Teil – die Hälfte – auf Rückstandskonto gehen zu lassen, die andere in wenigen Jahresraten im Clearing abzudecken, lehnte er strikt ab. Durch ein solches Rückstandskonto ergebe sich für die auf diesem Konto ergehenden Markbeträge eine andere Bewertung, mit der man schlechte Erfahrungen gemacht habe. Er blieb dabei, in der Frage der Spitzenfinanzierung sich noch einmal eine Stellungnahme des Herrn Staatssekretärs zu erbitten.

Die weitere Erörterung führte zur Frage der Behandlung der deutschen Ausfuhr. Ich erklärte ihm, dass wir in der Zwischenzeit versucht hätten, eine besondere Liste von Waren zusammenzustellen, bei denen wir von vorneherein mit einer höheren Prämierung als 25 % einverstanden waren. Diese Vorarbeiten hätten sich so mühselig gestaltet, dass es lieber beim früheren Vorschlag verbleiben solle, dass deutscherseits möglichst viel und ausgebreitet prämiert werde. Sollten sich Ungelegenheiten für unseren Markt ergeben, müsste eben dann sofort verhandelt werden. Dr. Clodius teilte mit, dass von dem 108 Mill. RM Wert der deutschen Ausfuhr nach Oesterreich 15 Mill. Sondergeschäfte abzurechnen seien. Von den

verbleibenden 93 Mill. seien im Vorjahre 50 Mill. prämiert worden. Eine weitere Prämiierung mit einem zusätzlichen Ergebnis von 10 Mill. RM sei möglich. Die von der österreichischen Industrie als sicher in Aussicht gestellte Zusätzlichkeit durch bessere Ausnützung der bestehenden Kontingente für die Verbotswaren im Ausmass von 10 Mill. S zu erreichen, bezeichnete Clodius als eine Fiktion, wie er überhaupt alle Ziffern dieses Elaborates, das auch ihm vorlag, als eine papierene Arbeit bezeichnete. Die Hauptsache sei aber, dass wir selbst der deutschen Industrie die Bewegung auf dem österreichischen Markt erleichtern, zu welchem Zwecke Dr. Clodius seinen durch unsere Berliner Gesandtschaft übermittelten Vorschlag der allgemeinen Aufhebung der Einfuhrkontingentswirtschaft gegenüber Deutschland im Wege eines Gentlemen agreements wiederholte. Ich musste ihm diesen Vorschlag aus den bekannten Gründen als untunlich bezeichnen. Das gleiche gelte von dem Ansinnen, durch die Manipulation unserer Nationalbank eine Bevorzugung der deutschen Einfuhr herbeizuführen, die in einem solchen Umfange nicht möglich sei. Im weiteren Verlaufe produzierte Clodius die beiliegende Liste deutscher Waren, bei denen man sich deutscherseits eine wesentliche Steigerung der Einfuhr, allerdings auf Kosten anderer Konkurrenten, erwarten könnte.

Verlagerung von Kohle. Dr. Clodius verstand, dass für die nächste Zeit nichts wesentliches zu erwarten sei, wohl aber für später, wenn entsprechende Preiskonzessionen gemacht werden, was vor allem für die polnische Kohle gelte. Bei der tschechoslowakischen habe die österreichische Industrie selbst aus handelspolitischen Gründen abgeraten. Dr. Clodius verwies auf die sich jetzt ergebenden Schwierigkeiten, da jetzt schon 27 % Prämien gezahlt werden und dass, um wirklich ins Geschäft zu kommen, 40 % notwendig wären, was doch unmöglich gegenüber den anderen Staaten zu vertreten wäre. Auf meine Frage nach Verlagerungsmöglichkeit für andere Waren, wie Kalisalz, erwiderte er, dass dies nicht gehe, er habe mehrmals mit dem Kalikartell gesprochen und sei immer auf Widerstände gestossen, weil eine Verlagerung das ganze Kartellquotenregime, an dem ja noch andere Staaten beteiligt seien, sprengen würde.

Oeffentliche Aufträge, Lieferungen. Ich musste sagen, dass, da keine rechten Aussichten für die nächste Zeit bestehen, ausser den von der Alpine und von den Bundesbahnen gemachten Bestellungen, so dass sich aus diesem Titel keine rechte Erleichterung für das Clearing ergäbe. Die „interessanten“ Aufträge wurden besonders erörtert, so wie die Frage der Diskontierung der auf solche Lieferungen entfallenden Beträge. Auch dieser Posten ist für unsere Betrachtung nicht schwerwiegend. Auf den von der österreichischen Industrie gemachten Vorschlag, die Spitze zur Gänze auszuscheiden und durch im Laufe der nächsten zwei Jahre durchzuführende Rüstungsaufträge und öffentliche Arbeiten abzudecken, kam Dr. Clodius nicht zu sprechen.

Transitverkehr. Wir sollen jene Artikel angeben, bei denen solche Geschäfte konstruiert werden könnten. Man hat in Berlin beim Studium dieser Frage nichts Rechtes gefunden. Vielleicht wäre beim Kaffee etwas zu machen. Jedoch müssten wir da mit höheren Preisen rechnen, also draufzahlen. Ich musste ihm sagen, dass wir

bei der Bearbeitung eines Spezialfalles schon diese Erfahrung machten mussten. Warum man deutscherseits nicht draufzahlen wolle?

Die Dreiecksgeschäfte. Deren Möglichkeit beurteilte Dr. Clodius sehr skeptisch. Wir seien zu dem gleichen Resultat gekommen.

Clodius unterstrich weiters die Forderung, dass, wenn es zu irgendwelchen Aufbesserungen der deutschen Ausfuhr nach Oesterreich im Rahmen der eben gekennzeichneten Punkte käme, jedenfalls von einer Steigerung der österreichischen Ausfuhr nach Deutschland, also von Gegenkonzessionen, abgesehen werden müsste.

Schliesslich brachte er verschiedene Wünsche und Beschwerden vor. 1.) Behandlung der Autos. Die Franzosen bezahlen angeblich einen niedrigeren Zoll. Zu dieser Benachteiligung sei noch zu bedenken, dass man angeblich in Oesterreich die Erzeugung von Wagen über 3 Liter aufnehmen wolle. 2.) Behandlung der deutschen pharmazeutischen Erzeugnisse, die immer stärker von der Verwendung bei den Krankenkassen ausgeschlossen werden. Da könnte die Einfuhr wesentlich gesteigert werden. 3.) Eisenröhren. Angeblich Zusammengehen der österreichischen Werke mit den Ungarn und Tschechoslowaken gegen die Deutschen.

Bei der weiteren allgemeinen Diskussion blieb Dr. Clodius strikt auf dem Standpunkt, dass, wenn nicht wirklich gründliche Lösungen im Sinne einer Zwischenfinanzierung und Bevorzugung der deutschen Ausfuhr oder sonst wie gefunden werden, es nicht rätlich erscheine, die Delegationsverhandlungen aufzunehmen, weil sie nur mit einem Scheinergebnis unter Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Kürzung, die vielleicht noch gar erhöht werden müsste, enden könnten.

1893

Gesandtschaft London an Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt

Bericht Nr. 42/Pol.

Hochverratsprozess, 527-528

London, 15. Februar 1938

Herr Staatssekretär!

Der Besuch des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Staatssekretärs bei Reichskanzler *Hitler* ist hier mit lebhaftem Interesse aufgenommen worden.

Über den Widerhall in der Presse ist bereits durch den Herrn Presse-Attaché laufend berichtet worden. Um diesen Widerhall zusammenfassend zu charakterisieren, kann man am besten sagen, daß der Schritt der Bundesregierung begrüßt und als eine *Entspannung* im österreichisch-deutschen Verhältnis gewertet wurde. Die pessimistischen Pressestimmen waren sehr gering. Erst in der gestrigen und heutigen Presse

machen sich Anzeichen der Sorge bemerkbar, da nach den Berichten aus Wien wegen Besetzung der Ministerien Schwierigkeiten zu bestehen scheinen.

Ähnlich wie die Presse hat auch die Öffentlichkeit auf die Berchtesgadener Reise reagiert. Ich sprach am Samstag anlässlich eines Empfanges bei Kardinal *Hinsley* mit mehreren Diplomaten, die die Entrevue gleichfalls als eine *Entspannung* der Lage begrüßten. Nun interessiert man sich allgemein für den Inhalt der getroffenen Abmachungen, um sich über das künftige Verhältnis zwischen Wien und Berlin klar zu sein. In diesem Sinne wurde auch unser Generalkonsul Sir Charles *Seligman* in der City mehrfach angesprochen, weshalb sich dieser auch an mich um Informationen wandte.

Über meine Unterredung mit Sir Orme *Sargent* habe ich bereits telegraphisch berichtet. Ich sprach mit ihm über die Berchtesgadener Reise im Sinne der erhaltenen Instruktionen. Sir *Orme* nahm meine Ausführungen zur Kenntnis und bemerkte gesprächsweise, daß die Entrevue für das Foreign Office eher überraschend gekommen sei. Es sei natürlich an der Zusammenkunft und deren Motiven und Auswirkungen äußerst interessiert und für jede *authentische* Information dankbar. Sir *Orme* bemerkte hierbei, daß die Einstellung Berlins bisher undurchsichtig sei und er auch vom britischen Botschafter in Berlin diesbezüglich noch keine Aufklärungen erhalten habe. Man könne vorläufig nichts tun als warten. Er betonte jedoch mehrmals im Verlaufe des Gesprächs, daß die Bemühungen der österreichischen Regierung in London vollauf gewürdigt würden. Jedenfalls liege es der britischen Regierung daran, daß die Unabhängigkeit Österreichs immer wieder betont und aufrechterhalten werde; ebenso wäre es sehr begrüßenswert, wenn ein dauerndes und stabiles Einvernehmen zwischen Österreich und Deutschland hergestellt werden könnte.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

A. Kunz

1894

**Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten
Schmidt an Gesandten Berger-Waldenegg (Rom)**

Telegramm Nr. 6

AdR,
GA Rom

Wien, 16. Februar 1938

Zur Regelung Ihrer Sprache:

In der Umbildung der Bundesregierung kommt nicht bloss Bestreben nach Erleichterung inneren Konsolidierungswerkes durch Heranziehung eines Vertreters

nationaler Gruppen zum Ausdruck sondern auch Verstaerkung und Zusammenfassung positiver Aufbaukraefte durch Berufung mehrerer hochangesehener starker Persoenlichkeiten.

Schmidt

1895

**Gesandter Baar an Bundesminister für die Auswärtigen
Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 15/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 51672/13¹

Budapest, 16. Februar 1938

Herr Bundesminister!

Gestern in den späten Abendstunden hatte ich Gelegenheit mit Herrn von Kánya des längeren zu sprechen. Herr von Kánya zeigte sich über die letzten Ereignisse noch nicht genau informiert und nahm meine Aufklärungen, welche ich ihm instruktionsgemäss gab, mit sichtlicher Befriedigung zur Kenntnis. Er gab seiner grossen Sympathie für den Herrn Bundeskanzler Ausdruck und bemerkte, dass ein weiteres Arrangement zwischen Österreich und Deutschland unvermeidbar gewesen sei und früher oder später kommen musste.

In seiner maliziösen Art fügte mein Mitredner hinzu, dass nun „Unsere kleinen Seitensprünge nach der Tschechoslowakei jetzt wohl aufhören würden“, was ich in scherzhafter Weise in Gegenwart des inzwischen hinzugesetzten deutschen Geschäftsträgers damit quittierte, dass es sich vordringlich um wirtschaftliche Fragen gehandelt habe und dass wir auch wirtschaftliche Verbindungen mit Staaten suchen, welche ihre Warenschulden bezahlten.

Baron Apor, mit welchem ich heute eine ausführliche Unterredung hatte, zeigte sich überraschend gut informiert und bemerkte, dass man in Ungarn auf viel Weitergehendes gefasst gewesen sei. Er bezeichnete das Ergebnis der Unterredungen in Berchtesgaden als einen sehr grossen Erfolg des Bundeskanzlers, welcher unter einem sehr starken Druck gestanden sei. Er fügte hinzu, dass unter den gegebenen Verhältnissen und im Hinblick darauf, dass wir bei Fehlen jeder Unterstützung von Seiten Italiens, Englands und Frankreichs auf uns allein angewiesen gewesen seien. Die Bedingungen zu denen wir „herausgerutscht seien“, seien erstaunlich billig.

¹ Leicht gekürzt wiedergegeben in: Hochverratsprozess, 562-563.

Als einen besonders beruhigenden Erfolg sah er die Belassung Dr. Skubls als Staatssekretär für Sicherheit und weiter die Unberührtheit der Armee, welche weiter allein dem Herrn Bundeskanzler untersteht, an.

Baron Apor interessierte sich auch im Gespräch eingehend für die politische Einstellung der österreichischen Arbeiterschaft, worauf ich bemerkte, dass diese zum grössten Teil aus dem sozialistischen Lager kommend vaterländisch, ein geringerer Teil gemässigt sozialistisch und ein Bruchteil kommunistisch gesinnt sei. Die Ausführungen beruhigten meinen Mitredner offensichtlich.

Baron Apor fasste zum Schluss seine Meinung dahingehend zusammen, dass die endgiltige innerpolitische Entwicklung in Österreich, aber auch in Ungarn, schliesslich von der grossen Aussenpolitik und zwar davon abhängen, ob und inwieweit sich der Einfluss Englands politisch in Europa in Hinkunft durchsetzen werde. Derzeit könnten sich so kleine Staaten wie Österreich und Ungarn im Hinblick auf die durch innerpolitischen Momente hervorgerufene aussenpolitische Lähmung Frankreichs und Russlands, sowie durch das Engagement Englands im Fernen Osten und im Mittelmeer, sowie die noch mangelnde Aufrüstung desselben, dem gegenwärtig überragenden politischen Einfluss des deutschen Reiches kaum entziehen.

Nach Auffassung Baron Apors sei das gegenwärtige österreichische Kabinett ein Koalitionskabinett, in dem jedoch der Herr Bundeskanzler eine sehr starke Position habe. Mein Mitredner meinte, dass es dem Herrn Bundeskanzler, welchem es gelungen sei, wie das Beispiel zeigt, sich gegen stärkere Kräfte zu behaupten, es auch möglich sein müsste, sich im Kabinett durchzusetzen.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Baar

1896

Telefondepesche der Gesandtschaft Paris

Hochverratsprozess, 563-564

Paris, 16. Februar 1938

Dr. Fuchs, Paris, teilt um 12 Uhr telephonisch mit:

Trotz der alarmierenden Meldungen der französischen Presse war die Auffassung über die Lage in Österreich in *offiziellen Kreisen* gestern sehr ruhig. Dr. *Fuchs* hat mit Unterstützung Herrn *Comerts* beruhigend einzuwirken versucht, welche Bemühungen zum sehr geringen Teile von Erfolg begleitet waren. Insbesondere erregt war die Stimmung in Journalistenkreisen, aber auch unter den Politikern aller Schattierungen.

Die heutige Presse ist bereits etwas ruhiger und insbesondere wird das Revirement günstiger beurteilt als in den vorangehenden Ankündigungen. Bezüglich der Folgen sind die Ansichten jedoch äußerst pessimistisch. Die Situation des Herrn Bundeskanzlers findet überall volles Verständnis.

Die schon früher verbreiteten Meldungen über den außerordentlichen Druck, der auf Österreich ausgeübt wurde und den so schweren Kampf des Herrn Kanzlers, tauchen auch heute überall auf. Ein Dementi aus Berlin zu diesen Meldungen liegt bisher nicht vor. Zu den gestrigen Meldungen der Pariser Presse über Truppenkonzentrationen in Deutschland an der österreichischen Grenze war aus Berlin noch gestern abend eine Richtigstellung dahingehend ergangen, daß die Truppenzusammenziehungen in der Nähe der Tiroler Grenze auf normale Manöverbewegung zurückzuführen wären.

1897

Gesandter Tauschitz an Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 8 (Chiffre)

AdR, NPA

Deutschland I/12 E

Z. 51676/13¹

Berlin, 16. Februar 1938

Kurz nach Aufhebung der gestrigen Abendtafel beim Reichskanzler kam Aussenminister Ribbentrop auf mich zu und sagte:

„Ich gratuliere, das Abkommen zwischen unsren Staaten ist nun perfekt.“

Ich beglückwünschte ebenfalls Ribbentrop und hob als gutes Anzeichen hervor, daß seine erste Verhandlung als Außenminister zu einem positiven Erfolg geführt habe und verwies darauf, daß auch das Juli-Abkommen unter seiner Mitarbeit zustande gekommen ist. „Das hat nicht gut funktioniert, erwiderte er, das neue muß besser werden; ich bitte Sie um solenne Zusammenarbeit mit mir an dieser historischen Tat.“

Hierauf ließ mich Reichskanzler zu sich bitten und sagte:

„Wir können uns gegenseitig beglückwünschen! Ich bin glücklich darüber, daß die Besprechungen mit dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Staatssekretär zu dem beiderseits gewünschten Ergebnis geführt haben.“

Herr Hitler gab mir hierauf einen kurzen Ueberblick über die Besprechungen und betonte, daß die Zeit der Mißverständnisse nun vorbei sei und niemand mehr

¹ Leicht verändert wiedergegeben in: Hochverratsprozess, 564.

auf deutsche Zwietracht bauen könne. Nachdem ich im gleichen Sinne erwidert hatte, sagte mir der Reichskanzler beim Abschied nochmals: „Ich bin glücklich darüber.“

Besonders warm drückte mir Göring mit den Worten die Hand, daß nun eine neue Epoche der deutschen Geschichte beginne.

Göbbels kam lachend auf mich zu und sagte:

„Wir können uns gegenseitig beglückwünschen; nun wird aber fest weitergearbeitet. Wenn Ihnen etwas nicht passt, kommen Sie zu mir, und wenn mir etwas nicht passt, komme ich zu Ihnen. Es gibt kein gegenseitiges Schießen mehr, alles muss im Keim erstickt werden!“

Es beglückwünschten mich auch die andren anwesenden Reichsminister und Staatssekretäre usw., ebenso sämtliche Missionschefs. Das eben erschienene Communiqué wanderte von Gruppe zu Gruppe, wie überhaupt das Gespräch der 800 Gäste sich um das Uebereinkommen drehte.

Ich erlaube mir, Herrn Bundesminister meine aufrichtigsten Glückwünsche anzuschließen.

1898

**Gesandter Schmidt an Bundeskanzleramt/
Auswärtige Angelegenheiten**

Telegramm Nr. 2 (Chiffre)

AdR, NPA

Deutschland I/12 E

Z. 51690/13

Bukarest, 16. Februar 1938

(23.55 → 17. II - 8.00)

Antwort auf d. a. Telegramm No. 2.¹

Bei einer heutigen Unterredung mit Minister des Aeussern liess ich mich auftragsgemäss vernehmen. Herr Tartarescu erwiderte, dass auch er die internationale Nervosität für unbegründet halte, ich möge dem Herrn Bundeskanzler die Versicherung übermitteln, dass die rumänische Regierung der seinigen unveränderte freundschaftliche Gefühle und volles Vertrauen entgegenbringt. Er wolle sein Ziel, engeres Zusammenarbeiten im Donaubecken, darunter auch mit uns, weiter verfolgen und hoffe, dass die angebahnte Verständigung Rumäniens mit Ungarn dazu beitragen werde.

¹ ADÖ 12/1891.

1899**Gesandter Engerth an Bundeskanzleramt/
Auswärtige Angelegenheiten**

Telegramm Nr. 1 (Chiffre)

AdR, NPA

Deutschland I/12 E

Z. 51746/13¹

Bern, 16. Februar 1938

(21.02 → 17. II - 8.00)

Antwort auf d. a. Telegramm No. 2.²

Eben Bundesrat Motta gesprochen, der die Abrede von Berchtesgaden warm begrüsst und die Hoffnung hegt, dass sie halten wird, was sie verspricht, übrigens meint, dass, wenn sie wider Erwarten auch noch keine endgiltige Befriedung bringen sollte, dadurch wenigstens für eine Zeit wieder Ruhe geschaffen ist. Er danke Bundesminister Dr. Schmidt für die freundliche frühzeitige Information durch den Gesandten Jäger und ist von höchster Bewunderung erfüllt über die³ Sorgfalt, Würde und das Geschick, mit denen Bundeskanzler Dr. Schuschnigg die schwierige Aufgabe der letzten Tage gemeistert hat.

1900**Gesandter Sommaruga an Bundeskanzleramt/
Auswärtige Angelegenheiten**

Telegramm Nr. 3 (Chiffre)

AdR, NPA

Deutschland I/12 E

Z. 51748/13¹

Stockholm, 16. Februar 1938

(22.25 → 17. II - 8.00)

Zu d. a. Telegramm No. 3.²

Heutige Morgenzeitungen bringen sensationelle Berichte ausländischer Korrespondenten in ...³ Allgemeiner Eindruck, dass wir kapitulierten. Keine redaktionelle Stellungnahme.

¹ Leicht verändert wiedergegeben in: Hochverratsprozess, 564-565.

² ADÖ 12/1891.

³ Chiffre fehlt.

¹ Auch in: Hochverratsprozess, 564.

² ADÖ 12/1891.

³ Chiffre fehlt.

Da Justizminister, der Minister des Aeussern vertritt, heute und nächste Tage durch Reichstagsverhandlungen in Anspruch genommen, habe ich Inhalt des Telegrammes Generalsekretär mitgeteilt und um Einwirkung auf Presse gebeten, was er, soweit bei den aus aller Welt einlangenden Nachrichten möglich, zusagte. Inzwischen war übrigens bei Telegraphenbureau amtliche *Wiener* Meldung über Regierungs-umbildung und *ersten Ministerrat* eingelangt, welche erste Abendblätter bringen. Unklarheit besteht noch bezüglich genauer Organisation Sicherheitswesens. Generalsekretär hält Ereignis für sehr ernst, meint, Nationalsozialisten hätten, einmal eingelassen, überall Tendenz, sich auszubreiten, teilt öffentlichen Glauben, dass Italien uns im Stich gelassen, weshalb uns wohl keine andere Wahl geblieben.

1901

Gesandter Berger-Waldenegg an Bundeskanzleramt/ Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 14 (Chiffre)

AdR, NPA

Deutschland I/12 E

Z. 51749/13¹

Rom, 16. Februar 1938

(21.00 → 17. II - 8.00)

Antwort auf d. a. Telegramm No. 5.²

Inhalt der beiden heutigen Telegramme italienischem Minister des Aeussern gegenüber verwertet.

Dieser zeigte sich – obwohl durch italienischen Gesandten bereits in Kenntnis des Textes – überaus dankbar für direkte Information über unsere Gedankengänge. Er sagte, dass er ebenso wie Duce österreichische Haltung für absolut richtig halte und den Entschluss zu weitgehenden Konzessionen im passenden Moment gefasst. Oesterreichs Politik sei mit der Achsenpolitik innig verwoben und habe die richtigen Folgerungen gezogen. Eine Politik gegen Deutschland sei für Oesterreich unmöglich. Minister des Aeussern sagte dann eine freundschaftliche Suggestion machen zu wollen. Oesterreich müsse jetzt einen Akt politischer Selbständigkeit vornehmen. Ihm würde Beitritt zum Antikominternpakt als solche Tat am geeignetsten erscheinen. Er glaube nicht einmal, dass Deutschland an solchem Beitritt grosses Interesse hätte, da es vielleicht allein den Kampf der Deutschen gegen den Bolschewismus führen will. Auch schon darum würde ihm solches starkes Lebenszeichen eines selbständigen Oesterreichs günstig dünken.

Gesandter Buti, den ich nachher sprach, wiederholte Gedankengänge seines Chefs.

¹ Leicht verändert wiedergegeben in: Hochverratsprozess, 565.

² ADÖ 12/1891.

1902**Gesandter Wimmer an Bundeskanzleramt/
Auswärtige Angelegenheiten**

Telegramm Nr. 31 (Chiffre)

Hochverratsprozess, 563

Belgrad, 16. Februar 1938

Antwort auf da. Telegramm Nr. 20.¹

Herr *Andrić* versicherte, daß die jugoslawische Regierung jede ...² des Friedens aufrichtig begrüßt und in diesem Sinne ha. Mitteilungen mit Interesse zur Kenntnis nehme. Persönlich fragte er, ob Österreich Zusicherungen bezüglich einer geänderten Haltung gegenüber der Tschechoslowakei und Völkerbund gegeben habe. Ich erwiderte, daß alle über meine Mitteilungen hinausgehenden Gerüchte auf Kombinationen beruhen. *Andrić* sprach von einem gesteigerten Ansehen des Bundeskanzlers und bat mich, Herrn Minister des Äußern seine Glückwünsche zu übermitteln. Im allgemeinen halte ich die Haltung der jugoslawischen Regierung für freundlich reserviert.

Ich möchte bemerken, daß der italienische Gesandte heute mir gegenüber gesprächsweise erwähnt, daß die Aktion *Hitlers* teilweise auf dessen Unwillen über die Versuche der Tschechoslowakei und Frankreichs, Österreich in ihren Kreis zu ziehen, zurückzuführen sei.

1903**Gesandter Franckenstein an Bundeskanzleramt/
Auswärtige Angelegenheiten**

Telegramm Nr. 9 (Chiffre)

AdR, NPA

Deutschland I/12 E

Z. 51751/13¹

London, 17. Februar 1938

(17.51 → 18. II. - 8.00)

Ich habe mich Herrn Eden gegenüber, den ich in sorgenvoller Stimmung fand, im Sinne der Telegramme No. 5² und 6³ ausgesprochen und besonders auf die

¹ ADÖ 12/1891.² Chiffre verstümmelt.¹ Leicht verändert wiedergegeben in: Hochverratsprozess, 565.² ADÖ 12/1890.³ ADÖ 12/1891.

Bemühung österreichischer Regierung um innerpolitische befriedigende Ausgestaltung des Verhältnisses zu Deutschland und Wahrung Weltfriedens hingewiesen. Ich betonte Notwendigkeit, dass dieser Konsolidierungsprozess nicht durch ausländische Mächte heimlich gefährdet werde. Staatssekretär nahm meine Mitteilungen mit Interesse zur Kenntnis und zeigte für äusserst schwierige Lage, in der sich österreichische Regierung befand, Verständnis. Er bemerkte, österreichische Regierung habe englische Regierung in keiner Weise um Rat oder Unterstützung gebeten. Englischer Gesandter habe mit Recht auf die ihm österreichischerseits gemachte Ankündigung des Besuches beim Reichskanzler seine Bedenken geäußert. Ich begründete unbedingte Notwendigkeit dieser Aussprache. Herr Eden erwähnte, dass er in Berlin durch Fragen sein Interesse an Unterredung in Berchtesgaden bekundet habe. Passive Haltung Italiens sei ihm unverständlich. Englische Regierung werde weitere Entwicklung der Dinge aufmerksam verfolgen, speziell was die neuerliche Bekräftigung österreichischer Unabhängigkeit seitens des Führers im Sinne des Juli-Abkommens anbelangt.

Stimmung City und hiesigen Publikums und Befürchtung bezüglich der weiteren Entwicklung sind durch starken Kursrückgang österreichischer Anleihe gekennzeichnet.

Gesandtschaft versuchte hiesige Presse zu beruhigen, die durch Korrespondentenmeldung aus verschiedenen Hauptstädten stets neuerlich alarmiert wird. Times und Daily Mail stellen sich heute in Leitartikel übrigens sachlich ein.

1904

Gesandter Franckenstein an Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt

Bericht Nr. 44/Pol.

Hochverratsprozess, 528-529

London, 17. Februar 1938

Herr Bundesminister!

Das Bekanntwerden der Reise des Herrn Bundeskanzlers nach Berchtesgaden hat in der hiesigen Presse sensationell gewirkt.

Von den Sonntagsblättern (13. Februar) schrieb „*Observer*“, daß die Zusammenkunft eine angenehme Überraschung darstellte und dass sie eine engere Zusammenarbeit der beiden Staaten erwarten lasse. „*Sunday Dispatch*“ schrieb, daß die Zusammenkunft auf Anregung *Mussolinis* erfolgt sei. „*Sunday Express*“ schrieb von einem *Triumph* für Österreich.

Am Montag (14. Februar) berichtete die „*Times*“, daß Reichskanzler *Hitler* von Bundeskanzler Schuschnigg die Ernennung Dr. *Seyß-Inquarts* zum Sicherheitsminister verlangt habe.

Im Leitartikel schrieb das Blatt, daß die beiden Hauptfiguren (*Hitler*, *Schuschnigg*) die Glückwünsche ihrer Völker für eine Tat verdienen, die augenscheinlich den Bedürfnissen beider Staaten entspreche. In einer Berliner Meldung ließ sich das Blatt mitteilen, daß Reichskanzler *Hitler* eine Schwächung der Rom–Berlin-Achse habe verhindern wollen.

„*Manchester Guardian*“ bezeichnet die Zusammenkunft als den Beginn eines Versuches, die österreichisch-deutschen Beziehungen zu verbessern. Im Leitartikel sagt das Blatt, daß nun neuerdings eine dynamische Periode eingetreten sei.

„*Daily Herald*“ ließ sich aus Wien melden, daß der deutsche Reichskanzler den Besuch in die Wege geleitet habe, um wenigstens einen Teil des von Deutschland verlorenen Prestiges zurückzugewinnen.

„*Daily Express*“ schrieb, daß Bundeskanzler *Schuschnigg* in dem österreichisch-deutschen Pokerspiel eine Meisterkarte ausgespielt habe, in dem er habe wissen lassen, daß Bundespräsident *Miklas* unerwartet Einwendungen gegen den neuen Pakt geltend gemacht habe.

„*Daily Mail*“ schrieb, daß der Hauptgegenstand der Gespräche die Habsburger-Frage gewesen sei.

Am Dienstag, den 15. d. M., änderten die Zeitungen Ihre Ansicht über die Berchtesgadener Besprechungen und überschrieben ihre Artikel mit „*Finis Austriae*“, „*Ende Österreichs*“, usw. „*Times*“ schrieb von den schweren Tagen des Bundeskanzlers in Berchtesgaden und der energischen Haltung des Reichskanzlers *Hitler*. Ähnlich schrieb „*Daily Telegraph*“. Der diplomatische Korrespondent des „*Manchester Guardian*“ schloß aus der österreichisch-deutschen Krise, daß Reichskanzler *Hitler* nach wie vor entschlossen sei, den Anschluß schrittweise zustande zu bringen. Rücksichten auf die Wirkungen in Rom, Paris und London beeinflussten die Art, in der er seine Absicht durchführt.

„*Daily Express*“ [sic!] schrieb, daß Österreich ein regelrechtes Ultimatum gestellt worden sei.

„*Daily Mail*“ meinte in einem Spezialartikel, daß Deutschland an seinem Ziele, Österreich zu amalgamieren, festhalte. Ein Zusammengehen zwischen Deutschland und Österreich bedeutet eine umfassende Position gegenüber der Tschechoslowakei, in der dreieinhalb Millionen Deutsche leben.

Am 16. Februar sprach „*Daily Telegraph*“ davon, daß Österreich tatsächlich seine Unabhängigkeit geopfert habe. Die Betrauung des Staatssekretärs *Schmidt* mit der Führung der österreichischen Außenpolitik bedeute, daß diese binnen wenigen Monaten mit der deutschen identisch sein werde. Österreich werde eine Zollunion mit Deutschland eingehen. Für die Tschechoslowakei bedeuten die österreichischen Ereignisse die Aussicht einer Aufteilung, und es sei bedeutsam, daß einer der Anwärter auf einen Teil tschechoslowakischen Gebietes, nämlich

Ungarn, seit der Zusammenkunft von Berchtesgaden unerwartete Bereitwilligkeit gezeigt habe, sich mit dem Schicksale Österreichs abzufinden. Man könne daraus schließen, daß Deutschland Ungarn in Aussicht gestellt habe, seine Ansprüche gegenüber der Tschechoslowakei zu einem späteren Zeitpunkte zu befriedigen. In einem Leitartikel spricht der „*Daily Telegraph*“ von der vollen Sympathie, die er mit Kanzler *Schuschnigg* habe, der sich auf Grund seiner Unterredungen mit Reichskanzler *Hitler* in einer schwierigen Lage befinde.

„*Times*“ vom 16. Februar gibt der Ansicht Ausdruck, daß der deutsche Druck anhalten werde.

Der Wiener Korrespondent des „*Manchester Guardian*“ schreibt, daß im gegenwärtigen Augenblicke Italien sich offenbar an die Rom-Berlin-Achse klammern müsse. „*Daily Express*“ sagt, daß, wenn *Hitler* triumphieren sollte, Österreich als unabhängiger deutscher Staat ebenso in Deutschlands Machtkreis übergehen werde wie Mandschukuo in den Japans. Das Blatt tritt für eine Isolationspolitik ein.

Der Leitartikel der „*Times*“ vom 17. *Februar* gibt einen Überblick über die Einstellung der Blätter, die die Berchtesgadener Zusammenkunft zuerst als einen Sieg Österreichs und dann als den Untergang Österreichs bezeichneten. Das Blatt sagt, daß weder das eine noch das andere zutreffe. Alles komme darauf an, in welcher Weise die getroffenen Vereinbarungen in die Praxis umgesetzt werden würden. Österreich werde natürlich immer in der Einflußsphäre Deutschlands bleiben, andererseits werde der österreichische Charakter nie ganz sich in die nationalsozialistische Denkweise hineinfinden können. Bezüglich der Zukunft meint das Blatt, daß man die Ausdehnung der Einflußsphäre vom britischen Standpunkte aus nicht hindern soll. Dadurch, daß man den status quo nicht als ewig ansehe, könne man vielleicht Kriegsgefahren ausschalten.

„*Daily Telegraph*“ berichtet aus Wien über die Niedergeschlagenheit der patriotischen Österreicher. Es gibt Details über die Berchtesgadener Zusammenkunft und verweist auf die gefährliche Lage in Österreich, da freigelassene Nationalsozialisten in die Dörfer und Marktplätze zurückkehren würden. Irgendeine Aktion gegen die Nationalsozialisten könne von Deutschland stets als Vorwand für Drohungen oder eine Invasion benützt werden. – Der Leitartikel des „*Daily Telegraph*“ nennt die Unterwerfung Österreichs einen schweren Rückschlag der italienischen Politik und fragt, ob der Germanisierungsprozeß am Brenner haltmachen werde. – Der diplomatische Korrespondent des gleichen Blattes berichtete, daß im gestrigen britischen Kabinettsrat die Entwicklung in Österreich durchgesprochen wurde.

„*Daily Herald*“ schreibt, daß Bundeskanzler *Schuschnigg* an Großbritannien und Frankreich appelliert habe, ob sie irgend etwas Nützliches tun könnten, um ihm zu helfen. Das Problem sei noch nicht gelöst, ob man an Berlin herantreten sollte und in welcher Form.

„*Manchester Guardian*“ schreibt, daß Reichskanzler *Hitler* dem Bundeskanzler *Schuschnigg* ein Ultimatum vorgesetzt habe, das Österreichs politische Unabhängigkeit aufs schwerste verletzt. Adolf *Hitler* habe bis jetzt zwischen diktierten und

frei zustande gekommenen Verträgen unterschieden. – Der diplomatische Korrespondent des „*Manchester Guardian*“ sagt, daß niemand ernst bestreite, daß dies der Anfang vom Ende der österreichischen Unabhängigkeit sei.

„*Daily Herald*“ meldet aus Wien, daß Österreich noch nicht verloren sei. Deutschland habe zwar den Fuß über die Schwelle gesetzt, aber vom Haus noch nicht Besitz ergriffen. Es werde von Großbritannien und Frankreich abhängen, ob es Deutschland gelingen werde, Österreich nach Danziger Muster in einen Vasallenstaat zu verwandeln.

„*News Chronicle*“ fragt, ob der Nationalsozialismus in Österreich so rücksichtslos und freiheitszerstörend auftreten werde wie in Deutschland. Das Blatt fürchtet, daß die deutsche Taktik bei Einführung der militärischen Dienstpflicht, der Besetzung des Rheinlandes und der Aktion gegen Österreich wo anders wiederholt werden könnte.

„*Daily Express*“ schreibt von einem Gentlemen-Agreement *Hitler–Mussolini*, worin ersterer sich verpflichtet habe, die volle Einverleibung Österreichs bis 1943 zu verschieben. Dieses Abkommen erkläre das Geheimnis der italienischen Untätigkeit.

„*Daily Mail*“ schreibt, daß Europa nach Bekanntwerden der einzelnen Punkte des Einvernehmens aufatmet. Die Unabhängigkeit Österreichs sei gesichert. Bundeskanzler *Schuschnigg* habe durch sein Abkommen mit Deutschland staatsmännische Eigenschaften und Realismus gezeigt und sei damit dem Beispiele *Mussolinis* gefolgt.

Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit

Franckenstein

1905

**Gesandter Buchberger an Bundeskanzleramt/
Auswärtige Angelegenheiten**

Telegramm Nr. 2 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 51752/13

Ankara, 17. Februar 1938
(18.50 → 18. II. - 8.00)

Mit Bezug auf Telegramm No. 1.¹

Minister des Aeussern bat mich, Bundeskanzler und Euer Exzellenz wärmste Glückwünsche zur grosszügigen Erklärung deutsch-österreichischer Beziehungen zu übermitteln, die einen Akt staatsmännischer Voraussicht darstelle. Er sehe in der direkten Regelung nicht nur erfreuliche Beruhigung internationaler Lage, sondern auch günstige Wirkung auf Mitteleuropa, woran Türkei interessiert.

¹ ADÖ 12/1891.

Nach Reinigung politischer Atmosphäre durch Entrevue rechne er mit weiteren deutsch-österreichischen Verhandlungen zwecks Annäherung auf wirtschaftlichem Gebiete (Bericht No. 20/pol.)

1906

**Gesandter Vollgruber an Bundeskanzleramt/Auswärtige
Angelegenheiten**

Telegramm Nr. 13 (Chiffre, streng geheim)

AdR, NPA

Deutschland I/12 E

Z. 51753/13

Paris, 17. Februar 1938

(9.00)

Für Herrn Bundesminister.

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 9 von heute.¹

Besuchte Kabinettsdirektor, um mich über Haltung hiesiger Regierung informieren zu lassen. Derselbe legte nahe, diesbezüglich mit dem Minister des Aeußeren persönlich zu sprechen, was ich annahm, nachdem er mir nach Befragung seines Chefs versprochen hatte, daß mein Besuch, um Mißdeutung zu vermeiden, geheim bleibe.

Aussenminister erklärte, französische Regierung habe Entwicklung der Dinge nach der Entrevue von Berchtesgaden, sobald sie sich der Gefahr der Lage bewusst geworden sei, von Minute zu Minute mit größtem Interesse verfolgt und daher schließlich gestern nachmittags französischen Gesandten in Wien zu der bekannten Demarche beauftragt.

Aussenminister sagte, er habe volles Vertrauen in unsere Versicherung, daß die von uns gemachten Konzessionen unsre Unabhängigkeit nicht gefährden, allerdings nur, wenn von deutscher Seite Versprechungen wirklich loyal gehalten würden. Er teilt unsere Auffassung, daß, um dies nicht von Anfang an unmöglich zu machen, eheste vollständige Beruhigung im Ausland eintreten sollte. Er werde daher persönlich auf die hiesige Presse Einfluß nehmen, gebe sich aber „bei dem Interesse, das das ganze Volk an dieser Sache nimmt,“ und bei den Nachrichten, die über die Pression usw. in die Oeffentlichkeit gedrungen seien,“ von der Schwierigkeit seiner Aufgabe Rechnung.

Außenminister fuhr fort, er hoffe, daß sich unsere Erwartungen in eine nunmehr normale Entwicklung der Beziehungen zu Deutschland erfüllen, denn es bestehe für ihn kein Zweifel, daß eine Wiederholung der Ereignisse der letzten Tage

¹ Hier ist wohl ADÖ 12/1891 gemeint.

nicht mehr ohne eine Erschütterung unserer Unabhängigkeit möglich wäre. Da Frankreich an der Lage in Mitteleuropa, wie wiederholt betont, größtes Interesse nehme, hätten französische und englische Regierung gestern abends ihre Vertreter in Berlin beauftragt, beim Reichsaußenminister vorzusprechen, ihn mit Bezug auf die Entrevue von Berchtesgaden zu fragen, „woran man eigentlich sei“ und „auf das eminente Interesse, das die beiden Staaten an der Entwicklung in Mitteleuropa nähmen, hinzuweisen.“ Empfang scheint bis zur Stunde noch nicht stattgefunden zu haben. „Es wäre vielleicht nicht feinfühlig gewesen, diesen Schritt zu tun, ohne uns zu fragen, man habe ihn aber für notwendig gehalten.“ Man sei hier der Ansicht, „daß ehestens alles, was möglich ist, geschehen müsse, um eine trotz allem nicht ausgeschlossene Wiederkehr der Situation, wie wir sie eben erlebt hätten, zu verhindern, denn wenn sie wiederkehrt, wäre es vielleicht zu spät, noch irgend eine Maßnahme zu ergreifen.“ Deswegen wäre man hier sehr dankbar, wenn man über die weitere Entwicklung jeweils auf dem Laufenden gehalten werden könnte und würde es nur begrüßen, wenn wir Anregungen, wie das oben angedeutete Ziel zu erreichen wäre, machen wollten. Man werde hier selbstverständlich auch weiterhin, so wie bisher, vollstes Verständnis für unsere Rücksichtnahme auf Italien und Deutschland beweisen. Uebrigens sei dieselbe hinsichtlich des ersteren, nachdem es uns jetzt völlig im Stich gelassen habe, vielleicht nicht mehr so notwendig. Das vollständige Desinteressement Italiens sei ihm trotz allem unverständlich; vielleicht könnte Italien über die österreichische Frage eine Annäherung an Frankreich vollziehen, das nach wie vor einer Kooperation mit England und Italien, in der ja doch die beste Sicherheit für Mitteleuropa gelegen sei, geneigt wäre. Der Minister beschloß seine Ausführungen, indem er sagte, er werde mich über die Antwort, die sein Vertreter in Berlin erhalten werde, in Kenntnis setzen lassen.

1907

**Gesandter Tauschitz an Bundeskanzleramt/
Auswärtige Angelegenheiten**

Telegramm Nr. 10 (Chiffre, statissime)

AdR, NPA

Deutschland I/12 E

Z. 52577/13

Berlin, 17. Februar 1938

(17.55)

Als gemeinsam durch deutsches Nachrichtenbüro und österreichischen Bundespres-sedienst zu verbreitendes Kommuniké wird vom auswärtigen Amte vorgeschlagen: „Auf Grund der am 12. Februar in Berchtesgaden zwischen dem Führer und Reichskanzler und dem Bundeskanzler Schuschnigg getroffenen Abreden wird

nunmehr der österreichische Nationalsozialist die Möglichkeit legaler Betätigung im Rahmen der Vaterländischen Front und aller übrigen österreichischen Einrichtungen haben. Diese Betätigung wird auf dem Boden der Verfassung in Gleichstellung mit allen anderen österreichischen Gruppen erfolgen.

Vom Reiche aus wird die Durchführung des bestehenden Verbotes der Einmischung von Parteistellen in innerösterreichische Verhältnisse sichergestellt, um auch hiedurch zu der befriedigenden Entwicklung beizutragen.“

Hiezu wird in Aussicht gestellt, daß der Reichskanzler in seiner Rede neuen Kurs begrüßt und Punkt III bestätigt.

Seyss-Inquart

1908

**Gesandter Sommaruga an Bundesminister für die
Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 121/Pol.

AdR, NPA

Deutschland I/12 E

Z. 51774/13

Stockholm, 17. Februar 1938

Herr Bundesminister!

Im Verfolge der hieramtlichen Berichterstattung beehre ich mich in der Beilage einen Auszug aus den Meldungen der schwedischen Presse in den Zeitungen des 16. und 17. Februar, sowie einen Auszug aus den Leitartikeln der vier prominentesten Morgenblätter vom 17. Februar vorzulegen.

Eine Abschrift dieser Auszüge sende ich unter einem direkt an den Bundespresdienst.

Der Generalsekretär des schwedischen Ministeriums des Aeussern, den ich gestern aufsuchte, um ihn im Gegenstand zu informieren, fasste die Sachlage sehr ernst auf. Er meinte, die Umwälzungen in Deutschland hätten es klar gemacht, dass dort auch Divergenzen bestanden hätten. Ob es nun so sei, dass Herr Hitler zur Ablehnung der Aufmerksamkeit von diesen inneren Schwierigkeiten etwas unternehmen musste oder dass er, um etwas unternehmen zu können, die innere Umgestaltung vorgenommen habe, sicher sei, dass er für Sonntag einen aussenpolitischen Schlag gebraucht habe. Angesichts des Versagens Italiens sei uns wohl keine andere Wahl geblieben. Generalsekretär Boheman, der als Gesandter in Warschau die Entwicklung der Dinge in Danzig aus der Nähe beobachten konnte, wies unter Anspielung hierauf auf das hervorragende Vermögen der Nationalsozialisten zur Ausbreitung und Penetration hin, wenn sie nur einmal

irgendwie Fuss gefasst hätten. Hierin, nicht in den augenblicklichen Beschlüssen, sehe er die Gefahr.

Bezüglich der Regierungsumbildung wird allgemein die grösste Aufmerksamkeit dem Sicherheitsressort und der genauen Stellung Staatssekretärs Dr. Skubl gewidmet, dies wohl zum Teil auch infolge des Eindrucks, den sein Besuch in Stockholm hinterlassen hat, vor allem aber wegen der mit dem Befehlsrecht über die Polizei verbundenen Schlüsselstellung.

Eine grosse Rolle bezüglich des Zustandekommens der Einigung sowie bezüglich der Weiterentwicklung wird auch Herrn Bundesminister persönlich beige-messen.

Im allgemeinen ist der Ton der schwedischen Presse selbst zwar deutlich in der Ansicht begründet, dass Oesterreich die Vereinbarung treffen *musste*, im übrigen aber ruhig und ohne besondere Ausfälle. Dass die Presse Vergleiche mit der Entwicklung in Deutschland selbst anstellt und das Ergebnis der Berchtesgadener Verhandlungen als eine Etappe auf dem Wege zu einer Koordinierung und schliesslich vielleicht zum Anschluss ansieht, liegt nahe. Die meist konservativen Kreise, die immer die Stärke der nationalen Bewegung in Oesterreich behauptet hatten, sehen ihre Ansicht bekräftigt; die Sozialdemokraten verweisen auf die Unterdrückung des Gegenpols. Ich muss aber konstatieren, dass bisher nirgends eine gehässige Stimme gegen Oesterreich laut geworden und vielmehr dem Herrn Bundeskanzler für das im Interesse des Frieden gebrachte Opfer allseits Achtung gezollt wird.

Die Schärfe wendet sich gegen Italien und die Ohnmacht der Westmächte.

Genehmigen Herrn Bundesminister den Ausdruck meiner ergebensten Verehrung.

H. Sommaruga

1909

**Gesandter Marek an Bundesminister für die
Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 48/Pol.

AdR, NPA

Deutschland I/12 E

Z. 51732/13

Prag, 17. Februar 1938

Herr Bundesminister,

Wie ich bereits zu melden die Ehre hatte, war die Beunruhigung über die Verhandlungen in Berchtesgaden und über deren Auswirkungen in den Kreisen der tschechoslovakischen Regierung anfangs gross. Genährt wurde sie namentlich

durch die alarmierenden Nachrichten der Westpresse, die auch in die Prager Zeitungen übernommen, dort vielfach kommentiert, variiert und in einer womöglich noch alarmierenderen Aufmachung wiederholt wurden.

Ich habe mich sofort nach Einlangen der ersten Instruktionen bemüht, die Besorgnisse, die laut geworden sind, nach Tunlichkeit abzudämpfen und ich glaube, dass es mir auch gelungen ist. Jedenfalls hatte meine Einwirkung bei den höchsten Regierungsstellen und die Einflussnahme meines Presseattachés in den diversen Redaktionen und in den Pressestellen der Regierung den Erfolg, dass sich die Gemüter merklich abgeklärt haben und eine objektive und ruhigere Beurteilung der Ereignisse Platz gegriffen hat.

Heute früh besuchte ich Herrn Aussenminister Dr. Krofta, teils um mich im Sinne der erhaltenen Weisungen vernehmen zu lassen, teils um die momentane Beurteilung der Lage durch die tschechoslovakische Regierung zu erfragen. Herr Dr. Krofta sagte mir, dass die tschechoslovakische Regierung nur über eines auf das Höchste beunruhigt ist. Es sei dies die Tatsache, dass ein grosser Staat einen kleineren Staat zwingen konnte, innerpolitische Massnahmen, vielleicht auch gegen seinen Willen vorzukehren, ein Vorgehen, das als Präjudiz und Abweichung von allen völkerrechtlichen Gepflogenheiten zu den grössten Befürchtungen Anlass gäbe. Es könnte ja dem deutschen Reich demnächst einfallen, auch von der Tschechoslowakei zu verlangen, sie müsse sofort Vertreter der sudetendeutschen Henleinpartei in die Regierung aufnehmen, etc. Wir werden, meinte Herr Dr. Krofta, ja ohnehin dazu kommen, doch müsse dies die innerpolitische Entwicklung und der freie Entschluss der Regierung von selbst ergeben, nicht aber ein ausgesprochener auswärtiger Druck. Dass der Herr Bundeskanzler unter Druck gehandelt habe, sei für die tschechoslovakische Regierung eine ausgemachte Sache, hierüber habe man ganz bestimmte Nachrichten. Die Frage sei, unter welchem Titel sich der deutsche Reichskanzler berechtigt glaubt, Oesterreich in Bezug auf dessen Innenpolitik seinen Willen aufzuzwingen. Es sei wohl ein Unterschied in dem Verhältnis Oesterreichs zu Deutschland und in jenem von der Tschechoslowakei zu Deutschland. Im ersten Falle handle es sich gewiss um zwei deutsche Staaten, trotzdem aber um zwei souveräne und selbständige Staaten. Man wisse in Prag sehr gut, was man in Berlin unter „Volksgemeinschaft“ verstehe und dass man sich auch im vorliegenden Falle gewiss darauf berufen habe. Nun sei aber im Sinne Hitlers Deutschtum und deutsche Volksgemeinschaft gleich der nationalsozialistischen Weltanschauung, was doch österreichischerseits bisher immer negiert worden sei. Verräter am Volkstum, nach deutscher nationalsozialistischer Auffassung sei jeder, der nicht der nationalsozialistischen Weltanschauung huldige. Aus diesen Erwägungen dürfte nach Prager Ansicht der Druck Hitlers auf Oesterreich ausgegangen sein.

Was nun die durchgeführten Massnahmen selbst anlange, so werden diese im Kreise der tschechoslovakischen Regierung nicht ungünstig beurteilt, und Herr Dr. Krofta verwies hiebei auf den Leitartikel der heutigen „Prager Presse“, die

im grossen Ganzen ganz richtig die Situation erfasse. Der Aussenminister wisse nicht, von wem der Artikel stammt und er habe ihn auch nicht inspiriert (in Parenthese möchte ich bemerken, dass die Tendenz des Leitartikels von der Gesandtschaft aus beeinflusst worden ist).

Dr. Krofta sei schon lange überzeugt gewesen, dass der Herr Bundeskanzler schliesslich und endlich doch einmal werde an die Verbreiterung seiner Regierungsbasis schreiten und den faktischen Verhältnissen im Lande werde Rechnung tragen müssen. Dies sei nunmehr durch Heranziehung bisher abseits gestandener Kreise geschehen, und zwar nicht nur deutsch-nationaler Gruppen, sondern auch der ehemaligen Christlichsozialen und Sozialdemokraten. Dadurch habe die Regierung eigentlich ein demokratisches Gepräge erhalten und sie sei von diesem Gesichtspunkt aus, nach Prager Auffassung, sympatisch [sic!] zu begrüssen. Es werde sich natürlich in Zukunft darum handeln, ob die Absicht des Herrn Bundeskanzlers, diese Regierung im rein österreich-patriotischen Rahmen zu erhalten, gelingen wird. Herr Ribbentrop und Genossen verfolgen die Politik des „Trojanischen Pferdes“, in Oesterreich seien das Werkzeug dieser Politik scheinbar die betont nationalen Kreise, in der Tschechoslovakei die Henleinleute. Dem Aussenminister liegen bestimmte, vom 31. Jänner – also noch vor dem 14. Feber – datierte Nachrichten vor, wonach sich Herr von Neurath energisch gegen die Politik der trojanischen Pferde ausgesprochen habe und eben deshalb von seinem Posten als Aussenminister geschieden sei.

In dem Verhältnis zwischen Oesterreich und der Tschechoslovakei müssten die jüngsten Ereignisse nach Auffassung der tschechoslovakischen Regierung eigentlich nichts ändern. Nur jene Leute seien entsetzt, die die Karte des Triangles Wien – Prag – Budapest gespielt haben und sich nunmehr enttäuscht sähen. Die offizielle tschechoslovakische Aussenpolitik habe aber nie auf diesem Instrument gespielt, sondern immer die Zusammenarbeit aller Donaustaaten gewünscht, deren schrittweise Durchführung insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht durch die Ereignisse in Wien nach hiesiger Auffassung nicht gefährdet sein müsste. Man sei im Gegenteil der Ansicht, dass, wenn die Wiener Massnahmen zur Befriedung von Mitteleuropa beigetragen haben, sie notwendig gewesen und daher zu begrüssen sind. Die Tschechoslovakei wünsche nichts sehnlicher, als an ihren Grenzen Ruhe und Frieden zu haben. Sollte allerdings, was auch erzählt werde, ein militärisches Abkommen zwischen Oesterreich und Deutschland getroffen worden sein, so würde sich dieses in erster Linie gegen die Tschechoslovakei auswirken, und dies wäre allerdings vom tschechoslovakischen Standpunkt aus untragbar.

Nach dem jüngsten Diplomatenführer in Berlin habe Herr Mastny versucht, mit dem Herrn Reichskanzler über die Verhandlungen mit Oesterreich zu sprechen. Herr Hitler habe Herrn Mastny beruhigende und friedliche Versicherung gegeben und den Wunsch zum Ausdruck gebracht, dass es bald gelingen möge, sich auch mit der Tschechoslovakei zu einigen.

Was die Wirkung der Berchtesgadener Abmachungen auf andere Staaten anlangte, so lägen in Prag Nachrichten vor, dass man namentlich in Bukarest, aber auch in Budapest erschrocken sei, weil man fürchtet, dass sich die nationalsozialistische Dynamik in ähnlichem Sinn über Ungarn und Rumänien ergiessen könnte. Herr Tatarescu wappne sich jetzt schon gegen eine derartige Eventualität und er spreche kaum anders, als Titulescu seinerzeit gesprochen habe, und Tatarescu werde der massgebende Mann sein, auch wenn er das Aussenportefeuille abgeben sollte.

Rätselhaft sei das Verhalten Italiens, über dessen Stellungnahme man noch nicht klar orientiert sei. Es habe geheissen, dass Herr Mussolini dem Herrn Bundeskanzler zur Annahme der Hitlerschen Bedingungen geraten hätte.

Im grossen Ganzen werde man in Prag die weitere Entwicklung der Dinge in Oesterreich aufmerksam verfolgen, ansonsten aber die öffentliche Meinung beruhigen und nicht aus dem Rahmen des objektiven und wohlwollenden Beobachters heraustreten.

Ergänzend möchte ich hiezu noch bemerken, dass ich von deutscher christlich-sozialer Seite, und zwar von mehreren massgebenden Politikern dieser Partei wegen der Ereignisse in Oesterreich interpelliert wurde und dass man die Sorgen nicht verhehlte, die man sich hierüber mache. Minister Zajiček fragte mich, ob es richtig sei, dass Oesterreich und Deutschland ein Militärbündnis geschlossen hätten und ob die Anschauung der Partei richtig sei, dass das bisher so freundschaftliche Verhältnisse des Bundesstaates zur tschechoslovakischen Republik nunmehr der Vergangenheit angehören werde. Man wäre auch der Ansicht, dass in Hinkunft die illegale Bewegung der Nationalsozialisten in Oesterreich als legal geduldet werden soll, etc. Ich glaube, dass es mir gelungen ist, die Herren zu beruhigen. Auch der Obmann der tschechoslovakischen Agrarpartei, Abgeordneter Beran zog bei mir Erkundigungen ein und äusserte seine Besorgnis wegen der Fortsetzung der so erfreulich begonnen Zusammenarbeit.

Mit Herrn Ministerpräsidenten Dr. Hodža konnte ich vorläufig nur telefonisch sprechen. Er schien geneigt zu sein, in der Absage des Besuches des Herrn Unterrichtsministers Franke in Wien ein Zeichen vollständiger veränderter Einstellung zu erblicken und sagte mir, er wollte ohnehin das Praevenire spielen und selbst den Besuch in Wien absagen lassen. Er beruhigte sich erst, als ich ihm nachweisen konnte, dass von einer Absage keine Rede sei und es sich nur infolge technischer Hindernisse um eine Verschiebung um wenige Tage handle. Mein darauffolgendes Gespräch mit dem Unterrichtsminister selbst, trug weiter zur Klärung der Angelegenheit bei und Herr Dr. Franke wird am 26. Feber nach Wien fahren. Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Marek

1910**Pro Domo Bundeskanzleramt/Auswärtige
Angelegenheiten**

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 51695/13¹

Wien, 17. Februar 1938

Ges. Franckenstein teilt nachmittags telefonisch mit, daß Mr. Eden ihn gebeten habe, ihm irgendwelche Andeutungen darüber zu machen, in welchem Sinne uns die Interpellationsbeantwortung passen würde, die er morgen auf Anfragen bezügl. der Berchtesgadener Unterredung zu erteilen beabsichtige. Eden stelle sich uns in dieser Hinsicht zur Verfügung. Franckenstein fragt, ob er den wesentlichen Inhalt der ihm telegrafisch übermittelten Information als für diesen Zweck geeignet Eden gegenüber bezeichnen soll, oder ob wir irgendwelche konkrete Wünsche hätten.

Auf Grund Meldungen Herrn BM und durch diesen an Herrn BK ist sodann telefonisch (via Ges. Vollgruber, Paris) der zuliegende Gedankengang als Grundlage einer Interpellationsbeantwortung Edens Franckenstein zugegangen. (Vollgruber ist beauftragt, diesen Text sofort von Paris aus an Franckenstein zu geben, wodurch die Ueberquerung deutschen Gebietes vermieden wurde). Weiters wurde Vollgruber beauftragt, noch für Franckenstein beizufügen, daß Mr. Eden anzudeuten wäre, wonach es zweckmäßig erschiene, wenn er in seiner Interpellationsantwort durchleuchten ließe, daß die soeben überwundene Situation sich lieber nicht mehr wiederholen sollte, wie dies Vollgruber gegenüber ähnlich der französische Aussenminister angedeutet hat.

[Grundlage einer Interpellationsbeantwortung Edens²]

Oesterreich hat, nach den mir vorliegenden Informationen, seine Beziehungen zum Deutschen Reich, die auf dem Abkommen vom 11. Juli 1936 (Unabhängigkeit Oesterreichs und Nichteinmischung) beruhen, in Berchtesgaden in einer, wie wir hoffen können, günstigen und dauerhaften Weise im Wege einer unmittelbaren, eingehenden Aussprache zwischen den Regierungschefs beider Staaten ohne die geringste Erschütterung zu bereinigen vermocht. Wie ich erfahre, stehen darüber in nächster Zeit Aeusserungen der beiderseitigen Regierungschefs

¹ Als Aktenvermerk bezeichnet und leicht verändert wiedergegeben in: Hochverratsprozess, 565-566.

² Überschrift aus dem Hochverratsprozess-Band übernommen.

bevor. Wenn das Uebereinkommen vom 11. Juli und die nun auf dieser Grundlage zustandegekommene Einigung von Berchtesgaden von beiden Teilen, wie wir annehmen können, in freundschaftlichem Geiste eingehalten werden und Oesterreich, wie seine verantwortliche Staatsführung seit je erklärt hat, seine Aufgabe, nach innen und aussen dem Frieden zu dienen, in voller Unabhängigkeit fortsetzen kann, so ist damit der Sache des Frieden ein aner kennenswerter Dienst geleistet. Das Vereinigte Königreich ist an der friedlichen Entwicklung Oesterreichs wie Mitteleuropas überhaupt positiv interessiert, wie dies von der brit. Regg. wiederholt erklärt worden ist.

1911

**Gesandter Franckenstein an Bundeskanzleramt/
Auswärtige Angelegenheiten**

Telegramm Nr. 10 (Chiffre)

AdR, NPA

Deutschland I/12 E

Z. 51733/13¹

London, 18. Februar 1938

(12.38→16.00)

Wie ich erfahre, hat Herr Eden, der heute im Parlament Fragen über Oesterreich eingehender beantworten wollte, sich darauf beschränkt zu erklären, englische Regierung verfolge Ereignisse in Oesterreich und Zentraleuropa mit grossem Interesse. Beweggründe für Reserve Staatssekretärs sollen sein, dass er über die Zwecke und die Ergebnisse Reise Bundesministers Seyss-Inquart nichts Näheres weiss und es ihm ratsam erscheine, unmittelbar vor der Rede Reichskanzlers, deren Inhalt ihm nicht bekannt ist, keine weiteren Erklärungen abzugeben.

¹ Leicht verändert wiedergegeben in: Hochverratsprozess, 566.

1912**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an
die Gesandtschaften London und Paris**

Telegramme Nr. 8 und 13 (in Ziffern, sofort)

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 51733/13¹

Wien, 18. Februar 1938

1) [Nr. 8]

Zu Ihren Telegrammen 9² und 10³.

Wollen Sie Herrn Eden wissen lassen,

I°) dass mit dem heute abends in Wien und Berlin erscheinenden Communiqué über die Möglichkeit legaler Betätigung österreichischer Nationalsozialisten im Rahmen der Vaterländischen Front und auf Grundlage der Maiverfassung sowie über reichsdeutsche Massnahmen gegen Einmischung von Parteistellen in unsere inneren Verhältnisse von beiden Teilen im Verfolge Berchtesgadner Unterredung in Aussicht genommene Programm endgiltig erschöpft ist.⁴ Es sind daher weder weitere Massnahmen noch auch gegenständliche Verlautbarungen mehr zu gewärtigen. Diese Tatsache erscheint wohl geeignet und hinreichend um Nervosität uns sympathisch gesinnter Kreise Auslandes wirksam zu beschwichtigen;

II°) dass die auch in Interpellationsantworten Herrn E. eingegangene Annahme als wäre B. ein „Uebereinkommen“ oder ein „Zusatzabkommen“ oder irgendein zwischenstaatliches Vertragsinstrument zustande gekommen unrichtig ist. Es kann daher naturgemäss auch kein derartiges Dokument veröffentlicht werden wie dies fälschlich von einem Teil der Weltpresse vermutet wird.

III°) Es läge ganz besonders in unserem und allgemeinem Interesse wenn auf Grund obiger Tatsachen seitens britischer Regierung beruhigender Einfluss auf Presse, City und Börse genommen würde. Schmidt.

Aussenamt.

2) [Nr. 13]

Ich telegrafiere nach London:

ex 1)

Zur analogen Verwertung bei dortiger Rgg. u. in Gesprächen. Schmidt

Außenamt.

¹ Leicht verändert wiedergegeben in: Hochverratsprozess, 566.

² ADÖ 12/1903.

³ ADÖ 12/1911.

⁴ Vgl. ADAP, D 2/312.

1913**Gesandter Schmid an Bundeskanzleramt/
Auswärtige Angelegenheiten**

Telegramm Nr. 3 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 51734/13Warschau, 18. Februar 1938
(14.35 → 16.30)Antwort auf d. a. Telegramm Nr. 4.¹

Politischer Direktor, mit dem ich unter anderem wiederholt sprach, sagte mir, dass meine Darlegungen mit bisherigem Berichte polnischer Gesandtschaft in Wien im wesentlichen übereinstimmen. Ich habe Eindruck, dass Situation von hiesiger Regierung ruhig betrachtet wird, wenn auch bezüglich der weiteren Entwicklung unseres Verhältnisses zum Deutschen Reich gewisse skeptische Reserviertheit nicht zu verkennen.

1914**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an
österreichische Gesandtschaften im Ausland²**

Telegramme (in Ziffern)

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 51737/13

Wien, 18. Februar 1938

Zur Regelung Ihrer Sprache:

Da es Hauptaufgabe neuen Ministers des Innern ist hiesige illegale Kreise die bisher mit mehr oder minder Befugnis mit Stellen im Reich Verbindungen unterhielten, zu positiver Mitwirkung unter Ausschluss illegaler Betätigung heranzuziehen, hat er sich mit Zustimmung des Bundeskanzlers nach Berlin begeben um die deutscherseits zugesagten Massnahmen zur Unterbindung der bisherigen Einmischung und der Beziehungen von Parteistellen zu illegalen Elementen in

¹ ADÖ 12/1891.

² Erging an die österreichischen Gesandtschaften in London (Nr. 9), Paris (Nr. 4), Haag (Nr. 5), Rom (Nr. 7), Bern (Nr. 4), Budapest (Nr. 8), Belgrad (Nr. 23), Prag (Nr. 6), Warschau (Nr. 6) und Stockholm (Nr. 5).

Oesterreich zu besprechen. Andere Verhandlungen als über praktische Durchführung der beiderseitig getroffenen diesbezüglichen Massnahmen wurden bei diesem Anlasse nicht geführt.

Aussenamt

1915

**Gesandter Vollgruber an Gesandte Hornbostel
und Hoffinger**

Telegramm Nr. 15 (Chiffre, streng geheim)

Paris, 18. Februar 1938

Hochverratsprozess, 567

(17.05 → 19. II. - 8.00)

Für Bundesminister.

Im Verfolge h. a. Telegramms Nr. 13 vom 16 d. M.¹

Laut Mitteilung des Kabinettschefs, den ich eben besuchte, habe [s]ich Reichsminister für Auswärtige Angelegenheiten in gestriger Unterredung mit französischem Botschafter unter Hinweis auf Kommuniké „das alles enthalte“ und auf die bevorstehende Rede Reichskanzlers auf den österreichischen Fragenkomplex nicht einlassen wollen und wäre von seiner Reserve durch nichts abzubringen gewesen. Trotzdem halte man hier durch Schritt Botschafters verfolgten Zweck für erreicht, „da Berlin an das Interesse Frankreichs und besonders Englands an der österreichischen Unabhängigkeit erinnert worden sei“.

Aus dem Kabinett und aus der politischen Direktion höre ich, daß augenblicklich französische Aktion im Gange, um englische Regierung zur Teilnahme an einem allerehesten „viel entschiedeneren“ Schritt zu bewegen. Aus in diesem Zusammenhange gemachten Äußerungen glaube ich heraushören zu sollen, daß man gewisse Befürchtungen, in unserer Presse sehr stark betontes „*günstiges* Resultat“ der Entrevue könnte auf Aktion französischer Regierung in London irgendwie ungünstig abfärben, nicht unterdrücken zu können vermeint. Ähnliche Befürchtungen wurden, wenn ich richtig verstanden habe, auch wegen hiesiger öffentlichen Meinung angedeutet. Man betont ferner Weiterbestehen Ungewißheit bezüglich der Haltung Italiens und schien es mir, daß man Herbeiführung diesbezüglicher Klärung von uns erwartet; auch der schon in dem obzitierten Telegramm gemeldete Wunsch nach fortlaufender Orientierung zwecks Vermeidung Überraschung kam neuerdings irgendwie zum Ausdruck.

¹ Vgl. ADÖ 12/1896.

Sofortige Reise Ministers des Innern nach Berlin scheint am Quai d'Orsay, speziell im Zusammenhang mit den von dort anher gelangten, wenn auch nicht offiziellen, so doch auch vom französischen Botschafter „als aus sonst vertrauenswürdiger Quelle stammend“ übernommene Nachrichten trotz unbedingten Vertrauens in Bundesregierung gewisses Unbehagen ausgelöst zu haben. Dementi aus Wien und neuerliche Meldung Botschafters, daß Reichsminister Auswärtiger Angelegenheiten ihm gegenüber alle Gerüchte „energisch dementiert“ habe, wirkten beruhigend. Botschafter habe Reichsminister aufmerksam gemacht, daß solche Gerüchte, die die Welt unnütz beunruhigen, immer aus Berlin kämen und habe ihn ersucht, eine Enquete zwecks Auffindung der Quelle einzuleiten.

1916

Gesandter Pacher an Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt

Bericht Nr. 16/Pol.

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 51806/13

Moskau, 18. Februar 1938

Herr Bundesminister,

Ueber die Grimassen Moskaus zur Berchtesgadener Entrevue und der darauf folgenden österreichischen Regierungsumbildung lässt sich zusammenfassend Folgendes sagen:

Was die zusammengetragenen und teilweise wohl auch von hier aus mittelbar beeinflussten ausländischen Nachrichten sowie die Meldungen der eigenen Korrespondenten betrifft, ist, ebenso wie gegenüber den deutschen Ereignissen vom 4. Februar, von den hiesigen Blättern alles geboten worden, was nach dem jeweiligen Dafürhalten der bolschewistischen Regimespitze für Deutschland abträglich sein konnte; dasselbe gilt für die eigenen redaktionellen Zusammenfassungen, wobei sich – wie gegenüber der anglo-italienischen Annäherungsversuchen – im Laufe der entscheidenden Tage eine ziemlich weitgehende Wendung konstatieren lässt. Zuerst – in einem Artikel von der früheren Berliner „Iswestija“-Korrespondentin Kait – der Wunsch, die Berchtesgadener Entrevue als Indizium eines innerdeutschen Schwächezustandes auszuschrotten, ein grundlegendes Faktum, dass die Geneigtheit Reichskanzler Hitler's zu einer ostensiblen pazifistischen Geste in irgendeiner Richtung hervorgerufen hätte; dabei wäre Italien der ter-

tius gaudens gewesen, der die Erneuerung der Unabhängigkeits-Anerkennung und der Nichteinmischungs-Zusicherung in Bezug auf Oesterreich für künftige, mehr oder weniger problematische, Gegendienste einheimse; Parole: alles eher als ein Canossa. Dann, insbesondere nach Bekanntgabe der Wiener Regierungs-umbildung, umgekehrt, das arme, von allen verlassene Oesterreich hat vor dem „deutschen Faschismus“ kapitulieren müssen.

Moskau glaubt, alles in allem, nunmehr die Ereignisse von einer ganz hohen Warte aus zu betrachten, indem es dieselben nach altem Schema als besonders flagrantes Beispiel für die schwerwiegenden Folgen der allseitigen Widerstandslosigkeit und insbesondere jener der westlichen Demokratien gegenüber den „Aggressoren“ hinstellt. Man malt natürlich alles grau in grau, zum Teil sieht man es aber auch tatsächlich so. Denn man hatte insgeheim doch gehofft, dass der auf den 11. Juli 1936 gefolgte Zustand das Maximum der italienischen Konzessionen an die Achse Berlin–Rom in puncto Oesterreich bedeuten würde und dass ein mit Sicherheit zu erwartender Versuch Hitler's, diesen Zustand schärfer und konkreter auszubauen – von den westlichen Demokratien ganz abgesehen – auch die deutsch-italienischen Beziehungen zum Umkippen bringen würde. Diesen Gedanken legt man zwar als verwerflichen Irrtum England bei, hat ihn aber zweifellos bisher selbst gehegt. Denn Italien ist und bleibt eben nur so lange „Aggressor“, als es eine mit Berlin kongruente Linie verfolgt.

Da man bei der wirklichen Einstellung Moskaus und seinem Lauern auf eine europäische Konflagration jede seiner Beurteilungen irgendeines Ereignisses umgekehrt lesen muss, um zu einem richtigen und im Sinne der europäischen Befriedung positiven Ergebnis zu gelangen, kann man wohl die Betrachtungen der Sowjetpresse, was die letzten österreichisch-deutschen Ereignisse betrifft, als eines der günstigsten Zeugnisse der Weltpresse ansehen. Nicht ganz so steht es bei gleicher Lesweise mit der Beurteilung der bisherigen österreichischen Regierung und insbesondere des Herrn Bundeskanzlers. Sie werden als Märtyrer dargestellt und zwar einfach deshalb, weil man – in Unkenntnis oder zu grober Beurteilung des Persönlichen – ihren vermeintlichen Widerstand gegen eine vitalere Konkretisierung des 11. Juli fälschlich als positives Element in das eigene Kalkül eingestellt hatte.

Es ist schliesslich beizufügen, dass die Sowjetpresse auch gegenwärtig noch fortfährt, der Besprechung der hier in Rede stehenden Begebenheiten einen ausserordentlich breiten Raum zu widmen.

Die einschlägigen Artikel der „Iswestija“ und „Prawda“, beide vom 17. 1. Mts., erlaube ich mir anverwahrt in Uebersetzung vorzulegen.¹

Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Pacher

¹ Liegen dem OD bei.

1917**Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten
Schmidt an Gesandten Berger-Waldenegg (Rom)**

Telegramm Nr. 7

AdR,
GA Rom

Wien, 19. Februar 1938

Zum gestrigen Telegramm Nr. 15¹

Wollen Sie Minister des Aeussern in meinem Namen unsere dankbare Befriedigung ueber die positive und der gegebenen Situation Rechnung tragende Haltung italienischer Presse (Tribuna, Gazzetta del popolo, und Stampa) ausdruecken.

Schmidt

1918**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten
an Gesandten Marek (Prag)**

Erlass (Flugpost, dringend)

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 51732/13Wien, 19. Februar 1938
(18.05 → 18.45)

Herr Gesandter!

Die in ihrem Bericht v. 17. I. M.¹ gemeldeten Aeusserungen des Herrn Aussenministers Dr. Krofta geben zu einer Reihe von Bemerkungen Anlass, die Sie ihm ehestens unter Berufung auf h. o. Auftrag zur Kenntnis bringen wollen.

Vor allem ist festzustellen, dass die Meldungen über ein militärisches Abkommen zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich jeder Begründung entbehren, und schon gar über ein solches, das gegen die Tschechoslowakei gerichtet wäre. Es wurde kein Militärabkommen geschlossen, und über die Tschechoslowakei in Berchtesgaden überhaupt nicht gesprochen. Derartige Nachrichten sind nicht nur dem Herrn Minister gegenüber sondern überhaupt bei jeder sich bietenden Gelegenheit nachdrücklichst zu dementieren.

¹ AdR, GA Rom.¹ ADÖ 12/1909.

Unrichtig ist ferner die Version, als habe Italien irgend einen Einfluss auf die Schlussfassung der österr. Bundesregierung genommen. Die kgl. ital. Regierung, der über den Verlauf und die Ergebnisse der Besprechung Mitteilung gemacht worden war, hat lediglich in Wien wissen lassen, dass sie das Vorgehen Österreichs durchaus verstehe und die Entschliessungen des H. Bundeskanzlers mit voller Sympathie begleite.

Im Allgemeinen können Sie Herrn Krofta versichern, dass die Berchtesgadener Entrevue nicht das Geringste gezeitigt hat, was eine Aenderung unserer bisherigen nachbarlichen Beziehungen zur Tschechoslowakei zur direkten oder indirekten Folge haben könnte, und zwar weder auf politischem noch auf wirtschaftlichem Gebiet.

Was nun die Beunruhigung Dr Kroftas (Abs. 3 Ihres Berichts) betrifft, so wollen Sie ihm die Situation in nachstehender Weise erläutern:

Sowohl dem Uebereinkommen v. 11. Juli 1936 als der letzten Begegnung lag der Wunsch der österr. Bundesregierung zugrunde, mit dem stammverwandten deutschen Reiche wieder zu normalen und freundschaftlichen Beziehungen zu gelangen. Das wesentliche Hindernis auf diesem Wege, war der vom Nationalsozialismus erhobene Anspruch auf totalitäre Ausbreitung seiner Ideologie über das Gesamtdeutschtum und die Tatsache, dass sich in Oesterreich, ebenso wie in allen deutschen Volksgebieten ausserhalb des Reichs, Teile des Volkes von dieser Ideologie haben erfassen lassen. Es war daher – realpolitisch gesehen – schlechthin unvermeidlich, dass aus psychologischen und weltanschaulichen Gründen das zwischenstaatliche Verhältnis Oesterreichs zum Deutschen Reich nicht völlig losgelöst von Fragen der inneren Politik erörtert werden konnte. Eine Fortdauer scharfen innerpolitischen Kampfes wäre mit der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zum Reich schwer vereinbar gewesen. Aus diesen Erwägungen heraus hat die Begegnung von Berchtesgaden dazu geführt, den Weg zum inneren und äusseren Frieden beiderseits über innenpolitische Massnahmen zu suchen, nämlich auf österreichischer Seite durch die bereits bekannten Massnahmen und auf deutscher Seite durch die zugesagte strikte Handhabung des Einmischungsverbots in innenpolitische Angelegenheiten, das den Parteistellen neuerlich eingeschränkt werden wird.

Sie können hier en parenthèse bemerken, dass bei der heute bestehenden Zuspitzung der systempolitischen Gegensätze kaum irgend ein Staat, geschweige denn ein kleiner Staat, sich direkter oder indirekter aussenpolitischer Einwirkung auf seine innerpolitische Verhältnisse völlig entziehen kann, wie dies z. B. in den letzten Tagen in Rumänien deutlich zutage getreten ist.

Im Uebrigen beruhen² die im Auslande an die hier getroffenen Verfügungen geknüpften Kommentare offensichtlich auf den masslos aufgebauchten Gerüchten

² Folgender Text ist gestrichen: „Schon das Uebereinkommen v. 11. Juli 1936 hatte sowohl aussenpolitische als auch eine innenpolitische Komponente, was zur natürlichen Folge hat,

über den Inhalt und den Verlauf des Gesprächs von Berchtesgaden und gehen von der Erwartung aus, dass die bisherigen Massnahmen nur den Anfang bilden und dass noch weitere zu erwarten sind. Wie Ihnen bereits aus den amtlichen Enunziationen bekannt, ist dies nicht der Fall, und Sie können daher Dr Krofta gegenüber nachdrücklichst betonen, dass die österr. Bundesregierung fest gewillt ist, sich in keiner Weise der Freiheit ihrer Entschliessungen zu begeben und auch in der Lage ist, etwaigen, trotz ihres versöhnlichen Verhaltens in Erscheinung tretenden Störungsversuchen illegaler Elemente nach wie vor energisch entgegenzutreten.

Empfangen

1919

**Gesandter Wimmer an Gesandte Hornbostel
und Hoffinger**

Telegramm Nr. 32 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 51732/13

Belgrad, 19. Februar 1938

Andrić dankte unter Anspielung auf vielbeachtete Audienzen des Bundesministers für Inneres in Berlin für erhaltene Aufklärungen.

Er betonte neuerlich größtes Interesse Jugoslawiens an Selbständigkeit Oesterreichs, aber auch die Notwendigkeit, die Freundschaft mit Deutschland hiemit in Einklang zu bringen. Andrić erwähnte hiebei, daß die leidenschaftlichen Angriffe des „Slovenec“ gegen Deutschland bereits zu scharfen Protesten der deutschen Gesandtschaft geführt hätten.

dass in einer Generalbesprechung über die Auswirkungen dieses Abkommens innenpolitische Momente nicht gänzlich unerörtert bleiben konnten. Wenn der Herr Aussenminister die mittlerweile zur Gänze verlautbarten Massnahmen, die nach der Besprechung von Berchtesgaden getroffen worden sind, ruhigen Blutes betrachtet, wird er zum Schlusse gelangen müssen, dass sie nichts enthalten, was nicht in der Linie des normalen Ablaufs des Uebereinkommens gelegen wäre, und bei richtigem Funktionieren desselben vermutlich schon wesentlich früher zustande gekommen wäre, wenn nicht immer wieder Störungen dazwischen getreten wären.“

1920**Gesandter Alexich an Gesandte Hornbostel und Hoffinger**

Telegramm Nr. 2 (Chiffre)

AdR, NPA

Deutschland I/12 E

Z. 51818/13¹

Den Haag, 19. Februar 1938

(14.58 → 18.30)

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 3² hatte ich Gespräch mit Minister des Aeusern Patijn und dem Stellvertreter des auf Urlaub befindlichen Ministerpräsidenten.

Beide teilten mir mit, daß Donnerstag hier ausserordentlicher Ministerrat einberufen wurde wegen Ereignisse in Oesterreich. Meinung niederländischer Regierung: Die vom Bundeskanzler gemachten Konzessionen sind in Anbetracht des schweren Druckes und weil er ganz allein gestanden sei, als das Minimum des Nachgebens zu betrachten. Gefahr für unsere Unabhängigkeit sei nur, wenn Zugeständnisse Anfang zu neuer Einmischung deutscher Regierung würden. Schwer bedenklich sei Methode, Regierungschef und Minister des Aeusern zu sich einzuladen und dann unter politischen sowie militärischen Druck zu setzen. Niederlande würden darauf mit Appell an England geantwortet haben.

Beide Herren meinten, daß österreichischer Presse- und Propagandadienst von Sonntag bis Donnerstag vollständig versagte, weil den von Berlin lancierten Gerüchten über weitere Konzessionen, wie Zollunion, Plebiszit etc. nicht entgegnet worden wäre. Ebensowenig sei das Novum, daß Minister des Innern Verhandlungen mit anderem Staat führe, der Weltmeinung und den befreundeten Regierungen erklärt worden.

Ich konnte auf Grund erhaltener Instruktionen wirkliche Lage wahrheitgemäss darlegen. Niederländische Regierung nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, daß der Herr Bundeskanzler nicht weitere Zugeständnisse machen will. Ich bat in diesem Sinne darum, daß Bemühungen der Bundesregierung durch Entgegenkommen auf wirtschaftlichem Gebiete unterstützt würden, was mir bereitwillig zugesagt wurde. Ebenso versprochen mir beide Herren, durch Einflußnahme auf Presse allen Gerüchten entgegenzutreten.

Als besonders auffällig melde ich, daß der auch sonst nur bei Dunkelheit hier hörbare Wiener Rundfunk seit Sonntag hierorts überhaupt nicht zu hören war. Ich halte es für eminentes Staatsinteresse, durch geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, daß Rede des Herrn Bundeskanzlers und auch sonstige Rundfunkreden in Westeuropa gehört werden können.

¹ Nur teilweise wiedergegeben in: Hochverratsprozess, 567.

² ADÖ 12/1890 und 1891.

1921**Gesandter Prochnik an Gesandte Hornbostel und Hoffinger**

Telegramm Nr. 1 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 51853/13

Washington, 21. Februar 1938
(11.59 → 21.00)

Da nach¹ allgemein auch an massgebender Stelle herrschenden für uns ungünstigen Auslegung des Abkommens mit Deutschem Reich pessimistische Beurteilung unseres künftigen staatlichen Eigenlebens ungeschwächt anhält, und² voraussichtlich nach der gestrigen Rede Hitlers verstärkt werden dürfte, bitte ich um Instruktionen zur Richtschnur meiner Sprache im Staatsdepartement in Fortsetzung meiner auf Abschwächung der Eindrücke gerichteten Bemühungen.

1922**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten
an Gesandtschaft Washington**Telegramm Nr. 1 (in Ziffern)¹

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 51853/13

Wien, 22. Februar 1938

Antwort auf Telegramm No 1.²

In Berchtesgaden wurde lediglich gründliche Bereinigung zwischenstaatlicher Verhältnisse auf Grund Juliabkommens dessen Grundsätze voll gewahrt und bekräftigt wurden erzielt. Keinerlei neues Abkommen. Ergebnis ermöglicht Bundeskanzler weitgehende versöhnliche Massnahmen unter vollständiger Wahrung aller Prinzipien bisheriger Staatsführung. Voraussetzung Mitarbeit Nationalsozialisten uneingeschränktes Bekenntnis zu Oesterreich und VF. Durchführung Generalamnestie politischer Sträflinge aller Richtungen sowie überwiegend staatsfreundliche öffentliche Kundgebungen letzter Tage verliefen ohne jede bedenkliche Ruhestörung. Vierwöchiges Versammlungsverbot ermöglicht endgiltige Beruhigung.

¹ Chiffre fehlt.

² Chiffre fehlt.

¹ Vermerk: „Nicht zirkulieren“

² ADÖ 12/1921.

Zeitgerechte Unterredung von B. hat zweifellos katastrophaler Wendung österreichisch-deutschen Verhältnisses und unabsehbaren Folgen vorgebeugt. Künftige Störungen keineswegs zu befürchten.

Außenamt

1923

Amtsvermerk Gesandter Hornbostel

AdR, NPA

Deutschland I/12 E

Z. 51857/13

Wien, 22. Februar 1938

Der italienische Gesandte Ghigi hat gestern beim Herrn Bundesmin. sowie beim H. Bundeskanzler vorgesprochen, um auftrags seiner Regierung das Ersuchen zu stellen, es möchte auch unsererseits all' den falschen und böswilligen Gerüchten über die von Italien eingenommene Haltung (Fallenlassen Oesterreich, Druck Mussolinis im Sinne des Zustandekommens der Berchtesgadener Unterredung, angebl. Telefongespräche zwischen Mussolini und Bundeskanzler u. s. w.) entgegengetreten werden.

Als seine rein persönliche Auffassung fügte Ghigi bei, dass sich die Haltung Italiens lediglich aus der gegenwärtigen internationalen Konstellation erkläre, sich aber grundsätzlich an der Einstellung Italiens zu Oesterreich und seiner Unabhängigkeit nichts geändert hätte. Hiebei liess er durchblicken, dass vielleicht noch Umstände eintreten könnten, die die gegenwärtig reservierte Haltung Italiens zu einer positiveren in unserem Sinne gestalten könnten. (Italienisch-englische Verhandlungen?)

1924

Gesandter Vollgruber an Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt

Bericht Nr. 17/Pol. (dringend, vertraulich)

Hochverratsprozess, 541-543

Paris, 22. Februar 1938

Herr Bundesminister!

Anbei beehre ich mich eine von einem französischen Journalisten stammende Aufzeichnung, die dieser über die Äußerungen verfaßt hat, die Herr *Delbos* ges-

tern abends französischen Journalisten gegenüber gemacht hat, zur geneigten Kenntnisnahme vorzulegen.

Die verschiedenen in dieser Äußerung enthaltenen Hinweise auf eine Österreich angebotene Hilfe sollen jedenfalls die Verteidigung gegenüber jenen Angriffen vorbereiten, die die französische Regierung von verschiedenen Seiten „wegen zu lauer Bedachtnahme auf die Unabhängigkeit Österreichs“ zu gewärtigen hat.

Genehmigen, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit.

Vollgruber

Après un examen approfondi du discours d'*Hitler*, on incline à penser, dans des milieux diplomatiques français, que, si le Führer, en ce qui concerne l'Autriche et la Tchécoslovaquie, s'est prononcé en termes vagues, cette imprécision même peut motiver certaines appréhensions.

A ce propos, on croit devoir souligner, que, ces dernières années, le gouvernement de Monsieur *Schuschnigg* a reçu maints témoignages de sollicitude française. On en donne pour preuve l'invitation à son rendre à Genève, qui fut adressée en Septembre 1936 au Chancelier d'Autriche, par M. *Eden* et Yvon *Delbos*, le Ministre Français des Affaires Etrangères agissant en plein accord avec M. Léon *Blum*, alors Chef du Gouvernement.

M. *Schuschnigg* crut devoir décliner cette proposition.

On cite aussi la conclusion des accords commerciaux franco-autrichiens motivés par le souci de donner des débouchés supplémentaires à l'économie viennoise.

On relate encore l'entrevue qui réunit plus récemment, à Paris, au retour des Fêtes du Couronnement des Souverains Britanniques, M. Guido *Schmidt*, alors secrétaire d'Etat autrichien aux Affaires Etrangères, et M. Yvon *Delbos*. Au cours de cette entrevue, il serait apparu que M. Guido *Schmidt*, soucieux de ne froisser ni Rome, ni Berlin envisager avec une certaine réticence la possibilité d'une sollicitude plus efficace de la France à l'égard de son pays.

Enfin, on fait remarquer que l'entrevue *Hitler-Schuschnigg* n'a été connue à Paris qu'au dernier moment. On souligne les deux démarches faites immédiatement à Berlin, par M. *François-Poncet*, au nom de la France, et par l'Ambassadeur de Grande-Bretagne.

Une troisième démarche a été proposée à Londres, par le Gouvernement français. Cette proposition est restée sans réponse du fait de la démission de M. *Eden*. En bref, dans les cercles diplomatiques, on précise que la France, attachée au principe de la sécurité collective, ne saurait se désintéresser du sort de l'Autriche.

En ce qui concerne la Tchécoslovaquie, à laquelle la France est alliée par un traité d'alliance, on souligne la multiplication des contacts entre Paris et Prague, afin de ne laisser planer aucun doute sur la fidélité de la France à ses engagements.

Les évènements des Londres ont fait également l'objet de nombreuses conversations. Si l'on déplore unanimement le départ de M. *Eden*, on se montre particulièrement satisfait du message adressé dans la soirée d'hier par M. Neville *Chamberlain* à M. *Chautemps*, ainsi que des paroles prononcées aujourd'hui par le premier Ministre à la Chambre des Communes.

On y voit une confirmation de l'opinion, acquise ici, que le remaniement ministériel britannique n'affecte en rien l'amitié franco-anglaise et les bases de l'Entente cordiale.

Übersetzung.

Nach einer genauen Prüfung der Rede *Hitlers* ist man in französischen diplomatischen Kreisen geneigt, anzunehmen, daß, wenn der Führer sich bezüglich Österreich und der Tschechoslowakei auch nur vage ausgedrückt hat, gerade diese Unbestimmtheit Grund für gewisse Besorgnisse sein könnte.

Aus diesem Anlaß glaubt man unterstreichen zu müssen, daß die Regierung *Schuschnigg* in den letzten Jahren zahlreiche Beweise der französischen Anteilnahme erhalten hat. Man führt als Beweis die Einladung nach Genf an, die im September 1936 dem österreichischen Bundeskanzler von *Eden* und Yvon *Delbos*, dem französischen Außenminister, der im vollen Einverständnis mit Léon *Blum*, dem damaligen Regierungschef, handelte, übermittelt wurde.

Bundeskanzler *Schuschnigg* glaubte, diesen Vorschlag ablehnen zu müssen.

Es wird ebenfalls der Abschluß von französisch-österreichischen Handelsverträgen angeführt, die von dem Gedanken getragen waren, dem Wiener Wirtschaftsleben zusätzliche Märkte zu eröffnen.

Man erwähnt weiters die Zusammenkunft, die vor kürzerer Zeit in Paris nach der Rückkehr von den Krönungsfeierlichkeiten des britischen Königspaars Guido *Schmidt*, damals Staatssekretär im österreichischen Außenamt, und Yvon *Delbos* zusammenführte. Im Verlauf dieser Zusammenkunft wäre es aufgefallen, daß Guido *Schmidt*, darauf bedacht, weder Rom noch Berlin abzustoßen, mit einer gewissen Zurückhaltung die Möglichkeit einer wirksameren Anteilnahme Frankreichs gegenüber seinem Lande ins Auge faßte.

Zum Schluß wird festgehalten, daß die Zusammenkunft *Hitler-Schuschnigg* in Paris erst im letzten Augenblick bekannt wurde. Man unterstreicht die unmittelbar darauf durch *François-Poncet* im Namen Frankreichs und dem Botschafter Großbritanniens in Berlin gemachten Vorstellungen.

Eine weitere dritte Vorstellung wurde sodann von der französischen Regierung in London in Vorschlag gebracht. Dieser Schritt blieb infolge der Demission *Edens* unbeantwortet.

Kurz gesagt wird in den diplomatischen Kreisen Frankreichs darauf hingewiesen, daß Frankreich, getreu dem Prinzip der kollektiven Sicherheit, nicht ohne Anteilnahme am Schicksal Österreichs bleiben könne.

Bezüglich der Tschechoslowakei, mit der Frankreich durch einen Bündnisvertrag verbunden ist, wird die Intensivierung des Kontakts zwischen Paris und Prag unterstrichen, um keinerlei Zweifel über die Treue Frankreichs gegenüber seinen Verpflichtungen walten zu lassen.

Die Vorgänge in London waren ebenfalls Gegenstand zahlreicher Besprechungen. Wenn auch der Abgang *Edens* einstimmig bedauert wird, so zeigt man sich doch über die anlässlich der gestrigen Soiree von *Chamberlain* gegenüber *Chautemps* abgegebenen Erklärungen außerordentlich befriedigt, ebenso wie von der heute im Unterhaus durch den Premierminister gehaltenen Rede.

Man sieht darin eine Bestätigung der hier gewonnenen Ansicht, daß der britische Ministerwechsel in keiner Weise die französisch-britische Freundschaft und die Grundlagen der Entente cordiale berührt.

1925

Gesandter Baar an Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt

Bericht Nr. 17/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA

Deutschland I/12 E

Z. 51967/13

Budapest, 22. Februar 1938

Herr Bundesminister!

Ich habe heute Baron Apor im Aussenamte aufgesucht, um mich mit ihm ausführlich über die Ereignisse der letzten Tage und im besonderen über die letzte Rede Adolf Hitlers sowie über die Demission des englischen Aussenministers Eden zu unterhalten.

Baron Apor vertritt den Standpunkt, dass die Rede Hitlers bestimmt war, vornehmlich auf das Inland zu wirken – eine Ansicht, die allerdings nicht allgemein geteilt wird. Die ungarische Regierung sei im übrigen hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Verhältnisses Oesterreich – Deutschland sehr optimistisch, da einerseits durch zweimaliges Erwähnen des 11. Juli – nach Ansicht Baron Apors – die Unabhängigkeit Oesterreichs von Adolf Hitler ausdrücklich anerkannt und andererseits durch die Abmachungen in Berchtesgaden vom 12. Feber die Atmosphäre zwischen Wien und Berlin bedeutend gebessert wurde und man von Gewaltandrohungen zu freundschaftlichen Verhandlungen übergegangen sei.

Baron Apor bemerkte dabei, dass nach seinen ihm zugekommenen Informationen die Majorität der österreichischen Bevölkerung von dem Anschlusse an

das Deutsche Reich nichts wissen wolle, wobei er insinuiierend seiner Meinung dahin Ausdruck gab, dass nun vielleicht die Möglichkeit bestünde, festzustellen, wie viele Leute eigentlich für den Anschluss seien. Die verhältnismässig geringe Beteiligung an den letzten Demonstrationen in Wien aus Anlass des 12. Febers, spräche eine sehr deutliche Sprache.

Im übrigen soll, nach Apors Informationen, Ministerpräsident Göring die Rede Hitlers, welche ihm viel zu sanft und zu wenig energisch erschienen sei, scharf kritisiert haben.

Was nun die Entwicklung der Verhältnisse in England anbelangt, so hält man hier in Budapest das Ausscheiden Edens bei aller Würdigung seiner sympathischen Erscheinung und seinen Ersatz durch den Realpolitiker Chamberlain als einen bedeuten Fortschritt im Interesse der allgemeinen Befriedung Europas und der Entspannung der politischen Lage. Baron Apor betrachtet die Aussichten der Verhandlungen zwischen Italien und England jetzt erheblich optimistischer, wobei er diese Meinung damit begründet, dass vor kurzem Mussolini dem Grafen Bethlen in einer eineinhalbstündigen Unterredung über aussenpolitische Fragen erklärt habe, dass gar keine unüberbrückbaren sachlichen Differenzen zwischen Italien und England bestünden, sondern hauptsächlich psychologische, welche mit der Person Edens zusammenhingen.

Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Baar

1926

**Gesandter Franckenstein an Bundeskanzleramt/
Auswärtige Angelegenheiten**

Telegramm Nr. 12 (Chiffre)

AdR,
GA London

London, 22. Februar 1938
(21.00/22.30)

Für Wien.

Es zeigt sich trotz anfänglich starker gefühlsmäßiger Reaktion in Presse und politischer Öffentlichkeit zunehmende Tendenz österreichisch-deutschen Zusammenschluss als unvermeidlich zu betrachten.

In Parlamentsdebatten, deren Verlauf und Atmosphäre ich persönlich genauestens beobachtete, bekundete sich mit Ausnahme Churchills, der warm für Österreich eintrat, bei der wiederholten Erwähnung Österreichs in Anfragen und Reden nur unkonstruktive Sympathie. Andererseits haben einige markante Ab-

geordnete und angesehene Pressleute an mich die Frage gerichtet, ob sie uns irgendwie einen Dienst erweisen könnten. Ich habe instruktionsgemäß darauf hingewiesen, daß Kanzlerrede abgewartet werden soll. Darauf wurde mir erwidert, die Kanzlerrede werde erneut Aufmerksamkeit auf Österreich lenken, dass durch hiesige Krise in den Hintergrund geschoben worden sei, und daß sich somit die Möglichkeit böte, diese Gelegenheit auszunützen.

Bitte tunlichst bis Donnerstag früh um Weisung, ob diesen Anregungen stattgegeben und bejahenden Falles wie Kanzlerrede ausgewertet und welche allgemeinen Richtlinien und Argumente den auftragenden Herren gegeben werden sollen.

Franckenstein

1927

**Gesandter Franckenstein an Bundesminister für
die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 50/Pol.

Hochverratsprozess, 567-568

London, 23. Februar 1938

Herr Bundesminister!

Während noch in der vorigen Woche die österreichische Frage durchaus im Vordergrund des Interesses stand, ist sie durch die Eden-Krise und durch die zweitägige Parlamentsdebatte nun vollständig überschattet worden. Sowohl *Eden* wie dann nach seinem Rücktritte Sir John *Simon* äußerten sich mit großer Zurückhaltung in Parlamente auf die Österreich betreffenden Anfragen. Ich verweise diesbezüglich auf die Beilagen („*Times*“ von 17., 18. und 19. Februar und Hansard-Parlamentsberichte Nr. 58, Seiten 6 bis 11 und Nr. 59, Seite 190.)

Unter den Rednern in der gestrigen Parlamentsdebatte machte nur *Churchill* eine positive Erklärung zugunsten Österreichs. „*Wenn es für Italien möglich wäre*“, so sagte er, „*seine Pflicht zu tun, indem es Großbritannien und Frankreich in der Verteidigung der Integrität und Unabhängigkeit Österreichs unterstützt, würde ich um diesen Preis nicht zögern, Konzessionen Großbritanniens an Italien zuzustimmen.*“ Die wiederholten Hinweise auf Österreich in den anderen Reden hatten fast ausschließlich illustrativen Charakter und entbehrten jeder praktischen Österreich betreffenden Vorschläge. Das Haus zeigte, so oft der Name Österreich erwähnt wurde, eine gewisse Sympathie, die Aufmerksamkeit war aber völlig auf die Frage der Verhandlungen mit Italien konzentriert. Bemerkenswert ist, daß der Führer der Opposition, Mr. *Attlee*, die

Frage aufwarf, ob dem Hause nicht Gelegenheit geboten werden sollte, die in Österreich neu geschaffene Lage durchzubesprechen. Hierauf antwortete der Premierminister neuerdings, daß er für den Augenblick keine Österreich betreffende Erklärung abgeben könnte. – In diesem Zusammenhange berichte ich, daß seitens der britischen Regierung auf die französischen Vorschläge, betreffend eine gemeinsame Demarche in Berlin, *deren Inhalt, wie mir die französische Botschaft hier mitteilt, der österreichischen Regierung bekanntgegeben worden ist*, noch keine Antwort erteilt wurde.

Die Zurückhaltung der britischen Regierung in ihren Erklärungen über Österreich und eine gewisse Passivität der hiesigen öffentlichen Meinung sind wohl auch darauf zurückzuführen, daß die Entwicklung der Dinge in Österreich von hier noch nicht recht beurteilt werden kann und das Gefühl besteht, daß Österreich gegenüber, wenn es den Willen hat, sich mit Deutschland zu verständigen, von hier aus keine Hilfeleistung erfolgen kann, die dann nach hiesiger Auffassung ebenso ungerechtfertigt wäre wie die Einmischung Deutschlands, die ursprünglich eine bemerkenswerte Erregung hervorgerufen hat.

Zur Zeit, da das Außenamt noch nicht neu besetzt ist, ist es noch schwer, den künftigen Gang der englischen Außenpolitik vorauszusagen, aber der Erklärung *Chamberlains* kann entnommen werden, daß die Regierung ihr Äußerstes tun wird, um gemeinsam mit Frankreich zu einer Verständigung sowohl mit Italien als auch mit Deutschland zu gelangen – also, wie in hiesigen politischen Kreisen gesagt wird, die Rom–Berlin-Achse der London–Paris-Achse gleichzurichten. Dies bedeutet natürlich ein weiteres Abrücken von Genf. Ob, wie manche annehmen, dies ein geringes Interesse an den kleinen Staaten im Donau- und vorderosteuropäischen Raume zur Folge haben wird, oder ob nicht gerade Großbritannien und Frankreich die Möglichkeit dieser geplanten direkten Verhandlungen ausnützen werden, um auch diese Fragen endgültig zu klären, muß vorläufig noch dahingestellt bleiben. Da von der Opposition und speziell in sehr heftigen Reden von *Churchill* und *Lloyd George* dem Weichen vor den Diktatoren vorgeworfen worden ist, kann angenommen werden, daß Mr. *Neville Chamberlain* die britischen Interessen kraftvoll vertreten wird, um diesen in seiner Auswirkung nachteiligen Vorwurf schon im Hinblick auf künftige Wahlen zu entkräften.

Ich brauche nicht eigens zu erwähnen, daß ich mit vielen Politikern in ständiger Fühlung bin, ebenso auch mit Journalisten.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit.

Franckenstein

1928**Gesandter Tauschitz an Bundesminister für
die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 25/Pol.

AdR,
GA Berlin

Berlin, 23. Februar 1938

Herr Bundesminister!

Der österreichische Referent im Auswärtigen Amt hat Legationsrat Seemann unter Hinweis auf meine seinerzeitige Vorsprache bei Baron von Neurath vom 29. v. Mts.¹ noch nachstehende Mitteilungen gemacht:

Eine verstärkte Aktivität der österreichischen Legion ist keineswegs eingetreten. Das Lager in Coburg existiert seit etwa 2 Jahren nicht mehr. Desgleichen wurde das Lager im Hohenkammern im Jahre 1936 aufgelöst. Das Lager in Lippstadt (Hannover) wurde bereits gekündigt und gelangt demnächst zur Auflösung. Das Lager Rottach am Tegernsee wird bis 31. März l. J. aufgelassen. Soweit noch Lager im Süden des Reiches vorhanden sind, dienen sie lediglich dem Zwecke um die aus Oesterreich eingetroffenen Leute „aufzufüttern“, um sie dann nach entsprechender Umschulung in den Arbeitsprozess einschalten zu können. In den meisten Lagern befinden sich keine österreichischen, sondern nur reichdeutsche Staatsangehörige (unter diesen vermutlich eine grössere Anzahl früherer Oesterreicher).

Hinsichtlich der Konzentrierung der Oesterreicher innerhalb der SS erklärte Legationsrat Altenburg, die diesbezüglichen Vermutungen seien unbegründet. Die Annahme einer erhöhten Aktivität innerhalb der Lager gehe offenbar auf folgende Umstände zurück:

Im Zuge des steigenden Bedarfes an Arbeitskräften begeben sich seit einiger Zeit zahlreiche Ausländer, darunter auch viele Oesterreicher, zur Arbeitssuche nach Deutschland. Für die Sichtung und Arbeitsvermittlung dieses Zustromes würden dabei vielfach die für die Flüchtlingsbetreuung bestehenden Einrichtungen (Lager u. s. w.) eingesetzt. Es liege nahe anzunehmen, dass diese Massnahmen bei nicht unterrichteten Personen zu unbegründeten Vermutungen geführt haben.

Schliesslich bemerkte der österreichische Referent, er sei beauftragt, auf Grund einer Aeusserung des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei Himmler zu erklären, dass jene ehemaligen österreichischen Staatsangehörigen, die bei der aktiven SS oder SA dienen, durch Einbürgerung die deutsche Reichsangehörigkeit erworben haben.

¹ ADÖ 12/1869.

Genehmigen Herr Bundesminister den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Tauschitz

1929

**Gesandter Baar an Bundesminister für die Auswärtigen
Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 18/Pol. (streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 51968/13

Budapest, 23. Februar 1938

Herr Bundesminister!

Nach dem üblichen Diner, welches ich gestern zu Ehren des ungarischen Aussenministers gab, sonderte sich Herr v. Kánya mit mir von den übrigen Eingeladenen ab und unterhielt sich durch über zwei Stunden über die aussenpolitische Lage, das Verhältnis zwischen Oesterreich und Deutschland und allen damit zusammenhängenden Fragen. Herr v. Kánya sprach sich bei diesem Anlasse in einer äusserst freimütigen Weise über alle Probleme, welche gegenwärtig Europa und nicht zuletzt uns und das angrenzende Ungarn berühren, aus.

Vorausschicken möchte ich, dass Herr v. Kánya in dieser Unterredung, welche bei meinem miteingeladenen Kollegen und ungarischen Ministern wegen ihrer Länge geradezu sensationell wirkte, fast in jedem Satze eine über das übliche Mass hinausgehende freundschaftliche Gesinnung für Oesterreich und weiter – wie ich schon einmal berichtet habe – eine wiederum herzliche Bewunderung für die politische Arbeit des Herrn Bundeskanzlers bezeugte, was letzteres im Hinblick auf den eher kühlen Charakter Herrn v. Kányas als etwas Besonderes zu werten ist.

Des weiteren möchte ich an den Eingang meines Berichtes die mit einer gewissen Bitterheit [sic!] gemachte Feststellung Herrn v. Kányas setzen, dass Oesterreich (wie auch Ungarn) im entscheidenden Augenblick allein dastehe und dass sich beide Staaten im gegebenen Falle auf niemanden verlassen könnten. Von Rom werde zwar noch weiterhin versichert, dass die Unabhängigkeit Oesterreichs und Ungarns für Italien wichtig, wenn nicht eine Lebensfrage sei; er habe jedoch diesen italienischen Zusicherungen nie geglaubt und diese auch im Monate Januar dem Grafen Ciano anlässlich der damaligen Beratungen unverblümt zu verstehen gegeben.

Ungarn müsse nun im Hinblick auf die im Ernstfalle mit Sicherheit zu erwartende Isolierung die nötigen Konsequenzen ziehen. Wie er mir vertraulich zur Kenntnis

bringe, bestehe der Plan, in allernächster Zeit eine kombinierte Anleihe von rund einer Milliarde Pengö zum Teil im Inland, zum Teil im Ausland aufzunehmen, welche zum allergrössten Teil für die Aufrüstung, zum geringeren Teil für die im Zuge befindlichen sozialen Reformen verwendet werden dürfte.

Auch Herr v. Kánya bezeichnete die Demission des englischen Aussenministers Eden als eine gewisse Entspannung. Allerdings zeigte er sich nicht so optimistisch wie Baron Apor (siehe meinen Bericht Zl 17/Pol. vom 22. ds. M.¹) indem er hinzufügte, man dürfe von diesem Wechsel im englischen Aussenamte und auch von den Verhandlungen zwischen Rom und London nicht zu viel erwarten, denn Mussolini hasse nicht nur Eden und einige andere englischen Politiker, sondern England überhaupt und von diesem Hasse werde seine Politik, welche sich natürlich opportunistisch oft in Zickzackwegen bewege, diktiert. Nach Meinung Herrn v. Kányas solle man die italienisch-englischen Verhandlungen von unserem gemeinsamen Standpunkte aus nicht allzu optimistisch in dem Sinne beurteilen, dass dadurch eventuell eine Lockerung der Achse Rom–Berlin und eine grundlegende Aenderung der englisch-französischen Politik gegenüber Oesterreich auf der einen und Deutschland auf der anderen Seite erfolgen könnte, denn die englisch-italienischen Verhandlungen würden bei Italien durch die Achse Rom–Berlin, also durch die Freundschaft mit Deutschland und in England durch die Beziehungen zu Frankreich belastet, bzw. beeinflusst. Als Optimum wäre daher ein aus zwei Achsen bestehendes Viermächtekonkordat möglich, woran er allerdings nicht glaube.

Nachdem wir noch die ungarischen innerpolitischen Verhältnisse eingehend besprochen hatten, worüber ich unter einem gesondert berichte, führte Herr von Kánya die Unterhaltung auf – wie er sagte – „unsere Angelegenheiten“. Er meinte, dass man hundertprozentig einverstanden sein könne, wenn das was jetzt in Oesterreich und zwischen Oesterreich und Deutschland geschehen sei, nun endlich Abschluss und das Maximum unserer an Berlin gemachten Konzessionen sei. Auch Herr v. Kánya bemerkte, wie Baron Apor am gestrigen Tage (siehe Bericht Zl. 17/Pol.), dass die Zahl der Nationalsozialisten in Oesterreich oder wenn man will, die Stärke der Gruppen, welche Deutschfreunde sind, bedeutend kleiner und schwächer sind, als die unentwegt betont Nationalen in Oesterreich oder auch die Offiziosi in Berlin immer zu glauben machen wünschten. In diesem Zusammenhange kritisierte Herr v. Kánya in scharfer Weise die letzte Reise unseres neuen Innenministers Herrn v. Seyss-Inquart nach Berlin; wobei ich hinzufügen möchte, dass auch der hiesige deutsche Gesandte Herr v. Erdmannsdorff sich in einer äusserst scharfen Weise über diese Fahrt äusserte, indem er bemerkte: „Wieso kann man eine solche Ungeschicklichkeit machen ..., wenn man einen Aussenminister hat, so soll der doch nach Berlin fahren, wenn schon so kurz her gefahren werden muss; es gibt doch Gesandte, Telefone und Kuriere ...“

¹ ADÖ12/1925.

Schliesslich und endlich fragte mich Herr v. Kánya, ob ich schon den Hodža-Plan kenne. Ich verneinte dies und mein Mitredner fügte sarkastisch hinzu: „Ich auch nicht, Ihr Kanzler auch nicht, Herr Kobr (der hiesige tschechoslowakische Gesandte) auch nicht und Dr. Hodža wahrscheinlich auch nicht, was soll man da machen.“

Herr v. Kánya beendete die Unterredung indem er ungefähr sagte, dass die Aussenpolitik noch nie so schwierig und so verworren sei, wie jetzt; es würden nur Fehler gemacht und das beste, was man tun könne, sei, dass man möglichst wenig Fehler mache. Aus den Ausführungen Herrn v. Kányas, welcher in seinem Gespräche die Möglichkeit eines Krieges in absehbarer Zeit *zumindest* nicht ausschloss, habe ich den Eindruck gewonnen, dass er die politische Lage nicht nur Ungarns und Oesterreichs, sondern auch im übrigen Europa für sehr pessimistisch ansieht und dass nach seiner Meinung auch mit einer eventuellen Explosion zu rechnen ist. Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Baar

1930

Bundestag des Bundesstaates Österreich

Stenographisches Protokoll zur 53. Sitzung (Regierungserklärung)¹

Sten. Prot.,
BT 1934-38

Wien, 24. Februar 1938

Bundeskanzler *Dr. Schuschnigg*:

[...]

Der Herr Reichskanzler und Führer des Deutschen Reiches hat an mich die Einladung zu einer mündlichen Aussprache ergehen lassen, die am 12. Februar am Obersalzberg stattgefunden hat. Das bekannte Abkommen vom 11. Juli 1936, welches die freundschaftlichen Beziehungen der beiden deutschen Staaten zu sichern und zu regeln bestimmt war, hatte in seiner Durchführung Schwierigkeiten aufgezeigt, deren ungelöstes Fortbestehen eine akute Gefahrenquelle bedeutet hat. Die Tatsache nun, daß diese persönliche Fühlungnahme weit über die Grenzen unseres Landes und des Deutschen Reiches hinaus als politische Sensation gewertet wurde, diese Tatsache zeigt wohl für sich allein schon, daß es trotz aller Bemühungen bisher nicht restlos gelungen war, die Spannungen zu lösen, die über dem deutschen Raum, über Österreich und Deutschland seit Jahren lasteten; ein nach

¹ Im Rundfunk übertragen.

unserer festen Überzeugung von uns unverschuldeter und unerwünschter, auf die Dauer unerträglich, weil durchaus abnormaler Zustand.

Jede Abnormalität bedeutet aber Widersinn; und jeder Widersinn birgt unzweifelhaft seine Gefahren. Daß sich die Welt dessen bewußt war, zeigte die Anteilnahme und das starke Interesse an der Begegnung im benachbarten Berchtesgaden, die sonst, zumal bei dem heute allgemein geltenden und sehr vernünftigen Grundsatz, politischen Meinungs-austausch zur Regelung zwischenstaatlicher Fragen in persönlichem Kontakt zu pflegen, nicht zu erklären wären.

So war denn dieser Tag von Berchtesgaden, wie ich in Übereinstimmung mit dem Herrn Reichskanzler und Führer des Deutschen Reiches zuversichtlich hoffe, ein Markstein, der die Beziehungen unserer beiden Staaten im Interesse des gesamten deutschen Volkes, seiner Kultur und seines volklichen Lebens, im Interesse insbesondere auch unseres österreichischen Vaterlandes, dauernd und für alle Zukunft freundschaftlich zu regeln bestimmt ist: ein Markstein des Friedens. (*Brausender, langanhaltender, sich wiederholt erneuernder Beifall und Händeklatschen. – Stürmische Heil!-Rufe.*)

Zur Erhärtung dessen und zur erforderlichen Klarstellung ist ein kurzer Überblick und Rückblick nicht zu vermeiden.

Es war das tragische Schicksal unseres Volkes, daß immer wieder im Ablauf der Geschichte Perioden kamen, in denen Deutsche gegen Deutsche standen, Zeiten des Bruderkrieges. Daß deren Geist trotz aller Bemühungen verantwortlicher Männer nie zur Gänze überwunden werden konnte, daran trägt nach meiner tiefsten Überzeugung jener Teil einer einseitigen Geschichtsschreibung ein vollgerütteltes Maß an Mitschuld, der, wie ein berühmter deutscher Historiker einmal vor dem Kriege einbekennte, seine Aufgabe darin sah, nicht objektive, sondern subjektive Geschichte zu schreiben, als Hilfsmittel und Waffe für eine angestrebte künftige Entwicklung, der somit Geschichtsschreibung und Politik vermengte, der darum Licht und Schatten ungerecht verteilte. Daß dies zumeist zu unseren Lasten der Fall war, bleibt schmerzlich. (*Zustimmung.*)

Wir wollen gewiß nicht die Geister von 1866 beschwören, wenngleich sich nicht leugnen läßt, daß Österreich damals die großdeutsche Politik, nämlich den Gedanken des Deutschen Bundes, mit seinen Waffen deckte, somit für den großdeutschen Gedanken im Norden und Süden in Ehren kämpfend unterlegen ist. Man soll mit dem, was war, nicht rechten und es ist sinnlos, heute danach zu fragen, warum es so kam und damals vielleicht so kommen mußte. So entstand das Wilhelminische Reich und mit ihm jene Organisation Mitteleuropas, die allein im Zweibund eine Interessensgemeinschaft von 120 Million Menschen im Herzen unseres Kontinents auf ein Menschenalter hinaus auf Gedeih und Verderb zusammenschweißte; rund zwei Drittel hievon waren Deutsche. (*Zustimmung.*)

Manch stolzes Wort wurde in den Metropolen der beiden Reiche gesprochen, eines der schönsten von ihnen, das der Österreicher und der Deutsche, wo immer seine Heimat ist, am besten nie vergessen möchte: Franz Josephs „Ich bin ein deutscher

Fürst“. (*Brausender, langanhaltender Beifall und Händeklatschen.*) Das war gut und recht so; der alte Kaiser als Mensch und Ritter hat nicht anders sprechen können; als Politiker wäre es denkbar gewesen, anders zu sprechen; denkbar, und dennoch trotz möglicher Vorteile des Augenblickes gewiß auf die Dauer nicht richtig; denn Österreich steht und fällt mit seiner besonderen deutschen Mission. (*Stürmischer, sich wiederholender Beifall und Händeklatschen.*) Man muß es nur gewähren lassen und darf ihm die Möglichkeit nicht nehmen, sie zu erfüllen.

Seit nunmehr sehr bald hundert Jahren ist die deutsche Frage in diesem Lande nie so recht zum Schweigen gekommen. Großdeutsch, kleindeutsch, großösterreichisch standen einander gegenüber und die besten Köpfe unseres Landes haben immer wieder mit dem Problem gerungen. Wenn die Wände dieses Saales sprechen könnten, würden sie vielleicht davon erzählen, wie sonderbar es war, daß selbst in den Zeiten des heftigsten Nationalitätenstreites der alten Monarchie die Deutschen in diesem Lande nie gänzlich zueinander fanden, sondern in Dutzenden von Schattierungen vom Sozialisten über den Liberalen, den Fortschrittlichen, den Radikalen bis zum Konservativen darüber stritten, wer nun in Wahrheit der bessere Deutsche sei. (*Heiterkeit.*) Und doch ist dies meiner tiefsten Überzeugung nach in diesem Lande zu jeder Zeit, damals und heute – glauben Sie es mir – der gute Österreicher gewesen. (*Langanhaltender, stürmischer Beifall und Händeklatschen. – Brausende „Heil-Österreich!“-Rufe.*) Für diese Auffassung spricht kein geringerer Zeuge als Bismarck. Der Streit war nicht beendet, als der große Krieg die Gegensätze zunächst in einem Feuermeer erstickte. Es kam das Ende und, was zunächst gar nicht begreiflich schien, erlebte alsbald seine fröhliche Urständ: der Streit um das bessere Deutschtum ging weiter.

Wir haben heute die Sinnesart und die Parolen der Umsturzeit, die auch den Rest von Österreich zu vernichten drohten, gottlob und für alle Zeiten überwunden. (*Lebhafter Beifall.*) Ich halte gewiß nicht dafür, daß es gerecht ist, mit einem Pauschalurteil all jene, die damals in Österreich eine gewiß nicht leichte Verantwortung trugen, schlechterdings zu verdammen. Die allgemeine Not, der Hunger, die Verwirrung, die scheinbare Aussichtslosigkeit, auch nur den bescheidenen Bruchteil österreichischen Erbes, der uns erhalten blieb, zu bewahren und für bessere Zeiten zu retten, nahmen jeden Blick in die Zukunft und mochten die Besinnung rauben. Dazu kam der Friedensvertrag, den wir als Unrecht zu bekämpfen nie erlahmten, die Kriegsschuldflüge, gegen die wir als brutale Vergewaltigung der Wahrheit von Anbeginn zu Felde zogen; gegen die Lüge und gegen die, die aus parteitaktischer Erwägung, im Irrwahn, damit eine sozialistische Herrschaft in Österreich begründen zu können, ihrer Verbreitung dienten. Die gleichen Kreise waren es, die als erste und am lautesten die Aufgabe der Eigenstaatlichkeit Österreichs verlangten und zumal dem Arbeiter in Österreich das Paradies versprachen, wenn unser Land erst einmal endgültig liquidiert und der mechanische Anschluß an das damals unter sozialistischer Herrschaft stehende Reich vollzogen würde.

Nun ist es sicher ein grundlegender Fehler und eine Sünde wider den Geist der Geschichte, die niemand ungestraft begehen kann, aus einer momentanen politischen Situation heraus oder auch aus wirtschaftlichen Erwägungen des Augenblicks, um sich eine zeitgebundene Erleichterung zu verschaffen, grundsätzliche Fragen lösen zu wollen, die nur abseits vom politischen Tageskampf und unberührt durch die Einflüsse der momentanen Stimmung eine dauernde und historisch richtige Lösung finden können. (*Zustimmung.*) Die Kräfte, die dann in der parlamentarisch-demokratischen Zeit des Nachkriegsösterreich die Verantwortung zu tragen hatten, waren sich – trotz ihrer verschiedenen politischen Herkunft – einig in drei Punkten: einmal in der Notwendigkeit eines Einsatzes aller Arbeit und aller Kräfte zur Überwindung eines zersetzenden Internationalismus, der die gesunden Lebenskräfte des Volkes in ein bolschewistisches Abenteuer zu verstricken drohte; dann in der Bekämpfung und Wiedergutmachung des Unrechtes, das durch den Friedensvertrag dem Land zugefügt wurde, und der Kriegsschuldfrage, die sein Ansehen in der Welt zu vernichten bestimmt war. Schließlich waren sich alle einig über das durch Schicksalsverbundenheit und lange gemeinsame Geschichte, durch das aus Sprach-, Bluts- und Kulturgemeinschaft gewachsene gemeinsame Volkstum und über das durch die geopolitische Lage unseres Vaterlandes bedingte, von der jeweiligen innerpolitischen Gestaltung vollkommen unabhängige freundschaftliche Verhältnis zum benachbarten Deutschen Reich. Als Engelbert Dollfuß am 27. Mai 1932 die Regierung antrat, da prägte er im Rahmen seiner feierlichen Regierungserklärung den Satz: „Es muss alle Welt verstehen, daß wir uns als selbständiger deutscher Staat, bedingt durch das Blut, die Geschichte und die geographische Lage unserer Heimat, der engsten Verbundenheit und Freundschaft mit dem Deutschen Reich bewußt sind, einer Freundschaft, die berechtigt und verpflichtet.“

Und dennoch kam ein Bruderkampf; mit allen seinen Leiden und Schrecken, nicht minder schmerzlich und auch nicht minder erbittert in seinen einzelnen Phasen wie in mancher unglücklichen Periode im Verlauf vergangener Zeiten. Und dieser Bruderkampf mit seinen Höhepunkten und seinen Wellentälern, mit seinen unermäßlichen Opfern, mit seiner Vernichtung und seiner systematischen Entzweiung von Menschen, mit seinen blutgetränkten Spuren und seinen fortwirkenden Fanalen des Hasses und der Verbitterung, mit seinen vergifteten Pfeilen in der Argumentation des politischen Streites, mit seinen überreichlich gefüllten Arsenalen der Möglichkeiten der Verletzung, mit seiner Vernebelung der öffentlichen Meinung, seinem fallweisen Abebben anlässlich der wiederholten Versuche, einen friedlichen Ausgleich in die Wege zu leiten. Dieser Bruderkampf währte fünf lange Jahre.

Und nun soll Friede sein. Ein Friede, der beiden Teilen gerecht wird. Ein ehrenvoller Friede, der einem Kampf, der allzu lange mit ungleichen Waffen gekämpft ward, ein, so Gott will, endgültiges Ende setzt (*stürmischer, langanhaltender, wiederholt sich erneuernder Beifall und laute Heil!-Rufe*), einem Kampf, der

füglich niemand dienlich sein konnte, der nur vernichten und verneinen und niemals aufbauen und bejahen konnte; der sich zur Gänze auf österreichischem Boden ausgewirkt hat, der ganz gewiß nicht im Interesse des deutschen Volkes und des deutschen Raumes, wie immer man seine ideale Gestaltung sehen mag, gelegen war; der Gebiete mit einbezog, die, wie weltanschauliche Fragen, aus dem Streit der politischen Tagesmeinung besser ausgeschaltet blieben; der jeden Deutschen schmerzen mußte und niemandem anderen nützte; denn schließlich barg er in sich eine Fülle von Gefahren für die Erhaltung des allgemeinen Friedens, an dem alle Staaten gleichermaßen interessiert sind.

Dieser Friedensschluß nach fünfjährigem Bruderkampf war der Sinn und der Zweck der Begegnung von Berchtesgaden am 12. Februar dieses Jahres.

In dieser Stunde erachte ich es nicht für angebracht, Wunden wieder aufzureißen, die kaum vernarben, und auch nicht die Frage der Schuld zu erörtern und auch nicht auf all das zu verweisen, was unsererseits in Erinnerung gerufen werden könnte, um das ehrliche Bemühen unseres Landes, die Zeit der Zwietracht zu beenden, in ein klares und unzweideutiges Licht zu rücken. Ich erinnere nur an die letzten Sätze des sterbenden Kanzlers Engelbert Dollfuß: „Ich habe ja nur den Frieden haben wollen. Wir haben nie angegriffen, wir mußten uns immer wehren, der Herrgott soll ihnen vergeben.“ Ein Sterbender lügt nicht. Er spricht immer die Wahrheit. (*Bewegung.*)

Das war der gleiche Engelbert Dollfuß, dessen Weg zu gehen wir entschlossen sind, der im April 1933, als längst der Kampf entbrannt war, in einer großen Versammlung ausrief: „Wir Österreicher sind uns unserer Schicksalsverbundenheit mit dem gesamten deutschen Volke voll und ganz bewußt“, und der beim ersten Generalappell der Vaterländischen Front auf dem Trabrennplatz zu Wien an jenem historischen 11. September 1933 die Verkündung der neuen Verfassung einbegleitete mit dem fundamentalen Satz: „Wir Österreicher sind deutsch und haben ein deutsches Land.“ (*Stürmischer, langanhaltender, wiederholt sich erneuernder Beifall und Händeklatschen. – Brausende Rufe: „Heil Österreich!“*)

Als ich das Abkommen vom 11. Juli 1936, das den Frieden vorzubereiten bestimmt war und die Grundsätze der Friedensmöglichkeit enthielt, vor dem österreichischen Volke einbegleitet habe, verwies ich auf meine Rede, die ich am 29. Mai 1935 vor dem österreichischen Bundestag gehalten hatte. Ich sagte damals: „Österreich hat nie einen Zweifel darüber gelassen und wird es, solange wir leben, auch in aller Zukunft nicht tun, daß es sich als deutscher Staat bekennt.“ Ich sagte weiter: „Dem habe ich auch heute nichts hinzuzufügen.“ (*Beifall.*)

Der Reichskanzler und Führer des Deutschen Reiches hat in seiner großen Rede an die deutsche Nation am 20. Februar dieses Jahres in Besprechung des Ergebnisses der Vereinbarungen von Berchtesgaden diese Vereinbarungen als eine Ergänzung im Rahmen des Abkommens vom 11. Juli 1936 bezeichnet, wobei Schwierigkeiten, die sich im Vollzug dieses Abkommens vom 11. Juli ergeben

hätten, dazu zwingen, einen Versuch zu unternehmen, um Mißverständnisse und Hindernisse für eine endgültige Aussöhnung beiseite zu räumen.

Das Abkommen vom 11. Juli, welches demgemäß übereinstimmend von beiden Vertragspartnern als Grundlage der Vereinbarungen und Besprechungen von Berchtesgaden betrachtet wird, enthält erstens die ausdrückliche Feststellung des Reichskanzlers und Führers des Deutschen Reiches, daß die deutsche Reichsregierung die volle Souveränität des Bundesstaates Österreich anerkenne. (*Stürmischer, langanhaltender, wiederholt sich erneuernder Beifall und Händeklatschen. – Brausende, andauernde Heil!-Rufe.*) Es enthält weiters die Feststellung, daß die beiden Regierungen die in dem anderen Lande bestehende innerpolitische Gestaltung, einschließlich der Frage des österreichischen Nationalsozialismus, als eine innere Angelegenheit des anderen Landes, auf die sie weder unmittelbar noch mittelbar Einwirkung nehmen werden, betrachten. Es enthält schließlich die Feststellung, daß die österreichische Bundesregierung ihre Politik im allgemeinen wie insbesondere gegenüber dem Deutschen Reiche stets auf jener grundsätzlichen Linie halten werde, die der Tatsache, daß Österreich sich als deutscher Staat bekennt, entspreche. Hierbei ist auf den unveränderten Fortbestand der Römer Protokolle, welche die Stellung Österreichs zu seinen Nachbarn Italien und Ungarn regeln, verwiesen. Zur reibungslosen Durchführung waren von beiden Seiten Maßnahmen vorgesehen, welche einerseits die innerpolitische Befriedung in Österreich als Voraussetzung für ein taugliches Funktionieren des Vertrages betrafen und die andererseits die reichsdeutsche Nichteinmischung in innerpolitische Angelegenheiten Österreichs gewährleisten sollten.

Das Abkommen vom 11. Juli 1936 stand nunmehr bald zwei Jahre in Geltung. Es hat hüben und drüben nicht an ehrlichen Versuchen gefehlt, immer wieder auftauchende Reibungen und Hemmungen zu überwinden. Der letzte Versuch in Österreich vor Jahresfrist, im Februar 1937, unternommen, als unter anderen Maßnahmen das sogenannte Siebener-Komitee mit dem Zentralsitz in der Wiener Teinfaltstraße zum Zwecke der inneren Befriedung ins Leben trat und gewisse Personalveränderungen vorgenommen wurden. Die durch Unterschriften ausdrücklich festgelegte und angenommene Grundbedingung dieser Auseinandersetzung vom Februar 1937, die ohne Mitwirkung reichsdeutscher Stellen zustande kam, war bekanntlich die Anerkennung der Verfassung vom 1. Mai 1934, die Anerkennung der Vaterländischen Front als des alleinigen Trägers der politischen Willensbildung in Österreich und der Verzicht auf jede illegale Betätigung, deren letztes Ziel nur immer wieder die Wiederaufrichtung der NSDAP. sein konnte und somit der Verfassung zuwiderlief, wobei beide Teile zur Kenntnis nahmen und mit ihrer Unterschrift bestätigten, daß künftige illegale Betätigung wie bisher unter Strafsanktion gestellt sei. Demgegenüber haben wir eine weitgehende politische Amnestie verfügt und den Grundsatz wiederholt und ausdrücklich verkündet, daß die Mitarbeit in der Vaterländischen Front für jeden Österreicher, der zu legalem Wege bereit sei, gleichgültig, welcher politi-

schen Richtung er früher angehörte, unbehindert offenstehe. Das alles war im Februar 1937.

Es ist überholt und daher überflüssig, im einzelnen zu untersuchen, warum die beschrittene Bahn für sich allein genommen nicht zum erwünschten Erfolge geführt hat. Der Appell zur Mitarbeit blieb zwar nicht fruchtlos, wie die vor der verfügten Frontsperrung stark angestiegenen Zahlen der Neuanmeldungen beweisen. Es wäre unrecht, zu glauben, daß die Vereinbarung vom Februar 1937 keine Entspannung und keine Besserung brachte, aber es wäre auch ein leichtes, auf Grund genauer Kenntnis des Sachverhaltes, wenn es sein müßte, die weitere Entwicklung bis zum Februar 1938 und die Ursachen der neuerdings sich bedrohlich verdichtenden Spannung bis ins einzelne zu zergliedern. Der wahre Grund lag, summarisch genommen, darin, daß österreichische Interessenten am Werk waren, die es für richtig hielten, durch unrichtige Informationen die zwischenstaatlichen Verbindungen zu stören und zu vergiften und, wie aus verschiedenen Pamphleten, die noch zu Anbeginn dieses Jahres ihre Verbreitung fanden, hervorgeht, den Sinn des Abkommens vom 11. Juli und den klar erklärten Willen des Reichskanzlers und Führers ins Gegenteil zu verkehren, um sich dadurch die Möglichkeit einer neuen illegalen Betätigung mit dem Ziele der Wiederherstellung der Zustände vor dem 11. Juli 1936 zu sichern. (*Hört!-Hört!- und Pfui!-Rufe.*)

Auch diese Zeit ist nunmehr vorüber. Das neue Übereinkommen ist abgeschlossen und unser brennender Wunsch geht dahin, daß es zur Gänze halte, was beide Teile sich von ihm versprechen. Wenn reichsdeutscherseits darauf verwiesen wird, daß es mit dem Prestige der Großmacht und der Würde des deutschen Volkes unvereinbar sei, wenn Österreich die herrschende Staatsauffassung des Reiches bekämpfe, dann verweise ich darauf, daß Österreich diese Auffassung zur Kenntnis zu nehmen immer bereit war, zumal innerdeutsche Angelegenheiten dem Bereich der politischen Diskussion in Österreich seit je entzogen bleiben sollen. Ich bin durchaus der Meinung, daß dieser Grundsatz lückenlos durchzuführen ist und durchgeführt werden kann, insofern nicht innerösterreichische Auseinandersetzungen und insbesondere eine gegen die österreichische Staatsauffassung und -gestaltung gerichtete illegale Betätigung mit einer Stellungnahme zum deutschen Staatsbekenntnis gleichgesetzt werden.

Die nunmehr getroffene Vereinbarung trägt alle Ansätze guten Gelingens und alle Voraussetzungen einer befriedigenden Entwicklung und eines restlosen Friedensschlusses in sich. Wir haben leider nicht alles Unheil gutmachen können, welches das Jahr 1934 mit seinen Erschütterungen des Bürgerfriedens im Februar und Juli mit sich brachte. Der Opfer sind viele, allzu viele gewesen. Wir Österreicher verloren den Mann unseres Volkes, den mutigen Bahnbrecher einer neuen Zeit, dem es gelang, die bei uns schiffbrüchig gewordene Formaldemokratie des arbeitsunfähigen Parlamentarismus zu überwinden. Wir haben unseren Führer Engelbert Dollfuß verloren. Wie zumeist in Revolten, bei denen nicht nach Recht und Unrecht, sondern nach Erfolg oder Mißerfolg gefragt wird, haben die Hasar-

deure aller Seiten, sich rechtzeitig fremder Hilfe versichernd, das Land verlassen. Übriggeblieben sind die, die, zumeist gläubig ihrem Ideale folgend, bereit waren, mit der Waffe in der Hand zu gehorchen. An ihnen war es vielfach, der unvermeidlichen Strenge des Gesetzes ihre Stirn zu bieten. Wir neigen uns ins dieser Stunde vor allen Opfern. (*Das Haus erhebt sich.*) Wer aus Idealismus und nicht aus Berechnung, im Glauben, seine Pflicht zu tun, auf die Barrikaden steigt, war zu allen Zeiten niemals der wirkliche Nutznießer der Revolution; er hatte daher, wenn ihm das Schicksal hold blieb, zu allen Zeiten und überall bei Wiederkehr ruhigerer Zeiten diese Aussicht auf Versöhnung. Dies ist der Sinn der Amnestien. Nicht ob im einzelnen Fall die richtige Wertung der Amnestie erfolgt und ob sie den würdigen trifft, ist das Entscheidende, sondern die Tatsache, daß der Schlußstrich gezogen werden konnte unter allem, was war, um unbelastet eine neue Zeit zu beginnen. Die geistigen Voraussetzungen hiefür sind die Überwindung des Hasses und der Verzicht auf jene Einstellung, die mit der bloßen Vorstellung des Gegners zugleich den Vernichtungswillen verbinden.

Wir alle haben eine Heimat. Die Heimat kann nicht leben, wenn ständige Zwietracht ihren Boden zerwühlt. Das Land kann nicht gedeihen, wenn zu viele seiner Söhne darauf bedacht sind, seinen Fortschritt zu behindern. Dem Volk aber kann es nie und nimmer zum Segen sein, wenn Land und Heimat immer wieder neue Wunden erleiden. Hoher Bundestag! Land und Volk werden leben, so oder so. (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen.*) Aber wir wollen doch, jeder für sich genommen, das Bessere leisten können als der andere, sozial noch gerechter, national noch unbedingter, vaterländisch noch treuer und verlässlicher sein.

Dies gilt es zu beweisen. Daher die eine Konsequenz, die gegenüber unserem früheren Standpunkt nichts Neues bedeutet: Schließt die Front, die Platz hat für alle! Wer absichtlich in der Etappe bleiben will, auch jetzt noch, dem steht auch dieser Weg offen. (*Heiterkeit und Beifall.*) Aber er kann sich dann nicht mehr beschweren, daß er keine Gelegenheit zur Mitarbeit hat. Eines aber, das werden wir nie und nimmer erlauben: daß die Front von der Etappe erschlagen wird. (*Brausender, minutenlang wählender, sich immer wieder erneuernder Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Galerien.*)

Wir haben nunmehr Beweise des guten Willens und des Vertrauens in Fülle gegeben. Wir haben die ehemaligen parteigebundenen Sozialdemokraten zur Mitarbeit in der Vaterländischen Front eingeladen und sie dort willkommen geheißen; wir haben den ehemaligen parteigebundenen Nationalsozialisten wie den Angehörigen aller anderen Gruppen unter vollkommen gleichen Bedingungen die Möglichkeiten der Mitarbeit eröffnet. Dies ist nichts Neues. In der ganzen Periode des vielbesprochenen und vielumstrittenen Befriedungswerkes ging in Dutzenden von Erklärungen von nichts anderem die Rede. Der deutsche Friede nunmehr, wie ich das getroffene Abkommen bezeichnen möchte, legt neuerdings ausdrücklich denen, die sich zu nationalsozialistischen Gedankengängen bekennen, die Wege frei zur Mitarbeit mit allen anderen, soferne ihr Bekenntnis in offenem und klarem

und unzweideutig einbekanntem Einklang steht mit den Grundsätzen der Verfassung, die nach dem Willen Engelbert Dollfuß' das unabhängige und selbständige deutsche und christliche, ständisch gegliederte und autoritär geführte Österreich geschaffen hat, im Einklang steht weiters mit den Grundgesetzen der Vaterländischen Front, neben der es in Österreich keine politische Partei und keine politische Organisationsform geben kann, innerhalb welcher für die Gleichberechtigung aller bei unverrückbarem Festhalten an ihren Grundsätzen Sorge getragen wird. Dies wird die Aufgabe der Front in den nächsten Wochen sein. (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen.*) Die Beobachtung der österreichischen Gesetze, somit auch des Gesetzes über die Vaterländische Front, und die Anerkennung der österreichischen Verfassung ist genau so wie bei der innerösterreichischen Abmachung vom Februar 1937 auch bei den jetzigen Vereinbarungen die ausdrücklich niedergelegte und eindeutig formulierte Voraussetzung der Mitarbeit. Von reichsdeutscher Seite wurde gleichzeitig die Versicherung wiederholt, für die Nichteinmischung in die innerpolitischen Verhältnisse Österreichs entscheidende Vorsorge treffen zu wollen, und zwar dadurch, daß die Reichsregierung Maßnahmen zu treffen bereit ist, die eine Einmischung reichsdeutscher Parteistellen in innerösterreichische Verhältnisse ausschließen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Es ist vereinbart und festgestellt, daß die bisherigen Illegalen in Österreich in keiner Weise auf Deckung durch außerstaatliche Stellen oder auch Tolerierung durch die österreichische Bundesregierung rechnen kann (*stürmischer, wiederholt laut werdender Beifall und Händeklatschen, lebhaftes Heil!-Rufe*), daß vielmehr jede gesetzwidrige Betätigung zwingend der in den Gesetzen vorgesehenen Ahndung verfallen wird; dies sei eine abschließende Feststellung zu diesem Punkt, die aus einem besonderen Grund besonders beachtlich scheint.

Ich habe von einem ehrlichen Frieden gesprochen. Unehrlich wäre er gewesen, wenn jene in Österreich recht behalten hätten, die noch vor kurzer Zeit von der Ungültigkeit der österreichischen Verfassung und den Eidbrechern in der österreichischen Staatsführung, von Gewalt und Terror und vom Wiederaufleben der Partei gesprochen haben. (*Beifall.*) Ein ehrlicher Friede war es, weil die Grundsätze, die wir seit je vertraten, hinsichtlich Verfassung und Front, somit hinsichtlich der Fundamente unseres staatlichen Aufbaus, unverändert blieben. Wir wissen genau, daß wir bis zu jener Grenze gehen konnten und gingen, hinter der ganz klar und eindeutig ein: „Bis hierher und nicht weiter!“ steht. (*Stürmischer, minutenlang anhaltender, wiederholt sich erneuernder Beifall und Händeklatschen. – Brausende Heil!-Rufe im Hause, in den Logen und auf den Galerien.*) Wir haben uns nicht gescheut, diese Grenze zu erreichen, weil wir, im Vertrauen auf das Wort und die Persönlichkeit des die Geschichte des Deutschen Reiches erfolgreich betreuenden Führers und Reichskanzlers, gemeinsam mit ihm einen Weg zu gehen uns entschlossen haben, der, folgerichtig eingehalten und beschritten, nach unserer festen Überzeugung zum Wohl des österreichischen Vaterlandes und des gesamten deutschen Volkes sein kann und im Interesse des

europäischen Friedens gelegen ist. (*Lebhafter Beifall.*) Ich lege Gewicht darauf, zu erklären, daß ich im vollen Bewußtsein der Verantwortung und unter voller Bedachtnahme auf die Lebensinteressen und den friedlichen Bestand unseres Vaterlandes bereit bin, ohne jeden Nebengedanken und in absoluter Klarheit das österreichischerseits gegebene Wort einzulösen. (*Stürmischer Beifall.*) Ich und wir alle werden glücklich sein, wenn nun eine harte, opfervolle Zeit, die mit einem harten Tag am 12. Februar ihren Abschluß fand, zum wahren deutschen Frieden geführt hat, einem Frieden, den zu erhalten und zu vertiefen es die gebrachten Opfer lohnen würde.

[..]

Die Politik, die Österreich auf staatsfinanziellem und währungspolitischem Gebiete in den letzten Jahren gemacht hat, hat sich somit durchaus bewährt. (*Stürmischer Beifall.*) Sie hat uns in schwierigen Zeiten aufwärts geführt. An dieser Politik wird nichts Grundsätzliches geändert. Sie bietet für unsere Verhältnisse und für unser Land die zuverlässigste Voraussetzung, eine dauernde und stetig fortschreitende Besserung und Festigung unserer Wirtschaftslage zu sichern. (*Beifall.*)

Die Frage nach den wirtschaftlichen Möglichkeiten Österreichs ist somit klar und eindeutig zu bejahen. Konzentration und Ruhe im Lande helfen, Unfrieden und Störung und Zerfahrenheit verlangsamten den Fortschritt. Wer aber den Fortschritt verlangsamten will, der ist ein Feind, insbesondere der österreichischen Arbeiter (*Brausender Beifall und Händeklatschen.*) Daher bestätigt das Erfordernis der Wirtschaft das innerpolitische Programm der Front in Österreich. Dieses innerpolitische Programm der Fortentwicklung Österreichs und diese Ziffern und Zahlen habe ich Ihnen deshalb vor Augen gehalten, hoher Bundestag, weil ich die Frage daran schließe: Ist das nun ein Lebenszeichen eines kerngesunden Landes oder nicht? (*Stürmische Rufe: Jawohl! – Brausender, minutenlang währender Beifall und Händeklatschen. – Lebhaftige Rufe: „Heil Österreich!“*)

Wenn Sie im Geschäfts- und Wirtschaftsleben stehen, dann sagen Sie das Ihren Klienten und Geschäftsverbindungen im In- und Auslande, damit sie wissen, wie die Dinge wirklich stehen, und nicht jedem Tendenzmärchen aufsitzen. (*Erneuter, lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Allerdings liegt es in der Natur der Sache, daß ein kleiner Staat politisch und wirtschaftlich irgendwie mit den Entwicklungen seiner Umwelt zusammenhängt und daher der zwischenstaatlichen Verbindungen zwingend bedarf. Je weniger Hemmungen im Austauschverkehr der Güter, um so vernünftiger und besser für Staaten und Menschen; je mehr Erschwernisse und Beschränkungen, um so schwieriger und unvernünftiger für die Lebenshaltung des einzelnen und für das Leben des Staates. (*Zustimmung.*)

Unsere Beziehungen zum Ausland laufen seit langen Jahren in normalen und bewährten Bahnen. Von dem nunmehr wiederhergestellten, hoffentlich dauernden,

engen freundschaftlichen Verhältnis zum Deutschen Reich war an anderer Stelle die Rede. Einen zweiten Freund und Nachbarn kann ich diesem Zusammenhang übergehen, weil unsere Stellung zu Ihm aus hunderterlei geschichtlichen und sonstigen Gründen längst eindeutig bekannt und festgelegt ist und unsere Freundschaft keiner besonderen Betonung bedarf: Ich meine Ungarn. (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen.*)

Es bedarf überhaupt keines besonderen Hinweises darauf, daß wir fest entschlossen sind, unsere Politik auch weiterhin in den bewährten Bahnen der Römischen Protokolle zu führen, deren wirtschaftliche und politische Bedeutung auch heute nichts von ihrer Aktualität verloren hat.

Drei Beweise hiefür seien in Erinnerung gerufen: Einmal die Tatsache, daß das wiederholt erwähnte österreichisch-deutsche Abkommen vom 11. Juli 1936, das nunmehr am 15. Februar seine ausdrückliche Bestätigung fand, den ungeschmälernten Fortbestand der Römischen Protokolle erwähnt, ja, vom österreichischen Standpunkt aus gesehen, gerade voraussetzt; dann die erfreuliche Tatsache der fortwirkenden günstigen Gestaltung unserer wirtschaftlichen Beziehungen mit dem großen italienischen Nachbarn (*Beifall*); und schließlich die feierliche Bekräftigung und der Erweis ungebrochener Lebendigkeit anlässlich der letzten Konferenz der Signatarstaaten in Budapest im Jänner 1938. (*Beifall.*)

Es wäre daher sachlich ungerechtfertigt und irreführend, von einer Änderung der herzlichen Beziehungen Italiens zu Österreich oder Österreichs zu Italien zu sprechen, wie es in der letzten Zeit mitunter in einzelnen Stimmen der internationalen Presse zu lesen war. Diese Stimmen sind sachlich ebenso unbegründet wie jene in früheren Jahren, die bisweilen von einer wirklichen oder angestrebten Patronanz Italiens über Österreich sprachen.

Ich habe vielmehr von dieser Stelle aus bei früheren Gelegenheiten wiederholt darauf verwiesen, daß der italienische Regierungschef Benito Mussolini, dessen starke Willenskraft und unbeugsame Entschlossenheit sowie dessen klare Erkenntnis kultureller Zusammenhänge und Bindungen wir bei der Führung seines Landes seit je schätzen und bewundern, unserem Österreich in mannigfacher Richtung zwar volles Verständnis und Sympathie entgegenbrachte, jedoch immer peinlich bemüht war, jeden Anschein einer inneren Einmischung zu vermeiden. (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen.*)

So kam es, daß zum persönlichem Verständnis auch jene Atmosphäre des Vertrauens trat, die es mir zu wiederholten Malen ermöglicht hat, auch Probleme zu besprechen, die abseits der politischen Tagesfragen auf der volklich-kulturellen Ebene liegen (*Zustimmung*), die infolge Tradition, geschichtlicher Entwicklung und heutigen Gegebenheiten für unsere beiden Völker von Interesse sind und die zumal uns in Österreich bewegen. Ich habe allen Grund, der Überzeugung Ausdruck geben zu dürfen, daß sich hierin auch in Zukunft nichts ändert. (*Beifall.*) Dies angesichts verschiedener Fehlmeldungen ausdrücklich und in voller Klarheit festzustellen, war mir Bedürfnis. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Darüber hinaus scheint es mir in einem Augenblick, da sich wieder die ganze Welt mit unserem Land befaßt, unerläßlich, wesentliche Feststellungen, die wir unzählige Male gemacht haben, nochmals zu wiederholen, damit an unserem unerschütterlichen Willen zu Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit unseres österreichischen Vaterlandes kein Zweifel sei. Unser Land ist nicht nur eine historisch und organisch in jahrhundertelanger rechtlicher Entwicklung gewordene Tatsache, es ist auch ein Fixpunkt der Landkarte Europas und für die gesamte Kulturwelt ein Begriff, der aus dem europäischen Gesamtbild nicht wegzudenken ist. Weil wir diesen Gegebenheiten Rechnung tragen wollen, können wir Anspruch darauf erheben, daß unsere Politik sowohl als Realpolitik als auch Idealpolitik im Dienst des Friedens gewertet werde.

Eines sei in diesem Zusammenhang außer Zweifel gestellt: Der Österreicher, der sein Vaterland frei und unabhängig will, denkt hiebei an alles andere, nur nicht an den Friedensvertrag. Ganz gewiß nicht auf Grund dieses sehr zeitbedingten Vertrages fordern wir die Anerkennung unseres Rechtes. Maßgebend muss bleiben der feste Wille des österreichischen Volkes und die unabänderliche Überzeugung seiner verantwortlichen Führung, daß unser Österreich Österreich bleiben muß. (*Enthusiastischer, sich wiederholt erneuernder Beifall und Händeklatschen im ganzen Hause, in den Logen und auf den Galerien. – Brausende Rufe: „Heil Schuschnigg!“ – Das Haus erhebt sich zu stürmischen Ovationen für den Bundeskanzler.*) Wir haben das geographische Bild nicht gewollt und verschuldet, welches die Landkarte seit 1918 aufweist. Wir haben uns unsere Grenzen nicht ausgesucht, aber das, was wir haben, das wollen und werden wir behalten! (*Neuerlicher stürmischer Beifall. – Begeisterte Heil!-Rufe auf Bundeskanzler Dr. Schuschnigg. – Anhaltende Zustimmungskundgebungen im Saale und in allen Rängen des Hauses.*) Österreich soll und wird leben, weil es auch so, wie es ist, dem eigenen Volk, der deutschen Kultur und dem deutschen Schicksal, der Welt, dem Geist des Friedens dienen kann. (*Erneuter stürmischer Beifall und Händeklatschen.*)

Wir bekennen uns somit feierlich vor aller Welt zu unserem Vaterland und zu den Grundgesetzen, die für uns die unabänderliche Basis des Rechts sind. Wir sind ein christlicher Staat, wir sind ein deutscher Staat, wir sind ein freier Staat und jeder in diesem Land ist gleichberechtigt vor dem Gesetze. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Wir freuen uns, daß es uns gelungen ist, mit einer ganzen Reihe von Staaten, insbesondere auch unseren Nachbarn, Vertragsabschlüsse auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete zu tätigen, die sich durchaus bewähren. Ich lege Gewicht darauf, zu betonen, daß es in unserer Linie liegt, auf allen Gebieten der Wirtschaft und Kultur mit unseren Nachbarn, aber auch mit anderen Staaten, Verträge anzustreben. Es mag vielleicht nützlich sein, auch hier wieder festzustellen, daß wir unsere außenpolitische Linie für naturgegeben erachten und sie bewußt und ohne Schwankungen verfolgen. Dies angesichts der fallweise immer wieder bei jeder unserer Fühlungnahmen, sei es mit Nachbarstaaten oder auch mit den westlichen

Großmächten, zutage tretenden Vermutungen und Kombinationen nachdrücklich zu unterstreichen, erscheint mir im Interesse der Klarheit für angebracht. Das Recht, ja sogar die Pflicht für einen Kulturfaktor, der unbestrittenermaßen sich in dieser Hinsicht einer über seine engen Grenzen hinausgehenden Geltung rühmen darf, mit allen kulturellen und wirtschaftlichen Zentren der Welt möglichst innige und ersprießliche Wechselbeziehungen aufrechtzuerhalten und zu pflegen, wird uns sicherlich niemand streitig machen wollen. (*Zustimmung.*)

Auf dieser geraden und jeder Zweideutigkeit baren Linie bewegen sich seit je die freundschaftlichen Beziehungen Österreichs zu allen Staaten, die unserem Lande freundschaftliche Gesinnung, Sympathie, Achtung und Interesse entgegenbringen, von denen ich hier namentlich bloß die Großmächte England (*Beifall*), Frankreich (*Beifall*), die Vereinigten Staaten von Amerika (*Beifall*) und nicht zuletzt die uns herzlichst verbundene Schweiz (*lebhaftes Händeklatschen*) hervorheben möchte.

Wir sind uns darüber vollauf im klaren, daß der kleine Staat nur sehr mittelbar sein Wort in die Waagschale legen kann, wenn es gilt, die Geschicke der Großen und damit die Geschicke der Welt und damit das Schicksal einer Generation zu entscheiden. Vielleicht, daß es ab und zu zweckmäßig gewesen wäre, mehr auf die Kleinen zu hören. (*Lebhafte Zustimmung.*) Ich erinnere mich hier an manches kluge und tapfere Wort, das der Schweizer Bundesrat Motta in wahrhaft entscheidender Stunde über die Grenzen seines Landes hinaus gesprochen hat. Eines ist auch dem Kleinen nicht verwehrt, zumal wenn er, wie wir, sein Schicksal einem unglücklichen Kriege verdankt und wenn, wie bei uns, die Generation der Frontsoldaten, die dieses Schicksal im eigenen Erleben trägt, dazu berufen ist, die Verantwortung im Vaterland zu tragen; seine Stimme zu erheben, wenn er glaubt, damit der Erhaltung des Friedens und dadurch dem Wohlstand der Völker zu dienen. Es ist schon so, daß Grenzen falsch gezogen wurden. Das gilt für einzelne Staaten, das gilt gewiß auch für die Kontinente. Vielleicht kommt einmal der Tag, wo der Begriff Europa im Interesse aller Beteiligten neu abgesteckt werden und damit ein neues, anderes, geschlosseneres Europa nach Formen der Organisation und Garantie des Friedens suchen kann. (*Zustimmung.*)

Was uns Österreicher aufrechthält, was uns trotz aller Interpretationen und Märchenbildungen den Mut nie verlieren läßt, Fehlberichten, die auf Grund von falschen Eindrücken ab und zu zu falschen Schlüssen in der Welt verleiten, Schlüssen, die die Lebensfähigkeit und den Lebenswillen unseres Staates bezweifeln, das ist der Glaube und das Wissen um die durch eine vielhundertjährige wechselvolle Geschichte immer von neuem erhärtete Unsterblichkeit unseres Landes. (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen.*) [...] Und weil wir entschlossen sind, darum steht der Sieg außer Zweifel. Darum, Kameraden: Bis in den Tod Rot-Weiß-Rot! Österreich!“²

² Der Bundeskanzler erhielt nach dem Ende seiner Rede minutenlange stehende Ovationen.

1931**Gesandter Marek an Bundesminister für die Auswärtigen
Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 49/Pol.

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 51959/13

Prag, 24. Februar 1938

Herr Bundesminister,

Die Reichstagsrede Herrn Hitlers wurde in Prag mit grosser Spannung erwartet und es dürfte bekannt sein, dass sie auch durch den tschechoslowakischen Rundfunk – zum ersten Mal seit der Machtergreifung – übertragen wurde. Die Wirkung auf die tschechoslowakische Oeffentlichkeit war keineswegs ermutigend und auch innerhalb der Regierungskreise ist eine starke Beunruhigung bemerkbar.

Schon die Zusammenkunft am Obersalzberg und die im Anschluss daran kursierenden auf Mitteilungen der Westpresse beruhenden übertreibenden Gerüchte und Mutmassungen haben in der tschechischen Oeffentlichkeit Aufregung, Angst und schliesslich Resignation hervorgerufen. Vielfach hörte man die Ansicht, Hitler werde jetzt in Böhmen einmarschieren und ein Krieg sei unvermeidlich. Von tschechischen Nationalisten, selbst den grössten Chauvinisten, hörte man mitunter ganz resignierte Anschauungen, die dahin gingen, mit der tschechoslowakischen Selbständigkeit gehe es nun wieder einmal zu Ende, man habe ohnedies in der Vergangenheit den weitaus grössten Teil der Geschichte des tschechischen Volkes unter Fremdherrschaft gelebt und so werde man halt wieder unter Fremdherrschaft kommen. Man beruhigt sich hiebei mit der Konstatierung, dass eine Entnationalisierung bei der fortgeschrittenen Kultur und dem seit dem Umsturz entwickelten Nationalbewusstsein allerdings nicht mehr möglich sein wird.

Ich nehme an, dass das in den heutigen Tagesblättern veröffentlichte ausführliche Interview des tschechoslowakischen Armeegenerals Krejčí über die Verteidigungsfähigkeit und Ausrüstung des tschechoslowakischen Staates, den Ausbau seiner Befestigungen, den Geist seiner Armee etc. dazu bestimmt ist, um diese defaitistischen Stimmungen innerhalb des tschechischen Volkes zu bekämpfen. Wie allerdings diese Ausführungen, die ja nur mit einem Angriff seitens Deutschlands rechnen, in Berlin wirken werden, bleibe dahingestellt.

Ich hatte in den letzten Tagen Gelegenheit, mit den meisten Mitgliedern des Prager Kabinetts zu sprechen, ich hatte eine längere Unterredung mit dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. Hodža (allerdings noch vor der Hitlerrede), sprach zweimal ausführlich mit dem Herrn Aussenminister und gestern abends anlässlich eines Emp-

fanges, den Herr Ministerpräsident Dr. Hodža veranstaltete, auch mit dem Herrn Präsidenten der Republik Dr. Beneš.

Es dürfte einer von der höchsten Stelle ausgehende Parole entsprechen, dass sich nicht nur die Presse, sondern auch die einzelnen Regierungsmitglieder in ihren Gesprächen der äussersten Zurückhaltung befleissen [sic!]. Ich konnte mich am Abend vor der Hitlerrede bei einem Diner auf der ungarischen Gesandtschaft nahezu eine Stunde lang mit Herrn Dr. Hodža unter vier Augen unterhalten, es ist mir aber nicht gelungen, ihn, der sich mir gegenüber sonst über politische und aussenpolitische Angelegenheiten sehr freimütig und offen auszusprechen pflegt, diesmal zu einer eingehenderen Mitteilung über seine Auffassung zur Entrevue von Berchtesgaden und den damit zusammenhängenden Problemen zu bringen. Der Herr Ministerpräsident stand sichtlich unter dem Druck der zu erwartenden Reichstagsrede. Er beurteilte die Situation im allgemeinen sehr ernst und schien mir gegen seine sonstige Haltung recht bedrückt zu sein. Hitler und die nationalsozialistischen Führer hätten, so sagte er mir, keine Ahnung, wie die Verhältnisse in der Tschechoslowakei tatsächlich liegen, es sei erschütternd, dass man in diesen Kreisen z. B. gar nicht wisse, dass es in Prag eine deutsche Universität gebe und dass die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei eine ganz andere politische Stellung einnehme, wie in Polen, obzwar deutscherseits immer auf das Beispiel Polens hingewiesen werde. Eine Einmischung seitens des Reiches in die innerpolitischen Verhältnisse der Tschechoslowakei werde man nicht hinnehmen, andererseits könne man gerade ihm, Dr. Hodža, nicht den Vorwurf machen, dass er nicht gewillt wäre, das politische Los der deutschen Minorität in der Tschechoslowakei zu regeln und zu erleichtern. Er sei sehr glücklich, dass sich die ursprünglichen beunruhigenden Nachrichten über die Berchtesgadener Entrevue nicht bewahrheitet haben, seine Sympathie und herzlichsten Wünschen begleiten den Herrn Bundeskanzler.

Herrn Aussenminister Dr. Krofta konnte ich anlässlich der Promotion Dr. Hodžas zum Ehrendoktor der tschechischen philosophischen Fakultät in Prag unmittelbar nach Erhalt des Erlasses vom 19. 2. 1938, Zl. 51.732-13¹, über dessen Inhalt gewisse Andeutungen machen. Herr Dr. Krofta bat mich, ihn sofort ins Czerninpalais zu begleiten und er war von den Ausführungen des Erlasses, die ich ihm dort zur Kenntnis brachte, sehr beeindruckt und auf das angenehmste berührt. Er bat mich, Herrn Bundesminister für diese Mitteilungen seinen verbindlichsten Dank zum Ausdruck zu bringen. Der Chef der wirtschaftspolitischen Sektion, Gesandter Dr. Friedmann, den ich unmittelbar darauf wegen unserer künftigen wirtschaftlichen Beziehungen beruhigen konnte, hatte darüber eine aufrichtige Freude, meinte, es sei ihm ein Stein vom Herzen gefallen und er werde sich aus Anlass meiner Mitteilungen einen guten Abend machen.

Herr Dr. Krofta teilt nicht ganz die Auffassung des zitierten Erlasses, dass sich kleinere Staaten eine Einmischung in ihre innerpolitischen Verhältnisse von auswärts

¹ ADÖ 12/1918.

gefallen lassen müssten. In Rumänien läge die Sache etwas anders, Rumänien habe England und Frankreich gegenüber bestimmte Verpflichtungen hinsichtlich der Minoritäten übernommen und musste sich gefallen lassen, an diese Verpflichtungen erinnert zu werden, als es sie verletzte. Die Tschechoslowakei werde eine Einmischung deutscherseits in ihre inneren Angelegenheiten nicht dulden und sich nicht ihr Verhalten zur Sudetendeutschen Partei oder den Deutschen im Lande überhaupt von Berlin aus diktieren lassen. Das schliesse allerdings nicht aus, dass man freundschaftlich auch über diese Dinge mit Deutschland werde reden können, so wie man auch bisher derartigen Aussprachen nicht aus dem Wege gegangen sei. Bei dieser Gelegenheit frische Herr Dr. Krofta die Reminiszenz auf die seinerzeitig angeblich viel versprechende Vermittlungsaktion Trautmansdorffs auf, hinter der die Parteistellen in Deutschland gestanden seien, die aber vom Aussenamte vielleicht aus Eifersucht zunichte gemacht worden wäre. Hierbei ersparte mir der Herr Aussenminister nicht einen leichten Vorwurf, indem er bemerkte, dass ich hinter die Sache gekommen wäre, darüber sicherlich nach Wien berichtet hatte und dass über Wien das Berliner Aussenamt möglicherweise von der Sache Wind bekommen habe (vergl. früheren einschlägigen Berichte über die Vermittlungsaktion Trautmansdorff).²

Merkwürdig verändert sei, fuhr Herr Dr. Krofta fort, die Haltung des Herrn Gesandten Eisenlohr nach der Hitlerrede. Während es der deutsche Gesandte früher ängstlich vermieden hatte, über Fragen der Innenpolitik in der Tschechoslowakei zu reden, scheue er sich jetzt nicht mehr, in dieser Hinsicht bestimmte Ratschläge zu geben und er verhehle auch nicht, dass er mit sudetendeutschen Parteistellen verhandle. Herr Eisenlohr dränge den Aussenminister zu einer offiziellen Stellungnahme zur Berliner Reichstagsrede und zur Erklärung der Verhandlungsbereitschaft Prags mit Berlin über die Frage der deutschen Minorität.

Eine Erklärung des Aussenministers war ursprünglich für gestern in Aussicht genommen, wurde aber auf Grund eines vermutlich vom Präsidenten der Republik veranlassten Kabinettsbeschlusses auf den 2. März verschoben, wo Minister Dr. Krofta im Aussenausschuss des Abgeordnetenhauses ein sich auch mit der Hitlerrede befassendes Exposé halten wird. Vorher dürfte Herr Ministerpräsident Dr. Hodža eine kurze Erklärung im Plenum abgeben. Die politischen Parteien haben bisher die ausgegebene Parole befolgt und im Abgeordnetenhaus die aussenpolitische Situation der Tschechoslowakei vorher nicht berührt.

Gestern abends erzählt mir Herr Dr. Krofta, dass sich die Aktivität des Herrn deutschen Gesandten von Tag zu Tag wesentlich steigern und dass er jetzt sogar mit der Anregung gekommen sei, die Regierung möge sich von den deutschen Aktivisten lossagen, die aktivistischen Minister aus dem Kabinett eliminieren und die Sudetendeutsche Partei Henleins in die Regierung aufnehmen. Dieses Begehren sei lächerlich, eine Mitarbeit der Sudetendeutschen Partei sei a priori nicht ausgeschlossen, es müsse aber die Zeit hierfür reifen.

² Z. 40942/13.

Ansonsten erzählte mir Herr Dr. Krofta gestern abends noch, er habe von seinem Gesandten in Paris eine Mitteilung erhalten, die sich mit einem Artikel im Berliner Tageblatt decke, wonach die Demission Herrn Edens weniger auf die divergierenden Anschauungen in Bezug auf Italien und dessen Spanienpolitik, als auf die österreichische Frage zurückzuführen sei. Paris habe in London eine Intervention in Berlin zugunsten Oesterreichs angeregt. Herr Eden habe diese Intervention versprochen, sei aber vom Premier Chamberlain desavouiert worden, der mit einem strikten Nein geantwortet habe. Darauf beziehe sich auch eine Andeutung in der Rede Chamberlains.

Das Auftrumpfen deutscher Parteistellen könne sich Herr Dr. Krofta zum Teil nur aus gewissen Minderwertigkeitsgefühlen erklären, auf die z. B. auch die hohe Genugtuung hinweise, die man in Berlin darüber empfinde, dass der tschechoslowakische Rundfunk die Hitlerrede übertragen habe. Die ganze stundenlange Verteidigungsrede Hitlers namentlich der detaillierte aber doch wieder unvollständige Rechenschaftsbericht über die Fortschritte innerhalb der deutschen Wirtschaft unter der Führung des Nationalsozialismus sei vielleicht ein weiteres Beispiel dafür. Uebrigens beschäftige man sich in der Tschechoslowakei nunmehr eindringlich mit den vom Reichskanzler vorgebrachten Ziffern und fange an, Vergleiche anzustellen mit der Entwicklung der tschechoslowakischen Wirtschaft in der gleichen Periode. Man sei zum überraschenden Ergebnis gekommen, dass auch hier ein Vergleich des Krisenjahres 1932 mit dem Jahre 1937 einen kolossalen Aufschwung in allen Belangen der Wirtschaft zeige, in manchen Belangen sogar einen noch viel grösseren, als es in Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus der Fall war. Der Nationalsozialismus nehme eine natürliche Entwicklung als eigenes Verdienst in Anspruch.

Seine mir vor einigen Tagen gemachten Mitteilungen (mein Bericht Zl. 48/Pol. vom 17. d. M.)³ über die Wirkung der Berchtesgadner Abmachungen auf andere Staaten, ergänzte der Herr Aussenminister diesmal noch durch die Mitteilung, dass man nunmehr scheinbar auch in Belgrad stutzig geworden sei und Herr Stojadinovic die deutsche Expansion zu fürchten beginne. Ein engerer Zusammenschluss der Kleinen Entente werde die Folge des deutschen Druckes sein.

Herr Präsident Dr. Beneš, der, wie ich mir bereits zu bemerken erlaubte, dem gestern abends vom Ministerpräsidenten im Prager Repräsentationshaus gegebenen grossen Empfang beiwohnte, kam sofort auf mich zu und zog mich in ein langes Gespräch, das allerdings immer wieder durch hinzutretende und den Präsidenten begrüßende Persönlichkeiten gestört wurde. Herr Dr. Beneš bat mich, in Wien zu sagen, dass er die Entwicklung des deutsch-österreichischen Verhältnisses mit grösstem Interesse verfolge, schon im Hinblick auf die möglichen Rückwirkungen gegenüber der Tschechoslowakei. Die ganze Sache sei, sich nicht zur fürchten und ruhig auf der eigenen Linie zu bleiben. Allerdings seien die Verhältnisse in Oesterreich in Bezug auf das Reich etwas anders geartet als in der Tschechoslowakei. In Prag sei man ent-

³ ADÖ 12/1909.

schlossen, vor den deutschen Forderungen nicht zurückzuweichen, sich von Hitler nicht einschüchtern zu lassen und die eingeschlagene Linie zu halten. Eine Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse werde man nicht dulden, trotzdem sei man aber ebenso wie früher zu einem freundschaftlichen Ausgleich immer bereit. Es sei lächerlich, von einer Unterdrückung der Sudetendeutschen zu sprechen, im Grunde können doch die Sudetendeutschen machen was sie wollen, Herr Henlein könne reden, was und wie er wolle und niemand verbiete ihm etwas. Wenn sich England mit Italien ausgleichen wolle, tant mieux, es werde nur zum allgemeinen Frieden beitragen. Sollte der Ausgleich nicht gelingen, denn werde in London eben wieder Herr Eden kommen, dessen Einstellung zu den mitteleuropäischen Problemen bekannt sei. Ein deutscher Ueberfall auf die Tschechoslowakei würde ganz bestimmt einen zweiten Weltkrieg hervorrufen und der Präsident glaubt, dass es den deutschen Nationalsozialisten auch so nicht ohne weiteres möglich wäre, in Oesterreich einzumarschieren. Uebrigens darf der Nationalsozialismus nicht mit Deutschland identifiziert werden, „nationalsozialistisch“ ist nicht „deutsch“ gleichzusetzen, diese Bewegung sei weniger deutsch als alles andere.

Der Herr Präsident bat mich, nach der Rede des Herrn Bundeskanzlers, die er mit grösster Spannung erwarte, zu ihm zu kommen, er werde mir sodann seinen Standpunkt zu allen schwebenden Fragen gerne detailliert auseinandersetzen.

Ich werde diese Gelegenheit wahrnehmen und sodann berichten.

Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Dr. Marek

1932

**Gesandter Marek an Bundesminister für die Auswärtigen
Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 50/Pol. (streng vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 51966/13

Prag, 24. Februar 1938

Herr Bundesminister,
Herr Präsident Dr. Beneš hatte gestern ein Mitglied der Regierung empfangen und sich diesem gegenüber über aktuelle Probleme der europäischen Politik ausgesprochen. Der Gesandtschaft ist der Inhalt der Enuntiationen des Staatspräsidenten streng vertraulich bekannt geworden und ich beehre mich, im folgenden die Aeusserungen des Herrn Dr. Beneš, wie folgt, wiederzugeben.

Dr. Beneš nimmt den Standpunkt ein, dass die Vereinbarungen auf Grund der Unterredung des Herrn Bundeskanzlers mit dem deutschen Reichskanzler Hitler an sich noch keine klare Prognose für die politische und staatsrechtliche Weiterentwicklung in Oesterreich geben können, sondern vielmehr von dem Spiel der politischen Kräfte das weitere Schicksal abhängen wird. Zweifellos ist die Sammlung der Arbeiterschaft für die Interessen des unabhängigen Oesterreich und die Unterstützung der österreichischen Regierung durch die breiten Massen der Arbeiterschaft ein nicht zu unterschätzendes Vorkommnis, welches Herr Hitler in Berchtesgaden als Folge seiner Postulate nicht angenommen haben dürfte. Er (Präsident Dr. Beneš) sei im Besitze eines Berichtes über die Vorgänge in Oesterreich, auf Grund welches er die Ueberzeugung habe, dass kein Militärbündnis zwischen Berlin und Wien zur Zeit bestünde. Wenn auch die Situation ernst sei, so könne man doch bereits vor der Rede des österreichischen Bundeskanzlers die Ueberzeugung haben, dass der Kanzler nicht nur den Willen sondern auch die Macht besitzen werde, seinen bisherigen Weg mit Erfolg weiter zu verfolgen. Im übrigen glaube er auch nicht daran, dass es sich in Oesterreich so sehr um einen politischen Machtkampf handle, als vielmehr um einen Kulturkampf zwischen der katholischen und nationalsozialistischen Ideologie. Deutschland werde alles versuchen, um im Wege eines sogenannten Kulturaustausches in das Kulturleben Oesterreichs möglichst einzudringen und katholisches Weltanschauungsgut zurückzudrängen.

Der Präsident kam sodann auf das Verhältnis zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei zurück und meinte dazu folgendes:

Prag habe sich jetzt mit dem Gedanken eines bilateralen Abkommens mit Berlin abgefunden und wird alles tun, um zu einer Verständigung zu gelangen. Allerdings werde die Tschechoslowakei es sich vorbehalten, über jede Phase der Unterhandlungen unverzüglich London und Paris zu verständigen.

Es wird vielfach nach der Meinung des Präsidenten Dr. Beneš fälschlicherweise von einer Einladung des Reichskanzlers an Prag als gewissermassen von einem zweiten Berchtesgaden gesprochen, welches allerdings der Tschechoslowakei gewidmet sein werde. Er (Der Präsident) halte dies für nicht wahrscheinlich, denn der Fall Prag-Berlin sei doch ein ganz anderer wie Wien-Berlin. Hier handle es sich doch um zwei Staaten derselben Nation, welche am 11. Juli ein Abkommen geschlossen hätten, das allerdings nicht entsprechend funktioniert habe.

Was nun das sogenannte Selbstbestimmungsrecht der Nationen betrifft, so möchte er auf die Formulierung Hitlers in seiner Rede „volkliche Selbstbestimmung“ sich berufen, worunter der Präsident hinsichtlich der deutschen Minorität in der Republik eine Selbstbestimmung für eine Kulturautonomie, nicht aber für eine politische und territoriale Autonomie verstanden haben möchte. Er habe auch Anhaltspunkte dafür, dass Berlin diese seine Interpretation nicht rundweg ablehnt. Die vom Reichskanzler Hitler beanspruchte und in seiner Rede verfochtene Patronanz über die 10 Millionen Auslandsdeutschen könne von Prag hinsichtlich

der deutschen Minorität in der Tschechoslowakischen Republik unter gar keinen Umständen anerkannt werden und man werde dies gegebenenfalls in Berlin auch wissen lassen. Die Frage der deutschen Minorität in der Tschechoslowakei sei eben ein Minoritätenproblem wie jedes andere, worüber der tschechoslowakische Staat selbst zu entscheiden habe, doch sei Prag gewillt, die Behandlung dieser Minoritäten unter der Kontrolle der ganzen Welt durchzuführen. Die Sudeten-deutsche Partei halte er zur Zeit für noch nicht regierungsfähig und er glaube, dass diese Frage eher nach eventuellen Neuwahlen akut werden wird. Solange er das Oberhaupt der Republik sei, werde er jedenfalls dafür Sorge tragen, dass die deutschen Aktivisten nicht unter die Räder kommen.

Zu der Frage der Bündnisse der Tschechoslowakischen Republik meinte der Präsident, dass sich Prag auf Paris unbedingt verlassen könne und man ganz bestimmte Zusagen seitens Paris besitze, sodass die Tschechoslowakei keineswegs ohne Freunde und schutzlos wäre.

Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Dr. Marek

1933

Gesandter Berger-Waldenegg an Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten

Telegramm Nr. 17 (noch unchiffriert, geheim)

AdR,
GA Rom

Rom, 25. Februar 1938

Aufnahme Rede Bundeskanzlers allgemein eine ausgezeichnete. Sie erfolgte auch im psychologisch guenstigen Augenblicke da Mussolini ueber deutsche Pression einer Amnestie sogar fuer die am Dollfuss Mord mittelbar Beteiligten verstimmt ist.

Ueberhaupt scheint mir derzeit bei Aussenamt und Duce Verschiedenheit Beurteilung politischer Lage zu bestehen. Ersteres blickt nur auf naehere Umgebung und sucht Achsenpolitik zu forcieren, letzterer denkt mehr weltpolitisch und wirkt eher maessigend.

Berger

1934**Gesandter Tauschitz an Gesandte Hornbostel
und Hoffinger**

Telegramm (Chiffre)

Hochverratsprozess, 569

Berlin, 25. Februar 1938
(20.47 → 26 II.—8.00)

Große historische Rede Bundeskanzlers hat in hiesigen diplomatischen, amtlichen und Parteikreisen stärksten Eindruck hervorgerufen. Allgemeine Verblüffung rief frenetischer Beifall bei Begrüßung Kanzlers an vielen Stellen und zum Schluß hervor und gibt Anlaß zu Überprüfung hier verbreiteter Meinung, österreichische Regierung hätte keinen Anhang. Ebenso überraschten bisher hier gänzlich unbekannte Zahlen über Wirtschaft. In den Zeitungen werden Meldungen im DNB-Text wiedergegeben, Kommentare fehlen bisher. Eindruck technisch einwandfreier Übertragung überwältigend.

1935**Gesandter Baar an Bundesminister für die Auswärtigen
Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 22/Pol. (streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 52108/13

Budapest, 25. Februar 1938

Herr Bundesminister!

Ministerpräsident v. Darányi, den ich gestern bei einem Diner traf, unterhielt sich des längeren mit mir über die letzten Ereignisse, wobei er auch die innerpolitische Lage in Ungarn streifte.

Was letztere anlangt bemerkte er, dass er sich nun entschlossen habe, energisch zuzugreifen, um die Ordnung sowie die verfassungsmässigen Zustände in Ungarn unbedingt aufrecht zu erhalten. Aus diesem Grunde habe er die Organisation von Szálasi und Konsorten aufgelöst. Es werde vielleicht mich und auch in Oesterreich überhaupt interessieren, dass die Organisation Major Szálasis in ganz Ungarn ganze 8000 Mitglieder gezählt habe.

Auf die aussenpolitischen Ereignisse übergehend führte Herr v. Darányi aus, dass nach den ihm zugekommenen Informationen und *diese seien sehr präzise*, Oester-

reich – als auch Ungarn – froh sein könnten, dass in Deutschland derzeit der Ton von Hitler und nicht von Göring angegeben werde, welcher letzterer absolut für ein noch schärferes Vorgehen gegen Oesterreich sei. Herr v. Darányi unterstrich diese Mitteilung mit dem nochmaligen Beifügen, dass er darüber sehr genaue Informationen habe, ebenso wie über die Tatsache, dass Oesterreich durch das Berchtesgadener Abkommen nun gegenüber Deutschland eine Atempause von rund sechs Monaten gewonnen habe und diese Schonzeit sei sehr viel wert, denn schliesslich und endlich Oesterreich wie Ungarn könnten in ihrer Lage nichts anderes, als trachten, Zeit zu gewinnen.

Was das Verhältnis zu Italien anbelangt, war Herr v. Darányi der Ansicht, dass Italien in aller kürzester Zeit wieder stärker für unsere Unabhängigkeit eintreten werde und zwar nach Beendigung seiner Verhandlungen mit England.

Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Baar

1936

**Gesandter Baar an Bundesminister für die Auswärtigen
Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 23/Pol.

Hochverratsprozess, 569

Budapest, 25. Februar 1938

Herr Bundesminister!

Der hiesige englische Gesandte, den ich heute traf, gab im Verlaufe unserer Unterhaltung seiner dahingehenden Überzeugung Ausdruck, daß die gestrige Kanzlerrede, welche er als außerordentlich klug und mutig bezeichnete, in England einen ausgezeichneten Eindruck machen werde.

Ebenso wie Herr v. *Daranyi* (siehe meinen heutigen Bericht Z.22/Pol.)¹ meinte Herr *Knox*, daß die Berchtesgadener Abmachungen eine Atempause von sechs Monaten für Österreich bedeuten, wobei er an diese Feststellung mit der Bemerkung anknüpfte, daß auch England in sechs Monaten viel stärker sein werde als heute. Bedenklich war mein Mitredner lediglich hinsichtlich des Sicherheitsministeriums, wo er als Folge der schwierigen und komplizierten Konstruktion eine unklare Haltung der unteren Instanzen befürchtet.

Dies war allerdings alles Positive, was mir Herr *Knox*, welcher ansonsten sehr pessimistisch war, sagte. Er bedauerte, daß seine Landsleute, trotz aller seiner Bemühungen, viel mehr Verständnis für Asien, den Osten usw. hätten wie für

¹ ADÖ 12/1935.

den Donaauraum, und ich möchte seine Meinung über das Verhältnis Englands zu Österreich kurz mit den Worten zusammenfassen, daß man in London und in England für Österreich eine sehr große und warme, aber im Ernstfalle derzeit *rein platonische Sympathie* besitzt.

Unser Gespräch wandte sich dann den inneren Verhältnissen in England zu, wobei Herr *Knox* seinem großen Bedauern über den Rücktritt *Edens* Ausdruck gab, da dies nach seiner Auffassung eine Abkühlung im englisch-amerikanischen Verhältnis bereits gebracht habe und auch auf das Verhältnis zu den Dominien, welche für *Eden* seien, abfärben würde.

Meine Frage, ob man jetzt oder in absehbarer Zeit mit Neuwahlen in England zu rechnen habe, verneinte Herr *Knox* mit der Begründung, daß dies für die Regierung untragbar sei, da Neuwahlen eine Mehrheit der Labour Party bringen würden, und zwar im Hinblick auf den Umstand, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in England nicht mehr so gute seien, wie vor einem halben Jahr, und man keine sozialpolitischen Experimente machen könnte.

Die Politik Ungarns gegenüber der Tschechoslowakei, welche dahin hinauslaufe, die Tschechoslowakei zu zerschlagen, bezeichnete Herr *Knox* als einen großen Fehler, denn es müsse für Ungarn doch angenehmer sein, die kleine Tschechoslowakei, als das wirtschaftlich, politisch und militärisch übermächtige Deutschland zum Nachbarn zu haben.

Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Baar

1937

**Gesandter Franckenstein an Bundeskanzleramt/
Auswärtige Angelegenheiten**

Telegramm Nr. 13 (in Ziffern)

AdR,
GA London

London, 26. Februar 1938

Aus meinen Gesprächen im Foreign Office sowie mit verschiedenen Politikern und führenden Journalisten ersehe ich dass auch in diesen Kreisen die Rede des Herrn Bundeskanzlers mit grosser Bewunderung und starker Sympathie aufgenommen worden ist. Ich benütze meinen in diesen Tagen besonders engen Kontakt mit Parlamentsmitgliedern und der Presse um das Verständnis für die Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers zu vertiefen[.]

Franckenstein

1938**Gesandtschaft Belgrad an Bundeskanzleramt/
Auswärtige Angelegenheiten**

Telegramm Nr. 34 (Chiffre)

Belgrad, 26. Februar 1938
(14.10 → 17.00)

Hochverratsprozess, 569

Ich erfahre aus sicherster Quelle, daß der französische Gesandte den jugoslawischen Ministerpräsidenten um Bekanntgabe seiner Stellungnahme zu den Ereignissen in Österreich ersucht hat. Der jugoslawische Ministerpräsident soll ausweichend geantwortet haben und eine Erklärung nach den einschlägigen Beratungen in Ankara in Aussicht gestellt haben.

Der deutsche Gesandte in Belgrad hat meinem Vertrauensmann erklärt, daß die Politik gegenüber Österreich der einzige Fall sei, in dem sich der Reichskanzler von keiner auswärtigen Macht hindern lassen werde und in der er vor einer Kriegsdrohung nicht zurückschrecke.

1939**Gesandtschaft Belgrad an Bundesminister für
die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 16/Pol.

Hochverratsprozess, 552

Belgrad, 26. Februar 1938

Herr Bundesminister!

1. Die jugoslawische Einstellung gegenüber Österreich wird, wie bekannt, von dem Axiom beherrscht, daß sowohl der Anschluß an Deutschland als auch die Restauration der Habsburger unerwünscht sei, daß jedoch zwischen diesen zwei Übeln der Anschluß das geringere darstelle. Die dritte Möglichkeit, die Bewahrung der Selbständigkeit Österreichs, tritt bei dieser Alternativfragestellung in den Hintergrund und es ist vor allem der Ministerpräsident, Herr *Stojadinovic*, von dem es aus vollkommen verlässlicher Quelle verlautet, daß er den Anschluß für unvermeidlich halte und ihn nur solange als möglich hinauszuschieben wünsche. Mit dieser Einstellung hat Herr *Stojadinovic* seine letzte Reise nach Berlin angetreten und ist mit Eindrücken zurückgekommen, die ihn dazu veranlaßt haben dürften, die Angleichung Österreichs an Deutschland zu eskompieren und seine Freundschaftspolitik gegenüber

Deutschland demgemäß einzurichten. Ich darf auf meine einschlägigen Berichte Z. 7/Pol. vom 29. Jänner d. J.¹ und Z. 10/Pol. vom 12. d. M.², verweisen und meine Ausführungen in folgenden Worten resumieren: es dürfte als sicher angenommen werden können, daß die jugoslawische Regierung der deutschen Regierung bei ihrem *Vorgehen gegen Österreich vollkommen freie Hand* zugesichert habe, ihre eigene Haltung gegenüber diesem Zustande unterordne und daher zu Österreich wohl freundliche, aber ausgesprochen reservierte Beziehungen pflege und daß schließlich mit einer derzeit nicht voll beweisbaren Möglichkeit weitergehender Abmachungen zwischen der deutschen und jugoslawischen Regierung bezüglich eines Vorgehens gegen Österreich, das sich nicht nur auf die Abwehr einer Restauration der Habsburger beschränkt, gerechnet werden müsse. (Ich verweise diesbezüglich auf die im schon erwähnten Bericht Z. 10/Pol. festgehaltenen konkreten Beobachtungen.)

2. Mit dieser Einstellung der jugoslawischen Regierung ist auch ihre Haltung anlässlich der Berchtesgadener Entrevue zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Reichskanzler in vollkommenem Einklang. Die zunächst vermutete Bedrohung der Selbständigkeit Österreichs wurde von maßgebender Stelle mit elegischem Bedauern registriert und zugleich festgestellt, daß man von Jugoslawien nicht verlangen könne, daß es für die Selbständigkeit Österreichs mehr tue als die Großmächte, und vor allem Italien. Es tat daher – Österreich hat ja übrigens von Jugoslawien nie Hilfe verlangt oder erwartet – nichts. Die Regierungspresse nahm, mit Ausnahme zweier österreichfreundlicher Artikel der „Samoupava“, im wesentlichen eine ausgesprochen deutschfreundliche Stellung ein.

[...]

1940

Gesandter Vollgruber an Gesandten Hornbostel

Telegramm Nr. 22 (Chiffre)

Hochverratsprozess, 570

Paris, 26. Februar 1938
(10.40 → 14.00)

Für Herrn Bundesminister.

Kabinettsdirektor, den ich gestern abends in Pause Parlamentssession einige Sekunden sprach, sagte, ungeheuer tiefer Eindruck der Rede des Herrn Bundeskanzlers komme am besten in den Parlamentsreden zum Ausdruck.

Jedermann sei von der Notwendigkeit zu handeln überzeugt.

¹ ADÖ 12/1870.

² Hochverratsprozess, 550-551.

1941**Gesandter Buchberger an Bundesminister für die
Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 24/Pol. (vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 52114/13

Ankara, 26. Februar 1938

Herr Bundesminister!

Nach Erhalt der telegrafischen Informationen, habe ich den türkischen Minister des Aeussern am 16. ds. Mts. aufgesucht und ihm jene Massnahmen zur Kenntnis gebracht, welche die österreichische Bundesregierung auf Grund der Aussprache des Herrn Bundeskanzlers mit dem deutschen Reichskanzler in Berchtesgaden durchzuführen beschlossen hat. Ich habe hierbei besonders die Ueberzeugung hervorgehoben, dass nach dieser Aussprache eine normale und günstige Entwicklung unseres freundschaftlichen Verhältnisses zu Deutschland zu erwarten sei, deren erste Voraussetzung die vollkommene Beruhigung der begreiflichen Nervosität des Auslandes über diese Besprechung sein müsse. Ich betonte ferner, dass die Regierungsumbildung auf einer breiten Basis erfolgt sei, indem ausser einem Vertreter der nationalen, auch hervorragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Oesterreichs einbezogen wurden.

Der türkische Minister des Aeussern sprach mir seine besondere Genugtuung über diese erfreuliche Klärung des deutsch-österreichischen Verhältnisses aus, die er als einen Akt weiser staatsmännischer Voraussicht des Herrn Bundeskanzlers, sowie des deutschen Reichskanzlers bezeichnete. Er erblicke darin eine wesentliche Befriedung Mitteleuropas, woran der Türkei besonders gelegen sei, sowie einen wertvollen Beitrag zur Entspannung der internationalen Lage. Die politische Klärung durch die Entrevue in Berchtesgaden sei seiner Auffassung nach der Beginn einer Reihe weiterer Verhandlungen für eine Annäherung zu Deutschland, die er hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiete erwarte. Dr. Aras machte hiebei neuerlich jene Ausführungen, die ich Euer Exzellenz bereits mit meinem ergebensten Bericht Zahl 20/Pol¹ zu melden die Ehre hatte. Dr. Aras versicherte mich, dass die türkische Regierung die Entrevue in Berchtesgaden mit voller Ruhe und grösster Sympathie beurteile und bat mich Herrn Bundeskanzler und Euer Exzellenz seine aufrichtigsten Glückwünsche zu diesem neuen staatsmännischen Erfolg zu übermitteln. Das deutsch-österreichische Verhältnis

¹ AdR, NPA, Deutschland I/12 E.

werde sich seiner Ueberzeugung nach in einem Sinne entwickeln, die er auf die Formel „Bündnis ohne Anschluss“ brachte.

Den grossen Reden, die der deutsche Reichskanzler am 20. ds. Mts. und der Herr Bundeskanzler am 24. ds. Mts. gehalten haben, brachte die türkische Oeffentlichkeit das grösste Interesse entgegen. Ueber das Echo der Entrevue in Berchtesgaden sowie diese beiden Reden in der türkischen Presse, berichte ich gleichzeitig gesondert unter Zahl 21 Pol. vom 24. ds. Mts².

Die Kommentare, die in hiesigen politischen Kreisen über diese beiden Reden kolportiert werden, gründen sich mangels genauer Kenntnis auf lose und mehr subjektive Kombinationen, sodass ich hierüber keine näheren Ausführungen machen zu sollen glaube. Erwähnen möchte ich lediglich eine mir von einem führenden türkischen Abgeordneten gemachte Aeusserung, der aus den beiden vorerwähnten grossen Reden keine endgültige Entspannung herauslesen will. Seiner Ansicht nach, seien in der österreichischen Rede weit mehr Kommentare und Interpretationen enthalten gewesen, die man von deutscher und italienischer Seite erwartet hätte. Die glänzende und mit voller Ueberzeugungskraft gehaltene Ansprache des Herrn Bundeskanzlers fand jedoch auch bei diesem Mitredner vollste und uneingeschränkte Bewunderung. Ich habe diesen und anderen Ausführungen gegenüber stets betont, dass eine volle Klärung des deutsch-österreichischen Verhältnisses eingetreten sei, und kein Anlass für irgendeinen Zweifel daran vorliege, dass ausser einer vollkommenen Befriedung, nunmehr auch eine Aera freundschaftlicher Zusammenarbeit mit Deutschland für Oesterreich begonnen habe.

Die gleiche Auffassung vertritt auch der deutsche Botschafter in allen seinen Gesprächen, der seine vollste Zufriedenheit mit den Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers in seiner Rede vom 24. ds. Mts. mir, sowie türkischen Mitrednern gegenüber zum Ausdruck brachte.

Der Vollständigkeit halber erwähne ich noch eine weitere Interpretation, dass die Rede des Herrn Bundeskanzlers darauf schliessen lasse, dass die englisch-italienische Annäherung dadurch eine wesentliche Förderung erfahre.

Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, die Versicherung meiner vollkommsten Ergebenheit.

Buchberger

² AdR, NPA, Deutschland I/12 E.

1942**Gesandter Vollgruber an Bundesminister für die
Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 21/Pol. (streng vertraulich)

Hochverratsprozess, 543-544

Paris, 28. Februar 1938

Herr Bundesminister!

Mit der Abstimmung über die auswärtige Politik der Regierung nach der zweitägigen Kammerdebatte, bei der auch Herr Flandin und die Rechte schließlich nicht gegen die Regierung zu stimmen wagten, hat das Kabinett *Chautemps* jedenfalls einen sehr beachtlichen Erfolg errungen und hat Frankreich wieder einmal gezeigt, daß es im entscheidenden Moment doch noch fähig ist, zu einer ganz eindrucksvollen Einigkeit zu gelangen. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß eine dauernde Einigkeit schon erreicht ist oder daß eine solche länger anhielte, als es unbedingt erforderlich wäre, denn vielleicht stürzt die Regierung schon in dem Augenblick, in dem ich schreibe, über das neue „Statut der Arbeit“. Das wäre geradezu echt französisch. Die Demonstration, die in der nahezu einstimmigen Billigung der Prinzipien der auswärtigen Politik liegt, scheint mir aber schon an und für sich genug bedeutsam.

Die letzten Ereignisse in Deutschland und in England, die Entrevue von Berchtesgaden hatten die hiesige Öffentlichkeit sehr stark impressioniert und anfangs waren fast nur defaitistische Äußerungen zu hören. Die wiederholten Versicherungen Mr. Chamberlains, die Reaktion bei uns und vor allem die so überaus eindrucksvolle Rede des Herrn Bundeskanzlers haben dann die zuversichtliche und feste Stimmung ausgelöst, die in der Kammerdebatte zum Ausdruck kam. Die Wirkung der Rede Herrn *Flandins* war *noch schwächer* als zu erwarten stand. Es setzte sich die allgemeine Überzeugung durch, daß es „*noch nicht zu spät*“ sei, daß ein festes Wort eines in sich geeinigten Frankreich den Frieden vielleicht erhalten könne, ohne daß Frankreich deswegen auf irgendeinen Hauptpunkt seines Programms verzichten müßte. Defaitistisch sind auch weiterhin nur die Rechtskreise der hiesigen „Gesellschaft“ geblieben, die in Herrn *Flandin* den neuen Heros sehen und das Ausbleiben irgendeiner nennenswerten Reaktion seiner Rede lebhaft bedauern. Diese Kreise haben auch den Erfolg der Reden Herrn *de Monzies* und vor allem Herrn Paul *Reynauds*, der ihnen wohl sehr zu Unrecht als der Exponent einer sowjetophilen Politik gilt, nur sehr ungern gesehen.

Wie füglich vorausgesehen werden konnte, ist also Frankreich nicht gesonnen, die Grundprinzipien seiner auswärtigen Politik zu ändern. Vor allem wird es natürlich an der engsten Zusammenarbeit mit England festhalten und hofft, daß die Versicherungen Mr. *Chamberlains* auch der rauhen Wirklichkeit standhalten werden.

Die in den verschiedenen Reden und in den Erklärungen des Ministerpräsidenten und des Ministers des Äußern zum Ausdruck gekommene Bereitwilligkeit der Anbahnung eines besseren Verhältnisses zu Italien ist nicht ein Verzicht auf das grundlegende Prinzip der hiesigen Politik, hier handelt es sich trotz der eher italienfeindlichen Einstellung der obersten Stellen am Quai d'Orsay, und trotz aller tiefgehenden und ziemlich allgemeinen Verärgerung gegenüber Herrn *Mussolini* doch nur um den Versuch mit einer neuen Methode, von der man noch keineswegs überzeugt ist, daß sie zum Ziele führen wird, die man aber trotzdem, das Gefühl habe ich, doch ganz gerne reussieren sehen möchte. Denn nach den letzten Ereignissen ist für alle hier Deutschland wieder der Feind Nr. 1. Außerdem lassen die hier herrschende Überzeugung von der äußersten finanziellen Notlage Italiens und seinen ganz außerordentlichen Schwierigkeiten in Abessinien dieses Land nahezu als eine „quantité négligeable“ erscheinen, wenn es sich nicht um Mitteleuropa handelt. Typisch für hier, daß schon seit einigen Tagen Kandidaten für den Botschafterposten in Rom genannt werden, unter denen die Deputierten *Mistler*, *Flandin* und *Patenotre* an erster Stelle figurieren.

An dem Vertrag mit Rußland wird nicht gerüttelt, wenn man auch hier die Offensivkraft der russischen Armee derzeit für inexistent hält. Am Quai d'Orsay wird gerade in diesen Tagen immer wieder darauf hingewiesen, daß dieser Pakt keine „Automatik“ enthalte und gänzlich inoffensiv sei, und es wird auch angedeutet, daß der Wert des Vertrages für Frankreich, was immer Herr *Hitler* sagen möge, auch darin liege, daß sein Bestehen ein weiteres Pfand dafür bilde, daß sich Deutschland und Rußland „nicht doch einmal finden“. Ganz besonders wird aber betont, daß England nur niemals irgendwie gegen diesen Vertrag Stellung genommen habe, sondern vielmehr dessen Bestehen gerne sehe.

Was Mitteleuropa anlangt, so war wohl anzunehmen, daß die Tschechoslowakei und Österreich im Mittelpunkt des Interesses stehen würden, das Ausmaß dieses Interesses war aber vielleicht doch noch größer, als zu erwarten stand. In allen Reden kam die Überzeugung zum Ausdruck, daß mit den Vereinbarungen von Berchtesgaden die definitive, dauernde Befriedung noch nicht gekommen sei. *Die überwiegende Mehrzahl der Redner gab klar zu erkennen, daß sie eine feste Haltung Frankreichs in der Frage der österreichischen Unabhängigkeit für absolut notwendig hielten und daß dadurch eine solche die Unabhängigkeit Österreichs und der Friede bewahrt werden könnten.* Bemerkenswert ist der Satz in der Rede Herrn Paul *Reynauds*, der sagt, daß in den mitteleuropäischen Belangen Frankreich voranschreiten müsse und nahezulegen scheint, daß England dann folgen würde. Demgemäß haben auch die Erklärungen Herrn *Delbos* über die Tschechoslowakei und vielleicht noch mehr sein Eintreten für die österreichische Unabhängigkeit, obwohl Herr *Delbos* ein packendes Rednertalent nicht sein eigen nennt, begeisterte Zustimmung gefunden. In Deputiertenkreisen hört man vielfach die Ansicht äußern, daß es der Regierung, wenn sie es gewollt hätte, ein Leichtes gewesen wäre, die Kammer auch zu weitergehenden Beschlüssen zu veranlassen, als sie schließlich in den abschließendem

Votum zum Ausdruck gekommen sind. Es wird demgemäß die Haltung der Regierung von verschiedenen Seiten als „schwächlich“ kritisiert.

Soweit ich bisher Gelegenheit hatte, den Eindruck zu studieren, den die Kammerdebatte und die Erklärungen des Herrn Ministers des Äußern und des Herrn Ministerpräsidenten über das Einhalten der Bündnisverpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei und das Eintreten für die Unabhängigkeit Österreichs in hiesigen diplomatischen Kreisen gemacht hat, konnte ich die Meinung als vorherrschend feststellen, daß durch diese Erklärungen, die in dem einen Falle kriegerrische Verwicklungen als sicher, in dem anderen Falle als möglich aufscheinen ließen, der Erhaltung des Friedens schon ein großer Dienst geleistet sein könnte. Wie sich dann im eventuellen Ernstfalle die Situation tatsächlich entwickeln würde, darüber gehen die Meinungen, die ich bisher hörte, auseinander. Es überwiegt aber die Ansicht, daß zwar in Frankreich Anfälle von Energie und Anfälle von passiver Resignation rasch abwechseln, und daß die schönen Worte französischer Politiker oft nicht viel realen Hintergrund haben, daß es aber doch durch die einstimmige Billigung der auswärtigen Politik der Regierung die Plattform errichtet wurde, auf der die gegenwärtige oder eine kommende Regierung die Möglichkeit hätte, wenn sie es für nötig hielte, auch sehr ernste Maßnahmen tatsächlich zu ergreifen. Was speziell die Erklärungen des Herrn Ministers des Äußern über die Unabhängigkeit Österreichs betrifft, so wird bemerkt, daß in diesen in keiner Weise die vielfach bereits durchlöcherten Verträge von Saint Germain oder von Versailles herangezogen werden, vielmehr das Prinzip der Unabhängigkeit Österreichs durchaus mit dem Prinzip des europäischen Gleichgewichts verknüpft werde, wodurch ersteres an Bedeutung noch beträchtlich gewinne.

Genehmigen, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit.

Vollgruber

1943

Amtserinnerung Gesandter Hornbostel

AdR, NPA

Tschechoslowakei I/III

Z. 52047/13

Wien, 28. Februar 1938

Auf Grund einer telefonischen Mitteilung Sekt.Rats. Dr. *Krisch* des Präsidiums des Herrn BK. habe ich heute um 16 Uhr den H. tschechoslowakischen Gesandten Künzl, der seitens des Präsidiums des BKA an mich gewiesen worden ist, empfangen. Gesandter Künzl teilte Folgendes mit:

Der tschechoslowakische Schulminister *Franke* habe Samstag den 26. d. Mts. dem H. BK. in der Staatsoper seine Aufwartung gemacht und bei diesem Anlass ihm die Grüsse des Herrn Hodža überbracht. Der H. BK. habe diese Grüsse erwidert und beigefügt, dass er sich sehr freuen würde, sich wieder einmal mit Dr. Hodža aussprechen zu können. Offenbar auf Grund dieser Bemerkung des H. BK. habe Dr. Hodža, der sich heute den Tag über wegen seiner Promovierung zum Ehrendoktor in Pressburg aufhält, Gesandten Künzl beauftragt, sogleich in Wien festzustellen, ob es dem H. BK. passen würde, ungefähr zwischen $\frac{1}{2}$ 7 und $\frac{1}{2}$ 8 Uhr abends nahe der Grenze auf österreichischem Boden eine kurze Aussprache auf der Strasse (im Automobil) herbeizuführen. Gesandter Künzl habe diese Anregung sogleich als schwer durchführbar bezeichnet mit Rücksicht auf den späten Zeitpunkt. Gesandter Künzl bitte nun um Mitteilung, ob der Herr Bundeskanzler auf diese Einladung, die ja der Initiative des H. BK. entspringe, einzugehen in der Lage sei.

Wie ich bei Dr. Krisch feststellen konnte, hat Oberstleutnant Bartl im Auftrag des H. BK. Dr. Krisch mitgeteilt, dass der H. BK. zu dieser Zeit nicht abkömmlich sei. Demgemäss habe ich auch Gesandten Künzl eine analoge Antwort erteilt. Gesandter Künzl wiederholte mehrmals die Bemerkung, dass „Dr. Hodža keineswegs zudringlich sein wolle“, dass er aber diese relativ unauffällige Gelegenheit für geeignet erachtet habe, um einen kurzen Gedankenaustausch mit dem H. BK. durchzuführen.

1944

Gesandter Prochnik an Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt

Bericht Nr. 9/Pol.

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 52564/13

Washington, 1. März 1938

Herr Bundesminister [!]

Die Rede des Herrn Bundeskanzlers im Hause der Gesetzgebung hat hierzulande allgemein eine überaus günstige Aufnahme gefunden, was teilweise wohl auch dem Umstande zuzuschreiben war, dass sie im vollen Einklang stand mit der vorherrschenden öffentlichen Stimmung. Nirgends würde die Verwirklichung der darin dargelegten Richtlinien grössere Befriedigung auslösen als gerade in den Vereinigten Staaten, wo Österreichs Kampf um die Wahrung seines staatlichen Eigenlebens von den aufrichtigsten Wünschen begleitet wird.

Die amerikanische Presse rühmt besonders den mutig festen Ton und den aufrichtigen Willen die Freiheit Österreichs bis zur letzten Schanze (till to the last

ditch) zu verteidigen. So sehr diese allgemein gepriesene Haltung dem hiesigen Volksgeföhle entspricht, zeigt man sich andererseits angesichts der grossen Ungleichheit der Kräfteverteilung, nicht gerade zuversichtlich. Um Österreichs Unabhängigkeit zu wahren, so wird gefolgert, genüge nicht die blossе Beibehaltung der Grenzen, da eine Besitzergreifung der Regierung durch die Nationalsozialisten dem faktischen Anschluss gleichkäme. Die unmittelbaren Ziele Hitlers wären augenblicklich nicht auf eine Einverleibung von Gebieten eingestellt, sondern auf eine Ausdehnung deutschen Einflusses nach Osten, auf die wirtschaftliche Beherrschung des ganzen Donaupraumes bis zum Schwarzen Meere.

Die Kolonialansprüche werden weniger ernst genommen und es wird diesbezüglich auf eine Stelle in „Mein Kampf“ hingewiesen, an welcher der Verfasser überseeische Aspirationen angesichts unvergleichlich wichtigerer Aufgaben Deutschlands auf dem Festlande entschieden verwirft. Diese Kolonialforderungen würden nur aufgeworfen, damit England und durch dieses Frankreich sich mit dem Gedanken des deutschen Dranges nach Osten leichter abfinden. Die Respektierung der äusserlichen Staatlichkeit Österreichs bei gleichzeitiger Nazifizierung von innen würde überdies die Erweiterung des dominierenden Einflusses des Reiches auf andere Kleinstaaten des Donaubeckens, vor allem Tschechoslowakien erleichtern.

Als bezeichnend für den Mangel eines aufrichtigen Friedenswillens wird der Widerhall der Rede des Herrn Bundeskanzlers in Deutschland gehalten, der sich teils in einem kühlen Schweigen, teils, soweit dies die Zensur zulies, in feindlichen Angriffen der Presse äussert. Es wird ferner auf eine auffällige Aenderung in der Taktik hingewiesen, der zufolge die Reichspresse seit einiger Zeit mit einer gewissen Beharrlichkeit Nachrichten über eine rege von Russland geförderte kommunistische Tätigkeit in Österreich verbreitet, wohl mit der Absicht, in der öffentlichen Meinung den Boden für ein allfälliges Einschreiten (ähnlich wie in Spanien) vorzubereiten. Gegenströmungen von dem Nationalsozialismus feindlicher Seite (insbesondere von den ehemaligen Sozialdemokraten) lieferten diesen Gerüchten erspriessliche Nahrung.

Der bisher erfolgreiche Widerstand der österreichischen Regierung gegen jegliche Untergrabung der österreichischen Selbständigkeit wird voll anerkannt, aber man übersieht nicht die ungeheueren Schwierigkeiten, von welchen die keineswegs als gefestigt erachtete innere Lage für die grösste gehalten wird. Es wird aber noch immer nicht die Hoffnung aufgegeben, dass die westlichen Grossmächte, die mit Gleichgültigkeit Österreich seinem Schicksal überlassen zu wollen scheinen, letzten Endes ihre Haltung doch noch ändern werden. Auch von Italien wird eine, wengleich nur schwache moralische Unterstützung erwartet. Allerdings sei es, solange der Achsenpartner sich bereit erkläre Österreichs Eigenstaatlichkeit zu respektieren, nicht in der Lage mehr zu tun, da Hitler wohl nicht zugemutet werden könne, sich mit der Eindämmung einer inneren österreichischen Nazibewegung einverstanden zu erklären.

In massgebenden Kreisen hat die Rede des Herrn Bundeskanzlers durch ihre unter den gegebenen Voraussetzungen unerwartete Festigkeit überrascht. Die Lage wird aber mit Rücksicht auf das Verhalten der österreichischen Nationalsozialisten noch als sehr ernst angesehen.

Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Edgar Prochnik

1945

**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an
Gesandten Tauschitz (Berlin) und Generalkonsul
Jordan (München)**

Erllass (streng vertraulich)

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 52549/13

Wien, 1. März 1938

Herr Gesandter!

Die in Berchtesgaden erfolgte Generalausprache über das Abkommen v. 11. Juli 1936 sowie die deutscherseits gegebene Zusicherung, Verfügungen zu treffen, die eine Einmischung von Parteistellen in innerösterreichische Angelegenheiten ausschliessen, lässt es als nicht opportun erscheinen, Beschwerden über Einmischungsfälle, die vor dem 12. Februar l. J. liegen, noch weiter zu verfolgen. Zweifellos würde deutscherseits darauf hingewiesen werden, dass die betreffende Angelegenheit vor der Herausgabe der neuerlichen Weisungen liege, und daher als überholt anzusehen sei.

Es sind daher die aus der Zeit vor der Berchtesgadener Unterredung stammenden Einzelbeschwerden nicht weiter zu verfolgen. Eine Ausnahme hätte nur bezüglich solcher Reklamationen Platz zu greifen, bei denen, neben der prinzipiellen Frage der Einmischung auch Interessen österreichischer Bundesangehöriger in Frage kommen (z. B. Ausweisungen aus polit. Gründen u. dgl.). Die periodisch zur Evidenz gelangenden Reklamationsakten sind daher nach diesen Gesichtspunkten zu sichten und demgemäss zu behandeln. Auch h. a. wird beim Auftauchen der evidenzierten Akten nach dem gleichen Grundsatz vorgegangen werden.

Das Ruhenlassen „alter Fälle“ bezieht sich naturgemäss auch nicht auf solche Beschwerdefälle, die einen fortdauernden Zustand zum Gegenstand haben, dessen Weiterbestehen an und für sich gegen den Geist der Vereinbarungen, wie z. B. die Angelegenheit der Studentenkameradschaft „Planetta“, was sie bei Ihrer

Vorsprache im Ausw. Amt ausdrücklich hervorheben wollen. In Angelegenheiten der politischen Beeinflussung des Fremdenverkehrs geht der Ges. ein besonderer Erlass zu.

Wollen Sie sich daher bei erster sich bietender Gelegenheit im A. A. dahin vernehmen lassen, dass wir die Absicht haben, die aus der Zeit vor dem 12. Februar l. J. stammenden Beschwerden ruhen zu lassen, was jedoch keineswegs bedeute, dass wir die uns in zahlreichen derartigen Fällen erteilten Antworten als befriedigend ansehen. Im Gegenteil hätten wir zu mehreren von ihnen Mancherlei zu bemerken, wie z. B. im Falle des Schärddinger Schmuggels im Auto des Bürgermeisters Moosbauer, dem Jugendlager bei Sonthofen, u. a. m. Wenn wir diese Fälle nicht weiter erörtern wollen, so entspringt dies dem Wunsch, die Beziehungen nicht durch ältere Angelegenheiten zu belasten, wir müssten jedoch die Erwartung aussprechen, dass auf deutscher Seite die durch unsere nunmehr zurückgestellten Reklamationen gegebenen Hinweise auf die Richtungen, aus denen bisher vielfach die Verstöße gegen die Nichteinmischungsverpflichtungen erfolgt sind, nicht in Vergessenheit geraten, und dass das Auswärtige Amt sein besonderes Augenmerk auf die nunmehrige strikte Beobachtung dieses Grundsatzes auch seitens derjenigen Stellen richten werde, deren Vorgehen bisher in dieser Richtung nicht einwandfrei war.

Besonderes Augenmerk wäre hingegen seitens der Gesandtschaft allen etwaigen in Hinkunft auftretenden Fällen von Beeinflussungs- und Störungsversuchen – ob sie nun von Parteistellen oder von österr. Emigranten ausgehen, – zuzuwenden und es wäre darüber weiter fallweise zu berichten, sowie gegebenenfalls nachdrücklichst zu erheben.

Empf.

ad 2)

auf Abschrift von 1)

zur Kenntnisnahme.

1946

**Generalkonsul Jordan an
Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten**

Bericht Nr. 56/Res.

Hochverratsprozess, 509-510

München, 1. März 1938

Die Rede des Herrn Bundeskanzlers erschien in der süddeutschen Presse fast ausnahmslos in der Fassung des Deutschen Nachrichtenbüros, die meist noch stark gekürzt wurde. Auch größere Blätter, die in Wien über eigene Korrespondenten

verfügen, verzichteten auf eine andere Wiedergabe oder auf irgendeine Kommentierung der Rede. In allen Zeitungen wurde die Rede erst an zweiter oder dritter Stelle gebracht, da der Bericht über die Feierlichkeiten anlässlich des Jahrestages der Parteigründung mit der Ansprache des Herrn Reichskanzlers die erste Seite der Zeitungen füllte. Die für die süddeutsche Provinz (ohne München) erscheinende Ausgabe des „Völkischen Beobachters“ (Süddeutsche Ausgabe) veröffentlichte die Rede überhaupt nicht. Hingegen war ein Auszug der Rede in der „Münchner Ausgabe“ der genannten Zeitung abgedruckt.

Die Rede fand in weiten Kreisen der Bevölkerung lebhaftes Interesse. Verschiedene fremde Personen haben am Generalkonsulat ihre begeisterte Zustimmung zum Ausdruck gebracht. Zahlreiche Angehörige der hiesigen österreichischen Kolonie haben den Wunsch ausgesprochen, die Rede in ihrem ganzen Wortlaut kennenzulernen. Das Generalkonsulat beehrt sich daher, um die Übersendung von 50 Exemplaren der Politischen Korrespondenz Nr. 11 vom 25. Februar 1938, Jahrgang VI, Ausgabe B, zu bitten.

Der Generalkonsul:
Jordan

1947

**Gesandter Tauschitz an Bundesminister für die
Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 29/Pol. (streng vertraulich)

Hochverratsprozess, 510-511

Berlin, 2. März 1938

Herr Bundesminister!

Obwohl ich schon auf anderem Wege eine kurze Darstellung über die Aufnahme der Rede gegeben habe, möchte ich noch einmal eine Beleuchtung in weiterem Rahmen versuchen. Die Feststellungen über den Eindruck, den die Rede in Berlin hervorgerufen hat, ergeben mit aller Eindeutigkeit, daß nicht nur der Inhalt, sondern auch die Wiedergabe der Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers alle Erwartungen übertroffen haben, und zwar gilt dies nicht nur bezüglich der Beurteilung durch deutsche Regierungs- und Parteistellen und die Bevölkerung des Reiches, sondern auch des diplomatischen Korps und der Auslandsjournalisten. Jedenfalls hat die Rede vom 24. Februar für die Staats-, beziehungsweise Parteiführung und ihre Gefolgschaft eine Überraschung gebildet, da man sich bisher keineswegs ein auch nur annähernd richtiges Urteil von der Persönlichkeit des Herrn Bundeskanzlers[,] von der Macht seines Ausdrucks und von seiner rhetor-

rischen Überzeugungskraft zu machen vermochte. Wenn man selbst annehmen würde, daß die erstmalige Übertragung einer Rede des österreichischen Bundeskanzlers in Deutschland zu keinem anderen Ergebnis geführt haben sollte, als daß sie den Führer Österreichs dem deutschen Volke in einem vollständig neuen, wahrheitsgetreueren und lebendigeren Lichte erscheinen ließ, so könnte man schon mit einem solchen Erfolg ganz zufrieden sein. Der frenetische Beifall, der die Rede des Bundeskanzlers wiederholt im wahren Sinn des Wortes umbrauste (wie mir ein deutscher Funktionär sagte: „Fünf Minuten Beifall, Donnerwetter, das ist allerhand“), war geeignet, diesen Eindruck zu verstärken und zu vertiefen. Es ist kein Zweifel, daß der österreichische Bundeskanzler und Führer der Vaterländischen Front nach der Rede im Bundestag für die Führung und insbesondere für die Bevölkerung des Deutschen Reiches ein anderer geworden ist, als es der bisher nur aus polemischen Ansprachen und Presseveröffentlichungen bekannte war. Mag dieses Positivum vorerst vielleicht nur platonisch zu werten sein, so ist doch darin ein Erfolg zu sehen, daß der Kampf Österreichs um seine Unabhängigkeit von diesem Tage an von manchem Deutschen verstanden wird. Ein in deutschen Kreisen viel beachteter Punkt der Rede des Herrn Bundeskanzlers war die Stelle vom „deutschen Frieden“, für den es naturgemäß nicht nur Anhänger, sondern auch Gegner geben muß, da für manche bisher nur ein deutscher Frieden tragbar schien, der der NSDAP in Österreich die Anerkennung und eine Aussicht auf die Totalität gebracht hätte und somit für diese – um mit einem Schlagwort des deutschen Kriegsmilitarismus zu sprechen – ein „Siegfriede“ des Nationalsozialismus über das vaterländische Österreich wäre. Das Wort des Führers aber, das der Herr Bundeskanzler in die Waagschale des deutschen Friedens warf, muß für alle in Reich und Partei Geltung haben, auch für die Radikalsten und Unverständigsten. Dies wird von den Offiziellen, gleichgültig, ob sie dem Auswärtigen Amt oder dem Propagandaministerium angehören, anerkannt. Die Gegner bekommt man natürlich direkt nicht zu hören, man kann sie nur zwischen den Worten heraushören. Es kann aber gesagt werden, daß man sich den Vereinbarungen vom Obersalzberg aus Parteidisziplin und im Hinblick auf das Führerprinzip vollkommen fügt. Es haben somit gewisse Unzufriedenheiten und Verstimmungen, die die Rede des Herrn Bundeskanzlers bei diesen Radikalen und Unentwegten – von den Emigranten gar nicht zu sprechen – zwangsläufig hervorgerufen haben muß, keine praktische Bedeutung und sollen nicht überschätzt werden, wenn es auch auf diese Unzufriedenheiten zurückzuführen ist, daß die Rede des Herrn Bundeskanzlers zwar mit einem sehr ausführlichen Text, aber unter Weglassung oder zweckmäßig erscheinender Zusammenziehung einzelner Stellen und ohne jedweden Kommentar veröffentlicht wurde. Maßgebliche Vertreter des Außenamtes haben in ihren Gesprächen auf besondere Stellen nicht hingewiesen, verhehlten aber dabei nicht, daß die Rede nicht ganz allen hiesigen Erwartungen entsprach. Naturgemäß wurde sowohl von mir, als auch von meinen diesbezüglich angewiesenen Mitarbeitern bei sich bietenden Gelegenheit auf die innerpolitische Seite der Rede vom 24. Fe-

bruar hingewiesen auf die Stellung des Herrn Dr. *Schuschnigg* als Bundeskanzler und Frontführer sowie auf die Notwendigkeit, im Interesse der Verständigung die Vereinbarungen von Berchtesgaden in einer Weise darzulegen, die nicht nur der Auffassung und der Gedankenwelt des Reiches und der NSDAP, sondern in erster Linie der Gefühlswelt der vaterländischen Bevölkerung Österreichs entspricht, die bisher zur treuesten Gefolgschaft des Herrn Bundeskanzlers und Frontführers gestanden ist und weiter steht.

Ein Urteil war aber einstimmig im ganzen Reich: das von der Größe des Eindrucks, den die Rede vom 24. Februar auf das österreichische Volk, auf das Reich und das gesamte Ausland hervorgerufen hat. Dieses Urteil wird verstärkt durch das Echo aus dem diplomatischen Korps, das mit einer seltenen Einhelligkeit mir seine Freude zum Ausdruck gebracht hat. Von den vielen Gesprächen, die ich bei der jetzigen Hochflut gesellschaftlicher Abendveranstaltungen täglich führe, will ich nur die für uns wichtigsten hervorheben. Ich zähle dazu die mit dem französischen und polnischen Botschafter (der italienische Botschafter ist an einer ansteckenden Krankheit erkrankt und somit nicht zu sprechen), den ungarischen, tschechoslowakischen, belgischen, schweizerischen und schwedischen Gesandten. Aus den Äußerungen dieser hervorragenden Diplomaten ist einerseits die große Bewunderung für den Kanzler, wie er diese schwierige Frage gelöst hat, gleichzeitig aber auch ihre große Befriedigung über den Inhalt der Rede mit voller Bestimmtheit zu hören. Ebenso ist daraus die Bestätigung über den obengeschilderten Eindruck auf die deutschen Kreise zu entnehmen.

Genehmigen Herr Bundesminister den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit.

Tauschitz

1948

**Gesandter Marek an Bundesminister für die
Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 54/Pol.

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 52197/13

Prag, 2. März 1938

Herr Bundesminister,

Die bedeutungsvolle und in Prag mit der allergrössten Spannung erwartete Rede des Herrn Bundeskanzlers hat hier direkt erlösend gewirkt und man schöpfte allerorts wieder neuen Mut. Man bewundert die rednerische Leistung, insbe-

sondere aber den Inhalt und Tenor der Rede und für die Zustimmung, die die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers in hiesigen politischen Kreisen fanden ist vielleicht der Ausspruch charakteristisch, der in Prag noch am Donnerstag abend kolportiert wurde, Herr Hodža werde sich in seiner zu erwartenden Erklärung nunmehr sehr kurz fassen können und einfach sagen: „Ich schliesse mich den Ausführungen meines Vorredners vollinhaltlich an.“

Noch war im Rundfunk der tosende Beifall nicht verklungen, als mich auch schon mein ungarischer Kollege anrief, mich beglückwünschte und seiner Begeisterung Ausdruck gab. Bald darauf telefonierte der Herr Kardinal im gleichen Sinne und der französische Gesandte Herr de Lacroix und Tags darauf wurde ich, wohin ich auch kam, von begeisterten Gratulanten umringt.

Der Herr Staatspräsident Dr. Beneš, der mich, wie ich in meinem Berichte vom 24. v. M. Zl. 49/Pol.¹ ausführte, zu sprechen wünschte, liess mich für heute zu sich bitten, und zwar, was noch nie dagewesen war, zu einem ungezwungenen Mittagsessen zu zweit. Während der Mahlzeit und namentlich beim schwarzen Kaffee – ich verweilte 2 ½ Stunden in Gesellschaft des Staatsoberhauptes – entwickelte mir Herr Dr. Beneš seine Anschauungen über die allgemeine politische Lage, insbesondere mit Rücksicht auf die Tschechoslovakei und auf Oesterreich. Ich will mich bemühen, seine sehr ins Detail gehenden Ausführungen möglichst kurz wieder zu geben.

Er wolle, sagte der Herr Präsident u. a., gewiss keine Komplimente machen, er müsse mir aber trotzdem sagen, dass die Rede des Herrn Bundeskanzlers auf ihn ungeheuer gewirkt habe und in ihrem Gehalt und besonders in ihrem kulturellen Niveau turmhoch die Reichstagsrede des deutschen Reichskanzlers überrage. Der Mut des österreichischen Bundeskanzlers, seine zwingende Logik, sein glühender Patriotismus seien zu bewundern und nicht umsonst applaudiere ihm die ganze Welt. Selbst in Deutschland habe die Rede nach vorliegenden Berichten, ungemein gewirkt, obzwar manche Kreise von ihr in einer gewissen Beziehung überrascht waren. Die Rede des deutschen Reichskanzlers, seine mit lauter Stimme hinausgeschrieene Rechtfertigung, die Betonung der „Wunder“, die der Nationalsozialismus in Deutschland vollbracht habe, scheinen doch der Beweis dafür zu sein, dass im Inneren des Reiches doch nicht alles so in Ordnung sei, wie es Herr Hitler gerne haben möchte. Die Entlassung Blombergs einerseits und die Nichtsauslieferung der Armee in nationalsozialistische Hände andererseits liessen erkennen, dass trotz allem auf gewisse Stimmungen innerhalb des deutschen Offizierskorps Rücksicht genommen wurde und es sei nicht anzunehmen, dass diese Stimmungen mit einem Schlage, wenn sie derzeit auch für das Regime kaum gefährlich sind, verschwinden dürften. Nach Berichten und Berechnungen, die in Prag vorliegen, beträgt die deutsche Staatsschuld gegenwärtig 38 Milliarden Mark, eine Ziffer, die der Reichskanzler wohlweislich

¹ ADÖ 12/1931.

verschwiegen hat. Ausgezeichnet sei das Ziffernmaterial gewesen, das der Herr Bundeskanzler über die österreichische Wirtschaft angeführt hat und die Randbemerkungen hiezu. Auch die Tschechoslovakei könnte zu diesem Kapitel Ziffernmaterial liefern.

Was nun die Auseinandersetzungen zwischen dem deutschen Staate Oesterreich und dem Deutschen Reiche anlangt, so glaubt der Präsident schon aus der Rede des Herrn Bundeskanzlers herausgehört zu haben, dass sich dieser ganz richtig auf die Frage eines *Kulturkampfes* abstelle. Es sei auch nichts anderes, meinte der Herr Präsident, als ein Kulturkampf und nur unter dieser Flagge könne Oesterreich, seiner Ansicht nach, den Kampf mit dem Nationalsozialismus führen und gewinnen. Der Kampf gegen den Nationalsozialismus sei genau so ein Kulturkampf, wie der Kampf gegen den Bolschewismus, wie denn schliesslich und endlich auch der Nationalsozialismus in der Ideologie und in seinem ganzen Wesen mehr Verwandtschaft mit dem Bolschewismus habe, als man gemeiniglich glaubt, wenn er ihn auch bekämpfe. Der verängstigte Kleinbürger laufe zum Nationalsozialismus, weil ihm dieser verspreche, ihn gegen den Bolschewismus zu beschützen. Was aber der Nationalsozialismus mit dem Bürgertum machen werde, bis der Bolschewismus besiegt sein wird, darüber dürfe man sich keinen Illusionen hingeben. Uebrigens sei gerade in der letzten Rede des deutschen Reichskanzlers die Bourgeoisie recht schlecht weggekommen. Der italienische Faschismus sei etwas ganz anderes als der deutsche Nationalsozialismus. Der Faschismus sei mehr auf aussenpolitische Erfolge abgestellt und nicht so mit Mystizismus durchsetzt wie der Nationalsozialismus, der auch schon deshalb auf das deutsche Gemüt seine Wirkung nicht verfehle. Auch in der Behandlung der Religionen und Kirchen sei zwischen beiden Doktrinen ein grosser Unterschied, nicht so zwischen dem Nationalsozialismus und dem Bolschewismus. Es sei nicht zu leugnen, dass aus Nationalsozialismus und Bolschewismus die grössten Gefahren für die katholische und die protestantische Kirche drohen. Die Einstellung des österreichischen Volkes zum Katholizismus und zur Kirche sei ein Grund mehr für das Durchhalten in dem entstandenen Kulturkampf.

Papst Pius benehme sich ausserordentlich klug und geschickt und ihm sei es namentlich auch zu verdanken, dass der Katholizismus in der Tschechoslovakei nach den ersten Abfallversuchen der Nachkriegsjahre seine Wiedergeburt und seine ungeheueren Fortschritte zu verdanken habe. Dr. Beneš habe schon als Aussenminister im Jahre 1922 in dem heutigen Papste den Mann erkannt, der die katholische Kirche über die katholische Aktion auf den richtigen Weg führe. Ideologisch habe Papst Pius die Kirche von der weltlichen Macht frei gemacht, – die freie Kirche im freien Staate – die katholische Aktion verteidige Individualismus und Toleranz und begegne sich hier in gewissem Sinne mit den sozialistischen Doktrinen und daher die ihr von den Gegnern vielfach zum Vorwurf gemachte Parallellität [sic!] mit diesen. Dr. Beneš habe es zuerst schwer gehabt,

seine Leute im Lande davon zu überzeugen, nunmehr aber sei diese Erkenntnis Allgemeingut geworden und es gäbe kaum einen Staat, der heute in so guten Beziehungen zum Vatikan stehe und auf den sich der Vatikan so verlassen könne, wie die Tschechoslovakei.

Aus der demokratischen Verfassung der tschechoslovakischen Republik und der wirklich demokratischen Gesinnung des weitaus überwiegenden Teiles ihrer Einwohner, habe sich übrigens auch der erfreuliche Zustand ergeben, dass jedweder Kulturkampf innerhalb der Republik ausgekämpft und erledigt sei. Man habe den Bolschewismus genau so überwunden, wie die faschistischen Tendenzen, die sich seinerzeit breit gemacht hatten, so wie den Nationalsozialismus, der nur noch in gewissen Schichten der deutschen Bevölkerung des Landes, vielleicht auch auf Grund mystischer Vorstellungen, zu finden sei. Ganz vergeblich sei die Hoffnung der sudetendeutschen Partei, dass die tschechische Nation ihren Totalitätsanspruch auf das Deutschtum innerhalb des Landes akzeptieren oder anerkennen, und die deutschen Christlichsozialen, Landbündler und Sozialdemokraten fallen lassen werde. Die Henleinleute begreifen es noch nicht, dass, wenn sie ihren Totalitätsanspruch aufgeben würden, sie erst dadurch eine gemeinsame Front aller Deutschen im Lande erzielen würden. Ueber den möglichen Eintritt oder Nichteintritt der sudetendeutschen Partei in die Regierung wolle der Präsident nichts sagen, er betrachte sich auch als Präsident der Sudetendeutschen und er werde sich dem Eintritt dieser Partei in die Regierung nicht widersetzen, wenn sie es auf demokratische Art und Weise zu Wege bringt, die anderen Parteien zu überzeugen, dass ihr Eintritt nützlich wäre. Solange aber, wie gesagt, die sudetendeutsche Partei auf ihren Totalitätsanspruch beharrt, seien diese Bemühungen vergeblich.

Nach diesem Exkurs auf das innerpolitische Gebiet, kamen wir wieder auf die Aussenpolitik zu sprechen. Der Präsident verfolgt mit grossem Interesse die Verhandlungen Chamberlains mit Italien und er würde ihnen gerne einen baldigen und durchschlagenden Erfolg wünschen. Der Fehler der grossen westlichen Demokratien sei es bisher gewesen, dass sie gewisse Realitäten nicht wahr haben wollten, vor Tatsachen die Augen verschliessen oder sie nach ihren Ideen umbiegen zu können glaubten. Die diktatorischen Regime seien nun einmal da und man müsse mit ihnen rechnen. Dies scheine Chamberlain erkannt zu haben und das sei nur zu begrüßen. Was Italien anlange, so käme es wohl darauf an, wie sich die gegenwärtige Lage dieses Staates, der schon 4 Jahre lang sich in einem Krieg befindet, 300.000 Mann in Abessinien, eine Armee in Lybien und ungefähr 60.000 Mann in Spanien unterhalten müsse, in Wirklichkeit darstellt. Die Nachrichten, die aus Italien speziell über dessen finanzielle Situation einlaufen, seien verschieden. Dr. Beneš möchte hoffen, wollen, dass Mussolinis Lage keineswegs verzweifelt, aber doch schwer wäre denn dann würde sein Wille, sich mit England und wohl auch mit Frankreich auszugleichen, ernst sein. Wäre aber die Lage verzweifelt, so könnte man schliesslich und endlich nie wissen,

was daraus wird, wenn die Engländer sehr klug sein sollten. Ein Ausgleich Italiens mit England und am besten auch mit Frankreich würde die italienische Situation im Mittelmeer erleichtern und alle dort bestehenden Spannungen beseitigen und den Italienern wiederum freiere Hand in Mitteleuropa lassen, was als Gegengewicht gegen den deutschen Drang sicherlich nur zu begrüßen wäre. Sollte aber Italien im Mittelmeer nicht frei werden, so könnte es sich einem deutschen Druck auf den Brenner kaum wirkungsvoll entgegenstellen, umso weniger, als es dann die Achse Rom–Berlin als Gegendruck gegen Paris–London halten müsse.

Aber auch so seien wir in Mitteleuropa nicht ganz verlassen. Dr. Beneš war aufs äusserste überrascht über die Einmütigkeit der französischen Kammer in Bezug auf die Sicherheit Oesterreichs und der Tschechoslovakei, denn die 170 Stimmenthaltungen der Opposition waren ja auch nur eine Zustimmung gewesen. Dr. Beneš ist davon überzeugt, dass wenn Deutschland eine gewaltsame Lösung in Oesterreich suchen würde, dies die Westmächte nicht ruhig hinnehmen würden. Gewiss seien innerhalb des englischen Kabinetts Meinungsverschiedenheiten wegen einer Intervention zu Gunsten Oesterreichs gewesen, die mit zum Rücktritt Herrn Eden's beigetragen haben dürften, doch sei ja schliesslich nach der Entrevue von Berchtesgaden immerhin eine französische und englische Demarche in Berlin geschehen, wenn sich diese auch in sehr milden Formen, durch eine Anfrage an den Staatssekretär Weitzäcker [sic!] abgespielt habe. Der Herr Staatssekretär habe geantwortet, dass durch die Abmachungen am Obersalzberg das österreich[sic!]-deutsche Abkommen vom 11. Juli 1936, welches die Souveränität Oesterreichs garantiert, in keiner Weise modifiziert wurde und dass im Uebrigen diese Auseinandersetzungen eine interne Angelegenheit zwischen den zwei deutschen Staaten seien. Immerhin haben die beiden Westmächte ihr Interesse an Oesterreich kund getan und die Debatten in den Parlamenten unterstreichen dies noch wesentlich.

Auf meine Frage, ob die Tschechoslovakei der aktiven Hilfeleistung Frankreichs im Falle eines nicht provozierten Angriffes sicher sei, oder ob es richtig ist, wie vielfach erzählt wird, dass der französische Soldat aus der Maginotlinie nicht hinausgehen werde, antwortete Dr. Beneš, es seien ihm diese Ansichten nur zu gut bekannt und er wisse auch, dass man sie in Wien teile, ich könne aber in Wien *vertraulich* sagen, dass zwischen Prag und Paris ganz bestimmte Abmachungen für diesen Fall bestehen, u. zw. nicht nur Abmachungen politischer Natur, sondern ganz feste Bindungen der beiderseitigen Generalstäbe und dass Frankreich im Falle, als die Tschechoslovakei angegriffen würde, ganz bestimmt, u. zw. sofort, marschieren würde. Es sei direkt lächerlich zu glauben, der französische Soldat werde nicht aus der Maginotlinie hinausgehen. Wenn einmal geschossen wird, dann wird eben auch der französische Soldat das tun, was ihm seine Heeresleitung befiehlt und darüber sei man eben in Prag beruhigt. Im Uebrigen glaube Dr. Beneš absolut nicht daran, dass Deutschland an einen Ueberfall der

Tschechoslovakei denkt, wenn auch Herr Göring in seiner merkwürdigen Rede von gestern Drohungen ausgestossen habe, die übrigens, wenn der Wortlaut richtig wiedergegeben wurde, Oesterreich ebenso auf sich beziehen könne. England sei die Antwort nicht schuldig geblieben.

Ministerpräsident Dr. Hodža werde übermorgen im Abgeordnetenhaus und Senat eine politische Erklärung abgeben. Er werde mit allem Nachdruck jede Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse des Staates ablehnen, sonst aber die Bereitschaft der Tschechoslovakei zu freundschaftlichen Verhandlungen mit dem Reiche erklären.

Hier darf ich in Parenthese bemerken, dass sich der Herr deutsche Gesandte, wie er mir selbst erzählte, in Berlin darum bemüht, Verständnis für diesen Standpunkt Hodžas zu wecken und gebeten hat, auch auf die deutsche Presse einzuwirken, dass diese die kommende Erklärung des tschechoslovakischen Ministerpräsidenten mit Verständnis aufnehme und weniger in der aus innerpolitischen Gründen notwendigen Ablehnung einer Einmischung ein Negativum, als in der Verhandlungsbereitschaft ein Positivum erblicken möge.

Ich fragte schliesslich den Herrn Präsidenten nach dem Stande und den Aussichten der Verhandlungen zwischen den Staaten der Kleinen Entente und Ungarn. Es sei richtig, erklärte der Herr Präsident, dass durch die bekannten Ereignisse und die daraus hervorgegangene Politik in Rumänien, sowie durch die zwiespältige Politik Jugoslawiens eine gewisse Entfremdung innerhalb der Kleinen Entente eingetreten war. Es sage sich sehr leicht, man wolle neue Freundschaften erwerben und bei den alten weiter verbleiben, man habe aber nicht bedacht, mit wem man diese neuen Freundschaften schliessen wollte. Die Ereignisse in Oesterreich haben aber schon ihre Wirkung in Bukarest und Belgrad gezeitigt und man habe es ein wenig mit der Angst zu tun bekommen. Dadurch sei naturgemäss wiederum der engere Zusammenschluss innerhalb der Kleinen Entente hergestellt. Herr Tatarescu habe in Prag sagen lassen, dass er unbedingt für die Durchführung der Verhandlungen mit Ungarn und für einen Ausgleich mit Ungarn sei. Jugoslawien habe sich nie geweigert und die Tschechoslovakei sei seit langem vorbereitet und voll der besten Absichten. Wien könnte dabei, auf Grund seiner intimen Beziehungen zu Budapest sehr viel helfen, und Gutes tun. Der Herr Präsident ersuchte mich ausdrücklich, den Herrn Bundespräsidenten, den Herrn Bundeskanzler und Herrn Bundesminister auf diesen Umstand aufmerksam zu machen. Ungarn kann bei diesen Verhandlungen nur gewinnen, ohne sich in irgend einem Punkt zu vergebem. Es werde die militärische und sonstige Gleichberechtigung 100 % ig erlangen und von der Tschechoslovakei überdies ein Entgegenkommen in der Minoritätenfrage erzielen, welches mehr als 100 % ig sein wird und welches den Ungarn von rumänischer und jugoslawischer Seite weitaus nicht in dem Ausmasse gegeben werden kann. Dies sei begreiflich bei dem Kulturunterschied der zwischen der Tschechoslovakei und den beiden anderen Staaten der Kleinen Entente herrsche. Die Tschechoslovakei habe sich ent-

schlossen ihren Minoritäten weitgehende Rechte als Kulturstaat zu geben, und sie werde hievon gewiss nicht die ungarischen Minoritäten ausschliessen. Wenn dann dieser Zustand gegenseitiger Erleichterung und gegenseitigen Vertrauens geschaffen sein wird, so werde man auch auf anderen Gebieten weiterkommen und in Zukunft vielleicht sogar, – man höre und staune – auch gewisse andere Wünsche befriedigen können. Schliesslich dürfen, wenn es darauf ankommt, 50, 100, oder auch 1000 km² keine Rolle spielen. (!)

Durch einen Ausgleich und eine Verständigung mit Ungarn würde wohl der Weg für eine wahre mitteleuropäische Zusammenarbeit unter den kleinen Staaten Zentraleuropas im Wesentlichen frei gemacht werden. Hiebei möchte Dr. Beneš alle bisherigen „Pläne“ oder „Triangles“ verbannen, denn solche Terminologien wie „Hodža-Plan“, „Beneš-Plan“ etc. reizen nur, führen zu Missverständnissen und verderben die Sache. Die Tschechoslovakei sei, so könne mir der Präsident eindringlich erklären, zu *jeder* Zusammenarbeit und auf *jedem* Gebiete mit uns und Ungarn bereit. Hier sei die Situation hiezu vorbereitet und reif und es läge nur an uns und an Ungarn zu erklären, wie weit wir gehen wollen und gehen können. Speziell Ungarn müsse doch schon auf Grund der letzten Ereignisse zu der Ueberzeugung gekommen sein, dass es die Tschechoslovakei durch ihre blosser Existenz vor der nationalsozialistischen Durchdringung schütze und wenn sich Oesterreich, Ungarn und die Tschechoslovakei in gemeinsamem Abwehrwillen zu gemeinsamer Zusammenarbeit finden, so werden auch manche Gefahren für diese drei Staaten verschwinden.

Der Weltkrieg, in dem Oesterreich und Ungarn an der Seite Deutschlands gestanden sind und wo die Mittelmächte vier Jahre lang gesiegt hatten, habe schliesslich durch seinen Ausfall bewiesen, dass die Weststaaten länger durchhalten konnten und dadurch stärker waren und genau so würde es in einer kommenden Konflagration sein. Frankreich und England können sich nicht an Mitteleuropa desinteressieren und können dem Deutschen Reich nicht freie Hand und freien Weg in Mitteleuropa und dem Balkan lassen. Ungarn werde daher an der Seite des Dritten Reiches letzten Endes nicht profitieren, hingegen könne es, wie schon erwähnt durch friedliche und einträchtige Zusammenarbeit mit der Tschechoslovakei schrittweise und sukzessive viel erreichen.

Ich möge in meinen Berichten nachblättern, und ich werde bestimmt finden, dass er, Dr. Beneš, in Bezug auf die Notwendigkeit der mitteleuropäischen Zusammenarbeit nie anders gesprochen habe. Es seien allerdings in der Vergangenheit viele Fehler geschehen, die diese von ihm immer als natürlich bezeichnete Entwicklung hinausgeschoben und verhindert haben. Wäre Dollfuss vor Schober gekommen, würde Mitteleuropa heute ganz anders aussehen!

Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Marek

1949**Gesandter Wimmer an Bundesminister für die
Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 18/Pol.

AdR, NPA

Deutschland I/12 E

Z. 52177/13¹

Belgrad, 2. März 1938

Herr Bundesminister!

Der belgische Gesandte, über dessen politische Ausführungen ich in anderem Zusammenhange bereits berichtet habe, hat hiebei auch seine Beobachtungen über den Besuch des jugoslawischen Ministerpräsidenten in Berlin zur Sprache gebracht. Hievon möchte ich eine Bemerkung, obwohl sie nichts Neues bringt, nochmals festhalten. Herr Stojadinović habe ihm nämlich, so sagte mir Comte Romrée, ausdrücklich erklärt, Hitler habe zwar anlässlich des Besuches in Berlin einen friedlichen Eindruck gemacht; einmal aber sei der Reichskanzler doch heftig geworden, und zwar als er Herrn Stojadinović sagte: Nur in einem Falle werde er Gewalt anwenden, nämlich bei einem Restaurationsversuch in Oesterreich, und zwar ohne sich mit irgendwem vorher in Verbindung zu setzen. Am nächsten Tage würden die deutschen Divisionen in Wien stehen.

Der belgische Gesandte vertrat im Uebrigen die Ansicht, dass Herr Stojadinović nunmehr – trotz dieser Gefahrensignale – doch vielleicht über das Vorgehen Deutschlands gegen Oesterreich überrascht sein könnte, allerdings nicht so sehr über die Tendenz, mit der Herr Stojadinović, gelinde gesagt, gerechnet haben dürfte, als viel mehr über das Tempo der Durchführung. Die nach seiner Rückkehr aus Berlin allseits gegebenen Versicherungen Stojadinović's, Hitler befasse sich nur mit Architektur und denke daher an keine vehementen Aktionen, erscheinen, wie Romrée bemerkte im Lichte der so schnell darauf erfolgten Ereignisse als Irrtum seitens des jugoslawischen Ministerpräsidenten. Denn sie wären wohl kaum erfolgt, wenn Stojadinović angenommen hätte, dass sie schon binnen so kurzer Zeit desavouiert werden würden.

Ob sich Herr Stojadinović unter dem Eindruck einer Gefahr, die grösser wäre, als er anzunehmen sich berechtigt hielt, nun auch zu grösserer Vorsicht entschlossen hat, konnte bisher in Belgrad nicht zum Ausdruck kommen, da er gerade während des Höhepunktes der Krise nach Ankara reisen musste.

Das jugoslawische Aussenamt ist für die Entwicklung in Zentraleuropa merklich empfindlicher geworden, ohne dass jetzt schon gesagt werden könnte, ob

¹ Leicht verändert wiedergegeben in: Hochverratsprozess, 556.

sich dessen Einfluss auf Herrn Stojadinović, der sehr unabhängig ist, stark auswirken wird.

Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Wimmer

1950

**Gesandter Franckenstein an Bundeskanzleramt/
Auswärtige Angelegenheiten**

Telegramm Nr. 15 (in Ziffern, streng geheim)

AdR,
GA London

London, 2. März 1938

Gespräch¹ nahm folgenden Verlauf:

Ich erläuterte österreichische Situation im Sinne der Bundeskanzlerrede und meiner eigenen Eindrücke und Schlussfolgerungen, die in meinem heute abgegangenen Privatschreiben nach Wien näher ausgeführt sind. Mitredner erwiderte er habe Rede mit grossem Interesse gelesen die österreichischen Standpunkt vollkommen klargelegt habe. Er nahm Akt davon dass wir den bestehenden Abmachungen gemäss freundschaftlichste Beziehungen zu Deutschland pflegen wollen. Im Laufe der Erörterung der Frage wie Grossbritannien diesen Beziehungen und den Interessen Oesterreichs am besten einen Dienst erweisen könnte meinte Mitredner, eine Demarche wie die von Frankreich jüngst angeregte könnte verstimmen und ungünstige Reaktion hervorrufen. Viel zweckmässiger erschiene es in einem geeigneten Momente im Laufe der Besprechungen mit Deutschland zu denen es ja wahrscheinlich kommen werde das hiesige Interesse an der Nichteinmischung in unsere inneren Verhältnisse zu bekunden und womöglich Zusagen zu erwirken die vielleicht im Rahmen der Gesamtverhandlungen erlangt werden könnten.

Als ich die Nachricht erwähnte dass seinerzeit dem Gastgeber gegenüber das Desinteressement Grossbritanniens an Oesterreich ausgesprochen worden sei erwiderte er dies sei absolut nicht der Fall gewesen und es läge offenbar ein unbegreifliches „Missverständnis“ vor. Auf meine Frage ob Oesterreich bei jener Unterredung gar nicht erwähnt worden sei antwortete er, so viel er ohne Aufzeichnungen zuhilfe zu nehmen sagen könne sei das hiesige Interesse an der Unabhängigkeit Oesterreichs zum Ausdruck gebracht worden worauf der Gastgeber ungefähr in

¹ Gespräch mit Lord Halifax vom 1. 3. im Rahmen eines Diplomatenempfanges.

dem Sinne geantwortet habe, man könnte sich vielleicht mit der völligen Erfüllung der Juliabmachungen zufrieden geben.

Vorstehende Mitteilungen sind natürlich rein privater Natur und dürften ohne Rückfrage hierher in keiner Weise verwertet werden.

Franckenstein

1951

Gesandter Franckenstein an Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt

Bericht (ohne Nummer)

Hochverratsprozess, 531-532

London, 3. März 1938

Herr Bundesminister!

Gestern hat der Labour-Abgeordnete *Henderson* eine neuerliche Interpellation bezüglich der österreichisch-deutschen Vereinbarungen eingebracht. In der Interpellation bezeichnete er die Abmachungen von Berchtesgaden als Geheimdiplomatie schlechtester Art. Hätte der österreichische Bundeskanzler freiwillig die Maßnahmen getroffen, die er jetzt in Österreich vornahm, so könne niemand im englischen Parlamente etwas dagegen haben. Doch war dies der Fall? Herr *Henderson* zitierte den Artikel des Wiener Korrespondenten der „*Times*“ vom 16. Februar über die Art, wie die Entrevue in Berchtesgaden stattfand. Daraus gehe hervor, daß der österreichische Kanzler vor ein Ultimatum gestellt war. Der britische Premierminister habe letzten Mittwoch, wie *Henderson* bemerkte, gesagt, daß *die bisherigen Maßnahmen der österreichischen Regierung keinen Bruch der österreichischen Vertragsverpflichtungen darstellen*. Es sei jedoch nicht genug, die Maßnahmen des österreichischen Kanzler zu prüfen, sondern auch die Art, wie sie zustande gekommen sind, müsse in Betracht gezogen werden. Herr *Henderson* verwies so dann auf das Protokoll vom Jahre 1922 und auf Artikel 88 des Vertrages von Saint Germain bezüglich Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit. Nun muß man sich fragen, ob nicht der österreichische Kanzler sich verpflichtet hat, die internen Angelegenheiten Österreichs gemäß den Wünschen des deutschen Kanzlers zu führen? Dies sei zweifellos der Fall. Haben die Rechtsberater der britischen Krone die verschiedenen rechtlichen Aspekte des Abkommens geprüft? Würde die britische Regierung klar machen, daß sie sich das Recht vorbehalte, die Angelegenheit im Völkerbunde vorzubringen?

In seiner Erwiderung sagte Ministerpräsident *Chamberlain*, daß die Genfer Protokolle vom Jahre 1922 sich hauptsächlich auf ökonomische und finanzielle Arrangements bezögen. Er zitierte sodann den Artikel 88 des Vertrages von Saint

Germain und sagte, daß von juristischen Gesichtspunkten aus die österreichisch-deutschen Abmachungen die Bestimmungen des Artikels 88 nicht verletzen. In Berchtesgaden haben die zwei Staatsmänner nur vereinbart, Maßnahmen zur Verbesserung der gegenseitigen Beziehung zu treffen. Der Premierminister machte geltend, daß außer der Ernennung Dr. *Seyß-Inquarts* zum Innenminister auch andere Änderungen im Kabinett vorgenommen wurden, wovon die wichtigste die Ernennung des Staatssekretärs Dr. *Schmidt* zum Bundesminister für Äußeres sei. Ferner wurden Dr. *Raab* und Dr. *Adamovich* zu Ministern ernannt, doch allem Anschein nach seien diese Ernennungen nicht von Herrn *Hitler* verlangt worden. „Man kann daher wohl vom juristischen Gesichtspunkte aus kaum die Ansicht aufrechterhalten“, bemerkte der Premierminister, „daß wie die zwei Staatsmänner übereingekommen sind, gewisse Veränderungen im Interesse der Beziehungen zwischen den zwei Ländern zu treffen, das ein Land seine Unabhängigkeit an das andere abgegeben habe. Ich glaube, daß jene, die die Rede des österreichischen Kanzlers vom 24. Februar gelesen haben, eine Rede, die in Österreich weitverbreitenden Widerhall im Volke gefunden hat, zustimmen werden, daß in dieser Rede, in welcher die Unabhängigkeit Österreichs betont wurde, nichts enthalten war, was den Eindruck erwecken könnte, daß der Bundeskanzler der Ansicht sei, daß die Unabhängigkeit eines Landes an ein anderes Land zediert worden sei. Soweit die juristische Seite. Es bleibt noch übrig zu sehen, was der praktische Erfolg des Abkommens sein wird und in diesem Zusammenhange möchte ich sagen, daß die Regierung seiner Majestät sich natürlich nicht an den Ereignissen in Zentraleuropa desinteressieren kann (Hört-Hört-Rufe), wenn schon nur aus dem einem Grunde, daß das Ziel der britischen Politik dahin geht, ein Gefühl größerer Sicherheit und größeren Vertrauens in Europa herzustellen. Dieses Ziel muß zwangsweise gefördert, beziehungsweise gehindert werden durch Ereignisse in jedem Teile Europas. Ich habe in diesem Zusammenhange mit großem Interesse die Bemerkungen Herrn *Delbos* bezüglich dieser Frage in seiner Kammerrede letzten Samstag gelesen. Ich glaube, daß es momentan zu früh für die britische Regierung ist, den Effekt der letzten Vereinbarungen zwischen Deutschland und Österreich abzuschätzen. Um dies tun zu können, müssen wir nähere Kenntnis erlangen, in welcher Weise die verschiedenen Punkte der Vereinbarungen durch die zwei Partner ausgelegt werden. Ich freue mich und glaube, daß die anderen Parlamentsmitglieder sich ebenfalls freuen werden, aus der Rede des deutschen Kanzlers vom 20. Februar schließen zu können, daß diese Vereinbarungen als eine Erweiterung der österreichisch-deutschen Vereinbarungen vom 11. Juli 1936 anzusehen sind. Diese Vereinbarung, wie ich kaum das Haus erinnern brauche, stellt unter anderen Dingen auch seine Anerkennung der vollen Souveränität des Bundesstaates Österreich durch die deutsche Regierung dar. Hierbei müssen wir nach meiner Ansicht die Sache augenblicklich bewenden lassen, aber die britische Regierung wird weiter das, was in Österreich geschieht, mit der größtmöglichen Aufmerksamkeit und ebensolchem Interesse verfolgen.“

Ich glaube, daß die Erklärungen des britischen Premierministers eine deutliche Zunahme des Interesses an Zentraleuropa darstellen, was, gesehen unter dem Aspekt des in den heutigen Blättern lebhaft besprochenen Fortschreitens des Ausbaues der Wehrmacht des britischen Reiches besonders eindrucksvoll ist. Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Franckenstein

1952

**Gesandter Marek an Bundesminister für die Auswärtigen
Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 55/Pol.

Hochverratsprozess, 570-572

Prag, 3. März 1938

Herr Bundesminister.

Bevor ich darangehe, die beispiellose Wirkung der Rede des Herrn Bundeskanzlers im Bundestag am 24. Februar 1938 wahrheitsgetreu zu schildern, möchte ich zuvor kurz die Stimmung zwischen der Rede des Reichskanzlers *Hitler* und der Rede des Herrn Bundeskanzlers hierzulande darzulegen und über die pressepolitischen Maßnahmen berichten. Wenn auch die fast unerträgliche Spannung und der Pessimismus Österreich betreffend nach den Ausführungen *Hitlers* am 20. Februar einigermaßen gemildert wurden, so mußte doch die Gesandtschaft mit aller Macht darangehen, der publizistischen Panikstimmung, welche vom Westen hieherkam, entgegenzutreten. Im großen ganzen ist dies auch gelungen und die tschechoslowakische Presse war jedenfalls viel ruhiger und reservierter als die Westpresse, ein Moment, welches mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Beziehungen im mitteleuropäischen Raum sehr wichtig erschien. In einem Fall allerdings, es handelt sich um das „Prager Tagblatt“, welches auch in Wien in aufgeregten Zeiten gern gelesen wird, mußte die Gesandtschaft mit Androhung von Gewaltmaßnahmen vorgehen, die schließlich auch den gewünschten Erfolg hatten, da der Herr Bundeskommissär *Adam* meinem Presseattaché die entsprechende Rückendeckung gewährte. Administration und Redaktion des „Prager Tagblattes“ waren von den Protesten der Gesandtschaft derart beeindruckt, daß sogar ein Vertreter der Verwaltung nach Wien fuhr und im Bundespressedienst vorsprach, um das angedrohte Verbot der Zeitung zu verhindern. Das Blatt verhält sich jetzt absolut loyal. Es wäre aber unrecht, wollte man die abermaligen großen Verdienste des Chefs des Pressedepartements im Ministerratspräsidium in diesen Tagen vergessen. Das tschechoslowakische

Pressebüro, ich melde dies vertraulich, hat alle ungünstigen Pressestimmen, ja sogar Agenturmeldungen hierzulande nicht publiziert, Hiobsbotschaften von besonderer Bedeutung wurden dem Presseattaché zuerst zur Kenntnis gebracht, so daß dieser in die Lage versetzt war, dieselben in Wien richtigstellen zu lassen.

Dann kam die Rede des Herrn Bundeskanzlers im Bundestag. So schwierig die pressepolitische Arbeit vorher war, so leicht wurde sie jetzt. Die deutliche Entspannung der weiten Öffentlichkeit in der Tschechoslowakei zeigte sich sofort in der Presse und löste auch dort eine ausgesprochene Begeisterung für die Person des Herrn Bundeskanzlers aus. Es genügte vollkommen, den verschiedenen Zeitungsredaktionen Richtlinien zu geben, die Presse ging sofort darauf ein und feierte den Herrn Bundeskanzler teilweise enthusiastisch. Es kann jedenfalls nicht ohne Eindruck bleiben, daß auch die extremen Linksblätter, so der „Sozialdemokrat“, sofort das Bild des Herrn Bundeskanzlers brachten, also jene Blätter, welche früher seit Jahr und Tag das neue Österreich und seine Schöpfer mit Schmutz bewarfen. Nur in der sudetendeutschen Presse, vor allem in dem Parteiorgan „Die Zeit“, machte sich nach der Rede des Herrn Bundeskanzlers eine gewisse Enttäuschung bemerkbar. Ich komme auf die Tatsache weiter unten noch zu sprechen und ich möchte jetzt zur pressepolitischen Frage nur auf zwei Beilagen besonders verweisen. Die eine enthält eine Übersetzung eines Artikels in der „Prazda“, der agrarischen offiziellen Wochenschrift unter dem Titel „*Schuschnigg*: Bis hierher und nicht weiter“. Diese Ausführungen stammen vom Ministerialrat *Schmoranz* und feiern den Herrn Bundeskanzler geradezu als den Befreier Mitteleuropas. Nachdem weiters in der agrarischen Parteipresse gewisse Einflüsse reichsdeutscher Natur unverkennbar sind, ich erinnere da nur im Zusammenhang auf die Machenschaften des Herrn *Winkler* im „Venkov“, so wurde seitens der Gesandtschaft eine entsprechende Würdigung der Person des Herrn Bundeskanzlers in der landwirtschaftlichen Korrespondenz, der offiziellen Parteikorrespondenz der Republikanischen Partei, veranlaßt, welche Würdigung auch erschien und von nicht weniger als zirka 80 agrarischen Wochenschriften übernommen wurde. Schließlich beehre ich mich, die Aufmerksamkeit auf einen Artikel im „Venkov“ (siehe Beilage tschechoslowakische Presse vom 25. Februar 1938, Seite 2) zu lenken, welcher von der Gesandtschaft veranlaßt wurde und in welchem gewisse außenpolitische Fragen Österreich betreffend klargelegt werden und vor allem nochmals verschiedenen unsinnigen Schwätzereien, betreffend die Person des Herrn Bundesministers, entgegengetreten wird.

Man kann leicht in den Verdacht des Byzantinismus kommen, wenn man wahrheitsgetreu jenen Begeisterungstaumel schildert, der hierzulande durch die Rede des Herrn Bundeskanzlers ausgelöst wurde. Die spontanen Anrufe und Beglückwünschungen nach der Rede von seiten prominenter Politiker, diplomatischen Missionschefs und dergleichen, ich habe darüber separat berichtet, waren ungeheuer. Von dem ganzen Land wich sozusagen ein Alpdruck und man konnte den Eindruck gewinnen, als habe der Herr Bundeskanzler über das Schicksal der Tschechoslowakischen Republik gesprochen. Daß einige Tage später hysterische Ängstlichkeit be-

sonders der jüdischen Bourgeoisie und eine gewisse Tendenzmache anderer Kreise den absoluten Glauben an die Unabhängigkeit Österreichs abzuschwächen versuchten, gehört in ein anderes Kapitel der modernen Massenpsychologie.

Und nun zum Kapitel der Sudetendeutschen Partei. Sofort nach den ersten Mitteilungen über die Berchtesgadener Unterredung, sofort nach der Regierungsumbildung und schließlich nach der Rede des Deutschen Reichskanzlers besonders im Hinblick auf den Passus von der reichsdeutschen Patronanz über die zehn Millionen Auslandsdeutschen, war eine ausgesprochene gehobene Stimmung bei Führung und Mitgliedern der Sudetendeutschen Partei bemerkbar. Ich weise im Zusammenhang vertraulich darauf hin, daß der Chefredakteur der „Zeit“ *Wannenmacher* mit dem Herrn Bundesminister für Inneres und Sicherheit Dr. *Seyß-Inquart* persönlich befreundet ist, der Minister und der Chefredakteur stammen aus demselben Ort und sind Jugendbekannte. Die „Zeit“ hat auch in diesen Tagen den Herrn Bundeskanzler sehr gefeiert, im allgemeinen aber sich jeder überschwenglichen Beurteilungen der Lage enthalten. Nach den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers im Bundestag änderte sich dies sofort und man konnte deutlich eine gewisse Abkühlung und Enttäuschung bemerken, wenngleich gewisse Grenzen absolut gewahrt blieben. Mein Presseattaché hatte heute eine längere Besprechung mit einem der höchsten Parteifunktionäre der Sudetendeutschen Partei, welcher eigentlich nach Konrad *Henlein* die führende Rolle in der Partei inne hat, der Parteifunktionär äußerte sich nun folgendermaßen:

„Es ist richtig, daß die sudetendeutsche Öffentlichkeit nach dem Berchtesgadener Abkommen von dem Herrn Bundeskanzler begeistert war. Die Rede des österreichischen Regierungschefs habe jedoch lähmend und ernüchternd auf die sudetendeutschen Massen gewirkt. Man habe in der Rede des Herrn Kanzlers doch eine gewisse Spitze gegen Berlin feststellen können und auch dem nicht allzu feinnervigen Hörer sei es nicht entgangen, daß die statistische Aufzählung der Wirtschaftserfolge Österreichs eine wohl meisterhafte oratorisch vollkommene, aber desto stärker treffende Ironisierung gewisser Passagen in den Ausführungen Adolf *Hitlers* gewinnen können, daß nunmehr Österreich eine gesamtdeutsche Außenpolitik machen werde, welchen letzten Endes den Sudetendeutschen zugute kommen würde.“

Der sudetendeutsche Politiker kam sodann auf die innerpolitischen Verhältnisse in Österreich zu sprechen und entgegnete auf den Einwurf der Presseattachés, daß die vielen gehässigen und unbegreiflichen Bemerkungen in einem Teil der sudetendeutschen Presse gegen eine Restauration in Österreich und gegen Habsburg unerklärlich wären und der Herr Kanzler in seiner großen Rede gerade jetzt das Wort Kaiser Franz Josefs zitiert habe „Ich bin ein deutscher Fürst“ folgendes:

„Die Habsburger seien eben niemals eine deutsches Fürstengeschlecht gewesen und ihre Politik habe immer darin bestanden, eine Nation gegen die anderen in der Monarchie auszuspielen.“

Der Presseattaché hatte ferner darüber Klage geführt, daß die Anhänger der Sudetendeutschen Partei infolge einer gewissen Propaganda Österreich gegenüber keine freundliche Einstellung besitzen, eine Tatsache, die national und historisch sehr

betrüblich, um nicht zu sagen undankbar ist; man möge nicht vergessen, daß die Sudetendeutschen seinerzeit im Jahre 1918, sich auf ihr Selbstbestimmungsrecht berufend, den Anschluß an Österreich proklamierten, noch dazu an ein Österreich, das bei Gott nicht nach dem Geschmack der besten Kräfte dieses Landes war. Auf diesen Einwurf wußte der Funktionär das Gegenargument zu geben, der seinerzeitige Anschluß an Österreich hätte nur erfolgen können, weil damals Österreich sich selbst an Deutschland anzuschließen gewünscht habe.

Schließlich führte der Parteifunktionär folgendes aus: „Der Führung der Sude-tendeutschen Partei müsse es im übrigen nicht so bedeutungsvoll sein, wie sich die innerpolitische Lage in Österreich entwickeln werde. Die Partei sei nur an der außenpolitischen Haltung Österreichs sehr interessiert und habe nach der Berchtesgadener Unterredung gehofft, daß der außenpolitische Druck Deutschlands zu-gunsten der Sudetendeutschen seine geographische Verlängerung in und durch Österreich erhalten möge, daß ferner gewisse mitteleuropäische Konzeptionen Dr. *Hodzas* sich als Illusionen herausstellten, weil durch diese eine gewisse Entlas-tung der tschechoslowakischen Regierung in der Frage der deutschen Minorität hervorgerufen werden würde.“

Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Dr. Marek

1953

**Gesandter Tauschitz an Bundeskanzleramt/
Auswärtige Angelegenheiten**

Bericht Nr. 267/Res. I

AdR, NPA
GA Berlin

Berlin, 5. März 1938

Die Gesandtschaft beehrt sich, die ihr vom Auswärtigen Amt auf die auftrags-gemäss ergangene gegenständliche Verbalnote eingelangte Antwortnote anbei in Vorlage zu bringen. Wie bereits telefonisch gemeldet, ist es trotz vielfacher nach-drücklicher Bemühungen leider nicht gelungen, die Aufnahme des im Zusammen-hange mit den letzten hiesigen Verhandlungen des Herrn Ministerialrates Hoch-leitner (Erlass Zahl 143.080-14a vom 17. Februar l. J.¹) stehenden Zusatzes zu erreichen. Geheimrat Dr. Clodius hat sich hiebei auf den scharfen Widerstand des

¹ AdR, GA Berlin.

Reichswirtschaftsministeriums berufen, das hinter der gewünschten Klausel trotz gegenteiliger Versicherungen eine Art Vollmacht zu grösseren Verhandlungen auf agrarischem Gebiete gewittert habe. Uebrigens schliesse der Umstand, dass der gewünschte Passus keinen Eingang in die beiden Noten gefunden habe, selbstverständlich nicht aus, dass ein allfälliges endgültiges Ergebnis der vorerwähnten Besprechungen in die derzeit bestehende Regelung noch eingebaut werde.

Der Gesandte:

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Oesterreichischen Regierung den Empfang der Verbalnote vom heutigen Tage – Zl. 1528 – zu bestätigen, die wie folgt lautet: „Die Oesterreichische Gesandtschaft beehrt sich namens ihrer Regierung folgende Erklärung abzugeben:

Die auf Grund der Vereinbarungen vom 27. Januar 1937 bestehende Regelung betreffend den Waren- und Zahlungsverkehr zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich, wird analog, wie sie laut der Verbalnote der Oesterreichischen Gesandtschaft Zahl 9021 vom 29. Dezember 1937 und der Verbalnote des Auswärtigen Amtes Zahl W II 3Z 10132 vom 29. Dezember 1937 bis zum heutigen Tage in Geltung gestanden hat, bis zum 31. März 1938 weiter Anwendung finden.

Die Oesterreichische Gesandtschaft beehrt sich das Auswärtige Amt ergebenst zu bitten, ihr namens der Reichsregierung eine analoge Erklärung zukommen lassen zu wollen.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Oesterreichischen Gesandtschaft mitzuteilen, daß die Reichsregierung der in der obigen Verbalnote enthaltenen Erklärung der Oesterreichischen Regierung zustimmt.

1954

**Amtserinnerung Bundeskanzleramt/
Auswärtige Angelegenheiten**

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
(ohne Zahl)

Wien, 5. März 1938

Dr Keppler suchte am 4. III. 1938 den Herrn Bundesminister auf um einige Punkte der Berchtesgadener Vereinbarungen zu besprechen.¹

Hiebei wurden folgende Fragen erörtert:

1) Stellung des Dr Fischböck. Dr Keppler vertrat die Ansicht, dass der Zusage des „Einbaus Dr Fischböcks in massgebender Stellung“ nicht hinreichend Rechnung

¹ Vgl. ADAP, D 2/334-335.

getragen sei. Man habe eine Berufung ins Kabinett erwartet. Der Herr Bundesminister wies darauf hin, dass die Berufung F's ins Kabinett als Finanzminister, die im ursprünglichen (Keppler'schen) Entwurf für das Protokoll figuriert habe, abgelehnt worden sei, worauf die jetzige Fassung beschlossen worden sei, der durch die Berufung in den Staatsrat und der Betrauung mit der Sonderaufgabe der Pflege der österr. deutschen Wirtschaftsbeziehungen bei Zuziehung an den diesbez. Besprechungen wohl vollauf Rechnung getragen sei.

B:² (Im Verlaufe des Gespräches erwähnte Dr Keppler das Einsetzen einer starken Kapitalsflucht aus Oesterreich und wies auf die Tätigkeit der Gebrüder Einhorn hin. Wird separat behandelt.)

2) Dr Keppler brachte den Wunsch vor, nunmehr alle reichsdeutschen Zeitungen zuzulassen, und das generelle Verbot aufzuheben. Irgend eine Zusage wurde seitens des H. BM. nicht gegeben, und spätere Verhandlungen in Aussicht gestellt.

3) Dr K. ersuchte um eine schriftliche Mitteilung an die deutsche Ges. des Inhalts dass den Reichsdeutschen nunmehr das Tragen der Parteiabzeichen allgemein gestattet sei,– sowohl den Zugereisten als den sich dauernd in Oesterr. Aufhaltenden. (Eine solche Verständigung der Ges. erfolgt im Einvernehmen mit St. B. separat.)

4) Dr. K. wünschte eine Erweiterung der Liste der Tage, an denen den Reichsdeutschen das Zeigen der Flaggen gestattet ist. (Nach der derzeitigen Lage ist das Flaggen an 5 von den 6 deutschen Festtagen gestattet, nur der 20. April, Geburtstag des Reichskanzlers, macht eine Ausnahme.)

5) Deutscherseits wird eine Erleichterung der Sippenforschung für rd. Reichsangehörige gewünscht, denen bisher die Erteilung von Auskünften dieser Art verweigert wurde.

6) Dr Keppler besprach im Zusammenhang mit der Bestimmung, dass alle wirtschaftlichen Diskriminierungen gegen NS aufgehoben werden sollen, die sogen. Einstellscheine und das Einspruchsrecht der VF bei Anstellungen.

7) Dr. K. urgierte die Erlassung des Gesetzes über die Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge. (Gesetzentwurf v. BM. f. Just. ausgearbeitet, Sitzung der interss. Ressorts findet demnächst statt.)

8) Dr. K. vertrat die Ansicht, dass die Aufhebung der Diskriminierung in militärischen Dingen auch die Wiederanstellung der wegen ns. Betätigung entlassene Offiziere umfasse. Der H. Bundesminister verwies darauf, dass dies in B.³ ausdrücklich abgelehnt worden sei, indem österreichischerseits ausdrücklich erklärt wurde, eine Wiederanstellung von Personen, die sich gegen ihren Dienstleid vergangen hätten in den aktiven Dienst sei in keiner Weise tragbar. Dies beziehe sich natürlich in allererster Linie auf die Offiziere. K. wollte den Punkt II, 9, als Spezialbestimmung, die dieser allgemeinen Feststellung derogiere, interpretieren, was seitens des H. BM. abgelehnt wurde.

² Ursprünglich als „2)“ in der Aufzählung geordnet.

³ Berchtesgaden.

1955**Gesandter Schmid an Bundesminister für die
Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 14/Pol. (streng geheim)

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 52311/13

Warschau, 5. März 1938

Herr Bundesminister!

Herr Beck, der mich gestern vor seiner Abreise nach Rom empfing, sagte, er möchte mich bitten, ihm „ganz offen und nicht als Gesandter“ meine Meinung über den Sinn der letzten Ereignisse und über die gegenwärtige Lage in Oesterreich zu sagen. Ich habe darauf dem Herrn Aussenminister ungefähr folgenden Gedankengang entwickelt:

Der springende Punkt der zukünftigen Entwicklung in Oesterreich sei die Frage, ob es gelingt, einen österreichischen Nationalsozialismus zu züchten. Die Voraussetzungen im Lande seien hiefür durchaus gegeben. Der Nationalsozialismus habe in Oesterreich – dem Charakter unseres Volkes entsprechend – viele Nuancen. Wir seien daher überzeugt, dass dieses Erziehungswerk gelingen muss und dass wir einen vaterlandbejahenden nationalsozialistischen Typus isolieren und kultivieren können – allerdings nur unter einer Bedingung: dass wir hiebei nicht von aussen gestört werden, mit anderen Worten, dass die in Berchtesgaden neuerlich bekräftigte Nichteinmischung von drüben auch wirklich eingehalten wird. Sei dies der Fall, so brauche niemandem um die Zukunft Oesterreichs bange zu sein. Aber auch im anderen Fall werde sich zeigen, dass Oesterreich als *Ganzes* genommen für den Nationalsozialismus des III. Reiches nicht assimilierbar, geschweige denn absorbierbar sei – nur werde diese Beweisführung natürlich nicht ohne Erschütterungen und Wirren gelingen. Diese sollten sich alle Freunde Oesterreichs vor Augen halten.

Herrn Beck schienen meine Ausführungen zu gefallen. Ob sie ihn überzeugt haben, weiss ich nicht. Als ich ihn bat, mir mit derselben Offenheit und „nicht als Aussenminister“ seine Meinung zu sagen, meinte er: *c'est hautement intéressant ce que vous dites là, je crois que c'est en effet le pivot de la question*. Er persönlich glaube nicht, dass Deutschland die österreichische Frage forcieren wolle (siehe meinen Bericht No 12/POL. vom 4. März 1937)¹. Er beurteile daher die Situation mit Ruhe. Er wurde dann sofort, wie immer, vage und sagte, Polen sei kein Donaufstaat, aber an allem was im Donaugebiete vorgehe interessiert. Das wisse man auch in Berlin.

¹ Z. 52313/13.

Ich habe das Gefühl, dass trotzallem die Skepsis über die zukünftige Entwicklung unseres Verhältnisses zu Deutschland bisher gross ist. Dass die polnischen Offiziellen diese Skepsis gerade mir gegenüber nicht betonen, ist natürlich. Aber es wird mir vieles zugetragen. So haben mir der französische Botschafter und der belgische Gesandte (der nicht sehr franzosenfreundlich und durchaus kein Nachbeter Herrn Noël's ist) übereinstimmend erzählt, Herr Beck denke über Oesterreich sehr pessimistisch. Er halte Berchtesgaden nur für eine Etappe. Auch die „neutralen“ Gesandten hinterbringen dieselben Eindrücke.

Ich glaube, dass diese Eindrücke richtig sind. Die Gedanken, die man sich in Polen über den Anschluss macht, sind vielfältig. Man redet hier gerne von einer Ablenkung der deutschen Expansion vom Osten nach dem Südosten. Aber das ist graue Theorie. Die Möglichkeit eines wenn auch nur potentiell benachbarten Deutschlands im Süden erweckt hier Unbehagen. Polen ist nicht primär gegen den Anschluss, aber sehr gegen eine Störung des status quo in Europa und besonders im Donaubecken. Soweit ist es immerhin Donaustaat.

Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner vollkommenen Ergebenheit.

Schmid

1956

Aufzeichnung Gesandter Vollgruber¹

Hochverratsprozess, 572-573

Paris, 7. März 1938

Die Reaktion der maßgebenden Stellen Frankreichs, seiner Regierung, seines Parlamentes und auch seiner öffentlichen Meinung auf die Ereignisse des Monats Februar können wohl nicht anders gedeutet werden, als daß *Frankreich seine Stellung in Europa durch Deutschland ernstlich gefährdet sieht, aber nicht gesonnen ist, sie aufzugeben*. Man muß den Eindruck haben, daß Frankreich, gewitzigt durch die bösen Folgen seiner Nachgiebigkeit am 7. März 1936, heute entschlossen ist, zur Behauptung seiner Position in Europa nötigenfalls einen Krieg zu führen, und daß das Parlament und damit wohl auch das ganze Land nicht zögern würden, der Regierung auf dem von dieser an[ge]gebenen Wege zu folgen.

Zu den Positionen in Europa, die die französische Regierung für die Stellung Frankreichs von vitalem Interesse hält, gehören der Bestand der Tschechoslowakei und

¹ Amtlicher Vermerk: „Vor Hinterlegung: 1. Herrn Bundesminister. 2. Herrn Gesandten *Hoffinger*. pd.: Nachfolgende Aufzeichnung wurde mir im Auftrag Gesandten *Vollgruber* von Militärattaché Generalmajor *Jahn* heute mit dem Beifügen übergeben, daß Gesandter *Vollgruber* diese Aufzeichnung nach einem längeren Gespräch mit Generalsekretär *Léger* des französischen Außenamtes verfaßt habe.“

die Unabhängigkeit Österreichs. Die maßgebenden Stellen Frankreichs sind felsenfest überzeugt, daß Deutschland über kurz oder lang in irgendeiner Form einen neuen Coup gegen die Unabhängigkeit Österreichs führen wird und daß nach einer eventuell gelungenen Unterjochung Österreichs die Reihe an die Tschechoslowakei kommt. Frankreich scheint gegenwärtig im Prinzip bereit, zur Verteidigung jeder dieser beiden Positionen nötigenfalls den Säbel zu ziehen. In der Praxis muß es aber darauf sehen, daß dieser extreme Einsatz unter den möglichst günstigen Bedingungen erfolge, die natürlich in der gesicherten Teilnahme Englands liegen. Wäre England bereit, die Unabhängigkeit Österreichs nötigenfalls auch mit den Waffen in der Hand zu verteidigen, dann würde Frankreich auch schon zur Erhaltung der Unabhängigkeit Österreichs einen Krieg führen, ist dieses nicht der Fall, wird Frankreich wohl, außer es ändert sich etwas in der Zwischenzeit etwas an der Haltung Italiens, auf die Vergewaltigung der Tschechoslowakei warten und erst dann losschlagen, denn dann muß nach Ansicht der maßgebenden französischen Stellen England in den Krieg mit hineingezogen werden.

Da aber Frankreich hofft, daß der Krieg vielleicht doch noch vermieden werden kann, wenn es gelingt, Deutschland den ganzen Ernst der Situation schon für den Fall einer Vergewaltigung Österreichs vor Augen zu führen, wird es zunächst weiter versuchen, England zu einer aktiven Interessennahme an dem Status quo in Österreich zu bewegen. Die Hoffnung, daß dieser Versuch schließlich doch noch ein günstiges Resultat zeitigen könnte, besteht weiter fort, wobei einerseits auf eine günstige Einwirkung eines allfälligen guten Fortschreitens der italienisch-englischen Verhandlungen gerechnet, andererseits die Möglichkeit einer baldigen Rückkehr Mr. *Edens* für den Fall des Echos der italienisch-englischen Verhandlungen ins Kalkül gestellt wird.

Dieses ist die gegenwärtige Situation in Frankreich, die sich, solange eine Volksfrontregierung, eine Regierung der „Union nationale“ oder eine Regierung der „Union sacrée“ am Ruder sein wird, und solange Herr *Léger* die Zügel des Quai d'Orsay in den Händen hält, nicht ändern dürfte. Andere Aspekte würden sich eröffnen, wenn die Macht an Herrn *Flandin* übergehen sollte. Es ist nun zwar wohl nicht zu zweifeln, daß Herr *Flandin* seine Aktion mit großer Energie weiterverfolgen wird. Vorläufig wenigstens scheinen indes die Chancen eines Erfolges für ihn recht gering.

Ob sich nun England doch entschließt, ein aktives Interesse an der Unabhängigkeit Österreichs zu nehmen, so daß dann für Frankreich im Falle der Vergewaltigung Österreichs eine günstige Gelegenheit für ein Losschlagen bestünde, oder ob die Position Englands weiterhin zurückhaltend bleibt, ein neuer Coup aber Frankreich zwingt, die Situation im letzten Moment doch noch einmal zu überlegen, nämlich die Frage, ob es nicht doch schon sofort den Säbel ziehen und durch den Gang der Ereignisse mit in den Wirbel hineinzuziehen versuchen soll, – Frankreich wird in beiden Fällen wohl nur dann den Säbel ziehen können, wenn der Fall der Vergewaltigung klar liegt, das heißt, wenn die österr. Regierung sich selbst als vergewaltigt betrachtet, wenn das österreichische Volk gegen die Vergewaltigung reagiert und wenn es der Propaganda Deutschlands nicht bis zu diesem Momente gelungen ist,

der französischen Öffentlichkeit den Glauben beizubringen, daß in Österreich eigentlich nur die Regierung und ein paar Diplomaten österreichisch denken.

Diese nötigen Voraussetzungen wären in den letzten Tagen gegeben gewesen durch die Nachrichten, die über die Verhandlungsart in Berchtesgaden nach Paris gedrungen waren, durch die Reaktion der öffentlichen Meinung in Österreich und durch die Rede des Herrn Bundeskanzlers. Deswegen hätte auch die französische Regierung „jetzt vom Parlamente alles verlangen können, was sie gewollt hätte“. Dies sind Worte, die am Quai d'Orsay gefallen sind.

Eine Zeitlang werden die jetzigen Ereignisse in der französischen Öffentlichkeit nachwirken und die französische Regierung innerhalb dieser Zeit vom Parlament immer wieder verlangen können, was sie will. Sollte es aber länger dauern, dann könnte eine Auffrischung des Gedächtnisses der Parlamentarier, die ja doch nie restlos informiert und auch wohl verschiedenen Argumenten zugänglich sind, sehr notwendig werden. Das weiß man in Berlin sehr gut. Man hatte von dort auch schon zur letzten Kammerdebatte einen Emissär speziell hergeschickt. Er kam aber zu spät und reiste mit dem Bemerken, „daß ja doch nichts mehr zu machen sei, die Österreicher seien schon überall gewesen“, noch vor dem Schlusse der Debatte wieder ab.

1957

Gesandter Sommaruga an Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt

Bericht Nr. 170/Pol.

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 52449/13

Stockholm, 8. März 1938

Herr Bundesminister!

Der schwedische Minister des Aeussern ist von seinem dreimonatigen Urlaub (hieramtlicher Bericht vom 30. November 1937, No. 748/Pol.¹) am 1. März zurückgekehrt, hat aber heute zum ersten Mal empfangen.

Ich benützte die Gelegenheit, abgesehen von dem selbstverständlichen Höflichkeitsbesuche, auch dazu, um ihm ein Exemplar des soeben von dem Amte des Frontführers eingelangten Sonderabdrucks der Rede des Herrn Bundeskanzlers zu übergeben. Herr Sandler nahm diesen Text, der u. a. auch den Vorteil bietet, dass er

¹ AdR, NPA Schwerden.

den Wortlaut des Abkommens vom 11. Juli 1936, der ja wohl bekannt aber vielfach nicht immer gegenwärtig ist, in Erinnerung ruft, mit sichtlichem Interesse entgegen. Er sagte, er habe natürlich die Referate in der Presse verfolgt. Mit einer, von seiner sonstigen, eher trockenen Art ganz abweichenden Lebhaftigkeit und Wärme versicherte er mich, mit welcher Genugtuung und Freude er daraus ersehen habe, wie nachdrücklich und wie mutig der Herr Bundeskanzler die Unabhängigkeit und den Freiheitswillen Oesterreichs betont und bewahrt habe. Auf meine Bemerkung, betreffend die einschlägigen Kommentare der hiesigen Presse, meinte er, dieser Eindruck sei wohl universeller und nachhaltiger gewesen. Meine Darlegungen, dass sich die Entwicklung in Oesterreich, ungeachtet der als Uebergangerscheinungen zu wertenden Kundgebungen, bisher in voller Ruhe und ohne ernstliche Störung der öffentlichen Ordnung vollzogen habe, nahm er ebenfalls mit Befriedigung entgegen.

Ein Urteil, insbesondere im Hinblick auf die zukünftige Gestaltung der Dinge zu fällen, halte er aber doch noch nicht für möglich. Man müsse erst etwas Distanz gewinnen.

Minister Sandler, wie Generalsekretär Boheman, den ich unmittelbar danach sprach, gaben, wenn auch in verschiedenen Wendungen, dem gleichen Gedanken Ausdruck, dass an der Entschlossenheit und dem reinen Willen Oesterreichs, ebenso wenig ein Zweifel bestehe, wie an dem Widerhall, den die Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers in den breitesten Schichten des österreichischen Volkes gefunden haben. Darüber, wie sich die Dinge in der Praxis gestalten würden, könne heute aber wohl Niemand prophezeien.

Genehmigen Herr Bundeskanzler den Ausdruck meiner ergebensten Verehrung.

H. Sommaruga

1958

**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an alle
österreichischen Gesandtschaften im Ausland¹**

Zirkulartelegramm (in Ziffern, statim)

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
(ohne Zahl)

Wien, 9. März 1938

H. Bundeskanzler hat sich entschlossen Sonntag 13. d. M. innerhalb Oesterreichs Volksbefragung mit folgender Devise durchzuführen:

¹ Ausgenommen Moskau und Rio de Janeiro.

„Für ein freies und deutsches unabhängiges und soziales für ein christliches und einiges Oesterreich, für Frieden und Arbeit und die Gleichberechtigung aller die sich zu Volk und Vaterland bekennen.“

Damit will Bundeskanzler erforschen ob sich wahrreife Bevölkerung Oesterreichs zu den Grundpfeilern der Verfassung, zu jener Sicherung Oesterreichs und Art der Politik bekennt die auch durch das Abkommen vom 11. Juli 1936 und die Abmachungen von Obersalzberg bedingt ist und eindeutigen Beweis für den Willen des österr. Volkes zur Selbständigkeit des zweiten deutschen Staates erbringen.

Vorstehendes zur Regelung ihrer Sprache auch gegenüber dortiger Presse und sofortiger Instruierung unterstehender Aemter wobei stets stärkster Nachdruck darauf zu legen ist dass Volksbefragung wie Devise beweist in keiner Weise eine Alternative „pro oder kontra Deutschland“ aufstellt oder zulässt und daher keineswegs als gegen Deutschland aufgefasst werden kann.

Aussenamt¹

¹ Auf das Telegramm folgen zwei formlose Blätter.

Text des ersten Blattes: „Der H. Bundeskanzler verwahrt sich aufs Nachdrücklichste gegen die Darstellung, als ob die Volksbefragung der Verfassung zuwiderlaufe. Berchtesgaden hat eine neue Zeit eingeleitet. Die fortwährenden Demonstrationen haben es notwendig gemacht, dass eine *einigende* Parole ausgegeben werde.

Nicht nur *nicht* gegen Deutschland ist die Volksbefragung gerichtet, sondern *für* den 11. Juli und Berchtesgaden, somit *für* ein gutes Verhältnis mit Deutschland.

Aller Welt ist sichtbar, dass Oesterreich seine Politik von den Friedensvertrags-Bindungen freimacht. Daher ist dem Bundeskanzler unverständlich dass Deutschland *gegen* die Volksbefragung Stellung nimmt.

BM Dr. Seyss hat sich befriedigt über seine gestrige lange Unterredung mit dem H. BK. ausgesprochen.“

Text des zweiten Blattes: „Es ist hier ganz unverständlich, wieso nach den Pressestimmen zu schliessen, im Deutschen Reich die Abstimmung als ein gegen den Deutschen Frieden oder das Reich gerichteter Schritt angesehen wird. Noch unverständlicher sind uns die Nachrichten, die von der Grenzmauer, und von Sperrmassnahmen, Einstellung des Verkehrs, militärischen Bewegungen und derlei Vorkehrungen berichten. Tatsache ist, dass im Grenzraum Salzburg, Tirol und Vorarlberg der Verkehr fast gänzlich eingestellt ist.

Wir müssen absolut der Auffassung entgegnetreten, als ob die Abstimmung irgend eine Spitze gegen Deutschland hätte. Berchtesgaden hat einen neuen Zeitabschnitt eingeleitet. Das Auftreten und Andauern von Demonstrationen hat es notwendig gemacht, eine *einigende* Parole auf [Textende].“

1959

**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten
an Gesandtschaften Prag, London und Paris**

Telegramme Nr. 8, 12¹ und 18² (in Ziffern, statim)

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
(ohne Zahl)

Wien, 9. März 1938

PD.

Telegr. Zl. des heutigen Zirkulartelesgrammes!

Zu Telegramm No. ad 1) ... 17.

ad 2) ... 11

ad 3) ... 7

Presseattaché ist sofort anzuweisen mit allen Mitteln auf dortige Presse in dem Sinn einzuwirken dass Volksbefragung natürlich *in keiner Weise* gegen Deutschland gerichtet ist u. ausschliesslich innerpolitische Klarheit schaffen soll um den zuletzt durch Abmachungen von Obersalzberg vorgezeichneten Weg eines selbständigen Oesterreichs gemäss Befragungsdevise gehen zu können.

Wollen Sie unverzüglich analoge Einwirkung auf Presse und Oeffentlichkeit durch dortige Regierung erbitten. Gegenteilige Kommentierung müsste selbst wenn noch so wohlgemeint schwere Folgen nach sich ziehen. Schmidt.

AA.

1960

**Gesandter Tauschitz an Bundesminister für die Auswärtigen
Angelegenheiten Schmidt**

Privatschreiben

AdR,
GA Berlin

Berlin, 9. März 1938

Hochgeehrter Herr Bundesminister!

Nach den Presseberichten der Vorwoche hat der deutsche Reichskanzler am 3. ds. Mts. den britischen Botschafter Hendersen [sic!] zu einer Aussprache empfangen.

¹ Amtlicher Vermerk: „via Zürich“.

² Amtlicher Vermerk: „via Zürich“.

Wie üblich wurde weder im amtlichen Communiqué noch in sonstigen Kommentaren irgendetwas über den Zweck und Inhalt der Aussprache bekanntgegeben. Aus den Gesprächen im diplomatischen Corps war ebenfalls nichts zu erfahren. Heute hatte der britische Botschafter, der bald nach der Aussprache erkrankte, die Freundlichkeit, mich zu empfangen und mir über seine Unterredung mit dem deutschen Reichskanzler Mitteilungen zu machen. Sein Gespräch mit Hitler könne als eine Fortsetzung des Gespräches Halifax-Hitler angesehen werden, ohne dass jedoch auch diesmal konkreter als in Berchtesgaden gesprochen worden wäre. Er habe Hitler sehr böse angetroffen, denn er ärgert sich sehr über die englische Presse. Er könne nicht verstehen, dass man soviel Gift und Galle ausspeien [sic!] könne. Ribbentrop, den er auch dazwischen gesehen habe, meinte, wenn die englische Presse 6 Monate schweigen würde, dann wäre man schon viel weiter. Er habe Ribbentrop geraten, dem Reichskanzler neun Zehntel von dem was die englische Presse schreibt, nicht vorzulegen, sondern zu verbrennen. Die englische Presse zum Schweigen zu bringen, sei ein frommer Wunsch, den man aber bekanntlich nicht ausführen könne. Mit dieser Realität müsse man rechnen, er wundere sich, dass man dies in Deutschland noch nicht begreifen gelernt habe.

Ueber die Kolonien ist nichts Neues gesagt worden. Die bekannte Forderung, dass Deutschland die Kolonien zurückhaben will, bleibt aufrecht. Eine Gegenleistung habe Deutschland noch nicht angeboten und England nicht gefordert. Er glaube – und das sei seine persönliche Ansicht – dass Deutschland bereit wäre, einer Begrenzung der Luftaufrüstung zuzustimmen. Zu einer Garantie des status quo in Mitteleuropa dürfte Deutschland seinem Gefühl nach kaum bereit sein, weil der deutsche Reichskanzler ihm zu verstehen gegeben habe, dass das deutsch-österreichische Verhältnis eine deutsche Angelegenheit sei, in die sich niemand einzumischen habe. Die Behandlung der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei sei für Deutschland untragbar.

Der Brite kam nun bei dieser Gelegenheit, ohne dass ich ihn dazu veranlasst habe, selbst auf die Frage des deutsch-österreichischen Verhältnisses, bezw. der Weiterentwicklung der beiderseitigen Beziehungen zu sprechen. Hendersen [sic!] sagte mir, er hätte in der Wilhelmstrasse Anfragen über das Berchtesgadener Uebereinkommen stellen und Erklärungen verlangen sollen. Er habe dem Foreign Office gesagt, dass dies zwecklos sei, es sei denn, man ermächtige ihn, zu sagen, wenn dies oder jenes geschieht, dann werde England irgendetwas unternehmen. Dies sei immer sein Standpunkt in der österreichischen Frage gewesen. Was sind die Staaten, die an der österreichischen Selbständigkeit Interesse haben, bereit ins Feld zu stellen, konkret gesprochen, wieviele Soldaten stellt Frankreich, Belgien, England usw. zur Verfügung, wenn diese Frage akut wird? Das Interesse Englands an der Selbständigkeit Oesterreichs habe sich unter dem neuen Ausseminister Halifax nicht im geringsten geändert. Sie hätten nach wie vor das grösste Interesse an der österreichischen Selbständigkeit. Er habe selbst Neurath einmal gesagt, er ist ein Freund eines selbständigen Oesterreichs. Er habe dort viele Freunde, z. B.

Rothschilds in Enzersfeld [sic!]. Er habe auch Neurath noch im Dezember v. Js. erklärt, dass er der grösste Freund eines unabhängigen Oesterreichs sei, damit die deutsche Kultur noch einen freien Raum zu ihrer Betätigung und Entwicklung habe. Neurath hat ihm nichts erwidern können. Aber mit dem Interesse allein ist es nicht getan, man muss dafür auch etwas tun, mit anderen Worten, gegebenenfalls Soldaten stellen und Opfer bringen. Das kann England nur dann, glaube er, wenn Oesterreich selbst den Nachweis erbringt, dass die Mehrheit der Bevölkerung diese Selbständigkeit will. Er glaube, dass jetzt eine Chance wäre, denn er habe Hitler auf ein Plebiszit angesprochen und nicht den Eindruck gewonnen, dass er jetzt ein solches wünschen würde. Er habe weiter bei seinem Gespräch den Eindruck gewonnen, dass Hitler nicht dem Anschluss beabsichtige, denn dieser würde internationale Komplikationen hervorrufen, sondern eine evolutionäre Gleichschaltung nach Danziger Muster, die niemand beanstanden könne, anstrebe.

Es war geradezu auffallend, wie bemüht Hendersen [sic!] war, seinen persönlichen Standpunkt zu betonen, nämlich, dass er persönlich weit entfernt davon sei, den Anschluss Oesterreichs an Deutschland gut zu heissen. England ist sehr an der Selbständigkeit Oesterreichs interessiert, wiederholte er mehrmals. Er würde es persönlich sehr bedauern, wenn es dazu kommen sollte und schuld daran wären natürlich die Friedensverträge, die aus dem alten Oesterreich ein rein deutsches Oesterreich herausgeschält haben. Das war seines Erachtens ein Fehler und das in den Friedensverträgen festgelegte Verbot allein genügt wohl für ein schwaches, nicht aber für ein unter einheitlicher Führung mittlerweile erstarktes Deutschland mit dieser dynamischen Kraft.

Die Rede Görings an die deutsche Luftwaffe beunruhige ihn nicht weiter, denn die Worte Görings, der ein „Raufbold“ sei, wären nicht so sehr auf die Wagschale [sic!] zu legen.

Hendersen [sic!] glaubt nicht, dass es bald zu deutsch-englischen Besprechungen kommen werde, jedenfalls habe ihm sein Gespräch mit dem Führer keine diesbezüglichen Perspektiven eröffnet.

Aus dem Gespräche, das ich heute mit Ministerialdirektor Dr. von Weizsäcker über diese Unterredung geführt habe, konnte ich nur die Bestätigung entnehmen, dass mich der englische Botschafter informiert hat.

Genehmigen Sie, hochverehrter Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung mit dem ich bin

Ihr aufrichtig ergebener
Tauschitz

P. S.

Ich erlaube mir noch besonders darauf aufmerksam zu machen, dass dieser Bericht vor der Bekanntgabe, dass am 13. ds. Mts. in Oesterreich eine Volksbefragung angesetzt wurde, fertiggestellt war und darf daher auf die Stellungnahme Hendersens [sic!] in diesem Punkt besonders hinweisen.

1961**Privatschreiben Gesandter Franckenstein (geheim)**

AdR, NPA

Deutschland/Geheim III/1

Z. 52546/13

London, 9. März 1938

Lieber Freund!¹

Obwohl ich die in Deinem Schreiben vom 28. Februar² an mich gestellte Frage, betreffend die Aeusserung Lord Halifaxs anlässlich seines Besuches bei dem Herrn Reichskanzler bereits vor Eintreffen Deines Briefes beantwortet habe, will ich mein Gespräch mit dem gegenwärtigen Staatssekretär für Aeusseres hier noch einmal kurz wiedergeben.

Ich fragte ihn, ob die mir zugekommene Nachricht richtig sei, dass er dem Führer gegenüber das Desinteressement Grossbritanniens an Oesterreich in irgendeiner Weise zum Ausdruck gebracht habe. Lord Halifax erwiderte, dies sei absolut nicht richtig, und er fügte hinzu, es müsse offenbar ein Missverständnis vorliegen, das unverständlich sei. Als ich ihn fragte, ob über Oesterreich im Laufe dieses Gedankenaustausches überhaupt nicht gesprochen worden sei, antwortete er bejahend. Soweit er sich ohne Zuhilfenahme seiner damaligen Notizen erinnern könne, habe er dem Reichskanzler gegenüber das Interesse Grossbritanniens an der Erhaltung der Unabhängigkeit und der Sicherheit und des Friedens in Zentraleuropa zum Ausdruck gebracht, worauf – wenn ihn sein Gedächtnis nicht täusche – Herr Hitler geantwortet habe, dass er sich gegebenenfalls vielleicht mit der vollen Durchführung der Bestimmungen des Juliabkommens zufrieden geben könne.

Ich hatte Gelegenheit mit dem Lord Chancellor und früheren Kriegsminister Lord Hailsham, der eine der erfahrensten und wichtigsten Persönlichkeiten des britischen Kabinetts ist, über Vorstehendes zu sprechen. Dieser erzählte mir, als es während einer Kabinettsitzung bekannt wurde, dass der Reichskanzler dem Herrn Bundeskanzler gesagt habe, Lord Halifax hätte bei jener Entrevue das Desinteressement Grossbritanniens an Oesterreich ausgesprochen, hätten alle britischen Minister ihren Unwillen über diese Behauptung Herrn Hitlers bekundet. Lord Hailsham erinnere sich deutlich in dem Berichte, den Lord Halifax nach seiner Rückkehr aus Berlin verfasste und der im Kabinette zirkularisiert wurde, gelesen zu haben, dass Lord Halifax auf das Interesse Grossbritanniens an der Erhaltung der Unabhängigkeit Oesterreichs hingewiesen habe.

¹ Gemeint ist wohl Theodor Hornbostel.

² Z. 52.646/13.

Ich möchte auch hier wiederholen, dass vorstehende Aeusserungen gegebenenfalls nicht ohne vorherige Einholung der Zustimmung der beiden Herren verbreitet werden dürften.

*Mit herzlichen Grüssen
Dein ergebener
Georg Franckenstein*

1962

**Gesandter Franckenstein an Bundeskanzleramt/
Auswärtige Angelegenheiten**

Telegramm Nr. 18 (in Ziffern)

AdR,
GA London

London, 10. März 1938

Wie ich von zahlreichen Abgeordneten aller Parteien erfahre mit denen ich enge Fühlung halte hat Beschluss der Volksabstimmung in Oesterreich hier tiefsten Eindruck und Bewunderung hervorgerufen. Die Herren sagten auch dass seit den hier verbreiteten Nachrichten einer in Berchtesgaden ausgeübten Pression das Interesse und die Sympathie für Oesterreich unter der Wählerschaft unabhängig von der Partei stark zugenommen habe. Dass diese Empfindungen in hiesiger Presse nicht mehr zum Ausdrucke kommen, sei darauf zurückzuführen dass Bestreben vorherrsche alles zu vermeiden was Atmosphäre für Verhandlungen mit Italien und gegebenenfalls mit Deutschland beeinträchtigen könnte.

Franckenstein

1963

**Gesandter Tauschitz an Bundesminister für die
Auswärtigen Angelegenheiten Schmidt**

Bericht Nr. 32/Pol. (streng vertraulich)

AdR,
GA Berlin

Berlin, 10. März 1938

Herr Bundesminister!

Die Nachricht von der für Sonntag den 13. festgesetzten Volksbefragung in Oesterreich unter der bekannten Parole sickerte hier in den Abendstunden des 9.

ds. Mts. durch. Die endgültige Bestätigung dieser Gerüchte, die auf Grund der Helldienst-Mitteilungen hier auftauchten, erfolgte um 10 Uhr abends und rief hier allgemeine Verblüffung und höchstes Erstaunen hervor. Ich war zum Abendessen beim polnischen Botschafter geladen, wo auch Staatssekretär v. Mackensen und Ministerialdirektor Dr. von Weizsäcker anwesend waren, die telephonisch benachrichtigt wurden. Beide Herren wollten, da Weisungen höheren Ortes nicht vorlagen, keine Stellung beziehen und gaben nur ihrer Verwunderung über die Abstimmung Ausdruck und stellten die Frage, ob denn eine solche in so kurzer Zeit überhaupt denkbar wäre. Ihres Erachtens wäre sie auch gar nicht notwendig, da nach den Abmachungen vom 12. II. die Lage vollkommen geklärt sei. Wenn es sich also auch mehr oder weniger noch um ein Herumtasten gehandelt hat, so war doch eindeutig zu sehen, dass ihnen diese neue Wendung vollkommen überraschend kam und höchst unerwünscht war. Die Tatsache, dass die Morgenzeitungen, bis auf die Frankfurter, die drei Zeilen brachte und die zweifellos die Weisung nicht rechtzeitig erhielt, kein Sterbenswörtchen über die Frage brachten, ist ein Beweis dafür, dass die Weisungen vom Obersalzberg noch nicht vorlagen. Sie trafen erst vor 2 Uhr nachm. ein, was aus der Tatsache hervorging, dass der um $\frac{1}{2}$ 2 erscheinende „Angriff“ bis 3 Uhr zurückgehalten wurde und dass die um 2 Uhr verbreiteten Nachrichten des drahtlosen Dienstes die Meldung über die „merkwürdige Volksabstimmung in Oesterreich“ erst nach den Wasserstands- und Wettermeldungen, also am Schluss brachten. Am Obersalzberg hat man über die Mitteilung getobt und die allen Kommentaren sich wiederholende Stelle, wie „diese unglaubliche Nachricht aus Innsbruck“ in Oesterreich aufgenommen werden wird, stammt direkt von dort.

Die Parteikreise sehen sich vor einer vollkommen neuen Situation, von der sie gänzlich überrascht wurden, auf die sie absolut nicht gefasst waren und daher nicht wissen, welche Massnahmen zu ergreifen sind. Am Vormittag schien es noch, als ob die Parole ausgegeben würde, alles beteiligt sich an der Wahl und stimmt mit „ja“, um auf diese Weise den Nationalsozialismus in Oesterreich in seiner voraussichtlichen Minderheit nicht aufscheinen zu lassen. Nachmittags hingegen hat sich die Sachlage auf Grund der Weisungen von oben vollkommen geändert und man scheint sich auf die absolute Negierung dieser Befragung, „die keine ist und keine sein kann und niemals den wahren Volkswillen wiedergeben wird“ zu verlegen. Man wird also die Methoden der Volksbefragung verurteilen, man wird sie vielleicht auch lächerlich machen, sie auf diese Weise der Welt als wertlos hinstellen, sodass sie für den Nationalsozialismus keine bestimmende Geltung haben könne.

Die letzte Version geht dahin, dass sich die Nationalsozialisten in Oesterreich an dieser „unmöglichen Abstimmung“ nicht beteiligen werden.

Genehmigen, Herr Bundesminister, den Ausdruck meiner vollkommensten Ergebenheit.

Tauschitz

1964**Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten an
alle österreichischen Missionen im Ausland¹**

Telegramm (in claris)

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 52404/13

Wien, 10. März 1938

Teilnahme Österreicher die keinen ständigen Wohnsitz in Oesterreich haben an Volksabstimmung aus technischen und völkerrechtlichen Gründen untunlich. Unbenommen bleibt Kundgebung Verbundenheit mit der Heimat einzeln oder kollektiv schriftlich oder telegrafisch an Amt des Frontführers.

Vorstehendes zur Information Konsulate und Kolonie.

1965**Gesandter Sommaruga an Gesandte Hornbostel
und Hoffinger**

Telegramm Nr. 7 (Chiffre)

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
(ohne Zahl)Stockholm, 10. März 1938
(22.55 → 11. III.-8.00)

Habe heute Generalsekretär in diesem Sinne informiert mit der Bitte, auch Minister des Aeussern in Kenntnis zu setzen. Er war von² äusserst geschickter Formulierung der Devise und psychologisch trefflicher Wahl des Zeitpunktes stark impressioniert und hob Entschlossenheit des schlagartigen Vorgehens hervor. Gleichen Eindruck fand ich im allgemeinen bei den politischen Redakteuren der Morgenblätter, mit welchen ich im selben Sinne sprach. Ich übergab sicherheits halber Wortlaut Devise und verwies gegenüber ausländischen Gerüchten über absichtliche Festsetzung hohen Wahlalters auf Artikel 65 Bundesverfassung, Absatz 2, wofür alle dankten.

¹ Ausgenommen Washington und Rio de Janeiro. Amtlicher Vermerk: „Da bereits telefonische Anfragen von einer Reihe von Missionen und Konsulaten vorliegen, die beantwortet wurden, entfällt Notwendigkeit Zirulartelegramms, Bescheid haben erhalten: Budapest, Prag, Bern, München, Berlin, Rom Q[uirinal], Paris, Belgrad, Haag, Warschau, Laibach [und] Bukarest. Daher a. a.“

² Chiffre fehlt.

Allgemeine Spannung, ob bzw. wie Nationalsozialisten abstimmen werden. Es zirkulieren Gerüchte, dass sie aus Deutschland Weisung erhalten hätten, sich der Stimme zu enthalten.

Hiesiges Telegraphenbureau, das erst zu Mittag kurzes Telegramm Amtlicher Nachrichtenstelle über Wortlaut der Devise erhielt, bat um eingehende und rasche direkte Informationen, unter unzähligen widersprechenden ausländischen Meldungen österreichische offizielle Version, der es Vorzug gäbe, oft schwer erkenntlich.

Dies gilt zunächst für Organisation Plebiszites und dann für Ergebnis, dessen Bekanntgabe man im Interesse der Wirkung für Sonntag nachts erhofft.

1966

**Gesandter Franckenstein an Bundeskanzleramt/
Auswärtige Angelegenheiten**

Telegramm Nr. 19 (in Ziffern)

AdR,
GA London

London, 11. März 1938

Bei gestriger Unterredung mit deutschem Aussenminister der sich lebhaft über österreichisches Vorgehen in Plebiszitfrage beschwerte hat Lord Halifax das Recht des Bundeskanzlers zu dieser Massnahme warm verteidigt, einen Appell gerichtet dass Deutschland sich nicht einmische und darauf hingewiesen dass eine Einmischung zu einer äusserst gefährlichen Situation führen müsste. Die britische Regierung verfolge die Entwicklung mit gespannter Aufmerksamkeit. Deutscher Aussenminister lehnte es ab irgendeine Zusage zu machen. Britischer Botschafter in Berlin führt gleiche Sprache.

Die Truppenverschiebungen in Bayern die heute hier bekannt wurden haben stärksten Eindruck gemacht. Habe im Gespräche mit massgebenden Persönlichkeiten im Foreign Office festgestellt dass schwerer Ernst der Situation voll erkannt wird, speziell wenn es in Oesterreich zu Blutvergiessen käme das Anlass zum Eingreifen deutscherseits bilden könnte.

Nach meiner Unterredung und einer Rücksprache französischen Botschafters mit dem ich Gedankenaustausch hatte bei Halifax hat sich dieser zu Premierminister begeben um eindringliche Einwirkung auf deutschen Aussenminister der eben mit ihnen frühstücken soll zu erörtern.

Von massgebender Stelle wird uns dringender Rat erteilt sofortige Einflussnahme Mussolinis auf den Führer zu erwirken da alleinige Demarchen Grossbritanniens und Frankreichs nicht genügen könnten[.]

Falls ich weitere Aktionen bei Regierung Parlamentariern und Presse unternehmen soll bitte um sofortige Weisung. Massgebende Herren im Foreign Office stellen sich mir zur jederzeitigen Entgegennahme von wichtigen Nachrichten oder Wünschen zur Verfügung[.]

Franckenstein

1967

**Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten
Wolf an alle diplomatischen Missionen im Ausland¹**

Telegramm (in claris)

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 52351/13

Wien, 13. März 1938

Bundespräsident hat abgedankt und Befugnisse Bundeskanzler übertragen. Stop. Bundesregierung hat dreizehnten März Bundesverfassungsgesetz verlaublich wohnach Oesterreich ein Land des Deutschen Reiches ist. Stop. Sonntag zehnten April stattfindet freie und geheime Volksabstimmung aller über zwanzig Jahre alten deutschen Männer und Frauen Oesterreichs über Wiedervereinigung mit Deutschem Reich. Stop. Gesetz tritt mit heutigem Tage in Kraft. Verständiget Konsulate.

Wolf

1968

**Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Wolf
an Gesandten Tauschitz (Berlin)**

Telefondepesche (in claris)

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 5255/13²

Wien, 13. März 1938

Teilen Sie Aussenamt mit, dass alle österreichischen diplomatischen Vertreter Auftrag erhalten haben, Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem Deutschen

¹ Ausgenommen Berlin und Genf.

² Geschäftszahl verstümmelt.

Reich den Regierungen bei denen sie beglaubigt sind, zu notifizieren und sich daraufhin zur Verfügung des Chefs deutscher Mission an ihrem Amtssitz zu stellen. Chef und Personal hat bis auf weitere Weisung auf Posten zu verbleiben.

Wolf

1969

**Gesandtschaft London an Bundesminister für die
Auswärtigen Angelegenheiten Wolf**

Telegramm Nr. 21 (Chiffre)

AdR,
GA London

London, 14. März 1938

Antwort auf Telegramm № 15.

Inhalt des dortigen Telegrammes 1006¹ wurde dem Foreign Office schriftlich unter persönlicher Vorsprache zur Kenntnis gebracht. Eine schriftliche Antwort wurde mir in Aussicht gestellt.

Habe mich Geschäftsträger Woermann zur Verfügung gestellt und Maßnahmen betreffend weiterem vorläufigen Amtsbetrieb besprochen.

Konsulate wurden verständigt.

Kunz

1970

**Gedächtnisprotokoll über die Konferenz zur
Liquidierung des österreichischen Außendienstes**

AdR, NPA
Deutschland I/12 E
Z. 52557/13

Wien, 15. März 1938

Am 15. März 1938 um 8^h30 früh begannen im Hotel Imperial die Besprechungen über die Liquidierung des ehemaligen österreichischen Außendienstes. Anwesend waren Bundesminister Dr. Wilhelm *Wolf*, Staatssekretär Freiherr von *Weizsäcker*, Gesandter Dr. *Wildner*, Botschaftsrat Freiherr von *Stein*, Legationsrat *Albrecht*,

¹ ADÖ 12/1967.

Legationsrat Dr. *Schiffner*, Legationsrat *Altenburg*, Legationsrat Alfred *Schmid*, Professor *Langsdorf*, Legationssekretär Dr. *Peter-Pirkham*.

Staatssekretär von Weizsäcker bemerkte einleitend, dass bereits im Laufe des heutigen Tages verschiedene Herren des Deutschen Auswärtigen Dienstes und zwar der Personalabteilung und der Chiffreabteilung, in Wien eintreffen sollen, um hier die Angelegenheiten des Geldwesens und der Chiffreabteilung zu überprüfen, sowie die Erfassung des höheren und mittleren Personales des ehemaligen österreichischen Auswärtigen Dienstes vorzunehmen.

Staatssekretär von Weizsäcker stellte fest, dass der Aufgabenkreis, der dem liquierenden österreichischen Aussenamt zukomme, sehr gross sei und dass daher noch für längere Zeit ein grösserer Beamtenstab in Wien werde bleiben müssen.

Im Verlaufe der weiteren Beratungen wurde eine Reihe von Einzelfragen durchbesprochen. Was die noch in Wien befindlichen fremden Missionen anlangt, so müssten diese eigentlich von ihren eigenen Regierungen die Instruktion erhalten, dass die Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem Deutschen Reiche stattgefunden hat und dass die Vertretung der Interessen der fremden Staaten bei den Missionen dieser Mächte in Berlin liegt. Es bestehe natürlich kein Anlass, die fremden diplomatischen Vertretungsbehörden in irgend einer Weise zu brüskieren. In einem Punkte müssen wir jedoch ganz eindeutig sein: nämlich mit Beziehung auf die Funktionen dieser Vertretungsbehörden gegenüber dem ehemaligen österreichischen Aussenamt. Politische Demarchen und Vorsprachen, welche nicht ausschliesslich konsularischen Charakter tragen, haben unbedingt an das Auswärtige Amt in Berlin verwiesen zu werden.

Legationsrat Dr. Schiffner stellte dazu fest, dass bereits gestern an die Abteilungsleiter des ehemaligen österreichischen Aussenamtes die Weisung ergangen ist, dass wir mit den fremden Missionen nunmehr einen *Formalverkehr* zu pflegen haben.

Die Regelung dieses Verkehrs wird weiterhin dem Protokolldienst des ehemaligen österreichischen Aussenamtes im Einvernehmen mit den übrigen Abteilungen, sowie mit dem unter der Führung des Botschaftsrates Otto Freiherr von *Stein* zu errichtenden Verbindungsdienst des Deutschen Auswärtigen Amtes in Wien obliegen.

Staatssekretär von Weizsäcker wies darauf hin, dass die Anwesenheit von 1–2 österreichischen Herren in Berlin dringend von Nöten wäre, um sofort technisch-administrative Auskünfte zu erteilen.

Legationssekretär Dr. Peter-Pirkham brachte für diesen Verbindungsdienst in Berlin Generalkonsul Dr. *Schwagula* und Legationssekretär Siegmund *Lurtz* in Vorschlag.

Bei Aufwerfung der Flaggenfrage für die ehemaligen österreichischen Missionen im Auslande wurde übereinstimmend festgestellt, dass bis auf weitere Weisungen die Hackenkreuzflagge [sic!] neben der alten österreichischen Flagge gehisst werden soll.

Legationsrat Albrecht stellte zur Frage der Mitgliedschaft des ehemaligen Oesterreichs zum Völkerbund fest, dass Anfragen und Zuschriften des Völkerbundes, die bisher eingelaufen sind und noch nicht erledigt wurden, unerledigt zu lassen sind. Neu eintreffende Zuschriften des Völkerbundes haben sofort nach Berlin gesendet zu werden.

Zur Frage der Internationalen Donaukommission meinte *Legationsrat Albrecht*, man könnte es vorläufig so machen, dass mit dieser Kommission kein Verkehr gepflogen wird, dass aber der ganze Fragenkomplex noch überprüft werden soll.

Legationsrat Dr. Schiffner brachte vor, dass Fachkreise den Wunsch geäußert hätten, es möge Oesterreich weiterhin in der Internationalen Donaukommission vertreten sein, um Einfluss auf die Schiffbarkeit in den unteren Donaustrecken zu haben. Nach Ansicht des Legationsrates *Dr. Schiffner* könnte diesem Wunsche nur in der Weise Rechnung getragen werden, dass das Deutsche Reich in die Internationale Donaukommission eintritt. Es wurde beschlossen, den österreichischen Vertreter in der Internationalen Donaukommission zu beauftragen, vorläufig sich vollständig passiv zu verhalten und eine definitive Entscheidung nach eingehender Beratung der Angelegenheit zu treffen.

Staatssekretär von Weizsäcker erklärte, dass der Anschluss Oesterreichs an das Deutsche Reich und das Löschen seiner Mitgliedschaft im Völkerbund vom Deutschen Auswärtigen Amt in Berlin dem Generalsekretär des Völkerbundes notifiziert werden wird.

Die mit der Lösung der sehr komplizierten Rechtsfragen verbundenen Arbeiten sollen hier in Wien begonnen und in Berlin fortgesetzt werden. *Legationsrat Albrecht* wird sich diesbezüglich mit *Legationsrat Dr. Schiffner* ins Einvernehmen setzen.

Uebereinstimmend wurde beschlossen, dass sämtliche mit der Staatsangehörigkeit zusammenhängenden Fragen sofort in Behandlung gezogen werden sollen. Das Deutsche Reich beabsichtigt, nicht sämtliche österreichische Bundesbürger als deutsche Reichsangehörige zu betrachten. Andererseits wird sich aber die Notwendigkeit ergeben, gegebenenfalls österreichischen Bundesbürgern, die sich im Auslande aufhalten, deutsche Pässe auszustellen.

Botschaftsrat Freiherr von Stein brachte noch die Frage der Archive zur Sprache und äusserte den Wunsch, dass auch die ausserhalb des ehemaligen Bundeskanzleramtes, Auswärtige Angelegenheiten, befindlichen Archive sichergestellt werden müssen.

Schliesslich wurde übereinstimmend festgestellt, dass die österreichische Konsularakademie in Wien als Nachfolgerin der ehemaligen kaiserlichen und königlichen Konsularakademie und der k. u. k. Orientalischen Akademie eine nahezu zweihundertjährige Tradition wertvollster deutscher Geistesarbeit verkörpert und dass diese Pflegestätte bester deutscher Kultur auch weiterhin dem Deutschen Volke in seiner Gesamtheit zur Heranbildung des Nachwuchses des Deutschen Auswärtigen Dienstes dienen soll. Die entsprechenden weiteren Beratungen und Verfügungen werden erfolgen.

Bundesminister Dr. Wolf wies abschliessend darauf hin, mit welcher grossen Hingabe an den Dienst das verhältnismässig sehr kleine Personal des österreichischen Aussendienstes in den letzten zwanzig Jahren seinen Obliegenheiten nachgekommen ist und wie trotz der schwierigsten finanziellen Verhältnisse die Leistungen des österreichischen Auswärtigen Dienstes auch in diesen schweren Jahren die gleiche Höhe erreicht hatten, wie in den Zeitläuften der österreichisch-ungarischen Monarchie. Der kleine Beamtenkörper des ehemaligen österreichischen Auswärtigen Dienstes verfüge über Werte der Ausbildung, der Tradition und einer restlosen dienstlichen Einsatzbereitschaft. Bundesminister Dr. Wolf legte Staatssekretär Weizsäcker das Schicksal der Beamten des ehemaligen österreichischen Auswärtigen Dienstes mit der Bitte ans Herz, ihre Weiterverwendung im Deutschen Auswärtigen Dienst soweit als möglich zu veranlassen.

Staatssekretär von Weizsäcker erklärte seinerseits, der vorzüglichen Qualitäten der Beamenschaft des ehemaligen österreichischen Auswärtigen Dienstes bewusst zu sein. Er habe Leistungen seiner ehemaligen österreichischen Kollegen aus eigener Anschauung anerkennen müssen und habe dadurch auch mit so manchen von ihnen, vor allem in den Jahren der engen Verbundenheit des Deutschen Reiches und des ehemaligen österreichischen Staates, herzlichste und freundschaftlichste Beziehungen gehabt.

Liste der Beamten des Bundeskanzleramtes Auswärtige Angelegenheit, die dem Herrn Botschaftsrat v. Stein vorgeschlagen wurden.

Legationssekretär Dr. Otto *Peter-Pirkham*

Legationssekretär Sigmar *Lurtz*

Legationsrat Alfred *Schmid*

Legationsrat Franz *Adamovic*

Legationsrat Karl *Zeileissen*

Legationssekretär Dr. Max *Chlumetzky-Löwenthal*

Legationssekretär Dr. Erich *Filz*

Legationssekretär Dr. Josef *Schöner*

Gesandter Dr. Heinrich *Pacher*

Gesandter Dr. Heinrich *Wildner*

Legationssekretär Dr. Paul *Wilhelm-Heiniger*

Amtsrat Franz *Androszowski*

Amtsrat Josef *Schmautz*

Legationsrat Dr. Karl *Hudeczek*

Generalkonsul Dr. Karl *Schwagula*

Regierungsrat Dr. Friedrich *Gortan-Greifenstein*

Regierungsrat Rudolf *Bailovic*

Amtsrat Oskar *Wilfert*

Kanzleioffizial Stephanie *Sykora*

Kanzleioffizial Herma *Mikesch*